

Wolfgang Fabricius

**Kapital ohne Kundschaft**  
**Coop 2.0: digitale Wiederbelebung der**  
**Solidarwirtschaft mit**  
**Reproduktionsgenossenschaften**

Berlin 12/2009

1/261/31.12.09

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

*Meinem Großvater,  
der auch nie Soldat war  
und meinen beiden Söhnen,  
die es hoffentlich nie sein müssen*

Wolfgang Fabricius  
Ruhlebener Str. 139i  
13597 Berlin  
Tel.: 030-231 36 276  
0179-542 61 03  
[w.fabricius@isp-eg.de](mailto:w.fabricius@isp-eg.de)  
<http://www.reproduktionsgenossenschaften.de>

Herstellung und Vertrieb:  
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 9783839129371

2/261/31.12.09

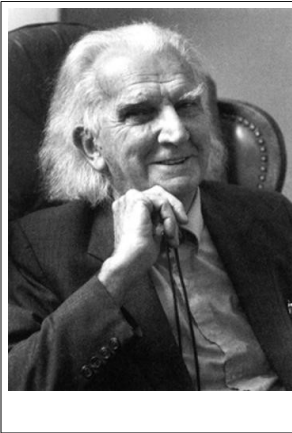
# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
2. Einige ökonomische Grundbegriffe.....	11
2.1. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag - die Plünderung der Realwirtschaft.....	11
2.2. Tausch und Tauschmittel.....	17
2.3. Wirtschaftswachstum.....	27
2.4. Das Wachstum der Kapitalerträge.....	29
2.5. Zum Staat.....	38
2.6. Armuts- und Reichtumsberichte.....	44
3. Neoliberale Globalideologie.....	53
3.1. Mont Pèlerin Society (MPS).....	54
3.2. „Pensions-Fonds-Sozialismus“ oder selbstfinanzierte Enteignung.....	59
3.3. Verfassungsbruch.....	66
4. Rettungsmaßnahmen - systemimmanente Strategien.....	69
4.1. Rettungsmaßnahmen seitens der „Eigentümer“.....	70
4.1.1. Krieg.....	70
4.1.2. Repression und Demokratieabbau.....	72
4.1.3. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland, China und Indien.....	72
4.1.4. Steigerung des Wirtschaftswachstums.....	73
4.1.5. „Vollbeschäftigung“.....	73
4.1.6. Verlängerung der Arbeitszeit.....	74
4.1.7. Senkung der „Lohnnebenkosten“.....	74
4.1.8. Begrenzung der Managementgehälter.....	74
4.1.9. Erhöhung der Mehrwertsteuer.....	75
4.1.10. Senkung der Kapitalerträge.....	75
4.1.11. Kapitalerträge auch für die Eigentumslosen.....	75
4.1.12. Riester-Rente.....	76
4.1.13. Demokratisierung der Pensionsfonds.....	77
4.1.14. Sozialversicherungsfreigrenze.....	77
4.1.15. Übernahme des Zahlungsausfallschutzes.....	78
4.1.16. Green New Deal.....	78
4.2. Rettungsmaßnahmen seitens der „Eigentumslosen“.....	79
4.2.1. Protest und abwehrender Schutz.....	80
4.2.2. Verfassungsklage.....	80
4.2.3. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb.....	81

4.2.4. Aneignung.....	81
4.2.5. Bedingungsloses Grundeinkommen.....	82
4.2.6. „Regiogeld“.....	85
4.2.7. Rekommunalisierung.....	88
4.2.8. Aufbauender Wirtschaftskampf.....	88
5. Transformationsstrategien.....	91
6. Solidarische Ökonomie.....	100
6.1. Grundkonzept.....	103
6.2. Detailkonzepte und Projekte.....	112
6.2.1. Internetbasierte Projekte.....	112
6.2.2. Konventionelle Projekte.....	119
6.2.3. Vom un(ter)bezahlten Produzenten zum kooperierenden Konsumenten.....	128
7. Genossenschaften.....	131
7.1. Genossenschaftsprinzipien.....	141
7.2. Organisations- und Entscheidungsstruktur.....	145
7.3. Genossenschaftstypen.....	151
7.3.1. Produktionsgenossenschaften.....	152
7.3.2. Einkaufs-, Handwerks- und Händlergenossenschaften.....	160
7.3.4. Verbrauchergenossenschaften.....	165
8. Reproduktionsgenossenschaften.....	167
8.1. Erste Gründungen.....	169
8.2. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung.....	174
8.3. Weimarer Republik.....	179
8.4. Drittes Reich.....	181
8.5. Konsumgenossenschaften nach 1945.....	183
8.5.1. BRD.....	183
8.5.2. DDR.....	186
8.5.3. Konsumgenossenschaften nach 1989.....	188
9. Aktuelle Situation der Genossenschaften.....	191
10. Aktuelle Beispiele von Reproduktionsgenossenschaften im In- und Ausland.....	195
10.1. Deutschland.....	195
10.1.1. Konsumgenossenschaften.....	195
10.1.1.1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung.....	195
10.1.1.2. Konsum Dresden [162].....	198
10.1.1.3. Konsum Leipzig.....	200

10.1.1.4. co op Schleswig-Holstein eG.....	200
10.1.1.5. VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG.....	201
10.1.1.6. Weitere Verbrauchergemeinschaften.....	202
10.1.1.7. Community supported agriculture (CSA).....	203
10.1.1.8. Kaufhaus der europäischen Genossenschaften (KaDeGe) eG (in Vorbereitung) - Le Grand Magasin....	203
10.1.2. Wohnungsgenossenschaften.....	204
10.1.3. Wassergenossenschaften.....	208
10.1.4. Energiegenossenschaften.....	211
10.1.5. Genossenschaftsbanken.....	213
10.2. Italien.....	216
10.3. Schweiz.....	220
10.3.1. Migros-Genossenschaften.....	220
10.3.2. COOP.....	224
10.3.3. Vertragslandwirtschaft .....	226
10.4. USA.....	227
10.4.1. Community supported agriculture (CSA).....	227
10.5. Venezuela.....	229
10.5.1. Cecosesola.....	229
10.6. Japan.....	231
10.7. Bangladesch.....	233
11. Schlussbetrachtung.....	235
12. Literaturverzeichnis	233
13. Autoren- und Sachverzeichnis	244





*„Anyone who believes exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist -*

*Jeder, der glaubt, dass exponentielles Wachstum in einer endlichen Welt für immer weitergehen kann, ist entweder verrückt oder ein Wirtschaftswissenschaftler.“<sup>1</sup>*

Kenneth Ewart Boulding 1966[2]

## 1. Einleitung

Der Kapitalismus hat den gesamten Globus in absoluten Stress versetzt. Nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise, auch die Ressourcen-, Klima-, Lebensmittel- Wasser- und Energiekrise sind eingetreten.

Früher nutzten die Menschen lokale, regionale oder nationale Ressourcen. Heute hat die Menschheit - getreu dem Bibel-Wort: „*Seid fruchtbar und mehret euch und füllt die Erde und macht sie euch untertan ...*“ den gesamten Globus erobert und ist dabei, die Grenze seiner Belastbarkeit zu überschreiten. Die Lösung des Problems kann nicht darin bestehen, dass sich jeder nimmt, soviel er kann, sondern nur darin, dass gemeinschaftlich festgelegt wird, was jedem zugestanden werden kann.

Es steht eine Kontingentierung der Ressourcen an, die Regeln verlangt, die global auf allen Ebenen der Selbstverpflichtung und Überwachung eingehalten werden. Eine Kontingentierung ist nur mit Kooperation nicht aber mit Konkurrenz möglich. Elinor Ostrom

---

1 Kenneth Boulding wollte wohl Nichtökonominnen als Querdenkern und Quereinsteigern Mut machen, den Ökonomen die Initiative zu entreißen und selbst eine „*Antiökonomie und Antipolitik*“ [1] zu entwickeln und zu betreiben, die uns auf unsere ursprüngliche Funktion zurückführt, sich gemeinsam produzierend reproduzieren zu können.

hat den Nobelpreis für ihr Lebenswerk erhalten, nachgewiesen zu haben, dass sich knappe Ressourcen kooperativ wesentlich besser als konkurrierend nutzen lassen.

Da aber die Staaten ihr nationales Konkurrenzdenken nicht verlassen können, müssen die Kooperationswilligen den egoistischen Konkurrenzbesessenen das Heft aus der Hand nehmen und eigene möglichst hierarchiefreie ökonomische Strukturen errichten, die ihr Überleben über solidarische und nachhaltige Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen sicherstellt.

Bezüglich der Umverteilung von Unten nach Oben, vom Arbeitsertrag zum Kapitalertrag, stellt sich die Frage nach der Legitimität des Kapitaleinkommens und der Privatisierung der Gemeingüter (Commons). Das humanistische Gedankengut fußt bekanntlich auf dem Platonschen Staat, in dem körperliche Arbeit verpönt war. Platons „... *unheilvoller Einfluss prägt noch immer unsere Vorstellung von Zusammenleben, Staat und Individuum. Vor allem die Betrachtungen vom Staat und seinen Aufgaben, Individuum, Kollektiv, Gerechtigkeit und Rasse werden noch immer von seiner Terminologie bestimmt und schaden liberalen Kräften, antiautoritären Bestrebungen und Verfechtern der Gleichberechtigung.* ...

*In seinem System der Wächter, Krieger und Arbeiter (wozu auch die Sklaven zählten) hatte jeder den Platz, den er verdiente und daher lief jeder Klassenwechsel der Natur des Menschen zuwider. ... es sollte den Herrschenden verboten sein, der Arbeiterklasse Gesetze zu geben, da sie es gar nicht wert sei.“* [3]

Im humanistischen Weltbild sind wohl die Arbeitnehmer die heutigen Sklaven, die den Kapitalertrag zu erwirtschaften haben, der den Intellektuellen die Freiheit von Arbeit ermöglicht. Diese Umverteilung von Arbeitsertrag zu Kapitalertrag bricht aber zusammen, wenn in einer Gesellschaft, die auf Massenproduktion ausgerichtet ist, die Kaufkraft der „Massen“ nicht mehr ausreicht, die hergestellten Produkte zu erwerben. Dies war nach Eccles<sup>2</sup> bereits der Grund für die Wirtschaftskrise im Jahr 1929.

---

2 Marriner S. Eccles war von 1934 bis 1948 von Roosevelt eingesetzter Chef der amerikanischen Zentralbank FED.



Der Umverteilungsprozess kann aber auch durchbrochen werden, wenn den leistungslosen Kapitaleinkommen durch wirtschaftliche Selbsthilfe der Boden entzogen wird. Das kann nicht nur auf der Arbeitnehmerseite, sondern auch auf der Konsumentenseite geschehen.

Im vorliegenden Text soll ein Weg aufgezeigt werden, wie mit Solidarischer Ökonomie dem Kapital schrittweise die Kundschaft entzogen werden kann. Solidarische Ökonomie bedeutet weniger isolierte oder auch vernetzte innerbetriebliche Solidarität der Produzenten, als vielmehr Solidarität von Konsument und Produzent im Sinne des ursprünglichen Identitätsprinzips der Konsumgenossenschaften. Konsumenten solidarisieren sich mit Produzenten und eliminieren den Kapitalertrag aus dem Reproduktionsprozess. Wir heben die Trennung von Konsument und Produzent durch das Kapital und die Profitmaximierung auf und produzieren nur noch, um uns profitfrei reproduzieren zu können. Leistungsloses Kapitaleinkommen der Profiteure wird nicht mehr finanziert. Durch diese Strategie gewinnen wir auch die ökonomische Kraft, den Prozess der Privatisierung unserer Infrastruktur, der Gemeingüter (Commons), zu stoppen und umzukehren, Gemeingüter wieder in kollektiven Besitz zu überführen.

Wir müssen nicht bei Null anfangen, denn ausgehend von ihren Bedürfnissen organisieren sich in wachsendem Umfang weltweit Menschen, um kollektiv die Gegenstände und Strukturen herzustellen und zu nutzen, die sie zum Leben und zum Überleben brauchen.

Weltweit verfügen bereits 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder über eine Infrastruktur, die erweitert werden kann, um mit ihr auch die von uns benötigten Produkte herzustellen.

Außerdem wird zum Beispiel im Open-Source-Bereich ständig neue Infrastruktur produziert, die nicht kommerzialisiert werden kann. Sie ermöglicht uns, die Kommunikation und Kooperation zwischen Konsument und Produzent regional und global zu erleichtern und zu intensivieren. Wir müssen uns in diese Aktivitäten produktiv einbringen und sie systematisch ausbauen, zielstrebig einsetzen und nutzen.

Diese gemeinschaftlichen Aktivitäten heben das Selbstwertgefühl der Beteiligten und befähigen sie zu gegenseitiger Anerkennung, einer der wesentlichsten Triebfedern gemeinschaftlichen Handelns. Es reicht nicht aus, den neoliberalen Kapitalismus in die Schranken zu weisen, er muss in seinem Kern durch eine alternative Kultur der solidarischen und nachhaltigen Kooperation abgelöst werden.

Im Folgenden wird zunächst das neoliberale Umfeld, soweit es unter solidarwirtschaftlichen Aspekten erforderlich erscheint, in seinen Grundzügen dargestellt, um auf dieser Basis Gegenstrategien und Lösungen aufzuzeigen, die in diesem Umfeld einen friedlichen Übergang in die „andere Welt“, von einer konkurrierenden egoistisch neoliberalen Ökonomie zu einer kooperierenden Solidarischen Ökonomie ermöglichen.

Wegen der erkennbar großen Remanenz überkommener Vortellungen - auch in den eigenen Reihen - müssen ausreichend sorgfältig historische und aktuelle Erfahrungen mit Solidarischer Ökonomie als Transformationsstrategie analysiert werden. Es sollten zunächst die auch im neoliberalen Umfeld noch bestehenden ökonomischen Freiräume identifiziert und genutzt werden, um dann auf der Basis zunehmender Kompetenz eine weiterreichende Umgestaltung des Wirtschaftssystems vorzunehmen.

Hoffnung macht die Beobachtung und Erfahrung, dass unter den Menschen nicht nur bedingungslos konkurrierende Egoisten, sondern doch wohl ebensoviele Menschen zu finden sind, die kooperieren und sich mit ihren Mitmenschen und der Natur im Einklang befinden wollen. Sie anzuregen, in Kooperativen zusammenzukommen und zu wirken, ist Ziel dieser Ausführungen.

Die zahlreichen Zitate sollen zu erkennen geben, dass auch andere Autoren die eigene Meinung wiedergeben können. Wegen der Komplexität des Sachverhalts Ökonomie ist auch nicht zu vermeiden, dass in verschiedenen Kapiteln auf Texte anderer Kapitel Bezug genommen wird bzw. dass die Kapitel durch kurze Wiederholungen miteinander vernetzt sind.

## 2. Einige ökonomische Grundbegriffe

Um sich die herrschende Ökonomie, die sich von der Sozialen Marktwirtschaft zur Finanzdiktatur entwickelt hat, erklären zu können, seien zunächst einige ökonomische Grundbegriffe wie Tausch, Wirtschaftswachstum und Wachstum der Kapitalerträge etwas ausführlicher dargestellt.

### 2.1. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag - die Plünderung der Realwirtschaft

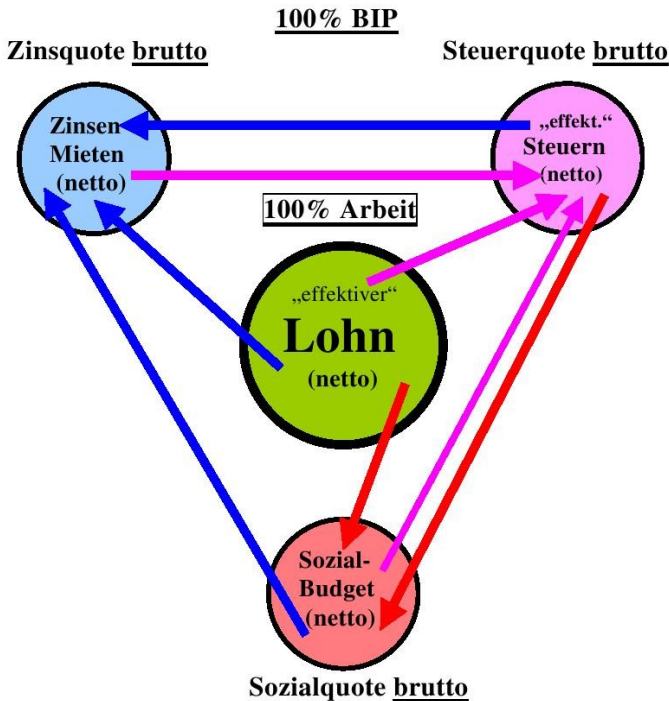
*„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser "Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung" steht die Arbeitslosigkeit als "eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen" gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“*

Dieter Suhr [4]

Die alltäglichen Konsequenzen der Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen gestalten sich z. B. in Deutschland wie folgt: Dr. med. Dieter Petschow, niedergelassener Arzt in Langenhagen bei Hannover, wunderte sich, dass er und seine Mitarbeiterinnen für ihre gemeinsame Arbeit von Jahr zu Jahr weniger Geld zur Verfügung hatten, obwohl die Arbeit seit Jahrzehnten die gleiche geblieben war (Petschow 2005). Da Talkshows und Politikermeinungen mit seiner Realität nicht übereinstimmten, holte er sich über das Internet die entsprechenden Informationen aus dem Statistischen Bundesamt, der Bundesbank etc. zusammen und erstellte eine Einnahmenüberschussrechnung für Deutschland. [5]

Was zunächst als zunehmender Reichtum erscheint - das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt von 352 Euro im Jahr 1970 auf 2.107 Mrd. Euro im Jahr 2002, dem Jahr der Umstellung von DM auf Euro -, ist nicht zuletzt auch auf Preissteigerungen und Inflation zurück-

zuführen. Entscheidend aber ist der relative Anteil von Kapitalertrag und Arbeitsertrag am BIP.



**Abb. 1: Schema der Einnahmenüberschussrechnung**

Seiner Einnahmenüberschussrechnung liegt folgende Methode zugrunde: In der Mitte steht der Lohn. Von ihm werden

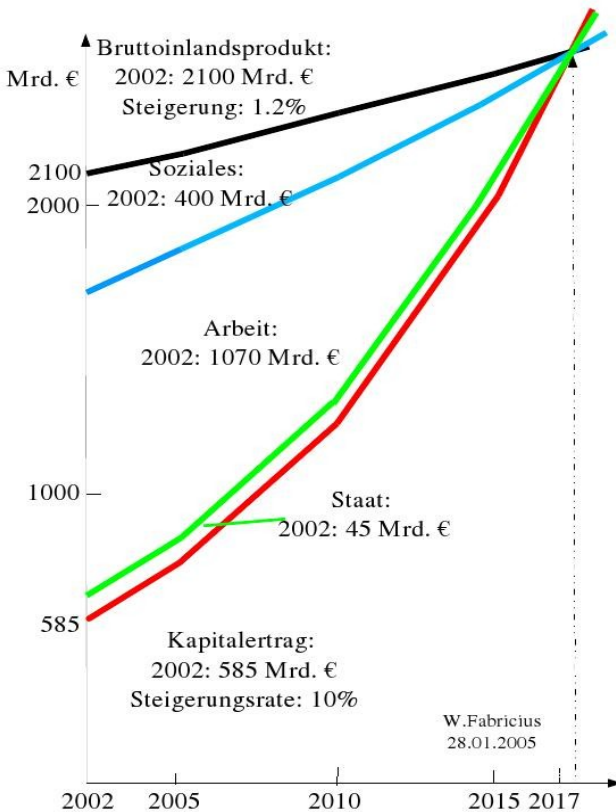
- vom Staat die Steuern,
- vom Kapital die Mieten sowie die in den Preisen enthaltenen oder durch eine Verschuldung bedingten Zinsen und
- von den Sozialversicherungen die Sozialabgaben

abgezogen.

Weiterhin entrichtet das Kapital Steuern an den Staat. Im Gegenzug muss der Staat Mieten und Zinsen an das Kapital entrichten und die Sozialausgaben unterstützen. Die Sozialeinrichtungen zahlen Mieten und Zinsen an das Kapital und Steuern an den Staat. Entkleidet von all diesen Beträgen ergeben sich die Nettoquoten der



Nettosozialquote ist um mehr als 2% von 17,6% (62 Mrd. Euro) auf 15,2% (322 Mrd. Euro) des BIP gefallen. Mit dieser reduzierten Nettolohn- und Nettosozialquote mussten sich aber 38,7 Mio. statt vorher 26,7 Mio. Erwerbstätige und 5 Mio. statt 149.000 Arbeitslose abfinden.



**Abb. 3: Die nächsten 12 Jahre**

Petschows Analyse der letzten 30 Jahre ergab eine mittlere Wachstumsrate des Kapitalertrags von 10,2% pro Jahr. Es stellte sich die Frage, wie sich die Kapitalerträge in den nächsten Jahren entwickeln würden. Bei weiterem linearem Wirtschaftswachstum von jährlich 1,2% (Mittelwert der davorliegenden 10 Jahre) und exponentiellem Kapitalertragswachstum von jährlich 10% würde

bereits im Jahr 2017 das gesamte Bruttoinlandsprodukt den Kapitaleignern zufließen. Für den Arbeitsertrag (Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen und Sozialleistungen) wäre kein Geld mehr vorhanden (s. Abb. 3). 2017 wäre also der hypothetische Zustand erreicht, bei dem es nur noch Kapitalerträge, aber keine Arbeitserträge mehr gäbe.

Sehr viel früher jedoch, speziell ab dem Punkt, ab dem das Kapitaleinkommen das Arbeitseinkommen übersteigt, und dieser Punkt ist demnächst erreicht, bzw. liegt bereits hinter uns [6], wird sich der größte Teil von uns - neben den steigenden „Festkosten“ - zunehmend nur noch den Kauf unverzichtbarer Lebensmittel leisten können. Dann aber verlagert sich die Spekulation verstärkt in diesen Bereich und die Preise eskalieren auch hier.

Wie hilflos klingt da Horst Köhlers Appell: „*Der Aufstieg der einen darf nicht der Abstieg der anderen sein*“ [7] und wie „unerhört“ wird er in der Weite der globalen Finanzmärkte verklingen.

Das Kapital wurde und wird auf unterschiedlichsten Wegen der Realwirtschaft und der direkten Investition auf nationaler Ebene entzogen und immer häufiger über die auf den globalen Finanzmärkten agierenden Fonds in Form von „Heuschreckenkapital“ unter härtesten profitmaximierenden Kriterien dort wieder eingebracht, wo die Renditen am höchsten sind. Renditen von 20 und 30% waren und sind dabei keine Seltenheit.

Greenspan schreibt in der Financial Times: *"Diese Krise ist anders - ein Ereignis, wie es ein oder zwei Mal pro Jahrhundert vorkommt, tief verwurzelt in den Ängsten vor der Insolvenz großer Finanzinstitutionen. ... Erst als staatlicher Kredit an die Stelle von privatem Kredit privater Banken trat, zunächst im Fall der britischen Bank Northern Rock, dann in den USA im Fall Bear Stearns, wurde ein **Anschein** von Stabilität an den Märkten wiederhergestellt."* [8]

Georg Soros konstatiert, die übermäßigen Freiheiten der Finanzmärkte hätten „*nicht eine normale Krise, sondern das Ende einer Ära*“ herbeigeführt und „*diese Krise unterscheidet sich von allen, die wir in den letzten 60 Jahren gesehen haben - sie ist schlimmer*“,

eine Krise, bei der „alles schiefging, was schiefgehen konnte. ... Die Gefahr besteht darin, dass dadurch entstehende Spannungen, einschließlich des Protektionismus der USA, die Weltwirtschaft zerschlagen und die Welt in eine Rezession - oder etwas noch Schlimmeres - stürzen könnten.“[9] Aber ging wirklich alles schief oder ist es nicht die eigentliche Intention des Kapitalismus, leistungsloses Kapitaleinkommen zu Lasten der Arbeitseinkommen zu favorisieren?



## 2.2. Tausch und Tauschmittel

*„So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“*

Aristoteles [10]

Eine der vielen Facetten des „homo sapiens“ ist der „homo oeconomicus“, der wohl zur Zeit bei vielen Menschen die Regie übernommen hat.

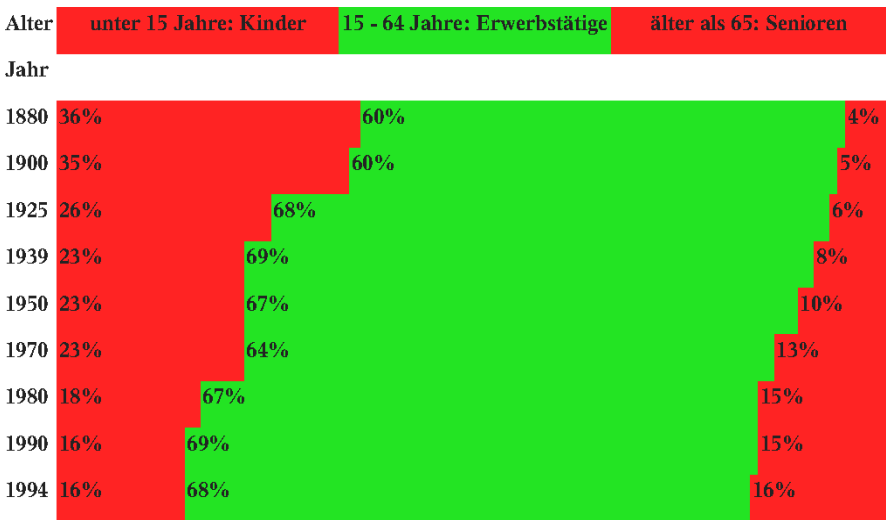
Ursprünglich war dieser homo oeconomicus als Jäger und Sammler nur Konsument, er nahm, was die Natur ihm bot. Dann ließ er sich nieder und fing an zu produzieren, Pflanzen anzubauen und zu veredeln, Tiere zu halten und zu domestizieren. Jeder Einzelne, die Familie oder die Gemeinde stellte selbst her, was gebraucht wurde. Mit der Differenzierung der Bedürfnisse differenzierte sich aber auch die Ökonomie, nicht jeder konnte mehr alles selbst herstellen, es begann die Arbeitsteilung.

Mit der Arbeitsteilung der Gesellschaft begann auch der Tausch. Differenzierter Tausch verlangte ein Äquivalent, das Tauschmittel, das den Wert der geleisteten Arbeit repräsentiert und ermöglicht, ein gleichwertiges Produkt eines Anderen zu erwerben. Die unterschiedlichsten Tauschmittel kamen zur Anwendung. Wichtig war, ein Tauschmittel zu finden, das möglichst haltbar und regional wie überregional im gesamten Raum des Tauschens als Tauschmittel akzeptiert wurde.

Neben Naturalien, die wegen begrenzter Haltbarkeit unzureichend geeignet waren, gewannen Metalle und Münzen als Zahlungsmittel bzw. Geld zunehmend an Bedeutung [11]. Als ideal erwiesen sich über lange Zeit Gold und Goldmünzen, die in Deutschland auch heute noch ohne Mehrwertsteueraufschlag gehandelt werden können. Schließlich kam auch das Papier- und das Buchgeld noch hinzu, das eigentlich besonderer staatlicher Kontrolle bedarf.

So unverzichtbar in einer arbeitsteiligen Gesellschaft (in einer neoliberal/kapitalistischen Umgebung!) ein neutrales Tauschmittel auch ist, darf es aber nur als solches fungieren. Jedes zusätzliche Geld, das keiner Leistung entspricht, leistungloses Kapitaleinkommen also, entwertet geleistete Arbeit und führt zur Verteuerung der zu erwerbenden Produkte und Leistungen.

Allerdings muss aus dem Arbeitsertrag auch die gesamte Infrastruktur, die für die Produktion und die Dienstleistungen erforderlich ist, finanziert werden, außerdem ein Umlageverfahren für alle noch nicht und nicht mehr Erwerbstätige sowie alle Kranken und Behinderten. Wie wir in Abb. 4 sehen können, war das Verhältnis von Erwerbstätigen zu noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen von 1880 bis 1994 immer etwa zwei zu eins. Waren anfangs viele Kinder und wegen der niedrigeren Lebenserwartung nicht so viele Senioren zu versorgen, ist es heute umgekehrt.



**Abb. 4: Alterspyramide in anderer Form**

Grundsätzlich ist also weniger die Alterspyramide als vielmehr das Verhältnis von Erwerbstätigen zu nicht Erwerbstätigen von Bedeutung. Auch Lohndumping und Arbeitsplatzabbau schränken das für die Umverteilung verfügbare Geld ein. Entscheidend für die

Alterssicherung ist also das wertbezogene, das Arbeitseinkommen.

Die Verschiebung von links nach rechts, von Jung zu Alt in Abb. 4 hängt in erster Linie natürlich mit der höheren Lebenserwartung der Menschen zusammen, aber liegt, insbesondere in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, zum großen Teil auch daran, dass die im von Wilfried Schreiber konzipierten Umlageverfahren<sup>3</sup> vorgesehene „Kinderkasse“ von Adenauer<sup>4</sup>, der als 80jähriger die Wahlen mit den Rentnern gewinnen wollte, mit der verantwortungslos flapsigen Bemerkung gekippt wurde: „*Kinder bekommen die Leute immer.*“ Wie wir heute sehen, ist das nicht der Fall, mittlerweile ist - insbesondere für den Mittelstand - schon das zweite Kind ein Armutsrisiko. Um eine ausgeglichene Altersverteilung zu haben, muss auch die eingeschränkte Erwerbsfähigkeit von Familien durch Ausgleichszahlungen finanziell besser berücksichtigt werden.

---

3 Als volkswirtschaftliche Lösungsstrategie für das Problem der Versorgung einer alternden Bevölkerung ist eine von fast allen betriebene kapitalgedeckte Altersvorsorge schlicht unsinnig. Ein Verhalten, das für den Einzelnen sinnvoll ist, kann für die Gesamtheit oder die Volkswirtschaft eben sinnlos oder schädlich sein. Denn im Gegensatz zum Geldvermögen der Einzelnen ist das Geldvermögen einer Volkswirtschaft immer gleich Null: Die Summe der Schulden ist gleich der Summe der Außenstände. Das ist eine rein buchhalterische Identität und eine der logischen Grundlagen der Ökonomie. Auf diesen elementaren wirtschaftswissenschaftlichen Sachverhalt wurde in den 50er Jahren von dem Finanzwissenschaftler Gerhard Mackenroth, der bei der Einführung des Umlageverfahrens der Rentenversicherungen Pate stand und Adenauer von dessen Rationalität überzeugt hat, dabei ausdrücklich Bezug genommen.

4 Adenauer hat mit der großen Rentenreform von 1957 das Umlageverfahren und - aus ordnungspolitischen Gründen - nicht das Kapitaldeckungsverfahren installiert. Das Argument war, dass man nur das Kapitaldeckungsverfahren fortschreiben müsse, wenn man den Kommunismus einführen wolle. Gemeint war damit die Gefahr, dass die Rententräger kraft der von ihnen verwalteten gigantischen Summen binnen kurzem zu Monopolisten mit nahezu absoluter Macht am Kapitalmarkt würden. Das Konzept der lebensstandardsichernden, dynamischen Rente nahm den Familien schrittweise die Verpflichtung ab, für die Alten aufzukommen. Dies war gleichzeitig ein Geschenk an das erwachsene Wahlvolk, instinktsicher zum Machterhalt gegen die „rote Gefahr“ eingesetzt. Ebenso machtorientiert hat er das Konzept der Jugendrente, das die Architekten der Rentenreform ebenfalls vorgeschlagen hatten, nicht realisiert, schließlich sind Kinder keine Wähler.

Geld konnte allerdings nicht nur als aktuelles Tauschmittel (w-g-w), sondern auch zur Speicherung des Arbeitswertes verwendet werden. Mit diesem Geld wurde Infrastruktur erworben, zunächst für den eigenen Bedarf, aber, wenn der gesättigt war, auch für den Erwerb von Infrastruktur, die andere zur Sättigung ihres Bedarfs benötigten. Das Geld selbst und auch diese Infrastruktur konnte dann gegen Gebühr verliehen werden. Geld wurde nun gezielt angelegt bzw. investiert, um zusätzliches Geld zu erwerben (g-w-g'). Daraus ergaben sich immer umfangreichere Anlagen und Profite. Die Umverteilung von Unten nach Oben hatte begonnen. Neben Konsument und Produzent hatte sich ein Dritter gesetzt, ein parasitus, der Profiteur, als der sich der Anleger sehr bald entpuppte. Das Trias des homo oeconomicus war vollständig.

Jeder Mensch beherbergt also dieses Trias, aber mit unterschiedlicher Ausprägung: Bei dem einen steht der Konsument, beim anderen der Produzent, beim dritten der Anleger bzw. Profiteur im Vordergrund. Prinzipiell könnte sich jedes Individuum als Konsument, Produzent und/oder Anleger betätigen, was ja auch in den unterschiedlichen Lebensphasen der Fall ist, wenn der Säugling gestillt, die erste Arbeit aufgenommen, das Auto angeschafft oder das Haus gebaut und im Alter die Rente bezogen wird.

Der Staat musste gegründet werden, um die entstehenden Reichen vor den entstehenden Ärmern zu schützen, Banken optimierten dieses Umverteilungsgeschäft.

Aus dem ursprünglichen w-g-w (Ware-Geld-Ware) ist also g-w-g' (Geld-Ware-mehr Geld) geworden. „Wissenschaftlich“ perfektioniert sollte der Konsument über seinen Bedarf hinaus soviel wie möglich verbrauchen, der Produzent jahraus jahrein, rund um die Uhr, möglichst umsonst bis zur Erschöpfung produzieren, damit sich der Profiteur maximal bereichern konnte. Die Art der Produkte und Dienstleistungen wurde immer unwichtiger, aus mehr Geld wurde zu viel Geld. Eine gigantische reale und schließlich seit den 1970er Jahren zunehmend auch virtuelle Kreditexpansion entstand. Die sogenannte Überflusgesellschaft auf dem Rücken der 3. Welt hatte jeden Maßstab verloren.

Der Mensch geriet an den Rand eines Abgrundes, in den er jetzt zu stürzen droht. Der befürchtete soziale, ökologische und ökonomische Tsunami ist zwangsläufige Realität geworden[12]. Konsument und Produzent müssen sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, dass sie ihren Partner im Trias des homo oeconomicus, den Anleger, zum Profiteur haben verkommen lassen.

Relevant ist jetzt nur noch die Frage: wie kommen wir von dem Abgrund, vor dem wir stehen, wieder weg. Wie können wir den Zusammenbruch des Finanz- und Wirtschaftssystems möglichst schadlos überstehen? Etliche Schritte zurück sind wohl notwendig, um nicht in der Tiefe zu zerschellen oder in der Tiefe ganz von vorne wieder beginnen zu müssen.

Zum Profit schrieb Franz Staudinger 1903: *„Was heißt Profit? Es ist ein Nutzen, der dem einen aus dem Gut oder der Arbeit eines anderen ohne Gegenleistung, bloß kraft des Kapitalbesitzes zufließt. ... Daß die Arbeit des einen dem anderen ohne Gegenleistung zufließt, ... geschieht, seit geschriebene Geschichte besteht. Sklaverei, Hörigkeit, Tributpflichtigkeit etc. sind Formen dieses Dienstverhältnisses.*

*In der neuen Zeit sind diese Dienstverhältnisse abgeschafft worden; die Menschen sind für frei und rechtsgleich erklärt und es ist untersagt, den Dienst von jemandem ohne Bezahlung in Anspruch zu nehmen. Trotzdem aber besteht in dem Profitverhältnis die alte Dienstbarkeit in verschleierter Form fort. Ebenso wie der Sklave einst nur nach dem Willen des Herrn produzierte und konsumieren konnte, so kann der heutige Besitzlose nur produzieren und konsumieren, wenn ihm der Besitzende Arbeit gibt. Dadurch wird er indirekt doch wieder dessen persönlicher Knecht.“ [13]*

Das Verhältnis von Kapital zu Arbeit - auch die Formulierung „Kapital ist akkumulierte Arbeit“ - lässt sich sehr gut am Tauschring verdeutlichen: für die von einer Person geleistete Arbeit wird eine der aufgewendeten Zeit äquivalente Anzahl von Punkten registriert, die gegen die von einer anderen Person geleistete Arbeit getauscht werden können. Würden nun die positiven Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Bonus und die negativen Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Malus versehen, könnte Arbeit, ohne

geleistet zu werden, vermehrt oder vermindert werden. Aber genau das, was bei der Arbeit absurd erscheint, soll bei dem Arbeits-äquivalent Geld unverzichtbar sein: Vermehrung des Eigentums ohne entsprechend geleistete Arbeit. Die grotesken Verzerrungen, die entstehen, wenn sich Geld bzw. Eigentum oder Kapital auf diese Weise vermehren kann, lassen sich an unserer gegenwärtigen extremen Eigentumsverschiebung erkennen.

Um leistungsloses Kapitaleinkommen zu verhindern, könnten also - wie auch Rifkin empfiehlt [14] - „Zeitdollars“ eingeführt werden: Für jede Stunde gesellschaftlich notwendiger Arbeit wird ein derartiger Zeitdollar gutgeschrieben.

Ähnliche Register, in denen alle Arbeitszeiten von abhängig Beschäftigten festgehalten sind, werden von der Deutschen Rentenversicherung (ehemals die Landesversicherungsanstalten (LVA)) bzw. der Deutschen Rentenversicherung Bund (die ehemalige Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)) geführt. Die Zeitkonten in diesen Registern, die ja elektronisch geführt werden, könnten z.B. beim alltäglichen Einkauf über Scheckkartenzahlung Verwendung finden.

Es gab und gibt also zwei unterschiedliche Formen des Eigentums:

- individuelles oder gemeinschaftliches Eigentum, das der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, der eigenen Reproduktion, dient und
- individuelles oder gemeinschaftliches Eigentum zur Erzielung leistungslosen Kapitaleinkommens.

Durch den Profit kommen immer umfangreichere reale und schließlich auch - außerhalb der Realwirtschaft - virtuelle Kapitalien, sogenannte Finanzblasen oder Heuschreckenkapital, zustande, die es ermöglichen würden, ein Vielfaches von dem zu kaufen, was auf dem gesamten Globus an Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung steht. Damit ist auch das Geld als Tauschmittel entsprechend entwertet.

Zur Veranschaulichung, was allein der Zins zur der Vermehrung des Geldes beitragen kann, sei das allen Ökonomen geläufige Gleichnis

des Josephspfennigs angeführt: Wenn Joseph seinem Sohn Jesus bei dessen Geburt einen einzigen Pfennig zurückgelegt hätte, wäre dieses „Kapital“ bei einer jährlichen Verzinsung von 5 % mit Zinseszinsen im Jahre 2000 auf den fiktiven Gegenwert von 132 Milliarden Erdkugeln (zu je 5,974 \* 1021 Tonnen) aus purem Gold angewachsen. In der gesamten Geschichte der Menschheit wurden aber schätzungsweise erst 155.000 t Gold geschürft, die in einen Würfel der Kantenlänge 20 Meter passen würden. [15]

Es ist deshalb auch den Christen an mehreren Stellen der Bibel ein Zins- und Wucherverbot auferlegt:

- 2. Buch Mose (Exodus) 22 , Vers 24: *„Wenn du Geld verleihest an einen aus meinem Volk, an einen Armen neben dir, so sollst du an ihm nicht wie ein Wucherer handeln; du sollst keinerlei Zinsen von ihm nehmen.“*
- 3. Buch Mose (Levitikus) 25, Vers 35-37: *„Wenn dein Bruder neben dir verarmt und nicht mehr bestehen kann, so sollst du dich seiner annehmen wie eines Fremdlings oder Beisassen, dass er neben dir leben könne; und du sollst nicht Zinsen von ihm nehmen noch Aufschlag, sondern sollst dich vor deinem Gott fürchten, dass dein Bruder neben dir leben könne. Denn du sollst ihm dein Geld nicht auf Zinsen leihen noch Speise geben gegen Aufschlag.“*
- 5. Buch Mose (Deuteronomium) 23, Vers 20: *„Du sollst von deinem Bruder nicht Zinsen nehmen, weder für Geld noch für Speise noch für alles, wofür man Zinsen nehmen kann.“*

Luther schrieb 1540: *„Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich! Er muß ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst! Er sitzt nämlich nicht als ein Feind sondern als ein Freund und Mitbürger im Schutz und Frieden der Gemeinde und raubt und mordet dennoch gräulicher als jeder Feind und Mordbrenner. Wenn man daher die Straßenräuber, Mörder und Befehder rädert und köpft, um wieviel mehr noch sollte man da erst alle Wucherer rädern und foltern, alle Geizhälse verjagen, verfluchen und köpfen.“* [16]

Die Katholische Kirche hatte noch in ihrem Gesetzbuch (Codex Juris Canonici, Kanon 1543) von 1917/18 die Regelung, dass ein Darlehensvertrag keinen Gewinn rechtfertige, allerdings verbunden mit dem Zusatz, dass weltliches Gesetz eine abweichende Vereinbarung erlauben könne. Beides wurde im Zuge der Neufassung 1983 ersatzlos gestrichen, das Verbot des Gewinns aus dem Darlehensvertrag damit also endgültig und vollständig aufgehoben, obwohl erkennbar auch damals schon solche Gewinne erwerbstätige Bürger und die Gesellschaft zunehmend belasteten.

Zusätzlich zum Zins gibt es weitere Möglichkeiten der Gold- und Geldexpansion. Dazu Deutsche-Bank-Chef Ackermann und sein Lehrer Binswanger in einem Interview der FAZ im Juni 2009: *„Ackermann: Durch die Schöpfung von Papiergeld und Buchgeld kann man die physische Knappheit des Goldes überwinden und die monetäre Basis verbreitern. Die große Herausforderung ist dann, dieses Angebot an Geld zu kontrollieren und in ein vernünftiges Verhältnis zum realen Wachstum zu setzen.*

*Binswanger: ... Heutzutage haben die Banken vom Staat die Lizenz, Buchgeld zu schaffen. Der Staat unterstützt das insofern, als jeder-mann das Buchgeld in Bargeld - das gesetzliche Zahlungsmittel - umwandeln kann. Der Staat hat damit auch die Verantwortung dafür, was er inszeniert.“*<sup>[17]</sup> Hat er diese Verantwortung wahrge-nommen und kann er sie überhaupt wahrnehmen? Denn das Buchgeld übertrifft das weltweite BIP bereits um das 13-fache. Das scheinen die Staaten (und auch Binswanger?) überhaupt noch nicht wahrgenommen zu haben.

Alles wurde der hemmungslosen Ökonomisierung und Ausbeutung erschlossen, nicht nur makroökonomisch bis in den letzten Winkel des Globus, sondern auch mikroökonomisch bis in die intimsten Tiefen des Individuums. Alles wird über einen immer anonymen werdenden Markt verramscht. Kaum jemand weiß heute noch, wer seine Lebensmittel und all die anderen sieben Sachen herstellt, die er zum Leben braucht.

Die drei Kategorien des homo oeconomicus haben sich völlig verselbständigt und immer weiter voneinander entfernt. Der Anleger



hat seine Fonds, die sein Geld vermehren, ohne dass er sich darum überhaupt kümmern muss, der Produzent stellt nur noch ein Teilstück eines Produktes für einen anonymen Markt her und der Konsument holt sich sein Fertigprodukt aus einem Supermarkt, den ihm die Werbung aufgeschwätzt hat. Bauer, Bäcker, Schuster, Metzger, Schreiner wohnen nicht mehr in der Nachbarschaft und kaum einer kennt sie noch.

Der Bürger wird in zweifacher Weise geschröpft:

- einmal als Produzent, indem er für die Produkte und Dienstleistungen wegen des leistungslosen Kapitaleinkommens weniger Lohn bekommt, als es dem Wert der Arbeit entspricht und
- ein zweites mal als Konsument von Produkten, die andere hergestellt haben, in deren Preisen aber ebenfalls leistungsloses Kapitaleinkommen steckt.

Es ist deshalb eigentlich gleichgültig, auf welcher Seite des Marktes begonnen wird, das leistungslose Kapitaleinkommen aus den Preisen der Produkte und Dienstleistungen zu eliminieren, auf der Produktions- oder auf der Reproduktionsseite. Grundsätzlich können sich jedoch Konsumenten wesentlich einfacher und risikoloser organisieren, als Arbeitnehmer in der Produktion. Denn: *„Selbst allmächtige Weltkonzerne können ihre Konsumenten nicht entlassen.“* [18]

Jeder Euro, der unsere Realwirtschaft in die globalen Finanzmärkte verlässt, wird dort zu „Heuschreckenkapital“ aufgebläht, das gegen uns eingesetzt werden kann. Man könnte versuchen, Teile dieses Kapitals über Steuern zurückzuziehen, besser jedoch wäre es, die vielen Poren der Gesellschaft, durch die dieses Geld aus der Realwirtschaft in die Finanzmärkte diffundiert, zu ermitteln und zu verschließen. Sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten müssen gemeinsam verhindern, dass immer umfangreichere Teile des Wertes ihrer Arbeit bzw. ihrer Kaufkraft ihrem Verfügungsraum entzogen werden.

Die Finanzspritzen der Staaten zur Rettung der Banken entwerten das Wertäquivalent Geld weiter und verschärfen den Gegensatz von

leistungsbezogenem Einkommen und leistungslosem Kapitaleinkommen, statt ihn zu entschärfen.

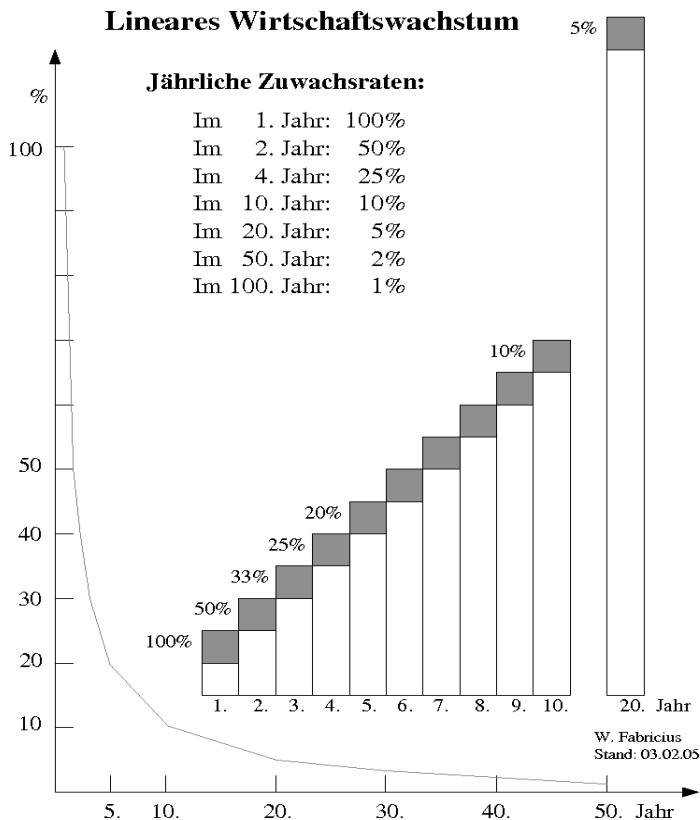
Zu diesem Thema noch einmal das Interview der FAZ mit Ackermann und Binswanger *„Ackermann: Nicht zuletzt die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Geldsphäre auf die reale Wirtschaft noch zu wenig erforscht sind.*

*Binswanger: Stimmt! Die heutige Weltwirtschaft funktioniert ganz anders als die neoklassischen Gleichgewichtsmodelle, die im Grunde eine bäuerliche Tauschwirtschaft beschreiben; gleichwohl hantieren die meisten Ökonomen noch heute vorzugsweise mit diesen Modellen. Viele junge Ökonomen sehen diese theoretischen Defizite nicht einmal mehr.“ [17]*

Aber vielleicht gibt es auch gar keine anderen sinnvollen Modelle als die der Tauschwirtschaft und des realen Geldes als Wertäquivalent.

## 2.3. Wirtschaftswachstum

Nach Wikipedia gibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden und dem Endverbrauch dienen.



**Abb. 5: Lineares Wirtschaftswachstum**

Während auf globaler und europäischer Ebene das BIP linear wächst, macht es in Deutschland durch den Mauerfall einen kleinen Sprung nach oben um dann auch wieder linear weiterzuwachsen. [19]

Lineares Wachstum liegt vor, wenn die Wachsumsschritte immer

gleich groß sind. Kommt also, wie näherungsweise beim BIP in Deutschland, zum ersten Baustein im ersten Jahr ein zweiter, ist das ein Wachstum von 100%, im 2. Jahr jedoch, wenn ein weiterer Baustein zu zwei bereits vorhandenen kommt, beträgt das relative Wachstum nur noch 50%, im 3. Jahr 33%, im 10. Jahr 10% und nach 50 Jahren, wenn das BIP zwar 50 mal so groß ist wie im ersten Jahr, ist die jährliche Zuwachsrate auf 2% geschrumpft. Selbst wenn also jährlich die gleiche Menge an Produkten und Dienstleistungen zusätzlich erzeugt wird, nimmt ihr relativer Anteil gegenüber dem bereits Erzeugten ständig ab. In Deutschland wuchs das BIP in den Jahren 1950 bis 2000 im Mittel etwa um 40 Mrd. Euro pro Jahr (denn 2 Billionen Euro geteilt durch 50 Jahre ergeben 40 Milliarden Euro pro Jahr) und wenn 40 Mrd. Euro zusätzlich zu 2 Billionen Euro produziert werden, sind das etwa 2% Wachstum.

Um mindestens ein lineares Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, müssen die Bürger veranlasst werden, einerseits entsprechend intensiv zu produzieren und andererseits ebenso intensiv zu konsumieren. Auf der Seite der Produzenten wurde also die Produktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität gesteigert. Auf der Seite der Konsumenten folgte, wenn die Bedarfsdeckung erreicht war, über eine immer raffiniertere Werbung eine Bedarfsweckung (aus der Hausfrau wurde z.B. eine Frau Saubermann und aus der Frau Saubermann die Frau Keimfrei), dann kam die Ex-und-Hopp-Produktion (es wurden z.B. in Autos gezielt Verschleißfaktoren eingebaut), schließlich die Externalisierung der Kosten und als den Leuten das Geld ausging, sollten sie sich verschulden (Selbst zinsfreie Kredite wurden und werden gewährt). Der Export brachte zusätzliche Gewinne und durch die Globalisierung konnte alles noch weiter perfektioniert werden. Als auch hier der Bedarf zurückging bzw. die Kaufkraft nicht mehr ausreichte und die Profite geringer wurden, erfand man immer neue „Produkte“ der Gewinnmaximierung auf den Finanzmärkten, bis die Außenstände der Gläubiger auf etwa das dreizehnfache der Bruttoinlandsprodukte aller Länder des Globus angewachsen waren. Wirtschaftswachstum läßt sich, um Löhne und Sozialleistungen nicht zu gefährden, nur durch konsequentes Einfrieren der Kapitalerträge reduzieren.

## 2.4. Das Wachstum der Kapitalerträge

*„Es gibt keinen Weg, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu vermeiden, der durch Kreditexpansion erzeugt worden ist. Die Alternative kann nur sein: Entweder die Krise kommt früher - als ein Ergebnis der freiwilligen Einstellung der Kreditexpansion - oder später als eine finale und totale Katastrophe des betreffenden Währungssystems.“*

Ludwig von Mises, 1912 [20]

Der Spiegel schreibt im April 2009: *„... niemand weiß, ob ... das viele Geld, das aggressive Krisenvirus sogar noch füttert, weil derzeit Schulden mit Schulden bekämpft werden und am Ende nicht nur die Banken, sondern auch die Staaten pleitegehen könnten. Womöglich wird die Krise bekämpft, in dem man die nächstgrößere vorbereitet.“* [21]

Selbst Filmschauspieler Clint Eastwood meint: *„Wir haben eine Krise, weil wir Geld ausgaben, das wir nicht hatten und die wir jetzt dadurch lösen wollen, indem wir Geld ausgeben, das wir nicht haben.“* [22] Und der Philosoph Peter Sloterdijk fühlte sich bezüglich der Finanzspritzen gegen die Finanzkrise an den Kindervers erinnert: *„Die Feuerwehr ist gar nicht dumm, sie spritzt gleich mit Petroleum.“* [23]

Was zu Beginn des sichtbaren Ausbruchs der Krise entrüstet abgelehnt wurde, das Platzen der Finanzblasen durch eine darüber zu legende aufzufangen, findet jetzt auf Hochtouren statt. Trotz der richtigen Erkenntnis von Mises wird Kreditexpansion mit Kreditexpansion bekämpft.

Hierzu äußert sich Kurt Biedenkopf in einem Spiegel-Gespräch: *„Das Risiko ist enorm. Wenn es nicht gelingt, die Staatsverschuldung zu begrenzen, kann sich eine neue weltweite Blase bilden, und zwar in allen Industrie- und Schwellenländern gleichzeitig: die Blase der Staatsverschuldung. Sie ist eindeutig die gefährlichste aller Blasen. Würde sie platzen, wären die Staaten selbst als Schuldner betroffen. Es gäbe keine Instanz mehr, keinen "lender of last resort", auf die sie zurückgreifen könnten. Dann wäre die*

*Katastrophe komplett.*“ [24]

Diese Geldmassen und Kapitalexpansionen wurden aus vielen kleinen und großen Quellen gespeist. Allein die Mieten von Wohnungen setzen sich beispielsweise zu 70-80% aus Zinsen zusammen, der Trinkwasserpreis enthält 38% Zinsen und selbst die Müllkosten sind mit 12% Zinsen belastet. Im Mittel sind in den Preisen, bezogen auf alle von den Verbrauchern getätigten Ausgaben - mit steigender Tendenz - bereits über 40% Zinsen enthalten. [25]

Neben dem Zins besteht eine zweite Möglichkeit, der Gesellschaft bzw. der Realwirtschaft Geld zu entziehen: Menschen für ein geringeres Arbeitsentgelt, als es dem wirtschaftlichen Wert ihrer Arbeit entspricht, arbeiten zu lassen, dem Arbeitnehmer also nicht das Geld zu geben, das dem Wert seiner Arbeit entspricht, sondern einen beliebig niedrigeren Betrag. Die Differenz stellt - mit den Zinsen für das in der Infrastruktur steckende Fremdkapital - das leistungslose Kapitaleinkommen der Eigentümer der jeweiligen zur Produktion benötigten Infrastruktur dar, die zunehmend Fonds-Anteilseigner sind.

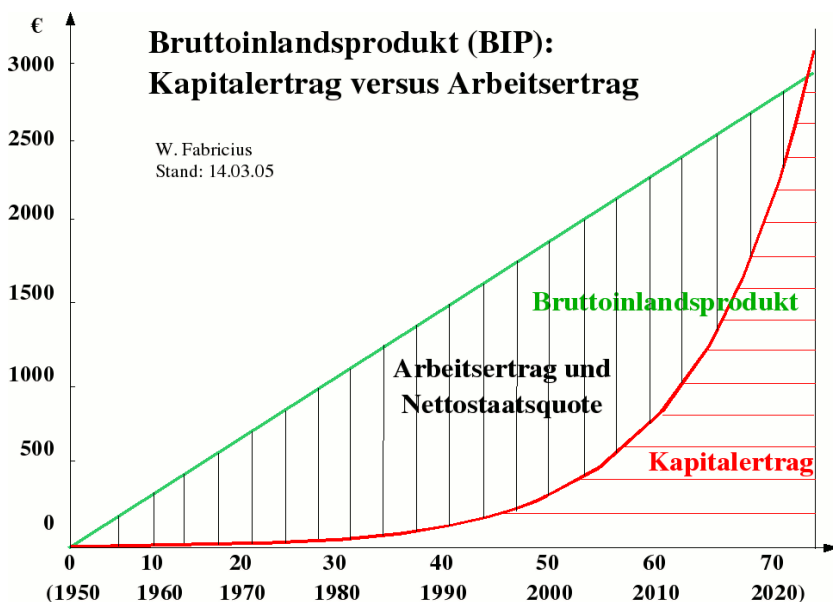
Eine weitere Möglichkeit der Realwirtschaft Geld zu entziehen besteht in der Sparquote, Geld auf Bankkonten und in Fonds zu deponieren, oder in der kapitalgedeckten Alterssicherung anzulegen, das dann direkt oder indirekt in die Finanzmärkte diffundiert und dort zu Hebelgeschäften genutzt wird.

Kapitalerträge werden also einerseits auf der Arbeitnehmerseite über vorenthaltene Arbeitnehmerentgelte, indirekt auch über Steuern, andererseits auf der Konsumentenseite durch Zinsen, Mieten, Pachten, Subventionen, Dividende, Kursgewinne, Währungs-, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulationen und auch hier indirekt über Steuern, die zu Subventionen führen etc. realisiert. Sie wurden zum immer größeren Teil nicht mehr in der Realwirtschaft reinvestiert, da die Finanzmärkte über global operierende Fonds höhere Renditen ermöglichten.

Auf der Grundlage der oben dargestellten Untersuchungen von Petschow wurde das graphische Modell in Abb. 6 erstellt. Da es bei

diesem Modell im Wesentlichen auf die Darstellung des Wachstums der Kapitalerträge ankam, wurden Staats- und Sozialquote dem Arbeitsertrag zugeschlagen.

Die entsprechenden Modellrechnungen ergeben, dass bereits nach 10 Jahren (1960) das lineare Wirtschaftswachstum mit etwa 10% auf den Zuwachs der Kapitalerträge abgesunken ist, nach 25 Jahren (1975) entsprechen die Kapitalerträge mit 40 Mrd. Euro dem absoluten mittleren jährlichen Zuwachs des BIP und schließlich nach 48 Jahren (1998) haben die Kapitalerträge ein Volumen von 400 Mrd. Euro erreicht und wachsen von hier ab mit mehr als 40 Mrd. Euro pro Jahr schneller als das BIP. Das BIP und speziell die Arbeitserträge werden ab hier von den Kapitalerträgen schneller aufgezehrt (20 Jahre) als sie zuvor gewachsen waren (50 Jahre).



**Abb. 6: Kapitalertrag vs. Arbeitsertrag**

Etwa ab dem Zeitpunkt, als der reale Kapitalertrag den Umfang des Wirtschaftswachstums von 40 Mrd. Euro erreicht hatte (etwa 1975)

wurden „Produkte“ der Profitmaximierung auf den Finanzmärkten erforderlich, um die gewohnten und noch höhere Renditen zu erzielen.

Am Modell lässt sich also zeigen, dass in den ersten 50 Jahre das lineare Wachstum dem exponentiellen überlegen ist und somit Arbeitserträge, Sozialleistungen und Staatsquote zunächst fast ungehemmt wachsen können. Auf die Realität übertragen: 1969 hatte die Zahl der Arbeitslosen mit 149.000 ein Minimum erreicht und in den „goldenen siebziger Jahren“ wurde selbst in linken Aktivistenkreisen nur noch von Freizeit und Urlaub geschwärmt. Aber bereits ab den achtziger Jahren begann die Lohnquote dauerhaft zu sinken. In dieser Zeit holt das exponentielle Wachstum der Kapitalerträge das lineare Wachstum der Wirtschaft ein und überholt es schließlich noch vor der Jahrtausendwende. Die realen Arbeitserträge sinken entsprechend ebenfalls exponentiell. Inzwischen übersteigt der Kapitalertrag wohl bereits den Arbeitsertrag. [6] [26][27]

Ähnliche Verhältnisse dürften weltweit herrschen: Die Kaufkraft der Verbraucher sinkt und infolgedessen schwächelt auch das Wirtschaftswachstum: In Deutschland sinkt es unter die nach 50 Jahren im Mittel zu erwartenden 2%. Wegen der Inflationsrate, kann auch nicht mehr von einem absoluten Wachstum gesprochen werden und ohne die Exportüberschüsse wären bereits hohe negative Werte zu verzeichnen.

Hier also, wie unsere Politiker, von einem nicht voraussehbaren Paradigmenwechsel zu sprechen, ist falsch, denn es ist dies die zwangsläufige Folge der bisherigen Ökonomie, der „sozialen“ Marktwirtschaft, wie der Nachkriegskapitalismus mit einem Begriff aus dem 3. Reich euphemistisch bezeichnet wurde. Adenauer sah möglicherweise diese Entwicklung voraus, als er sagte, man müsse den Menschen die Demokratie erst einmal etwas schmackhaft machen.

Das theoretische Endstadium der Realwirtschaft wäre, wie oben bereits ausgeführt, etwa um das Jahr 2020 erreicht. Selbst die Veräußerung öffentlichen Eigentums, das ja auch wirtschaftlichen



Wert von Arbeit repräsentiert, ist dann nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Kapital schlachtet die Kuh, die es melken will.

**Entwicklung der Netto-Kapitalrendite <sup>1)</sup>**  
Westdeutschland und Deutschland

Jahr	Netto-Kapitalrendite in v.H.	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995 <sup>2)</sup>		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

1) Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und ohne Bundesbankgewinne

Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

### **Abb. 7: Netto-Kapitalrendite**

Entsprechende Ergebnisse hat auch der DGB auf der Basis von Zahlenmaterial des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. [28] Die Tabelle (Abb. 7) zeigt, dass die Nettokapitalrendite von 12,6% im Jahr 1972 auf 6,1% im Jahr 1982, dem Niveau des damaligen Wirtschaftswachstum, gefallen ist. Um die Kapitalerträge wieder steigen zu lassen und die Renditeerwartungen der Kapitaleigner zufriedenzustellen, mussten neben Lohnsenkungen, Rationalisierun-

gen und Arbeitsplatzabbau die „Produkte“ der Finanzmärkte herangezogen werden.

Der ökonomische Kollaps war auch deshalb unvermeidbar, weil der Mehrzahl der Bürger wegen der steigenden „Fest“kosten wie Mieten (Deutschland ist bezüglich Wohneigentum vor der Schweiz Schlusslicht in Europa!), Wasser, Energie, Gesundheit, Mobilität, Zinsbelastungen, Versicherungen etc., die unerbittlich steigen, ein immer kleinerer Teil der Arbeitserträge für variable Kosten zur Verfügung stand.

Die Verbraucher kauften deshalb auf Kredit Unterhaltungs- und andere -elektronik, Möbel, Autos, Häuser etc. Die Zinszahlungen auf diese Kredite schmälerten die Kaufkraft der Verbraucher durch immer höhere Zinszahlungen weiter und trockneten damit auch die Realwirtschaft aus.

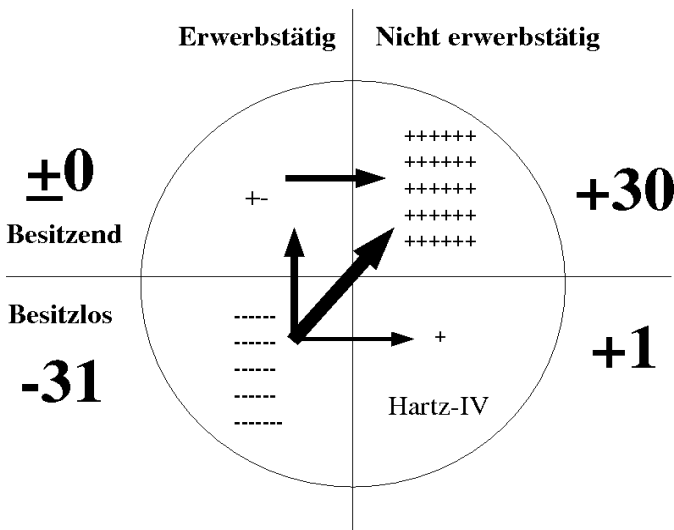
Durch die niedrigere Kaufkraft mussten der Arbeitsertrag gesenkt, die Arbeitsintensität erhöht und Arbeitsplätze gestrichen werden, die Arbeitslosigkeit erreichte ein Maximum und machte aus der Sicht des Staates Einschränkungen der Arbeitslosenunterstützung erforderlich, die Agenda 2010 und Hartz IV wurden beschlossen.

Der dann einsetzende massive Angriff auf die Hartz-IV-Empfänger macht eine genauere Betrachtung dieses Problems erforderlich: Das Arbeitslosengeld II umfasst jährlich etwa 25 Mrd. Euro, das sind 1,1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Bevor man sich ernsthaft mit diesem Teil des BIP befasst, sollte man eigentlich wissen, wie sinnvoll die „restlichen“ 98,9% des BIP verwendet werden.

Allein die Kapitalerträge liegen derzeit bei etwa 750 Mrd. Euro pro Jahr, das sind mehr als 35% des BIP, also gut das 30-fache des Arbeitslosengeldes II (Alg II). Das Arbeitslosengeld aber soll gekürzt werden, die Kapitalerträge dagegen dürfen weiterwachsen.

Um das Ausmaß der Umverteilung deutlicher zu machen, seien die Bürger unserer Republik in 4 Gruppen eingeteilt (Abb. 4): einmal in Eigentümer und Eigentumslose und zusätzlich in Erwerbstätige und nicht Erwerbslose.

Die Hartz-IV-Empfänger erhalten als nicht Erwerbstätige und Eigentumslose mit 25 Mrd. Euro nicht mehr als etwa 1,1% des BIP. Sie sind allerdings zu großen Teilen ehrenamtlich, bestenfalls mit Mehraufwandsentschädigung (MAE-Jobs), für die Gesellschaft tätig und geben ihr u.U. mehr zurück, als sie von ihr bekommen. Die nicht erwerbstätigen Eigentümer - die, die von den Erträgen ihres Besitzes leben können - erhalten dagegen 35% des BIP, also etwa das 30-fache. Die erwerbstätigen Eigentümer sind entweder autonom, d.h. sie verlangen von der Gesellschaft nicht mehr, als sie ihr geben bzw. sie geben den nicht erwerbstätigen Eigentümern ebensoviel wie sie von den eigentumslosen Erwerbstätigen erhalten. Sie können individuelle oder genossenschaftliche Eigentümer sein, sie bereichern sich nicht und kosten die Gesellschaft auch keine Quersubventionen. Schon Aristoteles wollte die Mitte der Gesellschaft stärken, damit die Gesellschaft möglichst viele autonome Mitglieder hat.



**Abb. 8: Bundesrepublikanisches Umverteilen**

Schlecht sieht es für die eigentumslosen Erwerbstätigen aus, die sowohl die nicht erwerbstätigen Eigentumslosen als auch die nicht erwerbstätigen Eigentümer finanzieren müssen. Sie sollen ihren

Ärger aber nur auf die nicht erwerbstätigen Eigentumslosen richten, die noch den geringsten Teil ihrer Arbeitserträge erhalten.

Weil unsere gesellschaftliche Infrastruktur nur über Arbeitserträge finanzierbar ist, kann ein sozial und nachhaltig orientierter Staat es grundsätzlich nicht zulassen, dass das Wachstum der Kapitalerträge über dem Wirtschaftswachstum liegt bzw. dass Kapitalerträge überhaupt wachsen. Es stellt sich also schlicht die Frage, ob eine Gesellschaft leistungsloses Kapitaleinkommen leistungsbezogenem Einkommen vorziehen und damit den Profit über die Reproduktion stellen darf und ob sie überhaupt leistungsloses Kapitaleinkommen zulassen kann. Denn: *„Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“* [4]. Es wäre sinnvoll, alle Erwerbsfähigen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu beteiligen und ihnen damit ein existenzsicherndes, bedarfsdeckendes Einkommen zu garantieren. Aber selbst die Gewerkschaften haben das leistungslose Kapitaleinkommen ihrer Mitglieder propagiert, indem sie schon in den 70er Jahren empfahlen, Anlagen in ihrem BfG-Kapitalsparbrief mit 9% Wachstum zu tätigen. Allerdings empfahlen auch die Genossenschaftsbanken - neoliberal verseucht - ihren Mitgliedern ihren Unifonds mit ebenfalls im Mittel 9% Rendite.

Welch beachtliche ökonomische Erfahrungen und politische Erkenntnisse bereits frühere Kulturen hatten, dokumentiert Aristoteles (384-322 vor Chr.) sehr anschaulich[29]: *„Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst. ... Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen.“* Doch wohin kann jemand bei einem globalisierten Markt verbannt werden? Man könnte ihn allenfalls noch einsperren, wie das z.B. mit Chodorkowski in Russland geschehen ist.

Es wäre also die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass keine Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, ließ allerdings auf dem

Weltwirtschaftsforum in Davos bereits 1996 verlauten: „*Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.*“ [30] Wir können also unsere Hoffnung nicht auf den Staat setzen, sondern müssen wohl selbst dafür sorgen, dass insbesondere der Geldstrom von den eigentumslosen Erwerbstätigen zu den nicht erwerbstätigen Eigentümern zum Versiegen gebracht wird.

Da unsere Gesellschaft etwa zur Hälfte aus Eigentümern und zur Hälfte aus Eigentumslosen besteht, ist eine schlichte Enteignung der einen Hälfte durch die andere schwer vorstellbar. Es steht deshalb die Entscheidung an: Sollen die eigentumslosen Erwerbstätigen individuelles Eigentum haben oder umgekehrt, die erwerbstätigen Eigentümer auf ihren individuellen Besitz verzichten? Vorstellbar ist, dass das, was ein Mensch für seine individuelle Reproduktion tagtäglich ausschließlich selbst benötigt, sich in seinem individuellen Besitz befinden darf, dass aber alle Infrastruktur, die zur gesellschaftlichen Reproduktion benötigt wird, kollektives Eigentum sein sollte.

## 2.5. Zum Staat

Franz Oppenheimer [31], Inhaber des ersten Soziologielehrstuhl in Deutschlands und Doktorvater Ludwig Erhards, hat 1907 festgestellt, dass Staaten bis dahin immer nur von Menschen errichtet worden waren, die mittels der Arbeit Anderer leistungsloses Kapitaleinkommen beziehen wollten. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Staat soll also letztendlich die Interessen der Eigentümer gegen die Interessen der Eigentumslosen durchsetzen. Die Interessen der Eigentumslosen sind nur insoweit relevant, wie sie die Möglichkeit, sie auszubeuten, verbessert. (Die Kuh, die gemolken werden soll, darf nicht geschlachtet werden!) Über solche „Staaten“ hat jetzt die Gemeinschaft der Eigentümer, die ihr Vermögen über die Finanzmärkte potenziert haben, Zugriff auf die gesamte Infrastruktur, die sich die Gesellschaft zu ihrer Reproduktion geschaffen hat. So ist auch Deutschland immer mehr nur noch *„unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus“* [32].

Die Kreditexpansion bricht aber dann zusammen, wenn die Löhne und die Kaufkraft der Eigentumslosen so niedrig geworden sind, dass sich mit Investitionen keine ausreichenden Gewinne mehr erzielen lassen und dadurch das Verhältnis von Kapitalexpansion zu Realwirtschaft den Faktor 10:1 überschritten hat. So brechen immer wieder Wirtschaftsimperien, ja ganze Kulturen zusammen und gehen letztlich auch daran zugrunde.

Ein Staat müsste deshalb nichts mehr bekämpfen als diese Kreditexpansion. Da er aber eher von den Eigentümern, die ihm auch selbst Kredit gewähren, als von den Eigentumslosen, die zur Kreditvergabe nicht in der Lage sind, bestimmt wird, schaufelt er immer wieder sein eigenes Grab und das seiner Bürger.

Auch Rolf E. Breuer, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank äußert sich zu diesem Problem der staatlichen Unmündigkeit: *„Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern*

*täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungszwang setzt. ... Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten.“[33]*

Robert Kurz äußert sich ähnlich: *„Die Staaten stehen sich nicht mehr primär als Souveräne gegenüber, die in diplomatische Beziehungen oder politisch-militärische Auseinandersetzungen um territoriale Ansprüche etc. treten, sondern als ökonomische Konkurrenten auf einem »Staatenmarkt« (in gewisser Hinsicht vergleichbar mit der Konkurrenz der Lohnarbeiter auf dem »Arbeitsmarkt«). ... In demselben Maße, wie die Staaten auf einem Quasi-»Staatenmarkt« in einer geradezu absurden »Standortkonkurrenz« um die Gunst der transnationalen Unternehmen und »Investoren« buhlen müssen, reproduziert sich dieselbe Logik auf der Ebene von Binnenregionen, Städten und Gemeinden.“[34]*

Wie eine Gegenstrategie aussehen kann beschreibt Naomi Klein hinsichtlich Venezuela: *„Statt dass durch das stückweise Verauktionieren des Staates an Großunternehmen demokratische Kontrolle verlorengeht, werden die Nutzer solcher Infrastrukturen ermächtigt, sie selbst zu betreiben, wodurch ... öffentliche Dienstleistungen verantwortungsbewusster erbracht werden.“[35]*

Ökonomie und Politik bedingen sich im Neoliberalismus nach Mahnkopf und Altvater folgendermaßen: *„Neben der kapitalistischen Logik der Akkumulation in der Geoökonomie gewinnt die territoriale Logik der Geopolitik erneut Bedeutung und diese beiden Logiken sind nicht unabhängig voneinander, im Gegenteil: Wenn die Kapitalakkumulation floriert, kann das Kapital auf die Politik gut und gern verzichten, freilich nicht auf die repressive Seite von Politik zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" im Innern wie nach außen.“[36]* Denn je mehr Arm und Reich global und national auseinanderdriften desto mehr Repression ist erforderlich.

Grundsätzlich sind Politik und Ökonomie in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung als gleichrangig anzusehen, wobei aber die *„Menschen dazu tendieren, Wahlstimmen in ihrem ökonomischen Interesse*

abzugeben.“[37] Eine Strategie, die Gesellschaft friedlich aus den Fängen des globalen Finanzkapitals zu befreien, bedarf deshalb zweier Schwerpunkte:

1. Vergesellschaftung der Politik: Der Staat darf den Souverän, das Volk, nicht im Interesse des globalen Kapitals instrumentalisieren, sondern muss ein Instrument des Souveräns gegen die globale Profitmaximierung werden. Mit der Einführung einer Volksgesetzgebung, müssen zumindest in der Daseinsvorsorge grundlegende Gesetze und wesentliche Entscheidungen - z.B. der Privatisierung, der Entscheidung über die Besetzung öffentlicher Ämter etc. - dem Souverän per obligatorischem Referendum zur Zustimmung vorgelegt werden.
2. Vergesellschaftung der Ökonomie: Über kooperative Einrichtungen und eine Solidarwirtschaft wird den Profiteuren und ihren Vasallen, den Politikern als fremdbestimmten Vertretern des Souveräns, die Verfügungsgewalt über die Infrastruktur zumindest der Daseinsvorsorge entzogen.

Als Gegenstrategie nur die politische Macht ohne die Ökonomie ins Auge zu fassen, ist ebenso falsch wie allein die Ökonomie ohne die politische Macht für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich zu machen.

Die Demokratisierung der politischen Macht versuchen viele Initiativen (insbesondere der Verein für mehr Demokratie) erfolgreich voranzutreiben, deshalb konzentriert sich der vorliegende Text auf die Solidarische Ökonomie (früher auch Solidarwirtschaft genannt und im Grundgesetz wohl auch im Begriff Gemeinwirtschaft enthalten).

Durch die Solidarische Ökonomie können wir mittels unterschiedlichster Projekte der Daseinsvorsorge und weiterer Reproduktions- und Produktionsbereiche über „Kommunen von unten“ einen „Staat von unten“ aufbauen und mit den Akteuren zusammentreffen, die sich mit der politischen Vergesellschaftung des Staates befassen oder mit diesen Akteuren von Anfang an kooperieren.



Die politischen Aktivitäten der globalen sozialen Bewegungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Kritik des bestehenden Systems und daraus abgeleiteten Forderungen. Sie befassen sich noch nicht, oder nur sehr unzureichend mit der Konzeption und Erprobung einer ökonomischen Grundlage für die propagierte „andere Welt“ und setzen ihre Hoffnungen in Parteien und den Staat.

Robert Kurz: *„Alles wurde dem Ziel der politischen Machtergreifung untergeordnet, um dann folgerichtig "von oben", durch zentrale etatistische Eingriffe, die kapitalistische Reproduktion gewissermaßen sozialistisch-planwirtschaftlich "umstülpen" zu wollen. Die politische Macht erscheint hier als der archimedische Punkt und ein alternativer Staatsapparat ("Arbeiterstaat") als der zentrale Hebel der Umwälzung.“* [1]

Johannes Agnoli aber mahnt: *„Können Menschen in ein menschlicheres System hineinwachsen, wenn sie dies nicht vorher erfahren und betrieben haben? Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel selber die Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das.“* [38]

Wie ein anderer Staat aussehen kann, formuliert Gustav Landauer sehr poetisch: *„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören. Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält. Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“. Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.“* [39] Wir wurden von Geburt

an auf Konkurrenz getrimmt, müssen aber lernen, auf allen Ebenen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu kooperieren.

Muhammad Yunus betont: *„Die Menschen sind nicht einfach nur Arbeitskräfte, Verbraucher oder Unternehmer. Sie sind auch Eltern, Kinder, Freunde, Nachbarn und Bürger. Sie sorgen sich um ihre Familien, nehmen Anteil an der Entwicklung der Gemeinde, in der sie leben, und denken viel über ihr Ansehen und über ihre Beziehungen zu anderen nach.“* [40]

Auch die Vertreter der Peer-Ökonomie stellen fest dass *„die Produktionsmittel ... in die Hände ihrer Nutzer [gehören], sie müssen zu Commons werden.“* [41]

Die globalen Finanzmärkte haben uns unsere Politiker weggekauft, die für uns die Adressaten für soziale und ökologische Forderungen wären. Diese Politiker entscheiden und handeln jetzt zumindest faktisch gegen uns und man kann sagen: Die Vertreter des Souveräns tanzen ihm auf der Nase herum. Ein noch so berechtigter Protest ist aber wirkungslos, wenn es für ihn keine Adressaten gibt oder er sie nicht erreicht.

Wenn wir vor dem, von Samuelson [42], Nobelpreisträger und Berater verschiedener amerikanischer Präsidenten und auch vom Autor [12] bereits 2005 vorausgesagten ökonomischen Tsunami stehen, hilft noch so lautes Rufen nichts. Wir können also auf unseren gegenwärtigen Staat nicht bauen, da er Gegenmaßnahmen im erforderlichen Umfang nicht einleitet und noch nicht einmal Selbsthilfeinitiativen der Bürger politisch unterstützt.

Wir müssen, ohne jede Unterstützung von oben, selbst den Trend der Privatisierung unserer zur Reproduktion erforderlichen Infrastruktur zurückerwerben und in eine Allmende für kooperatives Handeln überführen.

Gegen das „Gemeinwesen von oben muss über Kooperativen, die die Identität sowohl von Konsument und Produzent als auch von Ökonomie und Politik in der Hand des Bürgers wiederherstellen, ein Gemeinwesen von unten aufgebaut werden. Kollektiveigentum muss

mit einer strategisch durchdachten Gegenökonomie wiederhergestellt werden. Rekommunalisierungen in einem Staat, der nicht in erster Linie die Interessen der Eigentumslosen, sondern die der Eigentümer vertritt, greifen zu kurz.

Zusammengefasst: Der homo sapiens - in seiner individuellen und gesellschaftlichen Form - muss dem Trias des homo oeconomicus wieder zu einer überlebensfähigen Identität verhelfen. Der Anleger darf nicht der Parasit, der profitierende Danebensitzende bleiben, er muss sich als integraler und verantwortlicher Bestandteil des Individuums begreifen lernen.

## 2.6. Armuts- und Reichtumsberichte

Die Auswirkungen der herrschenden Politik auf die Verteilung von Unten nach Oben spiegeln sich am besten in den Armuts- und Reichtumsberichten wieder, die u.a. von den Gewerkschaften, den Industrieverbänden und der Bundesregierung erstellt werden.

Ein aktuelles Thema waren Anfang des Jahres 2008 die „Aufschwungverlierer“. Wer sich ein einigermaßen stimmiges Bild von diesen Aufschwungverlierern machen will, muss sich vier Veröffentlichungen aus dieser Zeit vornehmen:

1. den IMK-Report Nr. 27, März 2008: Wer profitierte vom Aufschwung? [43]
2. die Verdi-Broschüre vom 28.02.08: Genug gespart! - Öffentliche Leistungen stärken. [44]
3. den DIW Wochenbericht 10/2008 vom 05.03.08: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? [45]
4. die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.01.08: Leben in Europa 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland, [46] bzw. den 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom Juli 2008.

Der IMK-Report (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung) und die Verdi-Broschüre konzentrieren sich auf die Lohnempfänger. Die Verdi-Broschüre zeigt auf, dass die Lohnquote von 72,9% im Jahr 1993 auf 64,6% im Jahr 2007 gesunken ist. Das Sinken der Lohnquote hat allerdings bereits 1982 mit Ende der Brandt/Schmidt-Regierungen bei damals etwa 75% begonnen.

Hier ist einzuwenden, dass die Lohnquote auch deshalb sank, weil sich viele Arbeitnehmer nach ihrer Kündigung selbständig machten bzw. arbeitslos wurden, und deshalb für die Auswertungen der Gewerkschaften nicht mehr interessant waren. Es ist deshalb wichtig, die Einkommen der Privathaushalte insgesamt zu analysieren.

Dies ist durch die Auswertungen des DIW und des Statistischen Bundesamtes erfolgt. Das DIW hat in seinem Bericht allerdings nur relative Bezüge hergestellt und den Rahmen, in dem sich das Ganze bewegt (wohlweislich?) nicht ausführlich dargestellt.

Diese Angaben muss man sich vom Statistischen Bundesamt holen, das die Datenerhebung und deren Auswertung für die drei Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung erstellt hat. Der erste Bericht betrifft den Zeitraum 1993 bis 1998, der zweite den von 1998 bis 2003 [47] und der dritte (mehr als Zwischenbericht) den von 2003 bis 2005 [48]. Der reguläre 3. Bericht müsste den Zeitraum von 2003 bis 2008 umfassen und wird wohl erst, mit der üblichen Verspätung von 2 Jahren, im nächsten Jahr erscheinen.

Während das Statistische Bundesamt, das seine Armuts- und Reichtumsberichte mittels EVS<sup>5</sup> erhebt, sagt, es ließen sich von Leuten, die über ein Jahreseinkommen von mehr als 200.000 Euro verfügen, keine verlässlichen Daten erheben und seine Analysen auf die darunterliegenden Einkommen beschränkt, erfasst das DIW mit SOEP<sup>6</sup> auch die reichen Haushalte mit einem Jahreseinkommen von über 200.000 Euro. Das DIW kann deshalb mit seinen Daten auch einen Durchschnittswert und einen Gini-Koeffizienten<sup>7</sup> errechnen, der zeigt, in welchem Umfang die von Unten- nach Obenverteilung zunimmt und der Mittelstand einbricht.

Der Gini-Koeffizient sagt nichts über die absolute Höhe des Einkommens aus. Der niedrigere Gini-Koeffizient in den Neuen Bundesländern zeigt nur, dass die Ungleichverteilung der Einkommen niedriger ist als in den Alten Bundesländern.

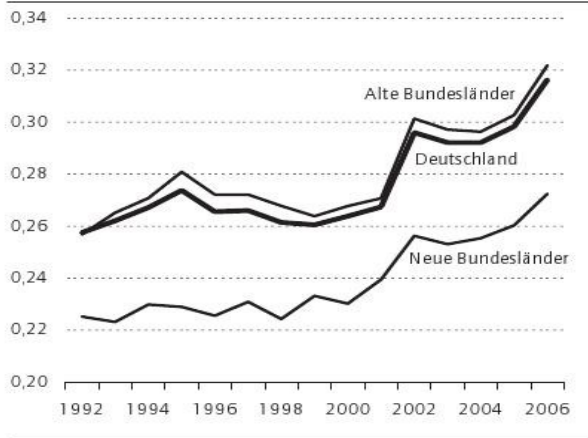
Beachtlich ist, wie der Gini-Koeffizient unter Rot-Grün ab 1998 in West und Ost nach oben schnellte. Einen zweiten steilen Anstieg

- 
- 5 EVS: Erwerbs- und Verbrauchsstichprobe, eine in Deutschland seit 1962 alle 5 Jahre amtlich erhobene Befragung
  - 6 SOEP: Das Sozio-ökonomisches Panel ist eine seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) jährlich erhobene nichtamtliche Befragung
  - 7 Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die 'Einkommensungleichverteilung' und beschreibt auf einer Skala von 0 bis 1 die Relation zwischen empirischer Kurve der Einkommensverteilung und der Gleichverteilungs-Diagonalen. Je höher der Wert ist, umso ungleicher ist die Verteilung.

hatte er ab 2005 unter der Großen Koalition. Insgesamt stieg er von 0,26 im Jahr 1998 auf 0,32 im Jahr 2006. Allein in den Jahren 2001 bis 2006 ist das ein Anstieg von etwa 20%. Auch der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lässt mit dem Vermögenszuwachs in den höheren Einkommensklassen diese Entwicklung indirekt erkennen (s.u.).

### Einkommensungleichheit in Deutschland 1992 bis 2006

Gini-Koeffizient



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

Die Zahlenspielerien des DIW und des IMK, insbesondere hinsichtlich der Zugehörigkeiten zu „Niedrigverdiener“, „Mittelschicht“ und „Spitzenverdiener“, verschleiern nur die Tatsache, dass der gesamte Bezugsrahmen nach unten abgerutscht ist. Die absoluten Zahlen, die dies erkennen lassen, liefert das Statistische Bundesamt mit seinen Armuts- und Reichtumsberichten. Die Angaben und Berechnungen in diesen Berichten beruhen jedoch auf unterschiedlichen Datenerhebungsverfahren. Während der erste und zweite Bericht auf dem EVS beruhen, enthält der dritte Bericht auch Angaben aus EU-SILC<sup>8</sup>, Mikrozensus<sup>9</sup> und SOEP.

8 EU-SILC: Statistics on Income and Living Conditions, eine seit 2004 EU-weit amtlich erhobene Befragung

9 Mikrozensus: Eine in Deutschland seit 2005 von Personen mit Migrationshin-

Die entscheidenden Indikatoren für die Auswirkungen neoliberaler Ökonomie auf die Einkommen der Privathaushalte in Deutschland sind das mittlere Äquivalenzeinkommen<sup>10</sup> und die davon abgeleitete Armutsrisikoschwelle<sup>11</sup>.

Das Äquivalenzeinkommen ist ein von der OECD vorgegebenes Verfahren: Mit ihm sollen die Einkommen der einzelnen Personen in den Privathaushalten der Nationen ihres Bereichs besser vergleichbar sein.

Dieses mittlere Äquivalenzeinkommen ist in Deutschland in der Zeit von 2003 bis 2005, also in nur 2 Jahren, um mindestens 263 Euro pro Monat, also fast 17% gefallen, die Armutsrisikoschwelle entsprechend von 938 auf 781 Euro/Monat, also um 157 Euro/Monat<sup>12</sup>.

---

tergrund amtlich erhobene Befragung

- 10 Das Äquivalenzeinkommen setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Transfers - wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge sind abgezogen. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen. Die erste erwachsene Person bekommt das Gewicht 1. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. So ergibt sich bei einer Familie mit zwei Kindern unter 13 Jahren beispielsweise das Gesamtgewicht 2,1. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nun durch die Summe der Gewichte dividiert. Das so ermittelte Einkommen der Personen wird als „bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet und jeder Person im Haushalt als persönliches Äquivalenzeinkommen zugeschrieben. Das mittlere Äquivalenzeinkommen ist der Median all dieser Einkommen.
- 11 Die Armutsrisikoschwelle, in den beiden ersten Berichten noch Armutsrisikogrenze genannt, ist der 60%-Wert des mittleren Äquivalenzeinkommens.
- 12 Der Hinweis der Bundesregierung, der Wert 938 Euro im 2. Bericht sei auf EVS-Basis, der Wert 781 Euro im 3. Bericht aber auf EU-SILC-Basis erfasst, die den Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums nicht berücksichtige, ist insofern obsolet, als Bürger unterhalb des des mittleren Äquivalenzeinkommens nur in sehr eingeschränktem Umfang über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen. Dies betrifft allenfalls den Gini-Koeffizienten, der die von Unten-nach-Obenverteilung anzeigt und damit höher als die angegebenen 0,32 sein

Dies legt die Vermutung nahe, dass das Alg. II (351+360=711 Euro/Monat) inzwischen bereits über der Armutsrisikoschwelle liegt, die Hartz IV-Empfänger also für das politische Establishment nicht mehr unter die von Armutsrisiko Bedrohten fallen, wie auch Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im April 2008 im Fernsehen verlauten ließ[49]. Die entsprechenden Zahlen sind also den Experten bereits bekannt, werden aber der Öffentlichkeit vorenthalten. Denn die Europäische Gemeinschaft schreibt per Verordnung vor: „Da die EU-SILC-Mikrodaten vertraulich sind, kann der direkte Zugang zu den anonymisierten Daten nur über Forschungsverträge gewährt werden.

*Der Zugang ist grundsätzlich auf Universitäten und Forschungseinrichtungen in der EU beschränkt. Andere Einrichtungen in der EU sowie in Drittländern ansässige Stellen müssen den Zugang zuerst im schriftlichen Verfahren beim Ausschuss für die statistische Geheimhaltung beantragen, das ungefähr 10 Wochen dauert. Einzelpersonen kann kein direkter Zugang gewährt werden.“ [50]*

Direkte Ergebnisse aus dieser Erhebung sind möglicherweise zu brisant. Sie müssen wohl erst vom Staat geschönt werden, bevor sie der Öffentlichkeit gezeigt werden können

<b>Jahr</b>	<b>Mittleres Äquivalenzeinkommen in Euro/Monat (Median)</b>	<b>Armutsrisikoschwelle in Euro/Monat (60% des Medians)</b>	<b>Methode</b>
2003[51]	1564	938	EVS
2004[52]	1427 (-137/-8,8%)	856 (-82)	EU-SILC
2005[46]	1301 (-263/-16,8%)	781 (-157)	EU-SILC
2006[53]	1254 (-310/-19,8%)	752 (-186)	SOEP

Anzumerken ist, dass die Armutsrisikoschwelle mit 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens nur eine relative Größe ist. Würde die Armutsrisikoschwelle von 2003 (938 Euro) den Auswertungen im Jahr 2005 zugrundegelegt, wäre die Zahl der von Armutsrisiko Bedrohten möglicherweise doppelt so hoch, in jedem Fall aber

---

könnte.



bedeutend höher als 13%.

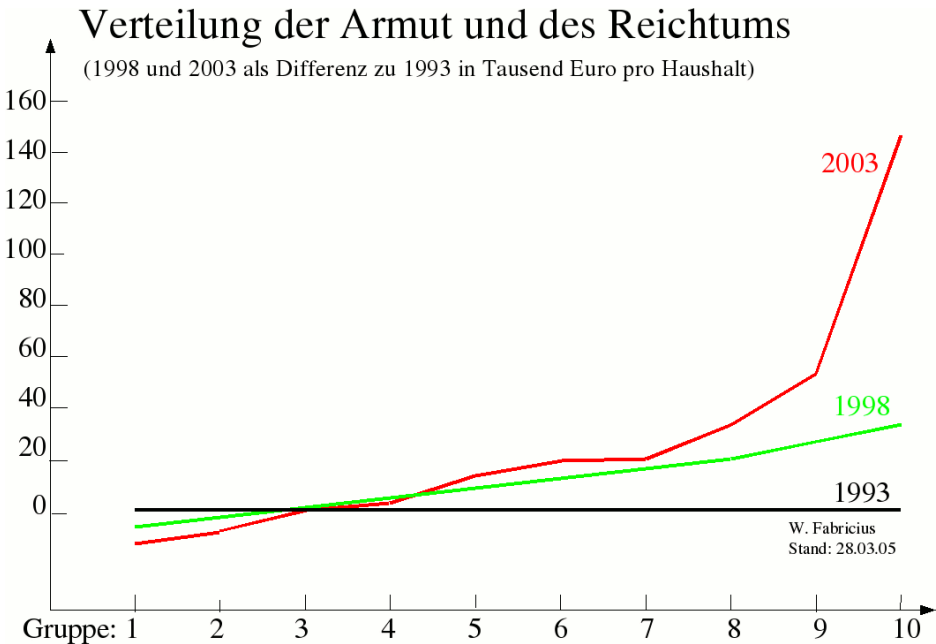
Als Hinweis, dass mit den Daten „klever“ jongliert wurde, ein Beispiel: Die im 3. Bericht genannte Armutsrisikoschwelle von 781 Euro pro Monat, stammt aus dem Jahr 2005, aber schon das dazugehörige mittlere Äquivalenzeinkommen von 1301 Euro pro Monat (= 15.617 Euro pro Jahr), das vom Statistischen Bundesamt im Januar 2008 bekanntgegeben wurde, und von dem diese Armutsrisikoschwelle (60%) abgeleitet ist taucht in diesem Bericht nicht mehr auf. Es wird stattdessen auf Seite 17 und 19 für 2005 das mittlere Äquivalenzeinkommen von 2003 (18.778 Euro pro Jahr) als arithmetisches Mittel (Durchschnitt) des Äquivalenzeinkommens von 2005 angegeben. Als Median wird ohne Kommentar ein neuer Wert von 16.242 Euro für 2005 aufgeführt. Die zu diesem Wert gehörende Armutsrisikoschwelle von 812 Euro/Monat taucht aber nicht auf. Mit ihr würde sich auch eine wesentlich höhere Armutsrisikoquote als 13% ergeben. Spätestens hier weiß kein nicht Eingeweihter mehr, wie hoch die privaten Haushaltseinkommen im Jahr 2005 wirklich waren.

Zudem ist kaum vorstellbar, dass mit dem Beschluss des Bundestages vom 19.10.2001 intendiert war, in der Mitte der Legislaturperiode einer Regierung einen mit Zahlensalat aus der Zeit einer vorherigen Regierung getürkten Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Die große Koalition wollte offensichtlich vermeiden, mit aktuelleren Zahlen ihr politisches Versagen zu offenbaren.

Claus Schäfer zeigt, dass die Arbeitseinkommen im Jahr 2006 so weit abgesunken waren, dass die exponentiell wachsenden Kapitaleinkommen [54] sie noch im gleichen Jahr überrundet haben dürften. [6] Der Spiegel hat die entsprechende Graphik 2007 zweimal unkommentiert publiziert. [26][27]

Zu dem Nettovermögen wurden von der Bundesregierung die letzten Zahlen mit dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Wie bereits ausgeführt, baut dieser Bericht auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes auf, einer Erhebung, in die allerdings nur die Haushalte unterhalb eines Monatseinkommens von etwa 17.500 Euro einbezogen werden. Damit fehlen also die etwa 220.000 Haushalte, die ein Jahresein-

kommen von über 200.000 Euro haben. Mit solchen Zahlen kann eigentlich nur ein Armuts- aber kein präziser Reichtumsbericht erstellt werden.



**Abb. 9: Nettovermögen der Privathaushalte**

Für Parteien, die vorgeben, das soziale Netz zu schützen, ergibt sich auch hier ein katastrophales Bild: Die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte hat sich unter Rot/Grün, also in der Zeit von 1998 bis 2003 von 3.900 Euro auf 7.900 Euro pro Haushalt mehr als verdoppelt. Unter Schwarz/Gelb, also von 1993 bis 1998 stieg die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte lediglich von 2.100 Euro auf 3.900 Euro pro Haushalt also nicht ganz auf das Doppelte. Ob sich die Verschuldung dieser Haushalte in den darauffolgenden fünf Jahren abermals verdoppelt hat und dann bei 16.000 Euro pro Haushalt liegt, wird der Bericht von 2004 bis 2008 zeigen, der zwar bereits erstellt sein dürfte, aber von der Regierung noch „überarbeitet“ und wohl erst im Frühjahr 2010 veröffentlicht werden wird. Bei

den reichsten 10% der Haushalte dagegen hat sich das Privatvermögen von 1993 bis 1998 „nur“ um ca. 30.000 Euro vergrößert, unter Rot/Grün von 1998 bis 2003 dagegen um 120.000 Euro, also um den vierfachen Betrag vermehrt: ein verdienstvoller Rot-Grün-Effekt! Die hohe Ungleichverteilung des Nettovermögens in Deutschland zeigt sich auch in einem extrem hohen Gini-Koeffizienten von 0,79 im Jahr 2002.[55]

Als Fazit aus diesem Bericht ist festzuhalten: die untersten 30% Haushalte hatten Verluste, die obersten 30% Gewinne und die dazwischenliegenden 40% keinen nennenswerten Zuwachs ihres Privatvermögens. 70% der Bundesbürger erwirtschaften also ihren 30% reichsten Mitbürgern die Kapitalerträge! Die Sparquote von konstant über 10% pro Jahr bezieht sich damit ausschließlich auf die obersten 30% der Haushalte. Sie über die Gesamtheit der Bürger zu mitteln und von Angstsparen zu sprechen ist unverfrorener Zynismus und führt zu vollkommen falschen politischen Maßnahmen.

Eine entscheidende Rolle bei dieser Politik des von Unten- nach Oben-Verteilens spielen auch die sogenannten Berater, die jeden unserer Politiker mit Ratschlägen und Konzepten zu Dutzenden und Hunderten umgarnen. Der Spiegel führt zu diesen „Beratern“ aus: *„Die Volksvertreter a. D. bedienen eine wachsende Nachfrage in der Einflüsterungsbranche. ... Viele Manager haben erkannt, dass selbst leichte Änderungen an Gesetzen für sie Milliardenverluste bedeuten können - oder auch Milliardengewinne. ... In welchen Zirkeln Gesetze oder Regierungsentscheidungen ausgeküngelt werden, ist letztlich schwer durchschaubar. ... Nach den geltenden Gesetzen kann niemand einem ausgeschiedenen Abgeordneten verbieten, in der gleichen Branche anzuheuern, für die er zuvor die Paragraphen gemacht hat. Ein Ehemaliger ohne Mandat oder Amt muss keine Rechenschaft über sein Tun ablegen - auch dann nicht, wenn er nachträglich sein Insiderwissen und seine Kontakte zum eigenen Nutzen und zum Nutzen seiner Auftraggeber aus der Industrie einsetzt. Zwar wäre Geheimnisverrat strafbar. Doch wie soll der schon nachgewiesen werden? ... Entlohnt werden die Hilfen je nach Schwierigkeitsgrad und Dauer eines Projekts mit fünf- bis sechsstelligen Euro-Beträgen. ... Wie dem Treiben der Ehemaligen*

*Einhalt geboten werden könnte, darüber denkt kaum ein Abgeordneter nach. Schließlich könnte man ja irgendwann selbst auf einen Job als Berater angewiesen sein. ... Selbst Verfassungsgerichtspräsident Papier sah sich deshalb unlängst gezwungen, vor einer neuen Qualität der Einflussnahme zu warnen. Die Lobbyisten, so Papier, entwickelten sich zu einer "fünften Gewalt" im Staate.“*  
[56]

In der Online-Version dieser Veröffentlichung sind die namhaftesten dieser „Berater“ mit all ihren alten und neuen Funktionen aufgelistet: der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU), Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit und Ex-Landesminister von Rheinland-Pfalz Florian Gerster (SPD), der ehemalige Regierungssprecher von Altkanzler Helmut Kohl Friedhelm Ost (CDU), der frühere Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser (parteilos), der frühere Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) etc.

### 3. Neoliberale Globalideologie

Jürgen Borchert, Richter am hessischen Landessozialgericht und renommierter Sozialrechtsexperte, u.a. auch bekannt durch das „Trümmerfrauenurteil“ und das „Pflugesatzurteil“, das er in den 90er Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht erstritt, hat 2005 (angeregt durch eine Vorversion des vorliegenden Textes [57], in dessen Titel der Begriff „Leibeigenschaft“ verwendet wird) in seiner Festrede anlässlich der 5-Jahresfeier von Attac auf dem Ratschlag in Mannheim die gegenwärtige Entwicklung des Neoliberalismus/Neofeudalismus folgendermaßen dargestellt: *„Liberale haben immer für das Recht gekämpft und Privilegien bekämpft. Sie wussten, dass dort, wo Vor-Rechte entstehen, das Recht das Nachsehen hat. Adam Smith, der klassische Verantwortungsethiker, dieser glühende Verfechter eines progressiven Steuertarifs, würde sich im Grabe umdrehen, wenn man ihn als Ahnherrn dieser Bande bezeichnen würde, die - wie die Piraten unter falscher Flagge - nicht Neoliberalismus, sondern das Gegenteil, nämlich Neofeudalismus im Schilde führt und die Menschen der Leibeigenschaft entgegen treiben will.“* [58]

Der Liberalismus sollte weiterleben und auch das Dritte Reich überstehen. Aus und neben ihm entwickelte sich deshalb um den Nationalökonom Walter Eucken in den dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts der Ordo-Liberalismus, auch "Freiburger Schule" genannt. 1938 hatte dann Alexander Rüstow auf dem internationalen Symposium „Colloque Walter Lippmann“ in Paris, an dem u.a. auch Wilhelm Röpke (später Berater von Ludwig Erhard), Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Alfred Schütz, Michael Polanyi, Walter Lippmann und Bruce Hopper teilnahmen, den Begriff „Neoliberalismus“ geprägt. Die Wortschöpfung Neoliberalismus sollte der Abgrenzung der neuen liberalen Konzepte von dem Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts dienen. [59] Die neoliberale Ideologie perfektioniert global die Herrschaft der Eigentümer über die Eigentumslosen auf Kosten aller menschlichen und natürlichen Ressourcen, getreu dem von Platon in seinem Staat formulierten humanistischen Ideal der Gesellschaft von Eigentümern und der ihnen gehörenden Sklaven, die rechts- und namenlos bleiben.

### 3.1. Mont Pèlerin Society (MPS)

*"Die zentrale Sorge der Mont Pèlerin Society gilt ... der Perversion des Wohlfahrtsstaates. Er stellt für die meisten Mitglieder die aktuelle Herausforderung überhaupt dar. 1947 kämpften die MPS-Mitglieder gegen die Kontrolle der Güterproduktion, heute kämpfen sie gegen die Kontrolle der Einkommensverteilung. Beide stellen gleichermaßen gravierende Eingriffe in die Freiheit dar. Und die Idee der Einflussnahme auf die Einkommensverteilung ... ist so tief in das Bewusstsein der westlichen Staaten eingedrungen, dass der Übergang von der Wohlfahrtsdiktatur ... zu einer freien, deregulierten Gesellschaft ... als fast so schwierig erscheint wie der Übergang vom Plan zum Markt."*

Gerhard Schwarz

Chef des Wirtschaftsressort der Neuen Zürcher Zeitung  
und Präsident der Deutschen Hayek-Gesellschaft, 1997

Die Neoliberalen, zunächst eine unbeachtete sektenartige Vereinigung von Nationalökonomern, kamen 1947 im schweizerischen Kurort Mont-Pèlerin zusammen und gründeten die „Mont Pèlerin Society“ (MPS), einen Verein mit 38 Gründungsmitgliedern (17 aus den USA und 21 aus Europa [60]), der mit diesem Namen in den USA eingetragen wurde. Führende Vertreter dieser MPS, deren Mitglieder fortan regelmäßig jährlich zusammenkamen, waren Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Aber auch Ludwig Erhard nahm an Tagungen teil und sein Berater, Wilhelm Röpke, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Unter dem Einfluss des Kalten Kriegs und US-amerikanischer Theoretiker bekam der Zirkel eine aggressive Stoßrichtung gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie gegen staatliche Eingriffe nach Art des "New Deal", mit dem Roosevelt die USA aus der Weltwirtschaftskrise herausgeführt hatte. Für Hayek war es unmöglich und anmaßend, Wirtschaft als rationalen Prozess gestalten zu wollen. Er setzte blindes Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, die alles optimal richten, sofern der Staat für die Ausschaltung hemmender Faktoren sorgt.

Die Anhänger der Mont Pèlerin Society verstanden sich als Vordenker einer neuen kapitalistischen Ordnung, bei der "Freiheit" nicht mit "Gleichheit" verbunden ist, sondern Ungleichheit als Notwendigkeit vorausgesetzt wird. Im Grunde predigten sie tatsächlich so etwas wie die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Folgendes Zitat von v. Hayek belegt z.B. diese Einstellung: *„Eine freie Gesellschaft benötigt moralische Bestimmungen, die sich letztendlich darauf zusammenfassen lassen, dass sie Leben erhalten: nicht die Erhaltung aller Leben, weil es notwendig sein kann, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl von anderen Leben zu erhalten.“* [61] Das war nur eine konsequente Fortführung von Walter Lippmanns Gedankenwelt, der 1922 meinte, normale Menschen seien nicht in der Lage, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen und deshalb unfähig, eigene politische Ansichten zu entwickeln. Um die richtigen Meinungen über politische Themen herzustellen, bedürfe es eines Zirkels von Experten, der den Massen unter Einsatz manipulativer Techniken verhilft, komplexe Angelegenheiten zu koordinieren.

Die Mont Pèlerin Society (MPS) kann als zentrale Instanz der rechts- oder neoliberalen Diskursnetzwerke aus Intellektuellen, Think Tanks, Stiftungen und Verbänden bezeichnet werden. Hier sind die ‚großen Intellektuellen‘ und eine große Zahl ‚kleiner Intellektueller‘ zusammengeschlossen, welche die historische Kontinuität der neoliberalen „Wahrheitspolitik“ als „spezifischen Willen zur Macht“ sichern und die strategische Orientierung der intellektuellen Energien der neoliberalen Diskursapparate steuern. Die Vereinigung zählt heute weltweit mehr als 1.000 Mitglieder. [62]

Die MPS hat dem Kapitalismus ein neues Bewusstsein verschafft und strategisch genial über ihr globales Diskursnetzwerk als „Mainstream“ des ökonomischen Denkens und Handelns in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt, indem sie neoliberale Statthalter in allen wesentlichen wissenschaftlichen und ökonomischen Entscheidungsbereichen (Wissenschaft, Medien, Staat, Privatwirtschaft, Verbände, Kultur) etablierte.

Die Stunde des runderneuten Neoliberalismus à la Hayek und

Friedman schlug, als Mitte der siebziger Jahre die keynesianischen Rezepte nicht mehr griffen. Die Wende markierte die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an Hayek (1974) und Friedman (1976). Sie waren damals schon Berater des chilenischen Diktators Pinochet, der 1973 die demokratisch gewählte Regierung Allende gestürzt hatte. Der Schwede Gunnar Myrdal, der 1974 zusammen mit Hayek ausgezeichnet worden war, gab bei der Verleihung des Nobelpreises an Friedman seinen Nobelpreis aus Protest zurück.

Nach Bernhard Walpen setzte als erstes Land der Welt - von MPS-Mitgliedern beraten - das despotisch regierte Chile die neoliberalen Rezepte der "Chicago-Boys", junger chilenischer neoliberal ausgebildeter Ökonomen um Milton Friedman, in politische Praxis um. Chile diente den neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern als „Versuchslabor“ [60]. Ein starker Staat, der auch vor Mord und Folter nicht zurückschreckte, sorgte dafür, daß alles wie im Bilderbuch ablief: Die Deregulierung der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit, die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Privatisierung öffentlicher Betriebe, die allgemeine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ohnehin schon Reichen usw.

Als Margret Thatcher im Herbst 1979 Premierministerin Großbritanniens geworden war, organisierte sie einen ExpertInnen-Austausch zwischen ihrer Regierungs-Crew und derjenigen der Pinochet-Regierung. Mit der Wahl Ronald Reagens 1980 zum Präsident der Vereinigten Staaten setzte sich der Neoliberalismus ebenfalls mit Unterstützung der MPS dann definitiv durch.<sup>13</sup> [60] Das von Bodo Hombach und Peter Mandelson verfasste Schröder-Blair-Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ verhalf 1999 dem Neoliberalismus schließlich auch in Deutschland zum absoluten Durchbruch, indem zusätzlich zu CDU und FDP auch die SPD den Neoliberalismus verinnerlichte.

Naomi Klein zeigt, mit welcher Zielsetzung neoliberale Strategien in

---

13 Eine Bestätigung dieses Sachverhalts liefert Gerhard Schwarz, Präsident der Deutschen Hayek-Gesellschaft in dem Film „Let's make Money von Erwin Wagenhofer.



strategisch wichtigen Ländern eingesetzt wurden. Politiker, die in Großbritannien eine Politik zugunsten der Wohlhabenden bevorzugten, sahen sich einer Blockade seitens der Eigentumslosen gegenüber. Margaret Thatcher fand (unter Anleitung ihrer o.g. ExpertInnen) als erste die Lösung: eine Eigentümergesellschaft. Ihre Anstrengungen konzentrierten sich auf den öffentlichen Wohnraum Großbritanniens, kommunalem Wohneigentum, das von unbelehrbaren Anhängern der Labour Party bewohnt wurde. Sie bot den Mietern starke Anreize an, ihre kommunalen Wohnungen zu kaufen und damit Eigentümer zu werden. Umfragen zeigten dann, dass sich bei mehr als der Hälfte der frischgebackenen Hauseigentümer die Parteibindung zu den Tories verschieben sollte. Die Eigentümergesellschaft als politisches Projekt war geboren. [37]

Nach Naomi Klein gelang es in den USA Reagan, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es keine Klassenunterschiede mehr gäbe. 1988 behaupteten lediglich noch 26% der Amerikaner bei Umfragen, in einer Gesellschaft zu leben, die in Eigentümer und Nichteigentümer geteilt ist, während 71% alleine schon den Begriff Klasse verneinten. Die Verfolgung der Aktienkurse wurde zum nationalen Zeitvertreib, obwohl der Aktienbesitz nur zu einem ziemlich kleinen Anteil zum Einkommen eines Durchschnittsamerikaners beitrug. In dieser Zeit des begeisterten Personalabbaus und der Jobverlagerung erfuhr diese neue Klasse der Amateurinvestoren einen entscheidenden Bewusstseinswandel. Doch nachdem Millionen von Wohnungseigentümern einen Rausschmiss erlebt haben bzw. ihm entgegensehen, gaben im September 2007 bei einer Umfrage 48% an, dass sie in einer Gesellschaft leben, die in Eigentümer und Nichteigentümer geteilt ist, fast doppelt so viele wie 1988. Nur 45% sehen sich in der Gruppe der Eigentümer. Wir erleben die Rückkehr eines Klassenbewusstseins. Freimarktideologen haben damit ein wertvolles psychologisches Instrument verloren.[37]

Joseph Stiglitz, ehemaliger Vizepräsident der Weltbank, muss es wissen. Er konstatiert im Juli 2008 lapidar: „*Das war's, Neoliberalismus*“ [63]

Da Ludwig von Mises zu den Gründern der MPS gehörte, muss der Gruppierung bekannt gewesen sein, wie ihr Konzept enden würde: mit der finalen und totalen Katastrophe der Währungssysteme des Globus.

Dazu meint Nils Minkmar: „*nichts gegen hohe Gewinne, aber wenn das Risiko dieser Spielchen nicht von denen getragen wird, die den Gewinn kassieren, dann ist die Spielanordnung ein Fall für den Staatsanwalt.*“ [64]

## 3.2. „Pensions-Fonds-Sozialismus“ oder selbstfinanzierte Enteignung

Parallel zur Veröffentlichung des 3. Bandes des Kapitals von Karl Marx lästerte Engels 1894 in „Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des Kapitals“: *„Mit einem Wort: das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt. ... Das Marxsche Wertgesetz hat also ökonomisch-allgemeine Gültigkeit für eine Zeitdauer, die vom Anfang des die Produkte in Waren verwandelnden Austausches bis ins fünfzehnte Jahrhundert unsrer Zeitrechnung dauert“*. Im 2. Teil dieses Nachtrags äußert er einen visionären Albtraum: *„Nun ist aber seit 1865, wo das Buch verfaßt wurde, eine Veränderung eingetreten, die der Börse heute eine um ein Bedeutendes gesteigerte und noch stets wachsende Rolle zuweist und die bei der ferneren Entwicklung die Tendenz hat, die gesamte Produktion, industrielle wie agrikulturelle, und den gesamten Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion, in den Händen von Börsianern zu konzentrieren, so daß die Börse die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird.“* [65].

Doch die Entwicklung ist inzwischen auch darüber weit hinausgewachsen. Das warenproduzierende System erspart mit Fonds den Anlegern jeglichen Börsenstress und ermöglicht mit Hedge-Fonds extreme Gewinne. Die Realwirtschaft soll die Finanzmärkte über Shareholder Value und bedingungslose Profitmaximierung möglichst optimal füttern.

Ein wesentliches Fundament dieser Kapitalmassen stellt die kapitalgedeckte Alterssicherung dar. Peter F. Drucker, amerikanischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Kritiker des Neoliberalismus und des Shareholder Value, spricht in seinem Buch „The Unseen Revolution“ [66] von einem Pensions-Fonds-Sozialismus. Seit 1940 erfolgte die Alterssicherung in Amerika kapitalgedeckt über Lebensversicherungen, die mit diesem Geld in der Regel Staatsanleihen

erwarben. Charles Wilson, Präsident von General Motors, hat 1950 für die Erwerbstätigen Pensionsfonds als Investment-Trusts durchgesetzt, die in Industrieaktien investieren sollten, weil es unververtretbar sei, dass durch diese Staatsanleihen dem Land eine unerträgliche Schuldenlast aufbürdet würde. So wurden die Schuldenlast und damit die Anwartschaften auf Alterssicherung vom Staat auf die Wirtschaft übertragen, die sie aber in und nach der gegenwärtigen Krise noch weniger als der Staat einlösen können! Die Erwerbstätigen in den USA besaßen über diese Pensions-Fonds bereits 1976 mehr als ein Drittel des Eigenkapitals der amerikanischen Wirtschaft. Dieser Anteil sollte nach Drucker bis zur Jahrtausendwende über zwei Drittel betragen. Außerdem kontrollierten 1976 die Pensionsfonds die 50 größten Unternehmen in allen „nichtproduzierenden“ Bereichen wie im Bank- und Versicherungswesen, im Nachrichtenwesen und Transportgewerbe. Damit gehörte ihnen ein größerer Teil der Wirtschaft als den Arbeitnehmern sozialistischer Musterländer wie Kuba, Jugoslawien oder Polen. (Er übersieht dabei allerdings, dass den Anteilseignern weniger Rechte eingeräumt wurden als Kleinaktionären in Aktiengesellschaften und ihnen allenfalls eine stille Teilhaberschaft gewährt wird.).

Diese Eigentumsverhältnisse bestätigt Nicola Liebert 2007 in *Le Monde Diplomatique*: „Heute kontrollieren Pensionsfonds 60 Prozent der Anteile an den tausend größten Unternehmen der USA. Fast jeder zweite US-Amerikaner besitzt somit indirekt Anteile an den Firmen und ist damit Arbeiter und Kapitalist zugleich.“ [67].

Krätke kommt 2006 zum gleichen Ergebnis: „Es ist nur eine leichte rhetorische Übertreibung, wenn einige von einer "Pensionsfonds-Revolution" reden und schreiben (vgl. z.B. Clowes 2001). Tatsächlich übertraf der Gesamtbetrag des Kapitals der Pensionsfonds zusammen genommen schon im Jahre 2000 den Gesamtbetrag der Kapitalisierung an den Börsen von New York, London und Tokio zusammen genommen. Der tägliche Umsatz der US-amerikanischen und britischen Pensionsfonds (zusammen gut für mehr als 8 Trillionen US-Dollar Kapital) betrug schon vor fünf Jahren mehr als 30% des Gesamtumsatzes der Finanzmärkte New York und London zusammen, ihre Reserven betragen rund 60% des BSP der

*USA und Großbritanniens zusammen genommen. In den Niederlanden betragen die Reserven aller Pensionsfonds zusammen (es sind die größten nach den US-amerikanischen, britischen, kanadischen und japanischen) mehr als 170% des BSP. Die Kapitalmacht der Pensionsfonds ist also höchst eindrucksvoll und übersteigt die aller anderen institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten der Welt.“ [68]*

In Deutschland sind über die Riester-Rente bereits über 400 Milliarden Euro zusammengekommen (mit denen man z.B. spielend nicht nur ein Viertel (8 Mrd. Euro), sondern die gesamte Bahn mehrmals kaufen könnte und mit dieser Infrastruktur eine stabilere Alterssicherung erwerben würde.

Die Pensionsfonds stellen also unbestritten einen wesentlichen Teil des globalen Finanzkapitals dar, das nach Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit einem jährlichen Wachstum von etwa 30% bis 45% im Mittel der vorangegangenen 10 Jahre Mitte 2008 insgesamt 684 Billionen Dollar [69] umfasste (das ist etwa das 13-fache des BIP aller Länder der Welt von etwa 54,3 Billionen Dollar), wovon allein 70 Billionen Dollar (etwa 45 Billionen Euro) bei der Deutschen Bank angesiedelt sein sollen [70] (das ist etwa das 20-fache des deutschen BIP von 2,4 Billionen Euro).

Nach Baaders Kollektivspeisung (s. Kap. 4) wurden also weltweit dreizehnmal so viele Essenmarken ausgegeben wie mit dem weltweiten jährlichen BIP an Portionen vorhanden sind, mit anderen Worten, das gesamte weltweite BIP ist auf dreizehn Jahre ausgebucht bzw. für eine Essenmarke steht nur eine dreizehntel Portion zur Verfügung.

Nach dem Einbruch der Immobilienkredite im Sommer 2007 begann Auch die Wirtschaft zu kränkeln. Der Dry Shipping Index hatte am 20. Mai 2008 mit etwa 11700 Punkten sein Allzeithoch erreicht und war innerhalb eines halben Jahres am 8. Dezember 2008 um 95% auf 683 Punkte abgerutscht. Aber es wurde auch hier weitergezockt: Nach 2 Monaten hatte er bereits seinen Wert verdreifacht, nach 6 Monaten am 4. Juni 2009 mit 4.291 Punkten mehr als versechsfacht,

das sind aufs Jahr gerechnet 1200% Rendite. Wer also am 8. Dezember 2008 eingestiegen war, war am 4. Juni 2009 sechs mal so reich.

In Fonds wird das Geld anonymisiert auf die globalen Finanzmärkte gespült und - „wissenschaftlich“ oder besser ideologisch von Organisationsnetzen wie beispielsweise der Mont Pèlerin Society flankiert - ausschließlich nach Shareholder Value-Kriterien angelegt, der von Jensen und Meckling folgendermaßen definiert wurde: *„Aktionäre [und wohl auch Fondsanteileseigner] als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und ihre Gewinne etwa in anderen Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen. Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre.“* [71] Druckers Maxime: *„Die Erzielung von Gewinn ist nicht nur eine falsche, sondern auch eine irrelevante Aufgabe des Managers. "Companies make shoes not money. [Unternehmen stellen Schuhe her, nicht Geld.]“* [72] war in Vergessenheit geraten.

Zu dieser Problematik schreibt Afhüppe im Spiegel: *„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt - bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange - und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ... Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?“* [73]

Eine unerbittliche Machtkaskade war entstanden: Die Rendite von Fonds war Biertischgespräch geworden. Das nächste Geld wurde in dem Fonds mit der jeweils höchsten Rendite angelegt. Das zwang die Fondsmanager, immer höhere Renditen zu erzielen. Der von ihnen gesteuerten Kapitalfluss setzte wiederum die Unternehmer und

Politiker unter Druck. Diese baten dann die Erwerbstätigen über Lohndumping und Steuern zur Kasse und wo sonst nichts mehr ging, wurden 1-Euro- bzw. MAE-Jobber ausgebeutet. Staat, Parteien und Politiker hatten den Dienst am Bürger durch den Dienst am großen und auch kleinen Aktionär/Anleger zum alleinigen Maßstab ihrer Entscheidungen gemacht.

Eine vorübergehende Entlastung könnte eine global einheitliche Besteuerung der Kapitalerträge in allen Staaten schaffen, die jedoch nicht ernsthaft diskutiert wird, im Gegenteil: per Rankinglisten wird die Steuer- und Abgaben-Konkurrenz der Nationen noch verschärft.

Im *manager magazin* vom 23.04.2004 durchleuchtete Standortberater Henner Lüttich den neuen europäischen Binnenmarkt in 25 Ländern Europas. Sie wurden in 1207 Regionen unterteilt, die etwa der Größe deutscher Landkreise und kreisfreier Städten entsprechen. Das Rechenmuster, das Lüttich für Standortfaktoren und -variablen angewendet hat, berücksichtigt folgende Faktoren:

1.	Gesamtarbeitskostenbelastung: Gewicht 25%, davon wiederum:	
	1.1.	Arbeitnehmerentgelte in der Industrie: Gewicht 40%
	1.2.	Produktivität in der Industrie: Gewicht 40%
	1.3.	Arbeitszeit in der Industrie: Gewicht 20%
2.	Unternehmenssteuern: Gewicht 20%	
3.	Verkehr: Gewicht 15%, davon wiederum:	
	3.1.	Autobahnnähe: Gewicht 33,3%
	3.2.	Flughafennähe: Gewicht 33,3%
	3.3.	Bahnanschluss: Gewicht 33,3%
4.	Diverse Kostenbereiche: Gewicht 15%, davon wiederum:	
	4.1.	Gaspreise: Gewicht 50%
	4.2.	Strompreise: Gewicht 50%
5.	Arbeitskräfte: Gewicht 12,5%, davon wiederum:	
	5.1.	Beschäftigte in der Industrie: Gewicht 56%
	5.2.	Arbeitslosenquote: Gewicht 44%

6.	Regionale Attraktivität: Gewicht 12,5%, davon wiederum:	
	6.1.	Kriminalität: Gewicht 50%
	6.2.	Korruption: Gewicht 50%

Es verwundert, dass in 3. der Transport über Wasserwege und in 4. die Wasserkosten nicht einbezogen sind.

Angeführt werden die Listen von Regionen in Ländern, deren Arbeitnehmerentgelte und Unternehmenssteuern besonders niedrig waren (in Estland wurden z.B. keine Unternehmenssteuern erhoben), die kurze Urlaubs- und lange Arbeitszeiten hatten, etc. Die Ergebnisse sahen deshalb für Deutschland nicht sehr günstig aus: Als Topstandort für Klassische Industrie landete es erstmals mit Esslingen auf Position 669, als Topstandort für Hochtechnologie wurde es mit Bremen auf Position 443 zum ersten Mal aufgeführt und als Topstandort für Dienstleistungen erschien es erstmals mit Berlin auf Position 348. Die Politiker versuchen aufgrund solcher Bewertungen, die entsprechenden Faktoren so zu verändern, dass die Regionen ihres Landes im Ranking aufsteigen.

Gabor Steingart schreibt zum Problem der Anleger im Spiegel: *„Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“* [74] Was wie produziert wird und auf wessen Kosten, ist völlig gleichgültig, allein der Profit ist maßgebend. Wie Analysen zeigen, hatten auf dieser Basis z.B. die besten europäischen Private Equity-Fonds, in die auch Altersrücklagen fließen, seit 1980 eine jährliche Durchschnittsrendite von 29,1% erzielt. [75]

Der Ruf nach Enteignung von Firmenbesitzern und Konzernen ist offensichtlich nicht mehr zeitgemäß, da die Unternehmen in der Regel hoch verschuldet sind (in Deutschland 3 mal so hoch wie der Staat!), nicht zuletzt mit Kapital aus Rentenfonds, und eine Enteignung von Rentensparern wohl kaum vermittelbar ist. Sollen die Rentner bekommen, was sie zurückgelegt haben. Aber die ungeheu-



re Rendite, die Rentenfonds zufließt, die die Rentensparer allerdings oft gar nicht erreicht, muss auch im Hinblick auf die sinkenden Arbeitseinkommen und die steigenden Infrastrukturpreise gestoppt werden. Sie stellt die selbstfinanzierte Enteignung der Rentensparer dar, die durch die kapitalgedeckte Alterssicherung den Finanzmärkten eine Rendite ermöglichen, die zur Wegrationalisierung ihrer Arbeitsplätze führte.

Neben einer Kampagne, die Pensionsfonds zu demokratisieren, d.h. den Rentensparern die Entscheidung über den Einsatz ihres Kapitals und die Höhe der Rendite zu übertragen. Noch wirkungsvoller könnte sein, wenn die Rentensparer ihr Geld - soweit noch vorhanden - aus den Fonds zurückholen, in die Infrastruktur ihrer eigenen Daseinsvorsorge einbringen und dort (vielleicht in Form von Genossenschaften: 1 Mitglied 1 Stimme!) solidarisch und nachhaltig verwalten.

Völlig unverständlich ist die Tatsache, dass die Rentensparer statt mit ihrem Geld gemeinschaftlich die Infrastruktur ihrer Daseinsvorsorge zu erwerben, dieses Geld arglos hasardierenden Fondsmanagern anvertrauen, die ihnen dann diese Infrastruktur vor ihrer Nase wegkaufen und ihnen mit steigenden Kosten immer perfekter das Geld aus der Tasche ziehen.

Das zynische Fazit: Nur die allerdümmsten Kälber finanzieren ihre Schlächter selber.

### 3.3. Verfassungsbruch

*„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h., ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“*

*Kommunistisches Manifest [76]*

Im Dritten Reich hat es offenbar zwei entgegengesetzte Richtungen zur Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse gegeben. Die einen hielten den Kapitalismus endgültig für gescheitert, die anderen vertraten Ansicht, das Volk hat den Krieg gewollt, insofern müssen ihm auch die gesamten Kriegskosten aufgebürdet werden, die Industrie und ihre Geldgeber dürften in keinem Fall enteignet werden.

Im als Ahlener Programm bezeichneten Parteiprogramm der CDU von 1947 heißt es: *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“*

Diese Richtung konnte sich auch im Grundgesetz noch Ausdruck verschaffen.

Ludwig Erhard hat nach Otto Köhler<sup>14</sup> im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes 1943/44 maßgeblich an der Formulierung eines Konzeptes zur Sanierung der Staatsfinanzen nach Kriegsende mitgewirkt. Dieses Konzept erhielt, angeregt durch den SS-Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf, der 1951 wegen des Massenmordes an 90.000 Menschen erhängt wurde, statt des von Erhard vorgesehenen Titels „Freie Marktwirtschaft“ den Titel „Soziale Marktwirtschaft“. *„Auf keinen Fall sollten die Vermögensbesitzer, die ihre Sachwerte, ihre Produktionsanlagen, über den Krieg hinweg retten konnten, so betonte Erhard, einen mehr oder minderen Teil dieses Vermögens abtreten. Schon gar nicht dadurch, daß den »hier in Frage kommenden Gläubigern des Staates« - dem kleinen Sparer nämlich - »durch staatlichen Rechtsakt eine Beteiligung an dem in privater Verfügung stehenden und in privater Verfügung bleibenden volkswirtschaftlichen Produktivkapital zuerkannt wird.«* [77]

Diese Gegenrichtung setzte sich in der ökonomischen Realität durch. Hier haben Erhard wohl seine neoliberalen Freunde und Berater aus den USA den Rücken gestärkt. Der Morgenthau-Plan wurde durch den Marshall-Plan abgelöst, das Ahlener Programm war vom Tisch.

*„Die Welt“* schreibt im Jahr 2007: *„Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration hat Deutschland gänzlich andere politische Strukturen, als sie das Grundgesetz verfasst hat. Die Republik ist keine Demokratie im freiheitlichen Sinne mehr. Sie ist kein Rechtsstaat mehr, in dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus.“* [78]

Unser Grundgesetz enthält mit den Begriffen: Enteignung, Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Gemeinwirtschaft einerseits das Recht zur wirtschaftlichen Selbsthilfe und andererseits mit dem Recht zum Widerstand Hebel, die angewendet werden können:

- Artikel 14 (3): Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf

---

14 Mitglied des deutschen P.E.N.-Zentrums und zweimal mit dem Deutschen Journalistenpreis ausgezeichnet

Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

- Artikel 15: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.
- Artikel 20 (1): Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- Artikel 20 (4): Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Es ist Zeit, Abhilfe zu schaffen. Wie aber könnte Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich? Richtungsstreit (z.B. Marxismus vs. Keynesianismus vs. Neoliberalismus) wird zum Luxus, wenn die Zeit gekommen ist, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen. Doch haben wir Rettungsboote? Wir wissen weder, welche Rettungsboote wir brauchen (Solidarische Ökonomie?) noch wie sie beschaffen sein müssen (Reproduktionsgenossenschaften?).

## 4. Rettungsmaßnahmen - systemimmanente Strategien

*„Die Situation gleicht der einer Kollektivspeisung, bei der mehr Essenmarken ausgegeben werden als Portionen vorhanden sind.“*

*Roland Baader, [79]*

Allerdings lassen sich ausgegebene Essenmarken schlecht wieder einziehen, insbesondere wenn nicht bekannt ist, wer sie besitzt. Um die vorhandenen Portionen einigermaßen gerecht verteilen zu können, müssen wohl neue Essenmarken ausgegeben werden.

Obwohl selbst Mises, als späterer Mitbegründer der Mont Pèlerin Society 1912 in seiner Habilitationsschrift die Gefahren der Kreditexpansion beschrieb, versucht das neoliberale System, mit Krediten solange als möglich höchste Renditen zu erzielen.

Die Eigentumslosen müssen in jedem Fall - Expansion wie Zusammenbruch - die Zeche bezahlen, denn was dem Kapitaleigner als Rendite zufließt, steht ihnen als Arbeitsertrag nicht zur Verfügung. Der Zusammenbruch bringt Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Kapitaleigner können einerseits den Zusammenbruch hinausschieben und haben andererseits beim Zusammenbruch zum größten Teil die Chance, ihre fetten Schäfchen noch rechtzeitig ins Trockene zu bringen.

Weil keine effektiven globalen Instanzen existieren und bei den Interessen und der Macht der Finanzmärkte auch kaum vorstellbar und erst recht nicht wünschenswert erscheinen, bleiben für die erforderlichen Regelungen nur nationale Maßnahmen, denen aber auf dem Weltmarkt empfindliche ökonomische Nachteile entgegenstehen.

Um die Hilflosigkeit nationaler Instanzen zu skizzieren seien hier einige konventionelle Strategien zur Rettung des „Systems“ schlagwortartig aufgeführt, ohne sie im Detail zu analysieren und zu diskutieren. Anschließend werden alternative Maßnahmen mit ihren Vor- und Nachteilen skizziert.

## 4.1. Rettungsmaßnahmen seitens der „Eigentümer“

*„Bis 1929 - 1930 [also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise] hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet ... und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen. ... Die Massenproduktion [der modernen Industriegesellschaft] beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus, ... um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht. ... Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“ [80]*

Marriner S. Eccles

1934 von Roosevelt eingesetzt, bis 1948 amtierender FED-Chef

Wenn der Zusammenbruch des Systems droht, werden statt der „freiwilligen Einstellung der Kreditexpansion“ alle Register des kapitalistischen Gruselkabinetts gezogen: Krieg, Gebiets-(Ost-)erweiterung, Steigerung der Produktivität, Senkung der „Lohnnebenkosten“ und der Lohnstückkosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Erhöhung des Rentenalters, Streichung der Eigenheimzulage, Vollbeschäftigung etc., alles Dinge, die die Lebensqualität des Bürgers einschränken.

### 4.1.1. Krieg

Eine Erklärung, wie bisher in einer ökonomischen Krise seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, hat Helmut Creutz in der Kundenzeitschrift "Sparkasse" [81] des deutschen Sparkassenverbandes gefunden, in der im Dezember 1988 der Nachdruck eines Artikels erschien, der bereits 1891 in der gleichen Zeitschrift (und in Meyers Konversationslexikon aus dem

gleichen Jahr) veröffentlicht worden war. Daraus zitiert Creutz:

*„Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.“*

Dazu ergänzt Creutz: *„Um den damals bei drei Prozent liegenden Zinssatz vor weiterem Fall zu bewahren, müssten, so hieß es weiter:“*

*„... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Capitien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken des Zinsfußes begegnet werde.“*

Und wieder Creutz: *„Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der Artikel mit den inhaltsschweren Sätzen:“*

*„So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“*

Schließlich Creutz: *„Wie wir wissen, hat sich ein solcher "allgemeiner europäischer Krieg" im letzten Jahrhundert zweimal realisieren, ja weltweit ausdehnen lassen!“ [25]*

Wie weit sind wir von einem weiteren derartigen Krieg entfernt? Oder befinden wir uns schon mittendrin (Afghanistan, Irak)?

Verlierer der beiden Weltkriege waren die gegeneinander angetretenen Nationen Europas, aber auch Europa insgesamt, denn die USA konnten die Weltmacht übernehmen. Entsprechende Unterstützung kriegslüsterner Kräfte in Europa und speziell in Deutschland seitens der USA erfolgte insbesondere zwischen den beiden Kriegen. [82]

Beängstigend in diesem Zusammenhang ist eine in den USA, Großbritannien und zunehmend auch in Deutschland in feudale Zustände zurückführende Entwicklung weg vom Krieg zwischen Staaten, hin zum Krieg von Privatarmeen, obwohl die General-

versammlung der UN 1989 die „*Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern*“ verabschiedet hat. Zu begrüßen ist deshalb z.B. der einstimmige Beschluss des französischen Parlaments im April 2003, Bürger mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße von 75.000 Euro zu belegen, die sich als Söldner verdingen lassen. Wer Söldner rekrutiert, riskiert sieben Jahre Gefängnis und 100.000 Euro. Die „Kriegshunde“ verspotten allerdings dieses Gesetz und wollten es zur Belustigung in den Bot-schaften Afrikas aushängen. [83]

### **4.1.2. Repression und Demokratieabbau**

Um sozialen Unruhen vorzubeugen erfolgt unter dem Vorwand von Kriegsgefahr und Terrorismus weltweit Repression und Demokratieabbau. Altwater und Mahnkopf formulieren: „... *das Kapital* [kann] *auf die Politik gut und gern verzichten, freilich nicht auf die repressive Seite von Politik zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" im Innern wie nach außen.*“ [36]

Im übrigen ermöglicht die weltweit zunehmende Video- und Internetüberwachung neben der Repression umfangreiche Investitionen und ist damit für das Kapital von doppeltem Interesse.

### **4.1.3. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland, China und Indien**

Wie weit Kapitalabflüsse in die europäischen Beitrittsländer oder Russland, China oder Indien die derzeitige Höhe der Kapitalerträge in Deutschland zu erhalten vermögen, ist kaum abzuschätzen, denn der Handlungsraum ist nicht - wie bei der Wiedervereinigung - das eigene Währungsgebiet und erlaubt deshalb auch keine direkte Einflussnahme.

Spezifisch an solchen Prozessen ist, dass im Erweiterungsgebiet



zwar das Kapital keine oder eine geringere Konkurrenz hat, den Arbeitskräften des Herkunftslandes aber eine umso größere Konkurrenz entgegensteht. In jedem Fall ist tendenziell ein Absinken der Arbeitserträge in Deutschland auf ein gemeinsames Zwischenniveau mit diesen Ländern kaum zu vermeiden. Damit sinkt zwar die Kaufkraft in Deutschland, aber es können auch durch diese Strategien die Exportüberschüsse weiter steigen.

#### **4.1.4. Steigerung des Wirtschaftswachstums**

Um die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitalertrag aufzuheben, müsste das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf die jährliche Steigerungsrate der Kapitalerträge von 10% angehoben werden. Das ist völlig unrealistisch, da ja schon die Kaufkraft fehlt, die gegenwärtige Produktion zu erwerben. Die resultierende Überproduktionskrise würde offensichtlich werden, der Weltmarkt eine Übersättigung erfahren.

Eine den Kapitalerträgen entsprechende Anhebung der Arbeitserträge würde eine noch darüber hinausgehende Anhebung des Wirtschaftswachstums erforderlich machen. Ökologische Bedenken bezüglich der Folgen eines progressiven Wirtschaftswachstums werden selbst von den „Grünen“ erstaunlich selten konsequent vorgebracht.

#### **4.1.5. „Vollbeschäftigung“**

Zum Begriff Beschäftigung sagt Robert Kurz: „*schon der Terminus erinnert an das therapeutische Bemühen einer Irrenanstalt.*“ [84] Für Jeremy Rifkin ist Vollbeschäftigung wegen der unumkehrbaren Problematik des Arbeitsplatzabbaus durch Rationalisierung und Informationstechnik illusorisch. Er empfiehlt deshalb Zeitkonten-Projekte mit Zeitdollars als Parallelwährung wie in den USA [85].

### **4.1.6. Verlängerung der Arbeitszeit**

Eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich muss eigentlich Schwarzarbeit genannt werden, da dafür weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden und sie auch nicht als Nachbarschaftshilfe deklariert werden kann. Sie stellt schlicht eine weitere Teilenteignung der betroffenen Individuen und der Gesellschaft zugunsten der Kapitaleinkommen dar.

### **4.1.7. Senkung der „Lohnnebenkosten“**

Die *„Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Europäischen Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten [86]“* legt fest: *„Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Berichtszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in: Löhne und Gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber.“*

Es gibt also keine „Lohnnebenkosten“ sondern nur ein Arbeitnehmerentgelt. Eine Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“ bedeutet also Senkung des Arbeitnehmerentgelts und Fragen von Lohnsenkungen sollten grundsätzlich nicht außerhalb von Tarifverhandlungen behandelt werden. Eine „Gegenfinanzierung“ der Senkung der „Lohnnebenkosten“ durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer - wie sie diskutiert wird - ist völlig absurd, weil der Arbeitnehmer dadurch auch noch als Verbraucher, also doppelt, geschröpft würde.

### **4.1.8. Begrenzung der Managementgehälter**

Wenn Manager das Hundertfache einfacher Mitarbeiter bekommen, sieht das sehr ungerecht aus. Die Manager im Geldgeschäft kommen

sich aber vielleicht ähnlich unterbezahlt vor, wenn sie die Gehälter ihrer Manager-Kollegen in den Fonds der USA wie z.B. von Arnold und Simons betrachten, die 2006 etwa das Hundertfache des Jahresgehalts von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann erhalten haben. [87] Es besteht nach Ackermann deshalb das Problem der Abwerbung der sogenannten Finanzexperten.

Neben Vorschriften zur Begrenzung von Vorstandsgehältern könnten die Verbraucher darauf achten, ihr Geld nicht in Banken mit überhöhten Gehältern anzulegen, weil diese ja auch mit ihrem Geld finanziert werden.

### **4.1.9. Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Die Mehrwertsteuer ist derzeit noch die einzige Maßnahme, die Staatsfinanzen aufzubessern, ohne die Kapitalerträge direkt zu beeinträchtigen. Indirekt senkt sie jedoch auch die Kaufkraft und dämpft die Konjunktur bzw. verschärft eine Überproduktionskrise im Inland. Der dadurch erforderliche zusätzliche Export muss dann noch billiger, über noch mehr Lohndumping, produziert werden, die Kaufkraft würde weiter sinken.

### **4.1.10. Senkung der Kapitalerträge**

Bei der hohen Verschuldung des Staates und vieler Unternehmen und der deshalb fehlenden Reserven befinden sich die einzelnen Länder gegenüber dem globalen Finanzkapital in absoluter Konkurrenz zueinander. Selbst ein moderates Absinken der Kapitalerträge in einem Land würde zum Kapitalabfluss in andere Länder führen und entsprechende Insolvenzen hervorrufen.

### **4.1.11. Kapitalerträge auch für die Eigentumslosen**

Das Arbeitnehmerentgelt müsste so weit über die Ebene der

Bedarfsdeckung hinaus angehoben werden, dass auch der bisher eigentumslose Erwerbstätige Rücklagen bilden kann, die es ihm ermöglichen, sich am globalen Spiel der Profitmaximierung mit gleicher Intensität zu beteiligen.

Das Kapitaldeckungsverfahren der Alterssicherung in Form der Riester-Rente könnte von der Zielsetzung des Entwurfs dieses Konzeptes her als Versuch in dieser Richtung angesehen werden. Allerdings kann das Fondsgeschäft nur funktionieren, wenn es neben den Gewinnern in gleichem Umfang auch Verlierer gibt und das sind in erster Linie die Eigentumslosen, die ihre Arbeitskraft auch jetzt schon unter Wert verkaufen müssen.

#### **4.1.12. Riester-Rente**

Wie oben erwähnt, schwärmte Peter F. Drucker bereits 1976 vom Pensions-Fonds-Sozialismus, der die Arbeitnehmer der USA reicher gemacht habe als alle anderen Arbeitnehmer der Welt und den Staat vor einer unerträglichen Schuldenlast bewahrt habe. Drucker [66]

Harald Schumann und Christiane Grefe führen zum Problem der kapitalgedeckten Rente aus: *„Entgegen der vor allem von Vertretern der Finanzindustrie und den von ihr bezahlten Ökonomen verbreiteten Behauptung macht dies die Renten in alternden Gesellschaften nicht sicherer. Die Höhe der möglichen Rentenzahlungen hängt immer vom wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft insgesamt ab, ganz gleich auf welchem Wege er zustande kommt. Der Unterschied zur Umlagefinanzierung ist lediglich, dass die Kapitaldeckung keine Umverteilung zwischen Reich und Arm zulässt und wesentlich höhere Verwaltungskosten verursacht, die als Gebühreneinnahmen der Finanzindustrie zufließen.“* [88]

Frédéric Lordon spricht von einer Geiselnahme der Arbeitnehmer über die Pensionsfonds: *„Letztlich sind es ja auch die Ersparnisse der Arbeitnehmer, die in der Finanzwelt verspielt werden. Die angloamerikanischen Ökonomien haben uns vorgeführt, wie man die Umverteilungssysteme für die Altersversicherung entsorgt, um*

*damit Zugriff auf die enormen Ersparnisse der Arbeitnehmer zu bekommen und diese über die Pensionsfonds in die Finanzmärkte zu pumpen.*“ [89] In Deutschland wurde die Riester-Rente unter Mitwirkung des Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) konzipiert, der gleichzeitig Generalsekretär der Europäischen Investmentvereinigung war.

Über die bereits angesparten Milliarden könnte z.B., wie oben ausgeführt, die Bahn mehrfach erworben werden. Wenn dies in genossenschaftlicher Form geschähe, würde sich die Alterssicherung wesentlich stabiler gestalten lassen.

Weil Adenauer befürchtete, dass durch die kapitalgedeckte Alterssicherung in kürzester Zeit der Kommunismus ausbrechen könnte, weil, wie es in den USA geschah, die Versicherungen die gesamte Industrie aufkaufen könnten, und entschied sich statt für die kapitalgedeckte Alterssicherung für das Umlageverfahren.

### **4.1.13. Demokratisierung der Pensionsfonds**

Wie oben bereits erwähnt, haben die Eigner von Einlagen in Pensionsfonds keine Möglichkeit über die Anlage ihres Geldes mitzuentcheiden. Sie haben weniger Mitspracherecht über ihre Anlage, als Kleinaktionäre in Aktiengesellschaften. Eine entsprechende Entscheidungsstruktur könnte eventuell eine sinnvollere Verwendung der Kapitalmassen bewirken.

Doch wenn die Bürger bestimmen könnten, wo Geld investiert wird, können sie auch mitentscheiden, was produziert wird. Erst wenn dann auch noch die Eigentumslosen in die Entscheidungsfindung einbezogen würden, könnte eventuell begründeter von einem „Pensions-Fonds-Sozialismus“ gesprochen werden.

### **4.1.14. Sozialversicherungsfreigrenze**

Mit Einführung einer Sozialversicherungsfreigrenze in Höhe der

Steuerfreigrenze und linear progressiven Versicherungsbeiträgen könnte die Umverteilung von Unten nach Oben etwas abmildert werden. Diese Maßnahme würde auch die sogenannten Lohnnebenkosten bei den unteren Lohngruppen und die Sozialversicherungsbeiträge der freiberuflich Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen senken. Auch Mini-Jobs in Kleinbetrieben wären leichter zu finanzieren. Unterhalb der Freigrenze wäre auch die Entrichtung der Praxisgebühr von 10 Euro hinfällig.

#### **4.1.15. Übernahme des Zahlungsausfallschutzes**

Für lebensnotwendige Glieder von Produktionsketten sollte bei Ausfall der Zahlungsausfallschutzversicherung der Staat die Bürgschaft übernehmen.

#### **4.1.16. Green New Deal**

André Gorz schreibt: *„Die „ökologische Umstrukturierung“ kann die Krise des Systems nur verschärfen. Es ist unmöglich, eine Klimakatastrophe zu verhindern, ohne radikal mit den Methoden und der ökonomischen Logik zu brechen, die seit hundertfünfzig Jahren zu dieser Katastrophe führen.“* [90]

Ulrich Brand warnt: *„Der grüne New Deal verengt die Krise auf eine ökologische Veränderung des Kapitalismus. Und das halte ich für sehr gefährlich.“* [91]

Eine Krankheit kann nicht geheilt werden, wenn nur die Symptome behandelt werden.

## 4.2. Rettungsmaßnahmen seitens der „Eigentumslosen“

*„Es müssen (wieder) Strukturen aufgebaut werden, die nicht am privaten Gewinn, sondern am Gemeinwohl orientiert sind. Dazu benötigen wir engagierte medienkompetente Politiker und Bürgerinnen.“*

*Ver.di 2008 [92]*

Der Kernprozess des neoliberalen Wirtschaftssystems ist der Shareholder Value bzw. die Profitmaximierung. Die Alternative einer „anderen Welt“ wäre die Profitminimierung oder zumindest - nach Mises - die freiwillige Einstellung der Kreditexpansion. Bei der Suche nach entsprechenden ökonomischen Erkenntnissen und Strategien im Internet wurde mir von Google die Frage zum Begriff „Profitminimierung“ (am 12.11.2004) mit der Gegenfrage beantwortet: „Meinten sie: Profitmaximierung:“ da nur drei unmaßgebliche Hinweise angezeigt werden konnten, während „Profitmaximierung“ 18.300 Hinweise auf entsprechende Seiten ergab. Mit anderen Worten: An einer systematischen ökonomischen Gegenstrategie zur Profitmaximierung wurde offensichtlich - und insbesondere von der „Linken“ - nicht gearbeitet.

Die bürgerliche Presse äußerte sich z.B über den Kapitalismuskongress, der von Attac vom 6. - 8. März 2009 in Berlin veranstaltet wurde, sehr abfällig: *„Mehr Ratlosigkeit als Aufbruch“* [93], *„Die Linke hat kein Konzept für die Krise“* [94] oder *„Irgendwie dagegen. Attac-Anhänger ... feiern die Ratlosigkeit“* [95]

Wolfgang Fritz Haug meint in einem Bericht zu diesem Kongress in der jungen Welt: *„Marx hat nichts vorgeschlagen, was man aus dem Stand heraus auf der grünen Wiese machen kann.“* [94]

Um im liberalen oder neoliberalen System in Würde leben und überleben zu können und direkteren Einfluss auf die Ökonomie ihrer Daseinsvorsorge nehmen zu können, wurden und werden von den eigentumslosen Bürgern immer wieder intensivste Anstrengungen unterschiedlichster Art unternommen. Diese Aktivitäten sollten nach Möglichkeit so angelegt sein, dass nicht nur die Akteure selbst,

sondern auch weitere Kreise von Bürgern einbezogen sind und auch sie ihren politischen Vertretern gegenüber selbstständiger und souveräner werden.

### **4.2.1. Protest und abwehrender Schutz**

Harald Schumann und Christiane Grefe schreiben über Nichtregierungsorganisationen: *„Mit geringen Mitteln müssen Ehrenamtliche gegen die milliardenschweren Werbe- und Marketingetats jener Unternehmen antreten, denen sie auf die Finger schauen.“* [88]

Rosa Luxemburg spottet: *„Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge.“* [96]

Wie oben bereits beschrieben, setzen Protest und Forderungen Adressaten voraus, die in der Lage sind, auch Dinge umzusetzen. Aber unsere Politiker haben leider andere Interessen. Sie dienen ihren mächtigeren Auftraggebern, die sie mit hochdotierten Lobbyisten von der gesellschaftlichen Realität abschotten.

### **4.2.2. Verfassungsklage**

Einen ersten Versuch einer Verfassungsklage wegen der Umverteilung von unten nach oben hat bereits Petschow 2004 unternommen. Es wurde ihm vom Bundesverfassungsgericht entgegnet, dass eine Beschwerdebefugnis bei ihm nicht vorliege. Er wandte sich daraufhin an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Aktenzeichen: Pet 2/14/15/8272/046748), der seine Beschwerde grundsätzlich für gerechtfertigt hielt, und sie an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland weiterleitete, wo sie dann aber versandete. [5]



### **4.2.3. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb**

Auch die grundsätzlich andere Besteuerung der natürlichen gegenüber der juristischen Person führt zu gravierender Umverteilung in Deutschland: ebenso wie ein Unternehmen seine gesamten Infrastrukturaufwendungen absetzen kann, müsste auch dem Bürger das Recht eingeräumt werden, seine gesamten Reproduktionskosten steuerlich abzusetzen oder muss er seinen Haushalt erst fiskusgerecht zum gewerblichen Kleinbetrieb umgestalten?

### **4.2.4. Aneignung**

Nachdem die primäre Verteilung des Reichtums stattgefunden hat, soll den Mächtigsten im System, die diese „Ordnung“ herbeigeführt haben, wieder etwas weggenommen werden. Das wird nicht ohne Gewaltanwendung möglich sein.

Wenn wir uns aber als Produzenten und Konsumenten von dem profitmaximierenden Markt in der Vergangenheit nichts hätten wegnehmen lassen, bräuchten wir uns jetzt auch nichts anzueignen oder mit anderen Worten: Wenn wir über alle wirtschaftlichen Werte, die wir in den letzten 50 Jahren geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, müssten wir uns um die nächsten 50 Jahre keine Sorgen machen.

Wir haben es aber tatenlos geschehen lassen, dass uns unsere Arbeits- und Kaufkraft zu immer größeren Teilen entzogen wurde, der Arbeitsertrag also Schritt für Schritt reduziert wurde und wir in immer größerem Umfang enteignet wurden. Wir sollten deshalb jetzt in erster Linie sicherstellen, dass diese tagtägliche Enteignung nicht mehr stattfindet und wir unsere Arbeitskraft für unsere Reproduktion im möglichst vollen Umfang nutzen können.

Nicht selbst genutztes Eigentum wird nämlich zur Last, wenn damit keine Rendite, kein leistungsloses Kapitaleinkommen, mehr erzielt werden kann. Für seinen eigenen Unterhalt müsste der Eigentümer sich dann schrittweise von seinem Eigentum trennen oder selbst

arbeiten gehen.

## 4.2.5. Bedingungsloses Grundeinkommen

Die sogenannte Überflußgesellschaft, die es ja nur in westlichen Industrieländern gibt, meint, sich ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten zu können, auch wenn es auf dem Rücken der 3. Welt ausgetragen werden muss. Schon die Frage, auf welche Ebene es sich beziehen soll, die nationale, die europäische oder die globale, wird nicht einheitlich beantwortet. Auch was mit Asylanten geschieht, ob Wohneigentum berücksichtigt wird, wie Alleinwohnende und Familien bedacht werden oder ob vielleicht alle in Wohngemeinschaften wohnen sollen, wie chronische Erkrankungen und Behinderungen taxiert werden etc., wird nicht allgemein zugänglich dargelegt. Schon bei der Festsetzung der Lebenshaltungskosten macht es, wie auch die Berechnung des Äquivalenzeinkommens zeigt, etwas aus, ob eine Person als Single oder in einer Gemeinschaft wohnt. Von einer Prüfung der Lebensumstände wird deshalb auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht Abstand genommen werden.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine systemimmanente Gratifikation und stellt außerdem den Warencharakter der Arbeit nicht in Frage, sondern setzt ihn zwangsläufig voraus.

Ein Grundeinkommen von nur 800 Euro pro Monat würde bei 5%iger Verzinsung der Schenkung eines Vermögens von 200.000 Euro entsprechen. Bei einer dem Wirtschaftswachstum entsprechenden Verzinsung von etwa 2% wären dies etwa 500.000 Euro. Bedingungsloses Grundeinkommen entspricht also einer Übertragung eines „virtuellen“ Privatvermögens von 200.000 bis 500.000 Euro, dessen Verzinsung es dann ermöglichen würde, sich monatlich 800 Euro auszahlen zu lassen. Auf den Status eines Eigentümers von 200-500.000 Euro gehoben zu werden, ist eine sehr anspruchsvolle gesellschaftliche Forderung und wäre ein sehr „fürstliches“ Geschenk. Die über dieses Eigentum bereits Verfügenden könnten diesen Betrag auch ohne bedingungsloses Grundeinkommen

monatlich abheben.

Ein Grundeinkommen von 800 Euro berücksichtigt auch nicht, dass, der gegenwärtige Hartz IV-Betrag, inklusive Mindestsozialversicherungsbeitrag von 190 Euro, 909 (359+360+190) Euro ausmacht.

Von denen, die wie Götz Werner für Deutschland ein bedingungsloses Grundeinkommen von wenigstens 1500 Euro fordern, wird in der Regel übersehen, dass bei diesem Betrag unter dem Strich eine Summe von etwa eineinhalb Billionen Euro herauskommt, das sind etwa zwei Drittel des BIP. Diese Summe, die fast das Sechsfache des gegenwärtigen Bundesetats ausmacht, müsste über Steuern erhoben werden, um von Staat verteilt werden zu können. Bei monatlich 800 Euro wären es 800 Mrd. Euro bzw. ein Drittel des BIP. Die Frage, ob der Staat und damit unsere Politiker, soviel Geld in die Hand bekommen dürfen, soll hier nicht diskutiert werden.

*Nach Robert Kurz wäre ein „monetäres "Grundeinkommen" nur durch einen Apparat der Redistribution in einem nationalökonomischen Bezugsraum realisierbar .... Für das nationale Bezugssystem des "Grundeinkommens" wiederum heißt dies, daß es im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich sein muss, um genügend Kapazität für die monetäre Umverteilung zu erwirtschaften. Implizit enthält daher das Konzept des "Grundeinkommens" einen nationalistischen und rassistischen Vorbehalt; es ist nichts als ein Derivat des sozialnationalistischen Linkskeynesianismus. In der Praxis würde das "Grundeinkommen", egal in welcher Form, für die Individuen immer nur auf ein Volumen hinauslaufen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.“ [1]*

*André Gorz schreibt in einem Brief vom 02.12.2003 an Franz Schandl: „Ich gebe zu, in der Vergangenheit auch viel Blödsinn geschrieben zu haben (z. B. dualistische Wirtschaft). Dass man Warenbeziehungen nicht aufheben kann, wenn man nicht gleichzeitig Geldbeziehungen aufhebt, war mir schon immer klar, und auch dass ein bedingungsloses Grundeinkommen kein Transfereinkommen sein kann und alternatives Geld und alternatives Wirtschaften voraussetzt.“ [97]*

Ein weltweites bedarfsdeckendes Grundeinkommen für alle würde sich außerdem nur gegen die Nutznießer der Kapitalerträge auch nur weltweit und zwar auf einer Eine-Welt-Ebene - und damit nur auf entsprechend prekärem Niveau - durchsetzen lassen. Zudem haben aber wegen des Fehlens internationaler sozialer Regulationsinstanzen derartige politischen Appelle keinen Adressaten.

Im Übrigen dürfte dem bedarfsdeckenden Grundeinkommen kein besseres Schicksal beschieden sein, als den Forderungen nach einem bedarfsdeckenden Arbeitnehmerentgelt in 150 Jahren Arbeitskampf. Aber noch nicht einmal ein den Gewerkschaften entsprechender Apparat steht zur Durchsetzung eines existenzsichernden Grundeinkommens zur Verfügung.

Außerdem ist mit dem Grundeinkommen zumindest nicht primär die Profitminimierung angestrebt, die mit der Solidarischen Ökonomie intendiert ist. Im Gegenteil, es kann vermutet werden, dass von konservativer Seite das Grundeinkommen deshalb unterstützt wird, weil es das leistungsloses Kapitaleinkommen der Kapitaleigner legitimiert.

Dem Argument, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird, kann entgegengehalten werden: je mehr sich die Energiekrise verschärft, desto weniger Autos, Kräne, Fahrstühle etc. werden dauerhaft zur Verfügung stehen und desto mehr menschliche Arbeitskraft wird wohl wieder benötigt werden.

Helmut Creutz hat eine detaillierte Saldierung der gesellschaftlichen ökonomischen Verschiebungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommens von 800 Euro vorgenommen und zieht das Resumee: *„Die hier vorgelegten Zahlen und Vergleichsrechnungen dürften jedoch deutlich machen, dass mit solchen Maßnahmen die Situation zwischen den Haushaltsgruppen zwar etwas entspannt, aber an den grundlegenden Problemen nichts verändert werden kann. Das besonders vor dem Hintergrund, dass die zu erwartenden Folgen der Wirtschaftskrise die Einkommen aus Arbeit mehr belasten dürften als die aus Geldvermögen, deren Bestände, zusammen mit den Banken, durch staatliche Hilfsmaßnahmen weitgehend „gerettet“ werden. Dass diese Rettungen vor allem über höhere*

*Staatsverschuldungen finanziert werden (die wiederum mit zusätzlichen Zinsbelastungen auf Kosten der Mehrheit verbunden sind), macht diese Hilfsmaßnahmen nur noch problematischer.“ [98]*

Das bedingungslose Grundeinkommen kann vielleicht als Zielsetzung, nicht aber als Strategie angesehen werden. Erst wenn die Profiteure der Gesellschaft, wie in diesem Text intendiert, in den nächsten 50 Jahren eventuell bedeutungslos sein sollten, wäre die Installation eines Grundeinkommens möglich, aber dann wäre es wohl überflüssig, weil dann Profite, die bisherigen leistungslosen Kapitaleinkommen, wieder für leistungsbezogenes Einkommen zur Verfügung stehen.

#### **4.2.6. „Regiogeld“**

Marx hat Wertscheinsysteme, Regiogeld etc. als „Theatermarken“ verspottet und diese Ansätze als „Geldpfuschereien“ bezeichnet.

Generell wurde in Deutschland im 19. Jahrhundert auf beiden Seiten, sowohl der Anwender, als auch der Betreiber von Wertschein-Systemen so viel Missbrauch mit Fälschungen bzw. Diebstahl der Kasse getrieben, dass z.B. diese Unternehmungen 1896 im Genossenschaftsgesetz untersagt wurden.

Robert Kurz führt zum Regiogeld aus: *„Es wird also deutlich, daß jede soziale Vermittlung durch die ökonomische Wertform notwendigerweise immer auch die dazugehörige juristische Form des Privateigentums in irgendeiner Gestalt hervorbringt. Das gilt erst recht dann, wenn sich der reformerische und emanzipatorische Eifer scheinbar an die Form der Vermittlung selber heranwagt, aber statt deren Aufhebung nur irgendein Surrogat für den Wert erfinden will. Besonders drastisch wird dies deutlich bei den von Marx so bezeichneten "Geldpfuschereien" etwa eines Proudhon oder einer ökonomischen Sekte, wie sie die Anhänger von Silvio Gesell darstellen. Da sich deren Kritik an der kapitalistischen Verkehrsform auf den Aspekt des zinstragenden Kapitals beschränkt, wollen sie lediglich ein "vom Zins befreites Geld" als direkte Verrechnung von*

*Leistungseinheiten einführen, ohne das Problem der abstrakten Wertform als solcher überhaupt wahrzunehmen. Diese verkürzte Kritik der kapitalistischen Verkehrsform fällt sogar noch hinter die altmarxistische verkürzte Kritik des Privateigentums zurück: Weil sie nur auf ein "ehrliches Geld" hinauswollen, ist für Proudhon, Gesell und ihre Anhänger das Privateigentum an den Produktionsmitteln sogar besonders heilig. Was ihnen vorschwebt, ist überhaupt nicht mehr die soziale Emanzipation, sondern eine Gesellschaft von Kleinbürgern und die Reduktion der wertförmigen Vergesellschaftung auf einen Klitschen-Kapitalismus mitsamt allen dazugehörigen repressiven Borniertheiten des Arbeits- und Leistungs fetischismus.“*  
[1]

Ulf Martin von Attac meint: „was die fixierung auf die region angeht: wollen die chiemgauer keinen kaffee mehr trinken (und keinen tee, keinen wein)? es gibt nur noch bayrisches bier und morgens wieder biersuppe! soll jedes dorf ein autowerk haben (und eins für handys, spülmaschinen, flugzeuge,...)? Wie sieht es aus mit der produktion der produktionsmittel (= maschinenbau)? was ist mit rohstoffen, die bekanntlich ziemlich ungleich verteilt sind?

*eine alternative wäre natürlich ein selbstgenügsames leben der art, wie es die amish people praktizieren, d.h. auf dem technologischen stand um 1850. wäre das die lösung?*

*tut mir leid, aber ich halte die globale arbeitsteilung und den weltweiten austausch für eine grosse errungenschaft. globalisierungskritisch sein sollte nicht heissen, keine globale perspektive, sondern globale **zusammenarbeit** statt konkurrenz.“* [99]

Grundsätzlich wird mit Regiogeld, das nicht leistungsbezogen ist, die Geldmenge vermehrt. In der Regel wird aber für die Herstellung von möglichst fälschungssicherem Geld und für die Arbeit, die beim Tauschen von realem Geld in Regiogeld anfällt (wenn sie nicht „ehrenamtlich“ geleistet wird), der Wert des geschaffenen Geldes verbraucht. Es entstehen also keine verwertbaren Werte.

Eduard Pfeiffer hat 1863 bei der Einführung seines Wertschein-systems ausdrücklich betont, dass dieses Mittel nur eingesetzt

werde, damit er mit dem Bargeld, das ihm auf diese Weise zur Verfügung steht, die Stuttgarter Konsumgenossenschaft aufbauen und bei den Lieferanten einkaufen könne, um seine Regale mit Waren zu füllen. Einziehen konnte er die Wertscheine wieder, wenn mit diesen bei ihm eingekauft wurde.

Der Gemeinde Wörgl fehlte das Geld für die notwendigsten Arbeiten und Dienstleistungen. Sie hat deshalb Wertmarken für Leistungen ausgegeben, die für sie erbracht wurden. Diese konnten über die Gemeindesteuern wieder zurückgegeben werden. Bei Fälschungen hätte der Gemeinde direkt die Polizei zur Verfügung gestanden. Mit der Gemeindekasse konnte auch nichts passieren, weil die Wertscheine für Leistungen und nicht gegen Geld ausgegeben wurden.

Bei privaten Organisationen, die ein Regiogeld herausgeben, kann bei Fälschungen nicht die Gemeindepolizei losgeschickt werden, sondern es muß eine Anzeige gegen Unbekannt erstattet und letztendlich wohl auch ein Privatprozess geführt werden. Ein Entwenden der Kasse würde die gleiche Prozedur erfordern.

Selbst Helmut Creutz meint: *„Ausweichen auf eine Nebenwährung ist nicht der richtige Weg, um die grundsätzlichen Probleme im Geldbereich zu lösen.“* [100] Jeremy Rifkin hält den Non-Profit-Sektor für besonders wichtig und empfiehlt Zeitdollarprojekte wie in den USA: *„Die Idee dahinter ist, dass in einer sozialen Gemeinschaft jenseits der Gewinnmaximierung die Zeit eines jeden von uns gleich wertvoll ist - sei er nun Arzt, Müllmann oder Taxifahrer.“* [14] Beim Zeitdollar wird also die Qualifikation als Grundlage für die Vergütung aufgehoben. Damit dürfte auch die Lehrmittelfreiheit selbstverständlich sein.

Mit Rifkin lässt sich also sagen: Um sowohl Währungsspekulation als auch Verzinsung zu beseitigen, ist eine zinsfreie globale Währung angezeigt und sie existiert bereits weltweit mit der Zeit, in der wir unsere Arbeitskraft für die Gemeinschaft einsetzen. Dass Zeitkonten über viele Jahrzehnte korrekt verwaltet werden können, zeigen uns zum Beispiel die Rentenversicherungsanstalten des Bundes und der Länder mit der Verwaltung der Renten- und

Pensionsanwartschaften.

## 4.2.7. Rekommunalisierung

Da der Staat nicht nur die Interessen der Eigentumslosen, sondern auch die der individuellen Eigentümer und Anleger vertritt und seine Entscheidungen in der Regel denen mehr dienen, die das Geld haben und ihn besser finanzieren können, liefert jede Rekommunalisierung die entsprechenden Objekte wieder auch den Profitinteressen der individuellen Anleger aus, die immer danach streben werden, ihr Kapital möglichst gewinnbringend einzusetzen. Sie werden jede Gelegenheit nutzen, speziell die Daseinsvorsorge, auf die die Eigentumslosen zuletzt verzichten können, als begehrtes Anlageobjekt wieder zu erwerben. Im übrigen ist der Staat, speziell in Form der Kommune, auch nur noch „*unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus.*“ [78] Eine Rekommunalisierung ist deshalb erst dann vertretbar, wenn der Staat so umstrukturiert ist, dass er sich den Interessen der Eigentumslosen nicht mehr entziehen kann.

Eine (zumindest zwischenzeitliche) Alternative stellt das kollektive Eigentum insbesondere an der Infrastruktur der Daseinsvorsorge, das von Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften verwaltet werden könnte. Hier wäre es selbst dem Privatanleger klar, dass mit seiner Mitgliedschaft grundsätzlich keine Rendite für ihn abfällt, sondern dass hier die Profitminimierung oberstes Gebot ist.

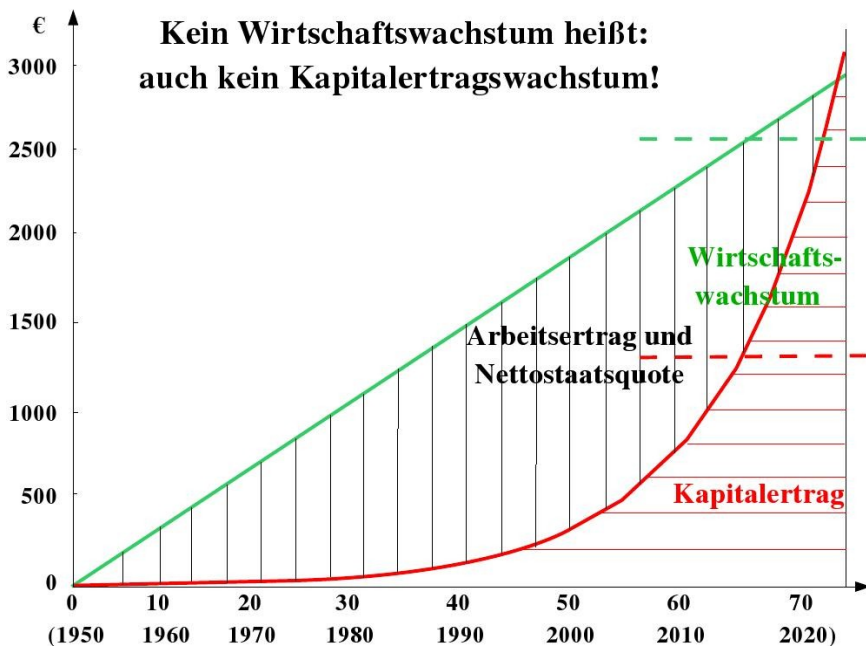
## 4.2.8. Aufbauender Wirtschaftskampf

Wie wir wissen, ist selbst ein lineares Wirtschaftswachstum in globalem Maßstab ökologisch nicht vertretbar. Das deutsche BIP von inzwischen jährlich fast 2,5 Billionen Euro sollte eigentlich genügen, die Bedarfsdeckung der Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Ohne Wirtschaftswachstum dürfen aber auch die Kapitalerträge nicht mehr wachsen, weil ja dies dann nur ausschließlich zu Lasten der Löhne und Sozialleistungen erfolgen würde.

Allerdings müsste die Verteilung des BIP mindestens der der 70er oder 80er Jahre entsprechen, als die Kapitalerträge noch bei 10%, die Staatsquote bei 7%, die Arbeitserträge bei 66% und die



Sozialquote bei 17% lagen. Mit jeder Innovation könnte dann die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reduziert werden.



**Abb. 10: Begrenzung des Wirtschafts- und des Kapitalertragswachstums**

Um unsere Gesellschaft von den Kapitaleigner zu befreien, sind zwei Strategien möglich:

1. In die Hände von Profiteuren geratenes Kapital wird über Steuern zurückgeholt oder
2. Arbeiterträge geraten gar nicht erst in die Hände von Profiteuren. Denn wenn keine Profite mehr möglich sind, müssen die Kapitaleigner von der Substanz leben oder ihr Einkommen mit ihrer eigenen Hände Arbeit erwerben.

Die Erarbeitung von Konzepten zur Profitminimierung und deren Umsetzung ist Hauptaufgabe der Solidarischen Ökonomie. Spezielle Projekte der Solidarischen Ökonomie wurden in Form von Konsumvereinen und -genossenschaften seit der Mitte des vorletzten Jahr-

hundert erfolgreich als Waffe der Eigentumslosen gegen die Profitmaximierung der Eigentümer eingesetzt. Wie weit diese Waffe geeignet ist, aus dem gegenwärtigen ökonomischen Niedergang der Gesellschaft herauszuführen, soll Schwerpunkt der folgenden Kapitel sein.

## 5. Transformationsstrategien

Mit einer ökonomischen Transformationsstrategie soll nicht das bestehende ökonomische System repariert, sondern durch ein anderes „besseres“ System ersetzt werden. So wie der Kapitalismus sich in den Feudalismus hineinentwickelt hat, um ihn schließlich auch politisch zu sprengen, entsteht im kapitalistisch-neoliberalen Umfeld eine zunehmende Zahl von alternativen ökonomischen Projekten, über die versucht wird, den Kapitalismus abzulösen.

In der Geschichte der vergangenen zweieinhalb Jahrhunderte wurden mehrere Ansätze wirtschaftlicher Selbsthilfe unternommen. Klaus Novy stellt 1985 hierzu lapidar fest: *„In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Selbsthilfeunternehmen eine große, von Historikern wie Ökonomen bis in die jüngste Zeit fast völlig vernachlässigte Rolle gespielt. Was für die Fachwissenschaft gilt, trifft für eine breitere Öffentlichkeit allemal zu.*

Karl Korsch schreibt 1912: *„Fragt man einen Sozialisten, was er unter „dem Sozialismus“ versteht, so wird man als Antwort im besten Falle eine Schilderung „des Kapitalismus“ erhalten, und die Bemerkung, daß „der Sozialismus“ diesen Kapitalismus durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beseitigen werde. ...*

*Diese Inhaltslosigkeit der sozialistischen Formel für die Organisation der Volkswirtschaft war und ist so lange unschädlich, als die praktische Wirksamkeit des Sozialismus auf die Bekämpfung und Beseitigung von bestehenden Mißständen beschränkt ist. Sie wird schädlich, sobald der Augenblick gekommen ist, wo der Sozialismus irgendwo irgendwie die Regierung antritt und nun aufgefordert wird, die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft zu vollziehen. Würde dieser Augenblick heute irgendwo eintreten, so würde er den Sozialismus unvorbereitet finden; der Sozialismus müßte bekennen, daß er eine ausreichende Konstruktionsformel für die Organisation der Volkswirtschaft noch nicht gefunden hat.“ [101]*

Klaus Novy bemängelt 1978: *„Theorieabstinenz und politischer Voluntarismus auf sozialistischer Seite, Modellplatonismus und Ökonomismus auf der Seite der Fachökonomie um eine Ökonomie*

*sozialistischer Wirtschaftsformen in Westeuropa steht es heute - 65 Jahre nach der Warnung Korsch's - schlecht. Gewiss ist das Fehlen konkreter Transformationsstrategien und ihrer Ökonomie nicht einzige, sicherlich aber eine der entscheidendsten Ursachen sozialistischer Regierungsunfähigkeit. Angesichts einer Zahl gescheiterter Versuche ... muß das Desinteresse an den ökonomischen Fundamenten einer sozialistischen Wirtschaftsreformpolitik jede weitere Zukunftschance belasten. So paradox es erscheinen mag, das Wissen um die ökonomischen Notwendigkeiten und Schwierigkeiten einer Wirtschaftsreform ist von geradezu strategischer, gleichwohl aber systematisch unterschätzter Bedeutung.“ [102]*

*Michael R. Krätke vermerkt 2004 zu diesem Problem: „Nach einer kurzen Blütezeit in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte die politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust. Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neokonservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen.“ [103]*

*Auch Werner Rätz stellt 2008 fest: „Die reformistische Linke müsste angesichts dessen, wenn nicht Antikapitalismus, dann doch ein Modell verfolgen, das deutlich auf Dekommodifizierung, den direkten Zugriff auf den gesellschaftlichen Reichtum in Form einer bedürfnisorientierten Ökonomie und die strikte Begrenzung des Marktes auf wenige Bereiche orientiert. Davon allerdings hat sie nicht nur keine Vorstellung, es zeigt sich auch, dass ihr Reformismus nie über den Kapitalismus hinauszielte.*

*Die radikale Linke steckt vom umgekehrten Ausgangspunkt im gleichen Dilemma wie die reformistische Linke. Beide verfügen nicht über eine Konzeption einer radikal-reformistischen Transformationsstrategie.“ [104]*

*Gabor Steingart spottet deshalb 2009 im Spiegel nicht von ungefähr über die SPD: „Für Steinmeier und Müntefering wird es ungemütlich, wenn sie die Wahl verlieren, heißt es allenthalben. Aber das stimmt nicht. Ungemütlich wird es, wenn sie die Wahl gewinnen. Die Partei ist am glücklichsten, wenn sie nicht regieren muss.“ [105]*

Steinmeier soll auch nach verlorener Wahl am 27. Sept. 2009 sehr erleichtert gewirkt haben.

Wie sahen Strategien von Linken nach 1968 aus? Robert Kurz charakterisiert sie bissig: *„Der Mainstream des alten Arbeiterbewegungs-Marxismus ... organisierte sich nicht reproduktiv und lebensweltlich antikapitalistisch, sondern bloß politisch, als historische abstrakte "Willenskundgebung" ohne reale reproduktive Verankerung, und damit als "politische Partei" (und parallel dazu gewerkschaftlich für den Kampf um systemimmanente Gratifikationen).*

*Alles wurde dem Ziel der politischen Machtergreifung untergeordnet, um dann folgerichtig "von oben", durch zentrale etatistische Eingriffe, die kapitalistische Reproduktion gewissermaßen sozialistisch-planwirtschaftlich "umstülpen" zu wollen. Die politische Macht erscheint hier als der archimedische Punkt und ein alternativer Staatsapparat ("Arbeiterstaat") als der zentrale Hebel der Umwälzung.“ [1]*

Aber auch die Alternativen haben nach Robert Kurz groteske Wege beschritten: *„Die Reste der jüngeren Alternativbewegung dagegen besetzten hauptsächlich Marktnischen im Kasinokapitalismus durch handwerkliche Luxusproduktion für eine betuchte Honoratiorenkundschaft, durch Edel- und Ethno-Gastronomie, Kultur- und Sozialarbeitsklitschen (kommerziell oder am Staatstropf) usw.*

*Hier hat sich ein klassisches Mittelstands- und neues Spießbürgerpotential übelster Sorte zusammengebraut, das entweder den keynesianischen Umverteilungsgeldern hochkonkurrent nachjammert oder gar längst wieder "stolz" auf sein "selbsterarbeitetes" und selbsterrafftes Kleineigentum ist, protestantischen Arbeitsmasochismus pflegt und politisch zwischen kommunaler SPD-Mafia und grünen Realos angesiedelt ist. ... Zwar gibt es unter den Resten der Alternativbewegung auch Menschen, die sich ihren emanzipatorischen Anspruch und die radikale Gesellschaftskritik nicht abgeschminkt haben, aber sie finden dafür in ihrem eigenen Milieu keinen sozialen Boden mehr.“ [1]*

André Gorz, der Robert Kurz für genial hält, schreibt in einem Brief

an Andreas Exner vom 02.07.2007: *„Immerhin - der Kurz-Essay in krisis 19 [Antiökonomie und Antipolitik] bekräftigt mich in der Meinung, dass die Trennung zwischen Produktion und Konsumtion - Produzenten und Konsumenten - das größte Hindernis auf dem Weg aus dem Kapitalismus hinaus ist.“ [106]*

In diesem Essay, auf den sich Gorz bezieht, führt Robert Kurz aus: *„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.“ [1]*

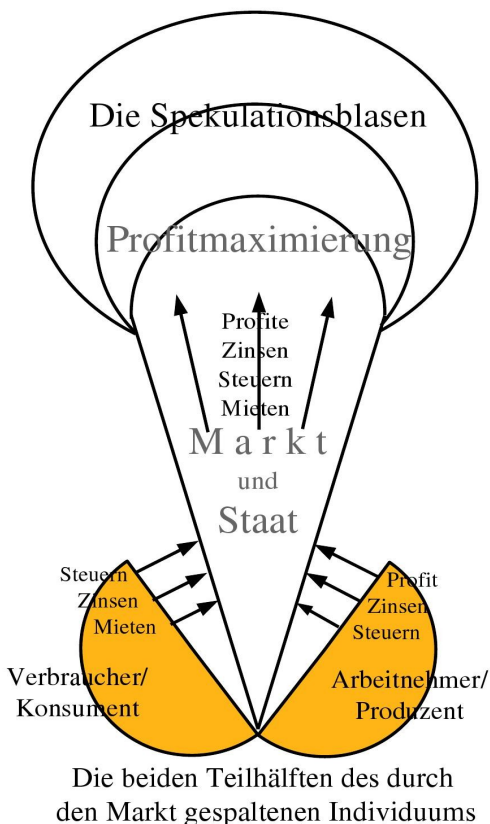
So sollen beispielsweise die intimsten Daten, die zwischen Menschen ausgetauscht werden, die Gespräche zwischen Arzt und Patient, per Gesundheitskarte auf privaten Servern gespeichert und über sie ausgetauscht werden.

*Doch weiter mit Robert Kurz: „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist. ...*

*Die Initiativen für entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um autonome Bereiche mit einer sozialen Identität von Produktion und Konsumtion handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die Konsumgenossenschaften. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der "orthodoxen"*

*Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen lässt.“ [1].*

Selbst Muhammad Yunus befasst sich mit Notwendigkeit der Kooperation von Konsument und Produzent ein: „Ein Versuch, die Unternehmenstätigkeit humanen, aufgeklärten Grundsätzen zu unterwerfen, ist die Kooperativenbewegung, in der Arbeiter und Verbraucher zum Vorteil aller Beteiligten gemeinsam die Eigentümerschaft an Unternehmen übernehmen und deren Management beeinflussen.“ [40]



**Abb. 11: Erfolg des profitmaximierenden Parasiten**

Auch im Positionspapier „Arbeitsverhältnisse und Transformationsmöglichkeiten“ der Attac-AG „Genug für alle“ steht: *„Es geht um emanzipative Partizipation in radikaldemokratischen Verhältnissen, in denen die Gemeinschaft der Produzenten und Konsumentinnen in freier Übereinstimmung bestimmt, was wie produziert wird.“* [107]

Als erster hat sich wohl Franz Staudinger 1903, also vor über hundert Jahren, mit der Notwendigkeit der Kooperation von Konsument und Produzent befasst: *„Das sind also die beiden wirtschaftlichen Ziele, die wir uns stecken müssen: die direkte Verbindung der Produktion mit dem Konsum und Hand in Hand damit die Ausschaltung des Profits. ... Die zersetzenden, die Gemeinschaft auflösenden, die erworbenen Rechtsgrundlagen vernichtenden Sonderinteressen können unmöglich Gegenstand unserer moralischen Verehrung sein. Sie zu bändigen und eine ruhige Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen ist nur tunlich auf einem Wege, der jene Ziele einschließt, nämlich: durch genossenschaftliche Organisation des Konsums und direkte Inbeziehungsetzung der Produktion zu ihm.“* Und an anderer Stelle: *„Eine geordnete Vereinigung von Konsum und Produktion ist aber nur möglich in dem Maße, als Konsumenten selbst sich organisieren. Denn nur an deren Organisation kann sich die Produktion zweckentsprechend anschließen. Darum ist die Konsumgenossenschaft in der Tat eine der wirtschaftlichen Zellen, die solchem Zwecke dienen.“* [13]

Das Hin- und Herpendeln vieler politischer Akteure zwischen Reparatur und Ablösung des Systems läßt erkennen, dass allgemeingültigere strategische Konzepte bei der Linken fehlen. Nehmen wir an, dass Sozialisierungsstrategien die Ablösung des Systems ins Auge fassen, so ist auch da große Uneinheitlichkeit festzustellen. Klaus Novy hat in „Strategien der Sozialisierung“ 1978 die im Verlaufe des 20. Jahrhundert diskutierten Sozialisierungsstrategien folgendermaßen typisiert:

- Strategie der industriellen Selbstverwaltung
- Strategie der Sozialisierung der Schlüsselsektoren
- Strategie der offensiven Teilsozialisierung
- Modelle des Marktsozialismus
- Strategie der Bildung „sozialistischer Inseln“



- Dualwirtschaftliche Strategien.

Diese Strategien waren hypothetischer Natur und hatten keine breitere Anwendung bzw. Erprobung erfahren.

*Klaus Novy bezeichnet als politischen Reduktionismus „... eine Haltung, die dazu neigt, ökonomische Zusammenhänge auf politische zu reduzieren. Sozialistische Politik gilt demnach nicht nur als Ende der ökonomischen Gesetze; diese lösen sich gleichsam in machtpolitische oder ... in verwaltungstechnische Fragen auf. Sozialistische Wirtschaftspolitik bedeute sogar das Ende der Ökonomie als Wissenschaft. ... Wenn sich kommunistische Theoretiker in der Sozialisierungsfrage immer wieder auf die These zurückziehen, die Sozialisierungsfrage sei 'in erster Linie eine Machtfrage' und jede weitere Explikation wirtschaftlicher Vorstellungen erübrige sich, jedenfalls zunächst, so wird zum einen die Affinität der 'Kommt Zeit, kommt Rat-Attitüde' zum 'politischen Reduktionismus' sichtbar, zum anderen eine dem letzteren inhärente Suggestivität, die ich Machbarkeitillusion oder Bewältigungsoptimismus nennen möchte.“ [102]*

Klaus Novy hatte sich allerdings in den 70er Jahren noch nicht im einzelnen mit Genossenschaften befasst, ist aber in den 80er Jahren zum glühenden Verfechter der „Reproduktionssicherung“ über Konsumgenossenschaften geworden.

Welches Potential in wirtschaftlicher Selbsthilfe ohne externe Finanzierung und ohne politische Unterstützung liegen kann, beschreibt Naomi Klein mit zwei Beispielen, allerdings nicht nach finanziellen, sondern nach Naturkatastrophen: Nach dem Tsunami in Thailand gaben sich Moken, ein indigenes Volk, in ihrem Dorf Ban Tung Wah „*keinerlei Illusionen hin, ein wohlmeinender Staat werde ihnen im Austausch für ihre Strandgrundstücke, die jetzt beschlagnahmt waren, gleichwertiges Land zuweisen. Sie schritten unter teilweise dramatischen Begleitumständen selbst zur Tat. ...*

*Heute kommen Beamte der Bezirksverwaltung nach Ban Tung Wah, um sich über 'Tsunami-Hilfe in Eigenregie des Volkes' zu informieren. Ganze Busladungen voller Feldforscher und Studenten besu-*

*chen das Dorf, um etwas über die 'Weisheit indigener Völker' zu lernen.“*

*Katrina-Opfer in New Orleans haben die Moken in Thailand besucht und auch von ihnen gelernt: „Juakali, der aus einem Stadtviertel stammt, das noch in Trümmern lag, stellte Teams aus lokalen Firmen und freiwilligen Helfern zusammen, die sich einen Straßenblock nach dem andern vornahmen und die durch die Flut unbrauchbar gewordenen Einrichtungsteile aus den Häusern entfernten.*

*Seine Reise in die Tsunami-Region habe ihm, so sagte Juakali, klargemacht, dass und wie die Menschen von New Orleans die FEMA und die städtische und staatliche Bürokratie links liegenlassen und endlich sagen müssen: 'Was können wir hier und jetzt tun, um unser Viertel wieder bewohnbar zu machen, der Regierung zum Trotz, nicht zum Gefallen?'“ [35]*

*Auch Susanne Elsen meint: „Es geht um die selbstbestimmte Nutzung der Potentiale der Bevölkerung, die Erhaltung des Sozialen Kapitals und die Sicherung, Nutzung und Schaffung dessen, was Menschen zum Leben brauchen. Dazu gehören ein Dach über dem Kopf, Grund und Boden, eine existenzsichernde Arbeit, eine angemessene Infrastruktur, sauberes Wasser etc.“ [108]*

Wolfgang Coy hat festgestellt, dass 1870 in Deutschland nur 1% der laufenden Jahrgänge Abitur machte, 1950 waren es 5% und heute sind es fast 30%. Dies belegt, dass das Potential der Intellektuellen größer geworden ist. Die Strategien müssen entsprechend intelligenter sein, als der alleinige Kampf um systemimmanente Gratifikationen.

Dauerhaft wirksamer, als dem Profiteur Fesseln anzulegen, oder ihm etwas wegzunehmen, dürfte es sein, Konsument und Produzent so eng wie möglich kooperieren zu lassen und dem Profiteur den Zugang zur individuellen und gesellschaftlichen Wertschöpfung zu versperren und den Schwerpunkt von der Produktion auf die Reproduktion zu verlegen.

Historische und aktuelle Ansätze zeigen den Erfolg solcher Maßnahmen. Weltweit haben sich z.B. bereits 800 Millionen Menschen

in unzähligen Genossenschaften und Cooperativen zusammengeschlossen, um sich von profitmaximierenden Parasiten so weit wie möglich zu befreien.

Mit der Erfindung des Internets und diverser Web-Techniken wäre es den Mitgliedern solcher Organisationen sehr leicht möglich, nicht nur regional, sondern auch global miteinander zu kommunizieren und zu kooperieren. Ein Coop 2.0 würde die Solidarwirtschaft mit einer neuen Dimension versehen. Jeder könnte erfahren, wer wo was sozialverträglich und nachhaltig für ihn produzieren könnte. Die Menschheit könnte also ihre Daseinsvorsorge auch ohne Profitmaximierung und Kreditexpansion gemeinschaftlich gestalten.

Konsument und Produzent müssen ihre individuelle und gesellschaftliche Identität wiederherstellen und ihren Parasiten, den Profiteur in sich bändigen, ihn wieder zum Anleger im gemeinsamen Interesse zurückstutzen. Die Konkurrenz dieser Triaselemente muß der Kooperation weichen.

Welche Projekte der Reproduktionssicherung des Individuums und der Gesellschaft in der Vergangenheit im einzelnen bestanden haben bzw. in Zukunft realisiert werden sollten, ist Thema der folgenden Kapitel.

## 6. Solidarische Ökonomie

Mittels Solidarischer Ökonomie soll es dem Menschen möglich sein, sich der Rolle als Ausbeutungsobjekt sowohl auf der Anbieter- als auch der Nachfrageseite des globalen warenproduzierenden/profitmaximierenden Systems zu entziehen.

Es geht nicht darum, der Arbeit und des Profites wegen bedingungslos zu produzieren. Robert Kurz sagt zu Recht: *„Arbeit als Verhaltensstörung der Moderne hat zu einer Gesellschaft der allgemeinen Unzurechnungsfähigkeit geführt.“* [109] Wir wollen nur produzieren, um uns möglichst optimal und rationell reproduzieren zu können. Mit der Solidarischen Ökonomie sollte deshalb mehr Gewicht auf der Reproduktion als auf die Produktion gelegt werden.

Nachdem in Deutschland die Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften trotz aller Förderungen rückläufig sind<sup>15</sup>, lohnt es sich, im Rahmen der Solidarischen Ökonomie auch die ehemals „dritte Säule der Arbeiterbewegung“ genannte Genossenschaftsbewegung - die historisch eigentlich die erste Arbeiter- aber auch Konsumentenbewegung war - näher ins Auge zu fassen, insbesondere, da die Mitgliederzahlen der Genossenschaften selbst in Deutschland allen politischen Behinderungen zum Trotz kontinuierlich gestiegen sind und weiter steigen. Auch in Europa und weltweit nehmen die Mitgliederzahlen der Genossenschaften zu: bereits jeder achte Erdenbürger ist Mitglied einer Genossenschaft.

Nach Altvater hat sich das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre 2005 intensiv mit dem Thema Solidarische Ökonomie befasst. Er berichtete: *„Ein Thema wird ... die Linke in den nächsten Jahren weltweit mehr denn je beschäftigen müssen: die „solidarische Ökonomie“. Dazu gehören Genossenschaften im ländlichen Raum wie in Brasilien, demnächst möglicherweise in Venezuela, das fundamentale Recht auf angemessenen Wohnraum, die Vergabe von*

---

15 Die Parteien haben in Deutschland maximal 1,5 Millionen und die Gewerkschaften 7 Millionen Mitglieder; die Genossenschaften haben in Deutschland 22 Millionen, in Europa 140 Millionen und weltweit 800 Millionen Mitglieder (s. Kap. 8).

*Mikrokrediten für soziale Projekte, Sinn oder Unsinn von Tauschringen. Die „solidarische Ökonomie“ avanciert deshalb zum globalen Thema, weil neoliberal begründeter Freihandel seine Wohlfahrtsversprechen nicht einlöst. Der "Neoliberalismus von unten" - sprich: die Ausdehnung des Konkurrenzprinzips -, indem jeder, auch im informellen Sektor, seinem Unternehmergeist freien Lauf lässt, ist erst recht gescheitert. Die "solidarische Ökonomie" erweist sich daher als Alternative zur globalen Konkurrenzökonomie.“ [110]*

Im Kapitalismus wird Gemeingut (Allmende) schrittweise zu Privateigentum umgewandelt. Solidarische Ökonomie versucht diesen Prozess rückgängig zu machen, und privates Eigentum wieder in kollektives Eigentum zu überführen. Solidarische Ökonomie heißt also, die Welt nicht aus der Sicht des Anlegers als warenproduzierenden/profitmaximierenden Betrieb anzusehen, in dem alle jahraus jahrein rund um die Uhr möglichst umsonst arbeiten sollen, sondern als nachhaltigen Lebensraum für alle Menschen zu begreifen und zu gestalten, in dem sich jeder einzelne und die Gesellschaft insgesamt nicht nur physisch, sondern auch sozial, intellektuell und kulturell reproduzieren und weiterentwickeln kann. Finanztechnisch gesehen ist es die Eliminierung des leistungslosen Kapitaleinkommens über Kapitalerträge zumindest aus dem Bereich der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die im wesentlichen die Daseinsvorsorge absichert.

Oberstes Ziel der Solidarischen Ökonomie sollte die friedliche Ablösung des warenproduzierenden/profitmaximierenden Systems sein. Diese Ablösung kann nicht auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes durch „solidarische Optimierung“ der Produktion erfolgen. Der Schwerpunkt politischen und ökonomischen Denkens und Handelns muss also von der Produktion, in der konkurrierend auf Vorrat produziert wird, auf die bedarfsgerechte Reproduktion, von der Betriebswirtschaft auf die Volkswirtschaft verlagert werden. Der menschliche Bedarf löst die Rendite als Triebfeder der Wirtschaft ab. Die in jeder Gesellschaft vorhandenen Kooperationswilligen schließen sich in Kooperativen zusammen und übernehmen schrittweise die Infrastruktur für ihre eigene Reproduktion.

Die resultierende gesellschaftlich notwendige Arbeit muss von allen Erwerbsfähigen gegen ein grundsicherndes Einkommen geleistet werden. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit schließt auch die Versorgung der noch nicht und der nicht mehr Arbeitsfähigen sowie der Kranken und Behinderten in Form eines Umlageverfahrens ein.

Die Realwirtschaft soll nicht mehr der Nährboden für leistungsloses Kapitaleinkommen der großen und kleinen Kapitaleigner sein, sondern hat grundsätzlich der Reproduktion der Individuen und der Gesellschaft zu dienen.

Solidarische Ökonomie ist ein Bereich zwischen Privat- und Staatswirtschaft und kann vielleicht als vergesellschaftete Reproduktion angesehen werden.

Nachdem der Kongress zur „Solidarischen Ökonomie“ im November 2006 einen unerwartet großen Erfolg hatte, wurde 2007 eine Attac-Bundesarbeitsgruppe „Solidarische Ökonomie“ gegründet. Auch das Ökumenische Netzwerk in Deutschland (OeNiD) hat sich des Themas angenommen und eine „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“ gegründet. An ihr nehmen auch Mitglieder von Attac und den Gewerkschaften teil. Hier werden gemeinsam von Attac und Akademie unterschiedliche Konzepte und Projekte solidarischer Ökonomie vorgestellt, diskutiert und teilweise auch vor Ort besichtigt.

## 6.1. Grundkonzept

Die Trennung von Produktion und Konsumtion - Produzenten und Konsumenten aufzuheben heißt, den Profiteur - und damit leistungsloses Kapitaleinkommen - aus der gesellschaftlichen Infrastruktur zumindest der Daseinsvorsorge zu eliminieren.

Um wieder einmal das Trias des homo oeconomicus zu bemühen: Konsument und Produzent müssen ihren Parasiten auf seine Funktion als Anleger im gemeinsamen Interesse zurückführen. Die Organisationsform, die die Kooperation von Konsumenten und Produzenten am besten gewährleistet und in der das Abführen von Profiten an Externe grundsätzlich abgelehnt wird, stellt die Kooperative bzw. Genossenschaft dar.

Ralph Nader, politisch engagierter amerikanischer Verbraucherschutz und mehrmaliger Präsidentschaftskandidat der USA stellt fest: *„In der Geschichte läßt sich ein Konzept der Konsumentenbewegung höchstens in Ansätzen erkennen. Die großen politischen und wirtschaftlichen Schlachten werden üblicherweise um Probleme der Produktion, der Arbeiterschaft oder der Verteilung geschlagen und nicht um Fragen zu den Rechten und Handhaben der Verbraucher. Und doch sind wir uns wahrscheinlich alle bewußt, daß das Wohlergehen der Konsumenten, ihre Gesundheit, Sicherheit und Prosperität für die Qualität eines Wirtschaftssystems ausschlaggebend sind. Theoretisches über die Bewegung ist kaum zu finden; in den meisten westlichen Ländern übergangen die Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts eine Konsumtheorie geflissentlich und beachteteten sie nur insofern, als sie Fragen der Produktion akzentuierte.“* [111]

Mont Pèlerin Society-Mitglied Detmar Doering, Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung meint zwar: *„Nicht die Arbeit schafft Kapital (so wie die Feinde des Liberalismus im Gefolge von Marx behaupten) sondern das Kapital schafft die Arbeit.“* [112]

Nach Erik Nölting [113] sind sich aber Adam Smith, Urvater der Liberalen und Neoliberalen, und sein Gegenpart, Karl Marx, zumindest in diesem Punkt einig: *„Aller Ertrag stammt aus der Arbeit, die alleinige Quelle aller wirtschaftlichen Werte ist.“* Auch den

Schöpfungsberichten der Religionen ist zu entnehmen, dass nicht das Kapital, sondern der Mensch zuerst da war! Also muss nicht das Kapital mit seinem leistungslosen Kapitaleinkommen, sondern die Arbeit, das leistungsbezogene Einkommen, im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses stehen.

Landauer fordert im Gegensatz zu dem „passiven“ Streik, dem Streik, in dem man vor den Fabrikatoren wartet, was über einen beschlossen wird, den „aktiven“ Generalstreik: *„Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? ihr habt Papiere? ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie euch gegenseitig - macht was ihr wollt! Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir haben sie nicht mehr im Rahmen eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.“* [114] Wie wurde diese Forderung in der Historie umgesetzt und wie könnte eine entsprechende Strategie heute aussehen?

Da das kapitalistische System in Deutschland bereits Millionen von Bundesbürgern für Produktion und Dienstleistungen nicht mehr benötigt, weil ihr Einsatz insofern sinnlos geworden ist, als die Massenkauftkraft schon zu weit geschrumpft ist, um die Produkte im vorangegangenen Ausmaß absetzen zu können. Sie müssen sich deshalb einer unsinnigen Wirtschaft gar nicht mehr entziehen, sondern können sofort beginnen, füreinander zu arbeiten, um damit zumindest ihre Lebenshaltungskosten zu senken. Die Bürger können also zunächst die Regie über die Verteilung der von ihnen benötigten Produkte und Dienstleistungen und schließlich auch deren Produktion selbst in die Hand.

Zur Darstellung einer kapitalistischen Wertschöpfungsketten<sup>16</sup> soll die von Marx entlehnte Formel, dienen:

$$\mathbf{W} = \mathbf{c} + \mathbf{v} + \mathbf{m},$$

wobei W für Warenwert, c für konstante Kosten (Rohstoffe und

---

16 Vereinfachend wird hier eine Kette dargestellt. In der Realität handelt es sich um mehr oder wenige stark vernetzte Ketten.



Infrastruktur),  $v$  für variable Kosten (Arbeitskraft) und  $m$  für Mehrwert steht.

$$\begin{array}{c} W = c + v + m \\ \uparrow \\ W' = c + v + m \\ \uparrow \\ W'' = c + v + m \\ \uparrow \\ W''' = c + v + m \\ \uparrow \\ W'''' = c + v + m \\ \uparrow \\ W''''' = c + v + m \end{array}$$

Eine Wertschöpfungskette kann als Kaskade solcher Formeln angesehen werden, wobei  $c$  jeweils für ein darunterliegendes  $W = c + v + m$  steht, bis hin zu den eingesetzten Rohstoffen. Sie repräsentiert sowohl historisch, als auch aktuell die Herstellung jedes Produktes.

Historisch: Nachdem der Mensch sesshaft geworden war, hat er sich Schritt für Schritt die Werkzeuge geschaffen, mit denen er sich die Arbeit erleichtern und immer leistungsfähigere Gerätschaften herstellen konnte, die ihn schließlich in die Lage versetzten, selbst komplexeste Produktionsschritte zu automatisieren.

Aktuell: Auf der untersten Ebene stellt  $c$  die Rohstoffe Boden, Erdöl, Metall, Kohle und die gesamte Infrastruktur inklusive aller Verkehrswege etc. dar. Neu eingesetzt wird immer wieder Arbeitskraft, von der allerdings in unserer derzeitigen Gesellschaft auf jeder Ebene der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger - weil er angeblich  $c$  geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer ( $v$ ) um den Anteil ( $m$ ) am Arbeitsergebnis. Der Konsument ( $W$ ) soll jedoch alles finanzieren.

Auf allen Produktionsebenen wird der Mehrwert (m) von den Kapitaleignern/Profiteuren abgezweigt.

$$\begin{array}{c} \mathbf{m} \\ \swarrow \quad \uparrow \quad \searrow \\ \mathbf{W} = \mathbf{c} + \mathbf{v} \end{array}$$

Als Verbraucher sind wir aber nicht daran interessiert, in den Preisen der Produkte und Dienstleistungen, die wir tagtäglich benötigen, ständig wachsende Zinsen und Profite, also leistungsloses Kapitaleinkommen steckt. Wir müssen deshalb als Verbraucher in Abstimmung mit den Arbeitnehmern die Kostenverteilung in die eigenen Hände nehmen und den Profiteuren die Regie über die Produktion entziehen.

Arbeitsplätze oder Betriebe in einer Produktionskette auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes einzunehmen, wäre nur sinnvoll, wenn weltweit alle Betriebe gleichzeitig übernommen würden, aber dazu fehlt die entsprechende politische Macht, noch nicht einmal der Wille dazu ist vorhanden. Individuelle Betriebsübernahmen oder -besetzungen können den kapitalistischen Prozess der Mehrung privaten Eigentums nicht durchbrechen, sondern sind selbst Opfer dieses Prozesses.

Ohne die Solidarität und die Identifikation der Abnehmer mit dem Betrieb ist jeder Betrieb längerfristig zum Scheitern verurteilt. Es müssten deshalb die Abnehmer von Genossenschaften mindestens Mitglieder von Genossenschaften bzw. selbst Genossenschaften sein, das heißt, die Produktionskette muss von der Verbraucherseite her „stromaufwärts“ aufgerollt werden.

Mit Solidarischer Ökonomie soll der Mehrwert „m“ für die Kapitaleigner gesperrt und auf Infrastruktur, Arbeitsentgelt und Preise von den Beteiligten Konsumenten und Produzenten sinnvoll bzw. nach Bedarf verteilt werden.

$$\begin{array}{c}
 m \\
 \swarrow \quad \uparrow \quad \searrow \\
 \hline
 W = c + v
 \end{array}$$

Wenn kein Mehrwert mehr abgezogen wird, entscheiden Konsument und Produzent in gesellschaftlicher Identität gemeinsam darüber, wie Lohn und Preis der Produkte austariert, der Arbeitsaufwand durch Verbesserung der Infrastruktur reduziert, die Produktqualität optimiert und die Umweltbelastung minimiert wird.

Das Ergebnis solidarischer Ökonomie muss eine von Mehrwert befreite Wertschöpfungskette sein:

$$\begin{array}{c}
 W = c + v \\
 \uparrow \\
 W' = c + v \\
 \uparrow \\
 W'' = c + v \\
 \uparrow \\
 W''' = c + v \\
 \uparrow \\
 W'''' = c + v \\
 \uparrow \\
 W''''' = c + v
 \end{array}$$

Allerdings stellt sich bezüglich der Infrastruktur noch die Eigentumsfrage. In der Regel befindet sie sich noch in den Händen von Profiteuren. Doch die Infrastruktur der Genossenschaften der weltweit 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder steht für die Produktion möglicherweise zum Teil auch für uns bereits zur Verfügung. Zudem wird im Open-Source-Bereich ständig neue Infrastruktur produziert die keine Profitmaximierung erlaubt.

Es wird wohl zusätzliche Infrastruktur benötigt werden, die erworben werden muss. Woher soll das Geld für den Erwerb dieser

Infrastruktur kommen? Der Profiteur scheidet ja nun aus und der Staat hat kein Geld, ja muss sich von seinem Besitz bereits trennen. Bleiben also nur Konsument und Produzent. Der Produzent ist bereits mit der Produktion ausreichend belastet, der Konsument andererseits musste ja bisher mit dem Preis der Ware sowieso schon alles finanzieren.

In jedem Fall muss auch bei der Planung von Unternehmungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe, wo immer es möglich erscheint, Fremdkapital vermieden werden.

Der Einstieg in die Wertschöpfungskette muss auch deshalb an ihrem Ende zum Verbraucher, der Distribution, des Einzelhandels erfolgen, weil hier außerdem die niedrigsten Infrastrukturkosten anfallen würden.

Eventuell erforderliche Kredite werden aber nach Möglichkeit nicht von externen Anlegern, sondern den Verbrauchern selbst in Form einer Vorfinanzierung aufgebracht und können mit dem späteren Erwerb von Produkten oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen verrechnet werden. Eventuell erforderliche Bürgschaften können z.B. von der Gemeinschaft der Mitglieder einer Genossenschaft geleistet werden.

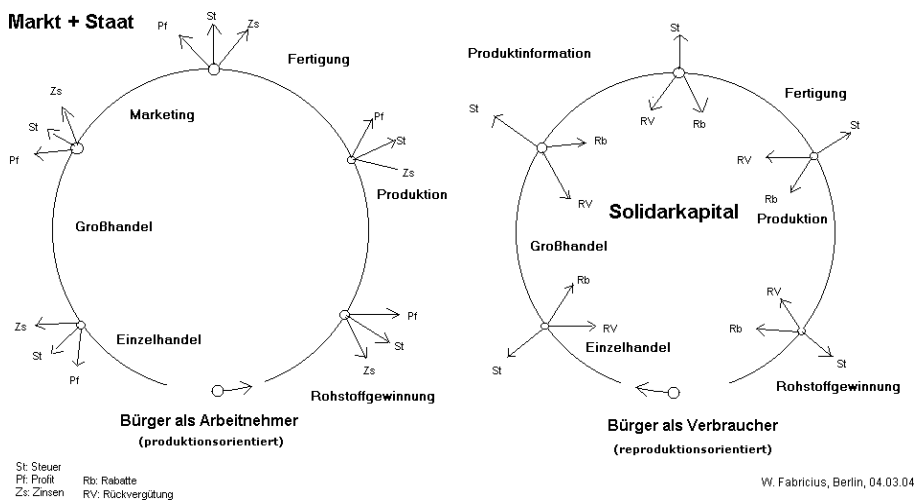
Um diese theoretischen Überlegungen realitätsnäher zu konkretisieren, sei dem konventionellen profitmaximierenden Arbeitsprozess der solidarwirtschaftliche profitminimierende Produktions- und Distributionsprozess gegenübergestellt.

Im konventionellen Arbeitsprozess suchen die Bürger als Erwerbstätige tagtäglich ihren Arbeitsplatz auf, der sich auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes in den verschiedensten Bereichen der Produktion oder Distribution, von der Rohstoffgewinnung bis zum Groß- und Einzelhandel befindet. Auf jeder Stufe dieser Produktionskette wird ihnen aber der Wert der von ihnen geleisteten Arbeit nicht in vollem Umfang entgolten, sondern es werden Steuern, Zinsen und Profite abgezweigt.

In der Regel ist weder individuelle noch kollektive Eigentumsbil-

derung möglich. Der Bürger sieht sich in erster Linie als Arbeitnehmer, Schwerpunkt seines Lebensinhaltes ist der Arbeitsplatz. Seine gesellschaftliche Anerkennung und seine persönliche Identifikation ist an seine Arbeit und seinen Arbeitsplatz gebunden.

Mit dem Bürger als Verbraucher auf der Nachfrageseite des profitorientierten Marktes wird ebenfalls die Finanzierung leistungsloses Kapitaleinkommens zugemutet. Im Preis des Produktes, das er erwirbt, oder der Dienstleistung, die er beansprucht, stecken die direkten und indirekten Zinsen, Profite und Steuern des gesamten Produktions- und Distributionsprozesses. Sie haben insgesamt bereits die 40%-Marke überschritten.



**Abb. 12: kapitalistischer und solidarwirtschaftlicher Produktions- und Distributionsprozess**

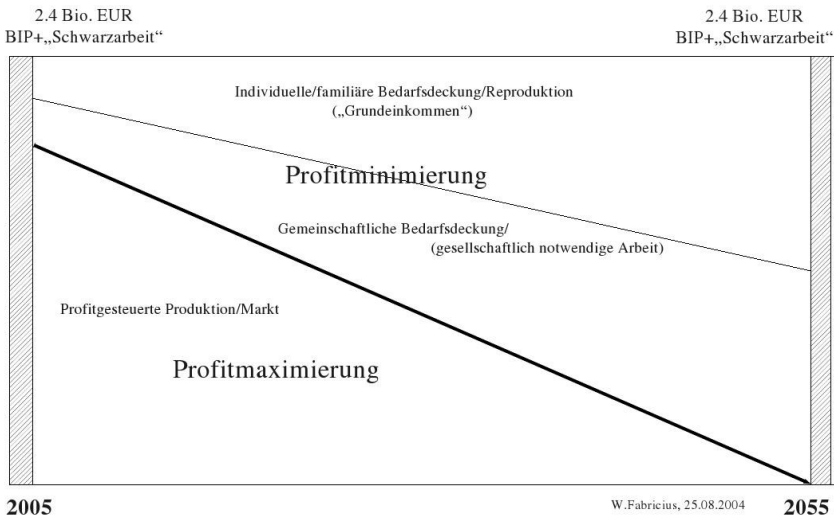
Wenn nun aus all den Produktions- und Dienstleistungsschritten der Wertschöpfungsketten Zinsen und Profite entfernt werden sollen, kann das - wie oben bereits dargestellt - nicht von der Seite der Rohstoffgewinnung aus geschehen, sondern muss am entgegengesetzten Ende, dem Einzelhandel beginnen.

Also setzt die Gegenstrategie, die Profitminimierung, auf der Konsumentenseite der Wertschöpfungsketten, dem Einzelhandel an. Die

Verbraucher schließen sich zusammen und kaufen gemeinsam ein. Je mehr Verbraucher gemeinsam einkaufen, desto höhere Rabatte können sie aushandeln. Nehmen sie nun einem Betrieb die gesamte Produktion ab, können sie mit der Übernahme dieses Betriebs weitere Einsparungen erzielen und die nächste Stufe der Wertschöpfungskette in Angriff nehmen, bis sie u.U. sogar bei der Gewinnung der Rohstoffe angelangt sind. Schwerpunkte wird man sinnvollerweise zunächst bei der Daseinsvorsorge und hier den regionalen Dienstleistungen setzen.

Entscheidend ist, dass statt Mehrwert, Profite und Überschüsse in Form von Rabatten und Rückvergütungen ein gemeinschaftlich verwaltetes kontinuierlich wachsendes Solidarkapital zur Verfügung steht.

In den letzten 50 Jahren haben die kleinen und großen Profiteure die eigentumslosen Bürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt.



**Abb. 13: 50 Jahre Solidarwirtschaft**

In den nächsten 50 Jahren erobern sich die Konsumenten den Markt über Kooperativen zurück, bauen ein Solidarkapital auf und verdrängen schrittweise die konkurrierenden Profiteure aus ihrer Gesellschaft. Die entökonomisierte Gesellschaft kann dann, wenn noch erforderlich, auch ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen.

Leistungsloses Kapitaleinkommen ist dann generell geächtet und aus der Gesellschaft eliminiert. Das BIP und die Werte der heute bereits stattfindenden „Schwarzarbeit“ (über 300 Milliarden Euro) stehen der Gesellschaft dann insgesamt zur Verfügung. Wirtschaftliches Wachstum findet nur noch qualitativ statt und dient der Reduzierung der Arbeitszeit.

## **6.2. Detailkonzepte und Projekte**

Das Scheitern von Genossenschaften, speziell der Konsumgenossenschaften in den 60er und 70er Jahren hing u.a. auch damit zusammen, dass sich mit der Differenzierung des Warenangebots das Management immer aufwendiger gestaltete und mit konventionellen Techniken kollektiv kaum noch zu bewältigen war. Diese Problematik lässt sich durch den Einsatz digitaler Medien mit Sicherheit besser lösen.

Mit konventionellen Mitteln war es auch nicht möglich, transparent zu machen, mit was sich die 800 Millionen weltweit existierenden Mitglieder von Genossenschaften und Kooperativen im einzelnen befassen. Auch hier ist der Einsatz digitaler Medien unverzichtbar.

Durch die digitalen Medien und die weltweiten Kommunikationsnetze lassen sich völlig neue Dimensionen der Kooperation erschließen. Hier sind Entwicklungen wie HTML, Mosaic, Linux, OpenOffice, Magento etc. sowohl als Instrumentarien wie auch als Projekte erwähnenswert.

Projekte der Solidarischen Ökonomie stellen einerseits lockere ökonomische Zusammenschlüsse wie Umsonstläden, Tauschringe, Lebensmittel-Coops und Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften dar. Andererseits zählen aber auch die festgefügteren, nach gesetzlichen Regeln strukturierten Genossenschaften zu den solidarwirtschaftlichen Projekten, obwohl sie häufig sehr verkrustet und verbürokratisiert sind und von ihren autokratischen Vorständen sehr undemokratisch geführt werden.

Bei den meisten Projekten geht die Initiative von Verbrauchern aus, die ihre Reproduktion bzw. Daseinsvorsorge in die eigenen Hände genommen haben und sich in Selbsthilfe mit den entsprechenden Produkten und Dienstleistungen versorgen wollen.

### **6.2.1. Internetbasierte Projekte**

Mit Linux und Wikipedias ist es erstmals gelungen, in weltweiter,



selbstorganisierter Kooperation Produkte herzustellen, die es ermöglichen, weitere Bereiche der kapitalistischen Ökonomie solidarwirtschaftlich zu erschließen.

Wegen der Bedeutung des Internets und der digitalen Medien für ein Coop 2.0 wird die Entwicklung dieser Medien etwas ausführlicher dargestellt und beispielhaft an einigen Projekten veranschaulicht.

## **Technische Voraussetzungen**

1942 hatte Konrad Zuse mit der Z1 den ersten Computer entwickelt. 1973 haben die multinationalen Marktgiganten IBM, Univac, RSA, Siemens etc. seine geniale Z43 vom Markt verdrängt. Zu der rasanten Entwicklung immer neuer Hard- und Softwarekomponenten kam auch die Erfindung und Entfaltung des Internets. Ausgehend vom Arpanet (Advanced Research Projects Agency Network), ursprünglich im Auftrag der US-Luftwaffe ab 1962 von einer kleinen Forschergruppe unter der Leitung des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und des US-Verteidigungsministeriums realisiert, entwickelte sich mit der Programmiersprache C und dem Betriebssystem Unix ein globales Kommunikationsnetz von zunächst nur Forschungszentren, später aber auch kommerziellen und privaten Nutzern.

Einen zusätzlichen Schub erhielt diese Kommunikation durch HTML (Hypertext Markup Language), ein Protokoll, das von Tim Berners-Lee am CERN in Genf 1989 entwickelt wurde. Das Problem, sich für Gopher (engl. für Erdhörnchen, insbesondere Taschenratten) oder WAIS (Wide Area Information Server System) oder noch andere Systeme entscheiden zu müssen, war damit gelöst.

Den noch erforderlichen Browser, auch für graphische Bildschirmdarstellungen, lieferte Marc Andreessen 1993 mit Mosaic, aus dem 1994 Netscape hervorging, dessen Open-Source-Version heute als Mozilla bzw. Seamonkey weitergeführt wird. Weitere Browser wie Internet Explorer, Firefox, Konqueror, Safari, Opera, Google Chrome etc. kamen hinzu.

Durch all diese Instrumentarien lassen sich weltweit Kommunikation, Qualifizierung und Kooperation entscheidend intensivieren, vereinfachen und verbessern.

## **Open-Source-Software**

Eine exakte Abgrenzung von Free Software und Open-Source-Software würde diesen Text sprengen. Wichtig ist die Einhaltung der GNU-Public License (GPL), die Richard Stallman formuliert hat, mit der sicherstellt ist, dass Software „frei“ bleibt (s.u.). Sie existiert auch mit LGPL (Lesser GPL) als „Light-Version“.

Einer globalen neoliberal/kapitalistischen Ökonomie, der wir bei der gegenwärtigen Politik alle bedingungslos ausgeliefert sind, müssen globale Kommunikationsstrukturen von unten entgegengesetzt werden, die allen möglichst kostenlos zur Verfügung stehen. Durch die global verfügbaren Medien kann die Trennung von Konsument und Produzent selbst auf globaler Ebene aufgehoben werden, können u.a. sogar die 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder beginnen zu kooperieren.

## **GNU/Linux**

Ebenso entscheidend wie ein für alle frei verfügbares Kommunikationsnetz ist auch ein frei verfügbares Betriebssystem.

In den 1970er-Jahren begannen nämlich die Hersteller, ihre Software nicht mehr im Quellcode, der von allen weiterentwickelt werden konnte, sondern nur noch in die Maschinensprache übersetzt (assembliert) im Binärformat zu vertreiben. Als Richard Stallman, Wissenschaftler am Massachusetts Institute of Technology (MIT) es satt hatte, immer vor dem zentralen Drucker zu stehen, dessen Papier alle war, versuchte er die Druckersoftware vom Druckerhersteller HP im Quellcode zu bekommen, um sie um eine Papieranzeige zu erweitern. HP weigerte sich und so programmierte er selbst in der unixähnlichen Sprache GNU (Gnu is not Unix) einen entsprechen-

den Druckertreiber und Software für weitere Peripheriegeräte.

Damit seine Software nicht vermarktet werden konnte, schuf er die geniale GNU-Public-Licence (GPL) die garantieren soll, dass die Software im Quellcodeformat kostenlos zur Verfügung steht, alle Versionen eines Programms von jedem verändert und weiterentwickelt werden können und diese Versionen für alle ihre Benutzer frei bleibt, das heißt nicht mit Patenten belegt werden kann. Sie soll außerdem sicherstellen, dass die entsprechende Software nicht vermarktet werden kann.

Was aber noch fehlte, war der Kernel, der Systemkern, der die Software aller Bestandteile des Betriebssystems und alle Peripheriegeräte steuert. Es existierten zwar etliche Kernelversionen, zum Teil noch sehr unvollkommen waren und von ihren Entwicklern nur im Binärcode zur Verfügung gestellt wurden.

Linus Torvalds tippte bereits 1980 als Elfjähriger für seinen Großvater kleine Basic-Programme in dessen Commodore V20, den er nach dessen Tod 1983 übernehmen durfte. Über eine Computer-Zeitschrift lernte er das Programmieren im Assemblercode. 1987 kaufte er sich einen Sinclair QL und befasste sich auch mit Disassemblierung, der Rückübersetzung von Binär- in Quellcode. 1988 begann er an der Universität Helsinki ein Informatik-Studium, wo er auf dem Universitätsrechner, einer DEC MicroVAX mit Ultrix, einem UNIX-System, arbeiten konnte. Anhand des Buchs *Operating Systems Design and Implementation* von Andrew S. Tanenbaum, in dem Aufbau und Funktion des vom Autor entwickelten Minix-Betriebssystems beschrieben wird, begann er selbst mit der Entwicklung von Betriebssystemsoftware.

Auf einem selbst erworbenen 386 IBM-PC ersetzte er das vorinstallierte DOS durch das Minix-System. Als erstes entwickelte er ein Testprogramm für Taskwechsel und danach eine Terminalemulation zum Universitätsrechner, über den er auch Zugriff auf das Internet hatte. Um Dateien herunter- oder hinaufzuladen, fehlte jedoch der Treiber für die Festplatte und das Dateisystem, den er entwickelte. Mit der Zeit wurde Torvalds bewusst, dass sein Emulator betriebs-systemähnliche Züge annahm.

Ari Lemmke, Assistent an der technischen Universität von Helsinki machte Torvalds das Angebot, für das entstehende Betriebssystem, Platz auf dem FTP-Server der Universität zur Verfügung zu stellen, damit die Öffentlichkeit darauf Zugriff habe. Das Verzeichnis, das er ihm einrichtete nannte er Linux. Am 26. August 1991 verkündete Torvalds der Newsgroup comp.os.minix, dass er an einem freien Betriebssystem arbeiten würde. Den Kernel stellte er dann am 15. September 1991 mit der Versionsnummer 0.01 online. Er umfasste nur 10.000 Zeilen Quellcode.

Die Genialität Linus Torvalds besteht nicht nur in der Konzeption und Programmierung des Kernels, sondern auch in der fantastischen Erkenntnis, dass zur Weiterentwicklung des Kernels und eines vollständigen lizenz- und profitfreien Betriebssystems die weltweite Kooperation von Produzent und Konsument über das Internet möglich und notwendig ist.

Die freie Lizenz sorgte dafür, dass Linux sich immer schneller verbreitete und auch auf andere Hardware-Plattformen portiert wurde. Schließlich waren hunderttausende Softwarefreaks weltweit damit beschäftigt Linux weiterzuentwickeln und es entstanden, um sich auch persönlich real zu begegnen, auf allen Ebenen - schließlich von Albanien bis Zaire - quasi flächendeckend weltweit „Linux User Groups“. Hier wurden und werden auch für Nutzer Einstiegs- und Weiterbildungskurse organisiert.

Im Herbst 1991 ging Torvalds zu einem Vortrag von Richard Stallman über das GNU-Projekt und im Januar 1992 kündigte er an, Linux unter Stallmans GPL zu stellen.

Die Umsonst-Ökonomen vertreten die Ansicht, dass es sich bei Linux um ein Umsonst-System und kein Tausch-System handelt. Da es zunächst von Softwareentwicklern für Softwareentwickler entwickelt worden war, konnte von Linux als einem reinen Tauschsystem gesprochen werden. So sah es auch Dirk Hondel, ein Entwickler des Graphik-Systems Xfree86 auf dem 2. Linux & Internet-Kongress 1995 in Berlin. Er sagte sinngemäß: Über Linux wird einem kostenlos so viel an Vorleistung für den eigenen Rechner geboten, dass man die eigene Weiterentwicklung selbstverständlich

auch kostenlos zur Verfügung stellt. Selbst die Endanwender, die Linux einsetzen, sind als Tester der Software produktiv an der Weiterentwicklung des Systems beteiligt. Das System hätte ohne ihre vielen Anregungen und Fehlermeldungen nicht seinen heutigen Perfektionsgrad und die Breite seines Einsatzes erreicht.

Die Anwender von Software müssen als Gegenleistung ja auch nicht unbedingt Software liefern, sondern können über den Einsatz des Systems wertvolle andere gesellschaftlich notwendige Produkte und Dienstleistungen erbringen, die über die etablierten konventionellen Strukturen nicht vermittelt werden oder wegen zu hoher Nutzungsgebühren nicht zugänglich sind. Je leistungsfähiger solche Bereiche des Austauschs werden, desto weniger müssen kommerzielle Angebote wahrgenommen werden.

Linux ist also nicht nur ein Instrument zur Kommunikation von Kooperationswilligen geworden, sondern stellt auch selbst ein gutes Beispiel für ein solidarisches Projekt dar. Das von Entwicklern und Anwendern/Testern erstellte Produkt gehört allen gemeinsam als „Software-Allmende“.

Durch dieses allen Menschen weltweit kostenlos zur Verfügung stehende System könnte über das Internet die gesamte Wirtschaft von einer Angebots- auf eine Nachfrageökonomie umgestellt werden.

Robert Kurz spricht von neuen Möglichkeiten einer elektronischen Naturalwirtschaft, der hier verwendete Begriff „digitale Solidarwirtschaft“ bzw. Coop 2.0 soll auch soziale Aspekte einbeziehen.

## **Ubuntu**

Ubuntu ist eine Linux-Distribution, die auf Debian, einer weiteren der bereits zahlreichen Linux-Distributionen, basiert. Die Entwickler verfolgen mit Ubuntu das Ziel, Debian zu einem für den Nutzer einfach zu installierenden und leicht zu bedienenden Betriebssystem mit aufeinander abgestimmter Software zu machen.

Ubuntu wird vom Unternehmen Canonical Ltd. gesponsert, das vom südafrikanischen Unternehmer Mark Shuttleworth gegründet wurde. Im Oktober 2004 ist die erste Version erschienen. Heute gehört Ubuntu zu einer der meistbenutzten Linux-Distributionen. Das originäre Ubuntu hat Bildschirmoberfläche GNOME. Neben dieser Oberfläche gibt es Ubuntu auch mit der Oberfläche KDE (Kubuntu) und Xfce (Xubuntu). Ein Edubuntu ist besonders an die Bedürfnisse von Schulen und Kindern angepasst.

## **OpenOffice**

OpenOffice.org (OOo) ist ein freies Office-Paket, das aus offengelegten Quelltexten von StarOffice im Jahr 2000 entwickelt wurde. Es besteht aus Programmen zur Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentation und Gestaltung einfacher Graphiken. Auch ein Datenbankprogramm und ein Formeleditor sind enthalten. OpenOffice.org wird unter der LGPL herausgegeben. Es wird von vielen Anwendern für leistungsfähiger als das Konkurrenzprodukt Word von Microsoft gehalten.

## **Weitere Open-Source-Projekte**

Weitere Projekte der Open-Source-Szene sind z.B.:

- Wikipedia, ein Projekt zum Aufbau einer Enzyklopädie aus freien Inhalten in allen Sprachen der Welt. Jeder kann mit seinem Wissen beitragen. Seit Mai 2001 sind etwa 1 Million Artikel in deutscher Sprache entstanden.
- Mysql, ein Datenbanksystem
- Typo3, ein Content-Management-System
- Magento und OS-Commerce: Systeme zum Aufbau von Online-Web-Shops
- Kartierungssoftware
- Open Design
- Factor E Farm: Wissenschaftliche Farmer versuchen, die Theorie der Open-Source Ökologie dezentral für Basisbe-

- dürfnisse in die Praxis umzusetzen. (<http://factorefarm.org/>)
- NutziGems (Nutzerinnen-Gemeinschaften), ein Tool zur Organisation von Nutzungsgemeinschaften, Zusammenschlüssen von Menschen, die ihre Ressourcen teilen und gemeinsam nutzen.
- Commons-Netzwerk
- Freie Funknetze

Diese Projekte sind als Ideenschmieden anzusehen, die die bestehenden kommerzielle Produkte und Strukturen ablösen wollen.

Vorwiegend Informatiker sind damit beschäftigt, unter den Namen Ökonux, Peer-Ökonomie, Umsonstökonomie etc. die Konzepte des immateriellen Bereichs auch auf den materiellen Bereich zu übertragen. Ein bekanntes Grundprinzip ist auch hier, dass *„die Produktionsmittel ... in die Hände ihrer Nutzer [gehören], sie müssen zu Commons werden. ... Die Frage heißt nun nicht mehr, wie die Produktionsmittel enteignet werden können, sondern wie wir neue Produktionsmittel von vornherein als Gemeinbesitz (Commons) herstellen können und sie gar nicht mehr in die Spirale kapitalistischer Profiterwirtschaftung hineingeben.“* [41]

## 6.2.2. Konventionelle Projekte

### Umsonstökonomie

Zunächst wurden Umsonstläden eingerichtet, die von Konsumenten profitfrei betrieben wurden. Auch ein Bauernhof arbeitet inzwischen nach diesen Prinzipien. Aber solche Konzepte setzen zumindest mietfreie Räumlichkeiten bzw. pachtfreie Ländereien und ehrenamtliche Mitarbeiter voraus, die im neoliberalen Umfeld dauerhaft kaum zur Verfügung stehen.

Eine in diesem landwirtschaftlichen Umsonstprojekt Mitwirkende wundert sich, dass auf der einen Seite die Produkte verschenkt werden, auf der anderen Seite aber mühsam versucht wird, Spenden einzutreiben. [115]

Grenzen des Konzeptes zeigten sich u.a. auch, als man wegen der Die Umsonstökonomie funktioniert möglicherweise nur mit langlebigen Produkten, die nicht „verbraucht“ werden.

Solche Projekte sind möglicherweise als Zielsetzung Solidarischer Ökonomie vorstellbar und erst in dieser anderen Welt stabil realisierbar.

## Tauschringe

In den neunziger Jahren boomte die Tauschringbewegung in Deutschland. Eine Erhebung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ergeben, dass es in Deutschland um die Jahrtausendwende mehr als 280 Tauschringe gab [116].

In Berlin beispielsweise existiert fast in jedem Stadtteil mindestens ein Tauschring. Sie verstehen sich *„als unabhängige Selbsthilfeeinrichtungen zur Entwicklung der erweiterten Nachbarschaftshilfe und der sozialen Ökonomie. Berliner Tauschringe verfolgen gleichermaßen soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen, sind aber weder soziale Einrichtungen im traditionellen Sinne, noch beabsichtigen sie, ein neues wirtschaftliches Modell oder „Ersatzwährungen“ zu kreieren.“* [117]

Robert Kurz äußert sich allerdings negativ über Tauschringe: *„Tauschringe [setzen] bereits völlig entsozialisierte abstrakte Individuen voraus, die untereinander Dienstleistungen austauschen und verrechnen, ohne überhaupt noch in eine kooperative Produktionstätigkeit einzutreten. Die sozialökonomische Beziehung beschränkt sich gänzlich auf die Organisation einer alternativen Verkehrsform von Leistungsverrechnungen, die parallel zum offiziellen Markt läuft. Auch hier wird das Privateigentum nicht aufgehoben, sondern schrumpft lediglich auf die individuelle Fähigkeit, irgendeine Leistung (Babysitten, Tapezieren usw.) mit anderen Individuen auszutauschen; die Reproduktion von „Leistungsschwachen“ wie Behinderten oder Kranken kommt dabei gar nicht vor. Ein solcher Tauschring stellt keinerlei Alternative zur*



*kapitalistischen Produktionsweise mehr dar. Er organisiert nur einen Notbehelf in nebensächlichen Dingen für "herausgefallene" monadisierte Individuen, die ihre produktive Kooperationsfähigkeit völlig an Kapital und Staat abgegeben haben. Insofern sind die Tauschringe kein Neuanfang einer sozialen Emanzipation, sondern nur die letzte Verfallsform der alten, gescheiterten Ansätze innerhalb der Wertform, die bei hilflos gewordenen sozialen Atomen angelangt ist.“ [118]*

*Claus Offe meint dagegen, „dass man die Vorteile der Tauschbeziehungen durchaus in einer anonymen Gesellschaft nutzen kann und der zwangsweisen Brachlegung der Arbeitskraft und der Leistungsfähigkeit, die mit einer auf Geldwirtschaft beruhenden Tauschbeziehung einhergeht, entgegenwirkt. ... Ich wehre mich gegen die Abwertung des Tauschgedankens ...*

*Gesellschaftliche Bereiche und bestimmte Dienste für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung können/sollen aus der Staatsverantwortung ausgegliedert werden, an z.B. eine Gruppe, die keiner staatlichen Vorsorge und Bevormundung mehr bedarf und den Willen zum freiwilligen Zusammenschluss und Austausch hat.*

*Tauschringe sind solche Zusammenschlüsse und bedeuten u.a. auch Staatsentlastung, und da kann man einhaken und sagen: wenn die staatlich organisierten Sozialdienste hier zurücktreten können, dann soll der Staat bitte diese Arten der Selbsthilfe, der gemeinschaftlichen Mobilisierung von Tätigkeitspotentialen nicht gratis erwarten.*

- Die Selbstorganisation soll den Staat unter der Bedingung des Steuerverzichts entlasten. Besteuert wird da nicht.*
- Zweitens soll die Tätigkeit, die hier verrichtet wird, auch unter sozialrechtlicher Anerkennung erfolgen.*
- Und drittens, die Nichtanrechnung des Einkommens, das hier entsteht.*
- Viertens könnte man noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass die benötigten Räume für alle Tätigkeiten und das benötigte administrative Personal gestellt werden.“ [119]*

*Festzuhalten ist, dass über Tauschringe Individuen aus ihrer Vereinzelung herausgeführt werden und mit anderen kooperieren*

können. Die Beteiligten lernen den Wert ihrer eigenen Arbeitskraft wieder besser wahrzunehmen und stärken ihr Selbstwertgefühl. Auch die Regionalisierung der Ökonomie kann vorangetrieben werden.

Allerdings müssten die Aktivitäten einerseits über die Dienstleistungen hinaus in die Produktion ausgedehnt werden. Andererseits sollte ein geeignetes Umlageverfahren angestrebt werden. Denn Mitglieder mit Familie, insbesondere Alleinerziehende, können nicht im gleichen Umfang zur Verfügung stehen wie Alleinlebende. Auch noch nicht und nicht mehr Erwerbsfähige, Kranke und Behinderte müssen berücksichtigt werden. Hier müsste u.U. die staatliche Unterstützung durch eine zusätzliche interne Absicherung, ein internes Umlageverfahren, aufgestockt werden.

Tauschringe könnten also zumindest als Vorform und als Einstieg in die Solidarwirtschaft angesehen werden. Insbesondere wenn als Grundmotiv bei all diesen Initiativen die Beseitigung vorhandener und die Vermeidung zukünftiger Profite verfolgt wird.

## **Transition Towns Initiative**

Seit 2006 proben Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden Großbritanniens und der Republik Irland und seit 2008 auch in Deutschland den geplanten Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft. Die Bewegung wurde initiiert von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins. Eine wichtige Rolle spielen auch die Gestaltungsprinzipien der Permakultur, die es insbesondere landwirtschaftlichen, aber auch allgemein-gesellschaftlichen Systemen ermöglichen sollen, so effizient und energiesparend zu funktionieren wie ein natürliches Ökosystem.

Hintergrund der Initiative sind Befürchtungen und Kritik daran, dass die jeweilige nationale Politik nicht durchgreifend genug auf die Herausforderung des Klimawandels und des globalen Ölfördermaximums ("Peak Oil") reagiert und daher die Kommunen mit ersten vorbereitenden Maßnahmen auf eine Zukunft knapper werdender

Roh- und Treibstoffe reagieren müssen. Hierzu gehören u.a. Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern und zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft.

Die erste deutsche Transition Town Initiative wurde in Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin gegründet. Sie trifft sich wöchentlich in einem ehemals besetzten und als Genossenschaft legalisierten Haus. Es finden Diskussions-, Film- und Vortragsveranstaltungen statt. Auch das diesjährige Weltfest auf dem Boxhagener Platz wurde organisiert.

## **FoodCoops**

*„Unter einer FoodCoop (vom englischen food cooperative, also etwa Lebensmittelgemeinschaft) versteht man den Zusammenschluss von Personen und Haushalten zum gemeinsamen Einkaufen. Historischer Vorläufer sind die Konsumgenossenschaften des neunzehnten Jahrhunderts. Die Idee dahinter ist, dass man gemeinsam große Mengen Lebensmittel direkt von den Erzeugern bezieht und dadurch Mindestbestellmengen der Großhändler erreicht bzw. es sich für Bauern eventuell lohnt in die Stadt zu fahren. Dadurch kann man als Mitglied einer FoodCoop meist preiswerter - weil ohne Gewinnmarge des Einzelhandels - einkaufen, als wenn man im Einzelhandel kauft.“ [120]*

Die Lebensmittel- oder FoodCoops vereinen zwar Anbieter und Konsument, verharren aber in der Distribution.

## **Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften**

In Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG) schließen sich vorwiegend im Lebensmittelbereich Verbraucher mit Erzeugern zusammen, um kostengünstiger landwirtschaftliche Produkte zu produzieren und zu verteilen.

Von den in Deutschland gegründeten EVGen haben einige ihre

Tätigkeit wieder eingestellt, andere, wie z.B. die EVG Tagwerk in Dorfen bei München, sind bereits Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften.

Eine der ersten EVGen in Deutschland wurde unter Mitwirkung des Autors 1982 in Berlin als Verein gegründet. Sie war aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße hervorgegangen und arbeitete mit 3 niedersächsischen Öko-Bauern zusammen. Sie baute ihren Vertrieb schrittweise aus und stand schließlich auf 13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg ihren 850 Mitgliedern einigermaßen flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen.

Da einer der Bauern bereits vor der Gründung der EVG in die Insolvenz geraten war und sein Hof schließlich versteigert werden sollte, wurde er von Mitgliedern der EVG in Form einer GbR übernommen. Die Ersteigerungssumme hatten Mitglieder der EVG zu einem großen Teil mit zinslosen Darlehen von 500 bis 20.000 DM zur Verfügung gestellt.

Allerdings konnten von den Mitgliedern der EVG nicht alle Produkte des erworbenen Hofes neben den Produkten der anderen beiden Bauern vollständig abgenommen werden und so musste das Nichtmitgliedergeschäft intensiviert werden. Hiermit war man aber auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes mit allen dort herrschenden Problemen geraten.

Eine zweite Problematik bestand im Personalmangel. Es mussten Stundenkräfte angeheuert werden, die aber mit den Ladenkassen nicht ausreichend zuverlässig umgingen. Die dritte und größte Problematik stellte der Mangel an einem ausreichend qualifizierten Geschäftsführer dar. Von dem zur Verfügung stehenden Diplomkaufmann wurde z.B. die Produktion auf dem Hof der EVG-Mitglieder extrem hoch angesetzt, wenn aber die Vermarktung anstand, wurden diese Produkte nicht im erforderlichen Umfang den Produkten der anderen Bauern vorgezogen und konnten somit nicht vollständig abgesetzt werden. Entsprechende Verluste waren die

Folge.

Um die EVG zu stabilisieren, wurde eine Genossenschaft gegründet, deren Eintragung aber auch wegen des Fehlens eines qualifizierten Geschäftsführers nicht erreicht wurde. Selbst die beiden Ökonomen, die der damalige Vorsitzende der SPD, Walter Momper, eigenhändig aus der Mitgliederkartei ausgesucht hatte, konnten wegen anderer Projekte nicht tätig werden. Auch über die AL, dem Berliner Vorläufer der heutigen Grünen, war kein Ökonom zu finden, der die EVG unterstützen konnte.

Als dann mit der Maueröffnung Konkurrenz in der nächsten Umgebung Berlins befürchtet werden musste und die Risiken sich damit weiter erhöhten, stellte die EVG ihre Geschäftstätigkeit ein. Die Ländereien konnten ohne wesentliche Verluste verkauft werden. Die Stände auf den Wochenmärkten wurden von dem Bauern weiter betrieben, der sich am aktivsten am Aufbau der Marktstände betätigt hatte, der den kürzesten Weg nach Berlin hatte und dessen Hof EVG-Mitglieder ersteigert hatten. Die beiden Bio-Läden wurden von interessierten ehemaligen Kunden übernommen und existieren heute noch.

Grundsätzlich bauen die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften nicht nur den Vertrieb auf, sondern integrieren auch die verbraucherorientierte Produktion.

## **Kulturelle Projekte**

Auch im kulturellen Bereich können Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sinnvoll sein. Als Beispiel sei hier der Film „Bahn unterm Hammer“ genannt. Der erste Film der beiden Regisseure Herdolor Lorenz und Leslie Franke „Wasser unterm Hammer“ wurde noch vom Westdeutschen Rundfunk finanziert, aber der Film zur Bahn schien dem Sender wohl zu heikel. Es wurde deshalb eine Vorfinanzierung durch die späteren Käufer einer DVD initiiert, die den Film zu drehen und aufzuführen ermöglichte. Am 28.2.07 war das Minimalbudget von 60.000 Euro erreicht.

## **Kultur- und Bildungsgemeinschaften**

**Mehringhof:** Im Dezember 1979 kaufte die neugegründete Mehringhof AG, ein Sammelsurium verschiedener Initiativen aus der linksradikal-undogmatisch-alternativen Szene zwischen Tunix und Tuwat, u.a. die Schule für Erwachsenenbildung, das Netzwerk Selbsthilfe, Stattbuch, Gesundheitsladen, der Verlag Ästhetik und Kommunikation, Mixed Media und das Kneipenkollektiv Spectrum, von der Berthold AG den Gebäudekomplex mit 5000 m<sup>2</sup> Nutzfläche. Die SPD-geführte Bezirksverwaltung unterstellte den Neueigentümern, sie seien von Ostberlin bezahlt und wollten das gegenüberliegende Bezirksamt vom Dach des Berthold-Gebäudes aus beschleusen.

Von Walter Momper, dem damaligen Kreisvorsitzenden der SPD-Kreuzberg, war zu erfahren, dass auch der Landesvorstand der SPD beschlossen hatte, zu verhindern, dass diese Gruppierung in den Mehringhof einzieht. Als er vom Autor erfuhr, dass mit dem Gesundheitsladen auch Ärzte einziehen würden, wollte er den Landesvorstand von diesem Beschluss abbringen, der wohl sowieso nicht hätte umgesetzt werden können. Die Firma Berthold liess sich jedoch trotz aller Interventionen seitens der SPD und des Bezirksamtes nicht von ihren Verkaufsabsichten abbringen, da ja die Geschäftsführung den Verkauf beschlossen habe und kein weiterer Käufer zur Verfügung stehe.

Die neuen Mehringhofeigentümer aber überlegten, ob sie die beiden Höfe wegen des angedrohten Hubschrauberangriffs nicht mit Stahlnetzen schützen sollten.

Der Name Mehringhof wurde nach langen Diskussionen gewählt, weil Franz Mehring als einer der führenden marxistischen Historiker gilt und der Mehringdamm in unmittelbarer Nähe liegt.

Der Mehringhof besteht noch immer als vielleicht größtes alternatives Zentrum in Deutschland, trotz unzähliger Razzien (auf der Suche nach Terroristen, Waffen und anderem) und all der Jahre und gesellschaftlichen Entwicklungen die ins Land gegangen sind.

Im Mehringhof sind heute neben zwei verbliebenen Gründungsinitiativen das Mehringhoftheater, Ökotopia, der Buchladen Schwarze Risse, der Fahrradladen, FDCL u.v.a.m. untergebracht. Auch Attac Berlin hat seit seiner Gründung im Jahr 2000 sein Büro bei BLUE 21 im Mehringhof.

Als eine der ersten Veranstaltungen fand ein Teil des Gesundheitstages 1980 im Mehringhof statt. Im Versammlungsraum und dem „Blauen Salon“ finden jahrein jahraus viele linke Veranstaltungen und Gruppentreffen statt.

**KuBiZ [121]:** Trotz seiner attraktiven Lage hat der 100.000 EinwohnerInnen starke Stadtteil Pankow-Weißensee aufgrund der Konzentration der soziokulturellen Infrastruktur im Berliner Stadtzentrum vor allem kulturell nur wenig zu bieten. Unweit des Weißen Sees befindet sich in der Bernkasteler Straße 78 die ehemalige Raoul Wallenberg Schule. Das etwa 100 Jahre alte und rund 3.000m<sup>2</sup> große Haus verfügt über vier Geschosse, Souterrain und Keller. Neben zwei Klassenzimmertrakten befinden sich eine 180 m<sup>2</sup> große Aula, die zum Theatersaal umgebaut wurde, sowie eine Turnhalle.

Neben kulturellen Projekten, wie einem multifunktionalen Kulturraum mit Theater, Konzerten und Filmvorführungen, soll es dort einen Bildungsbereich mit Theater- und Musikschule sowie politischer Jugend- und Erwachsenenbildung geben.

Das alternative Jugendzentrum Bunte Kuh, das seit vielen Jahren ein beliebter Anlaufpunkt für Jugendliche aus dem Berliner Nordosten war, ist bereits im Frühjahr 2007 umgezogen und wird Teil des KuBiZ sein.

In offenen Werkstätten wird es Angebote zur Qualifikation und Selbsthilfe geben. Schon jetzt gibt es eine Selbsthilfwerkstatt für Zweiräder. Eine Holz- und Medienwerkstatt sollen folgen. Ein intergeneratives Wohnprojekt schafft zudem günstigen Wohnraum für soziokulturell engagierte Menschen.

Nachdem im Mai 2009 der Erbbaurechtsvertrag mit dem Bezirksamt Pankow unterschrieben wurde, konnte es losgehen.

### 6.2.3. Vom un(ter)bezahlten Produzenten zum kooperierenden Konsumenten

Einen Einstieg in die Solidarische Ökonomie kann mit jeder Art der Verweigerung dem Kapital gegenüber bereits mit dem Motto „Kampf dem Verderb“ im Lebensmittelbereich beginnen, indem z.B. durch Hilfe beim Ernten von Obst und Gemüse in Schrebergärten, Abernten von Streuobstwiesen und mit Hilfsarbeiten auf Biohöfen im Naturalientausch inklusive Vertrieb der Produkte im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, im Kiez, in Tauschringen, in Lebensmittelcoops und in Bioläden. Überschüsse könnten in zu gründenden Volksküchen verarbeitet werden. Bei regelmäßigen intensiveren Aktivitäten empfiehlt es sich, als Schnittstelle zur neoliberalen Umgebung einen gemeinnützigen Verein zu gründen, damit besser Verträge mit Behörden und Versicherungen abgeschlossen werden können.

Schrittweise kann daraus eine Infrastruktur erwachsen, die z.B. die Landwirtschaft in der Region unterstützt und konventionellen Höfen bei der Umstellung auf Bioanbau behilflich ist. Zunächst kann sich die Gruppe für ihre Arbeitslosen als Einsatzstelle bei einer Trägergesellschaft anmelden und den Mitglieder der Gruppe für ihre diversen Aktivitäten, die ja auch einer Weiterbildung entsprechen, eine MAE-Stelle beantragen. Durch Einsatz geeigneter Open-Source-Software könnte im Laufe der Zeit auch ein Web-Shop eingerichtet werden, damit bei genossenschaftlichen oder sonstigen nicht profitorientierten Unternehmen Produkte bestellt werden können. Die eigentliche Arbeit besteht dann in der lokalen und regionalen Zustellung der bestellten Produkte. Langfristig können mit dem Aufbau solcher Infrastrukturen der Selbstversorgung auch tarifgerechte Arbeitsplätze in profitfreien Räumen entstehen.

Mit dieser Zielsetzung und diesen Arbeitsbereichen hat sich der gemeinnützige **Selbsthilfeverein der Geringverdienenden und Erwerbslosen Berlin-Pankow** gegründet.



Ein weiterer Einstieg in solidarische Ökonomie könnte über Energiegenossenschaften erfolgen, deren Mitglieder über die Beschaffung preiswerterer Energie hinaus bald wohl auch Nullenergiehäuser und -wohnungen mit Sozialräumen und Volksküchen anstreben und dann auch zusätzlich die o.g. Infrastruktur für die Direktbeschaffung regionaler Produkte errichten würden.

Auch über gemeinsame konventionelle Wohnprojekte mit selbstorganisierter Renovierung und Instandhaltung, Energiesparmaßnahmen, Leihgemeinschaften der Bewohner, Volksküchen für die Senioren und Singles etc. können solidarische Gemeinschaften entstehen.

FoodCoops, Tauschringe, Leihgemeinschaften, Umsonstläden etc. sind in der Regel Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR). Die Organisationsform ist in der Regel nicht ausreichend stabil, um größere Geldflüsse und wachsendes Solidarkapital transparent zu verwalten. Zudem ist es auch wegen der gesamtschuldnerischen Haftung der Mitglieder einer GbR sehr ratsam, eine juristische Person zu gründen, bei der die Haftungsfrage etwas entschärft ist. Auch der Verkehr mit Behörden und Vertragsabschlüsse aller Art verlangen immer wieder die juristische Person.

Als Organisationsform eignen sich, um alle Mitglieder mit prinzipiell gleicher Einflussmöglichkeit auszustatten, nur der Verein oder die Genossenschaft (als Sonderform des Vereins). GmbH und AG können nicht als basisdemokratische Organisationen angesehen werden, da hier in der Regel, der Einlage der Mitglieder entsprechend, quotiert abgestimmt wird. Nimmt das Unternehmen und seine Infrastruktur größere Dimensionen an, kommt prinzipiell nur noch eine eine Genossenschaft in Frage, in die der Verein aber jederzeit als Vorgenossenschaft übergehen kann. Entscheidend allerdings ist, dass die gewählte Organisationsform in erster Linie zur Wahrnehmung der Außenkontakte und der Abschirmung von Einflüssen kapitalistischer Profitgier verwendet wird, und nicht zur Errichtung von starren Herrschaftsstrukturen im Binnenraum. Notfalls muss dem Vorstand z.B. ein Beirat zugeordnet werden, in dem die Sprecher von Arbeitsgruppen Rede- und Stimmrecht in vereinsinternen Angelegenheiten haben. Dies wurde allerdings in den 60er und

70er Jahren wegen der vermeintlichen Gefahr feindlicher Übernahmen peinlichst vermieden.

Organisationen wie Attac oder das Berliner Sozialforum haben für die Verwaltung eigene Vereine gegründet, doch sollten die Mitglieder einer Vereinigung lernen, mit ihrer Selbstorganisation produktiv umzugehen und Strukturen schaffen, die Verbürokratisierungen verhindern bzw. ermöglichen, eventuell entstandene Verkrustungen wieder aufzulösen.

Wenn Regierungen ihre Bürger nicht vor der Ausplünderung durch das Kapital bewahren und z.B. das Gemeineigentum an der Daseinsvorsorge privatisieren, müssen diese Bürger von unten Strukturen aufbauen, die ihnen ermöglichen, das Gemeineigentum an der Daseinsvorsorge wiederherzustellen und in ihrem Sinne zu verwalten und zu nutzen. Für diese Zwecke haben sich in der Vergangenheit Verbrauchergenossenschaften als geeignete Instrumentarien erwiesen, sind aber wegen der Entfaltung der Produktvielfalt in Zeiten des uneingeschränkten Konsums für zu aufwendig und auch für überflüssig erachtet wurden. Der Problematik der Produkt- und Bedarfsvielfalt kann inzwischen wirkungsvoll mit dem Einsatz digitaler Instrumentarien begegnet werden. Der uneingeschränkte Konsum ist in Krisenzeiten wohl auch reduziert.

Thomas Vehmeier meint: „... *die Selbstorganisation [hat] natürlich eindeutige Vorteile, die aber eben nicht notwendig im Widerspruch zu einer festeren Organisationsform wie der der Genossenschaft stehen müssen. Die konsequente Weiterentwicklung einer Vereinigung wie beispielsweise der TYPO3 Association wäre daher die Gründung einer Genossenschaft, die über monetäre Mitgliedsbeiträge für einen Teil Ihrer Mitglieder zentrale Aufgaben stärker wahrnehmen kann als bisher.*“<sup>[122]</sup>

## 7. Genossenschaften

*Individuelle Werte reichen ... nicht aus, um alle mit den Gemeinschaftsgütern (commons) verbundenen Probleme zu lösen.*

*Die Bürger brauchen auch Institutionen, die den Aufbau von Reziprozität, Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit erleichtern.[123]*  
*Elinor Ostrom, 2009*

Da Staaten nur sehr eingeschränkt Reziprozität auf allen Ebenen gewährleisten können, müssen die Bürger selbst auf der lokalen, regionalen und auch der globalen Ebene eigene Strukturen errichten, um ihr Überleben zu sichern. Der Organisationsgrad der Institutionen - ob informelle Gruppe, Verein oder Genossenschaft - hängt von der Verbindlichkeit ab, die aufgebracht werden muss, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Obwohl nach den Landesverfassungen von Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes die wirtschaftliche Selbsthilfe gefördert werden soll, hat die Zahl der Genossenschaften in Deutschland auf heute nur noch 7.700 ständig abgenommen. In Italien dagegen gibt es 70.000 Genossenschaften und in der Schweiz 12-13.000. Hochgerechnet auf Deutschland wären das 100 bis 145.000 Genossenschaften. Gründungen sind hier zu bürokratisch und zu teuer.[124] Man weicht deshalb in der Regel auf den Verein aus, der allerdings ideell betrieben werden muss, weil dem Wirtschaftsverein seine Rechtsfähigkeit nach §22 BGB nur vom Staat verliehen werden kann.

Im Genossenschaftsgesetz wird in „§ 1 Wesen der Genossenschaft“, die Genossenschaft folgendermaßen definiert: „*Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (Genossenschaften), erwerben die Rechte einer "eingetragenen Genossenschaft" nach Maßgabe dieses Gesetzes.*“

Klaus Novy stellt 1985 lapidar fest: „*In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Selbsthilfeunternehmen eine große, von*

*Historikern wie Ökonomen bis in die jüngste Zeit fast völlig vernachlässigte Rolle gespielt. Was für die Fachwissenschaft gilt, trifft für eine breitere Öffentlichkeit allemal zu.*

*Wer, außer wenigen Spezialisten, weiß, daß in der Programmatik der frühen Arbeiterbewegung genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmen einen höheren Stellenwert besaßen als etwa die gewerkschaftliche Organisation? Nur wenig bekannter dürfte die Tatsache sein, daß die mit der Arbeiterbewegung eng verbundene konsumgenossenschaftliche Bewegung bereits um die Jahrhundertwende eine Massenorganisation mit mehr als einer Million Mitgliedern bildete. Konsumvereine erfassten in der Weimarer Republik, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, annähernd vier Millionen Haushalte, während es alle drei großen Gewerkschaftsverbände zusammen gerade auf knapp sechs Millionen Mitglieder brachten.“*  
[125]

Die Genossenschaft oder Cooperative ist eine weltweit praktizierte Organisationsstruktur, die garantieren soll, dass grundsätzlich keine Profite an Außenstehende fließen. Genossenschaften sind primär keine gemeinnützigen, sondern eigennützige Organisationen, die Ihren Mitgliedern Vorteile bringen sollen. Es zeigt sich aber, dass sie auch auf diesem Wege volkswirtschaftliche Bedeutung für alle Bürger des betreffenden Wirtschaftsbereichs haben, da sie in der Regel bessere Produkte zu niedrigeren Preisen liefern und damit den kapitalistischen Markt unter Druck setzen. Sie stellen auch einen Raum dar, in dem kooperationsbereite Individuen unterschiedlichster Fähigkeiten und Fertigkeiten zusammenarbeiten wollen ohne von Anlegern und deren Renditegelüsten ausgeplündert zu werden. Wie erfolgreich das Konzept ist, läßt sich an den 800 Millionen Mitgliedern weltweit existierenden Genossenschaften ablesen. Diese Genossenschaften stellen Keimzellen einer anderen Wirtschaftsordnung dar und sollten weltweit zu gemeinsamem Handeln aufgerufen werden.

Auch auf europäischer Ebene werden die Genossenschaften zu den „Organisationen ohne erwerbswirtschaftliches Gewinnstreben“ gezählt. Allerdings bemerkt Erik Boettcher 1985: „daß das Wort *Genossenschaft* für zwei ganz verschiedene Inhalte steht, die

*miteinander gar nicht vereinbar sind.*

- (1) Denn in den einen Falle soll durch Genossenschaften die Funktionsfähigkeit der Markt- und Wettbewerbsordnung erhöht werden und sollen die Wirtschaftssubjekte durch sie zu deren individuellem Nutzen in dieselbe integriert werden.*
- (2) In dem anderen Falle jedoch soll dieselbe Markt- und Wettbewerbsordnung mit Hilfe von Genossenschaften durch eine 'bessere' Ordnung ersetzt werden, und das wiederum zum eigenen individuellen Nutzen derselben Wirtschaftssubjekte.*

*Spätestens an dieser Stelle muß sich der unvoreingenommene Beobachter, von Zweifel befallen, fragen, ob da vielleicht irgend etwas nicht stimmt. Denn wir können doch nicht von ein und demselben einander widersprechende Wirkungen erwarten. Entweder stimmt das eine oder es stimmt die andere Aussage nicht, oder aber es wird eben unter Genossenschaften etwas durchaus Verschiedenes verstanden.“ [126]*

Hermann Schulze-Delitzchs hauptsächliches Verdienst war die Konzeption des Genossenschaftsgesetzes, das 1867 vom Preußischen Reichstag, dem er selbst als Abgeordneter angehörte, beschlossen wurde. Es wurde insbesondere von der Schweiz, Österreich und den Niederlanden übernommen. Er hat es allerdings in erster Linie für seine Klientel, die Selbständigen, Kleinproduzenten und Kleinhändler, konzipiert, denen die Genossenschaft die bedrohte Selbständigkeit erhalten sollte. Dazu Erik Boettcher: *„In anderen Bereichen, in denen Mitglieder Haushalte sind, also bei Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften, sind daher eher die Inhalte der anderen Konzeption lebendig geblieben, so daß man das Gesetz als nicht immer ganz passend und in mancher Hinsicht als nur übergestülpt empfunden haben mag.“ [126]* Diese Diskrepanz erweist sich heute als zunehmend kontraproduktiv.

Innerhalb des 1864 von Schulze-Delitzsch in Berlin gegründeten „Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“, dem Vorläufer des

heutigen Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes, verstärkte sich die Ablehnung der wirtschaftlich erstarkenden Konsumgenossenschaften.

Grundsätzlich störte die handwerklich orientierten Genossenschaften des Verbandes, dass die Konsumgenossenschaften eigene Produktionsbetriebe gründeten, um ihren Mitgliedern billige und qualitativ hochwertige Produkte anbieten zu können, die sie auf dem Markt nicht vorfanden. Sie begaben sich aber damit zwangsläufig in Konkurrenz zu den handwerklich orientierten Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes.

Letztendlich, wohl in logischer Konsequenz der nicht zu vereinbarenden Dualität des Genossenschaftsgesetzes, beschloss der Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes von Schulze-Delitzsch 1902 in Bad Kreuznach ohne Vorankündigung den Ausschluss der Konsumgenossenschaften.

Auch wollten sich vielleicht die Männer in ihre Domäne, den Produktionsbereich, von den vielen Hausfrauen in den Konsumgenossenschaften nicht hineinreden lassen. Ob und wie weit das im April 1902 von der GEG herausgegebene Frauen-Genossenschaftsblatt einen Einfluß auf den Ausschluss im September hatte, ist nicht dokumentiert.

Die von den Produktivgenossenschaften beschlossene Trennung von Konsumtion und Produktion, Konsumenten und Produzenten, muss aus heutiger Sicht, wo die Notwendigkeit der Einheit von Konsumtion und Produktion - Konsument und Produzent - von immer breiteren Kreisen diskutiert wird, als ein historischer Kardinalfehler bezeichnet werden.

Die Konsumgenossenschaften bildeten bereits in Bad Kreuznach auf Betreiben von Heinrich Kaufmann eine Kommission, die die Gründung eines eigenen Verbandes, des 1903 in Dresden gegründeten - heute in Hamburg ansässigen - Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) vorbereitete. Ende 1903 gehörten diesem Verband bereits 627 Konsumgenossenschaften mit 573.085 Mitgliedern an.

Schon 1910 wurde dann auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen u.a. beschlossen:

„In Erwägung, dass die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern **unmittelbare materielle** Vorteile bieten können, sondern dass sie berufen sind,

- die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum **wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,**
- die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheit zu **erziehen** und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongress, dass die Genossenschaftsbewegung .... eine wirksame Waffe im Klassenkampf sein kann ... **Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle** gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der **Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken ...**

Der Kongress macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

- daß die Überschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;
- daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden;
- daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und
- daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt wurden." [127]

Die deutsche SPD hatte 1892 auf ihrem Parteitag beschlossen: „... haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“

Diesen Beschluss hob sie nach Kopenhagen 1910 sofort auf, indem sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feststellte: „... die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. ... Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Übermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.“  
[128]

Wann könnten Gewerkschaften und Parteien solch einen Standpunkt wieder erreicht haben? Naomi Klein stellt fest: „Menschen tendieren dazu, Wahlstimmen in ihrem ökonomischen Interesse abzugeben.“ Hat mangelndes ökonomisches Wissen und Interesse das Manko des Sinkens der Mitgliederzahlen von Parteien (in Deutschland insgesamt noch maximal 1,5 Millionen) und Gewerkschaften (maximal 7 Millionen) bedingt? Die Genossenschaften haben trotz aller Behinderungen selbst in Deutschland (z.Z. etwa 22 Millionen), aber auch in Europa (über 140 Millionen) und weltweit (etwa 800 Millionen) steigende Mitgliederzahlen.

Nach Böttcher und anderen existieren also zwei grundsätzlich unterschiedliche Typen von Genossenschaften, die, die gemeinschaftlich einkaufen und produzieren, was sie selbst benötigen und die, die zwar auch gemeinschaftlich, aber nicht für sich selbst, sondern für den kapitalistischen Markt produzieren. Erstere werden Konsum- bzw. Verbrauchergenossenschaften genannt, letztere Produktiv- oder Produktionsgenossenschaften. Erstere wollen das „warenproduzierende System“ ablösen, letztere optimieren es bewußt oder unbewußt.



Ökologischer Vorteil der durch Verbraucher gesteuerten Produktion ist, dass nicht auf Vorrat, sondern nur das produziert wird, was auch direkt gebraucht wird, während die produzentengesteuerte Wirtschaft im Mittel ein um 20% über dem Bedarf liegende Produktion liefert und wegen des Marktdrucks die Ausschaltung von Konkurrenten über ständige Expansion anstrebt.

Vielleicht sind Unternehmen auf der Anbieterseite des kapitalistischen Systems generell ein Auslaufmodell.

Allerdings befindet sich die Infrastruktur in der Regel noch in den Händen von Profiteuren. Woher soll nun das Geld für den Erwerb der Infrastruktur kommen? Der Profiteur scheidet ja nun aus und der Staat hat kein Geld, ja muss sich von seinem Besitz bereits trennen. Bleiben also nur Konsument und Produzent. Der Produzent ist bereits mit der Produktion ausreichend belastet, der Konsument andererseits musste ja bisher mit dem Preis der Ware sowieso schon alles finanzieren.

Hierzu äußert sich Gustav Landauer 1913 im zweiten seiner drei Flugblätter: *"Einst war die Sozialdemokratie auf Grund der unsinnigen Lehren von Karl Marx der Todfeind der Genossenschaften, heute werden die Genossenschaften in manchen Bezirken schon fast von Partei wegen gegründet, obwohl die Genossenschaftsbewegung immer noch das Stiefkind der Sozialdemokratie ist. Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern. Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht.*

*Die organisierte Kundschaft ist der Arbeitgeber im beginnenden Sozialismus; anders und besser ausgedrückt: Im Sozialismus wird für den Konsum produziert; die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr. ... Nicht die Lohnkämpfe der für den Kapitalismus Produzierenden schaffen den Sozialismus. Der Sozialismus beginnt mit der Organi-*

*sation des Konsums. Die Organisation des Konsums schafft den für ihre Gemeinsamkeit arbeitenden Menschen die wirtschaftliche Macht und ihren Sachausdruck: gegenseitigen Kredit, Grundstücke, Baulichkeiten, Fabriken, Maschinen und alles, was not tut. Die Organisation des Konsums nimmt den schmarotzenden und anhäufenden Machthabern die wirtschaftliche und damit jegliche Macht: das Kapital, den Wert ihres Geldes, die Arbeiter, die Möglichkeit, ohne produktive Arbeit zu leben." [114]*

Wie das in der Praxis aussehen kann, sollen drei anschauliche Beispiele aus den Bereichen Wohnen, Wasser und Energie verdeutlichen:

1. Der Flensburger Weg: Der stellvertretende Bürgermeister von Flensburg musste aus finanziellen Gründen den Wohnungsbestand der Stadt veräußern. Er kam mit einer Wohnungsgenossenschaft überein, ihr die 4.000 städtischen Wohnungen zu übertragen. Diese Transaktion verlief zur höchsten Zufriedenheit aller Beteiligten. Die Stadt hatte ihr Geld und die bisherigen Mieter wurden Miteigentümer, die Miete wurde Nutzungsentgelt und konnte nach Ableistung des Schuldendienstes entsprechend sinken in der Regel etwa 70-80%).
2. Wasserwerke in Ellerhoop: Aus Kostengründen wurde ein Käufer gesucht. Die Bürger sahen nicht ein, *warum sie ihr Trinkwasser von einem überregionalen Wasserversorger zurück kaufen sollten, welches er bei ihnen fördert. Er würde u.U. sein Wasser minderer Qualität mit ihrem mixen, damit er unter die Grenzwerte kommt. Als Dank dafür hätten sie dann höhere Wasserpreise zu zahlen. Sie gründeten eine Wassergenossenschaft und realisierten ihre eigene Trinkwasserversorgung. Bei Trinkwasseranalysen lagen sie mit ihrer Trinkwasserqualität in der Spitzengruppe.*
3. Die Freiburger Initiative „Energie in Bürgerhand“, will die Thüga, einen Teil des Elektrizitäts- und Gasnetzes von Eon mit dem Geld von zukünftigen Nutzern soweit möglich erwerben.

Ein Beispiel, das sich in Berlin im Aufbau befindet, ist das Kaufhaus der europäischen Genossenschaften, über das für zunächst etwa 140 Produktivgenossenschaften hauptsächlich in Tschechien und der Slowakei langfristig engagierte solidarische Konsumenten gefunden werden sollen. Es ist vorgesehen, eine Software einzusetzen, die ermöglichen soll, einerseits das Angebot der Produktivgenossenschaften zu präsentieren, andererseits die Konsumentenwünsche, speziell auch Vorschläge zur Verbesserung von Funktionalität und Design aufzunehmen.

An der kapitalgedeckten Alterssicherung („Riester-Rente“) des Mittelstandes bei der ja bereits 400 Milliarden Euro zusammengekommen sind, läßt sich erkennen, dass das Geld für solche Projekte und Transaktionen in dieser Gesellschaft prinzipiell vorhanden ist.

Sowohl aus finanziellen wie auch systematischen Gründen ist zu klären, in welchem Produktbereich, auf welcher Ebene einer Produktionskette, und von welchem Akteur genossenschaftliche Strukturen etabliert werden sollen. Grundsätzlich sollten Produktionsketten nur vom Verbraucher her schrittweise stromaufwärts - wie Gorz sagt - einbezogen werden. Es sollten Produkte sein, die nachhaltig und für die Konsumenten weitgehend unverzichtbar sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die 1902 erfolgte Trennung der Produktivgenossenschaften von den Konsumgenossenschaften rückgängig gemacht und auch eine intensivere Kooperationen der entscheidenden Genossenschaftsverbände sinnvoll sein könnte. Zumindest ist klar, dass die Frage „wer was wie“ produziert nur an der Schnittstelle Konsument-Produzent beantwortet und die Entscheidung über Funktionalität und Design nur im direkten Dialog von Konsument und Produzent bereits vor der Herstellung der Produkte getroffen werden kann.

Web 2.0-Techniken werden im Bereich der Open-Source-Initiativen und der Peer-Ökonomie bereits eingesetzt. Diese Ansätze sollten zusammengeführt und mit den genossenschaftlichen Initiativen sinnvoll ausgebaut werden.

Emotionaler Aktivismus darf die Suche nach einer krisenfesten

Strategie nicht überlagern. Bereits finanzielle Forderungen an Staat lassen gegenüber dem Willen, das bestehende ökonomische System abzulösen, Zweifel aufkommen. Auch den kapitalistischen Markt als Austauschenebene der Produktion beibehalten zu wollen, weicht dem grundsätzlichen Ziel, die Profitmaximierung zu beseitigen, in fataler Weise aus.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass alle alternativen Projekte, die seit dem 2. Weltkrieg in Deutschland oder den USA gestartet wurden, von dem gigantischen Boom der westlichen Welt profitiert haben und keine ernsthaften Krisen überstehen mussten. Die Spreu wird sich erst jetzt in der Krise vom Weizen trennen.

Auch die lateinamerikanischen Projekte können als verlässliche Beispiele nicht herangezogen werden, da sie sich nicht mehr im rein neoliberalen Umfeld behaupten müssen und eine ganz andere staatliche und politische Unterstützung erfahren.

# 7.1. Genossenschaftsprinzipien

Wesentlich für Erfolg und Misserfolg von Genossenschaften war die Einhaltung oder Nichteinhaltung folgender Prinzipien der Rochdaler Pioniere:

**Das Identitätsprinzip** besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind. Diese Rollen lassen sich in folgende Teilfunktionen auftrennen:

1. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied finanzieller Träger der Genossenschaft. Eine Finanzierung durch Externe wird grundsätzlich nur anfangs und nur vorübergehend zugelassen.
2. Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum personellen Träger der Genossenschaft.
3. Grundsätzlich ist das Mitglied auch der Kunde der Genossenschaft.

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

4. Das Mitglied produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und ist damit Produktdesigner, Auftraggeber und/oder Produzent in der Genossenschaft.

Konsumenten werden so ihr eigener Kreditgeber, Organisator und Produzent. Beispielsweise werden in Wohnungs(bau)genossenschaften die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitglieder- oder Vertreterver-

sammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht, der Verbraucher wird zum Produzent.

Die Produktivgenossenschaften erfüllen dieses Rochdaler Grundprinzip nur teilweise. Sie sind zwar personeller Träger und Leistungsträger, aber oft nicht der finanzielle Träger. Ihr wichtigster und wesentlichster Partner, der Konsument oder Leistungsnehmer, fehlt ihnen aber vollkommen, den müssen sie sich - als mit allen konventionellen Produzenten konkurrierender Anbieter - auf der anderen Seite des profitmaximierenden kapitalistischen Marktes, der Nachfrageseite, mittels aggressiver Werbung und/oder Preisdumping mühsam suchen.

Entscheidend für eine genossenschaftliche Wiederbelebung und eine Aufbesserung des Genossenschaftsimages als Nischenökonomie ist es also, den genossenschaftlichen Konsumenten mit dem genossenschaftlichen Produzenten zu vereinen und mittels Kommunikationstechnik und Internet auch weltweit einen profitfreien Markt aufzubauen.

Die Aufhebung der Trennung von Konsument und Produzent war bereits Thema bei den Rochdaler Pionieren, Franz Oppenheimer, Franz Staudinger, Rosa Luxemburg, Klaus Novy und anderen. Interessant ist, dass dieses Thema neuerdings von André Gorz, Robert Kurz und Muhammad Yunus etc. als wohl einzige Möglichkeit des Ausstiegs aus dem Kapitalismus wieder aufgegriffen wird. Dies sollte auch uns zu grundsätzlichem Nachdenken anregen.

Die neoliberale Seite hat selbstverständlich erkannt, dass ihr mit Genossenschaften etc. das Wasser abgegraben werden könnte. Es wird deshalb auf allen Ebenen versucht, solche Ansätze durch Diversifizierung, Diffamierung (und Liquidierung?) im Keim zu ersticken.

Ein Schurkenstück in dieser Richtung sind die Novellierungen des Genossenschaftsgesetzes hin zum Aktiengesellschaftsgesetz, mit denen die Genossenschaft zur Kapitalgesellschaft mutieren soll.

**Das Demokratieprinzip:** Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

**Das Förderprinzip:** Die Genossenschaft dient als freiwilliger Zusammenschluss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Förderung ihrer Mitglieder. Sie ist primär nicht gemeinnützig sondern eigennützig und erst sekundär über bessere und preiswertere Produkte auch volkswirtschaftlich bedeutsam.

**Die Rückvergütung:** Die Genossenschaft kann ihre Produkte nicht zum Selbstkostenpreis abgeben, da sie Investitionen in den weiteren Ausbau oder für zusätzliche Dienstleistungen tätigen muss. Auch unsichere Preisentwicklungen müssen berücksichtigt werden. Die nach Abzug der beschlossenen Ausgaben (Investitionen, Gehälter etc.) am Jahresende erzielten Überschüsse werden den Mitglieder, nicht jedoch wie bei Kapitalgesellschaften, nach der Höhe der Einlagen, sondern in Höhe der getätigten Einkäufe bzw. nach Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen, also das „zuviel“ bezahlte Geld rückvergütet. Damit erhalten z.B. Familien mit Kindern höhere Rückvergütungen als Alleinstehende.

**Beschränkte Kapitalverzinsung:** Das genossenschaftliche Grundkapital, das von allen Mitgliedern in der Regel in Form von Geschäftsanteilen aufgebracht wird, darf, um nicht die Umverteilung von Unten nach Oben auch intern zu betreiben, allenfalls beschränkt verzinst werden. Unkritisch wäre z.B. eine der Inflationsrate entsprechende Verzinsung.

**Bildungsarbeit:** Die Bildungsarbeit diene in erster Linie dazu, den Mitgliedern die Kenntnisse zu vermitteln, die sie für die Gründung und Führung von Genossenschaften benötigen. In England stand aus politischen Gründen allerdings die allgemeine Schulbildung im Vordergrund.

**Politische und konfessionelle Neutralität:** In England war im Wesentlichen religiöse Neutralität gemeint, in Deutschland wollte man in der Kaiserzeit nicht in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.



## 7.2. Organisations- und Entscheidungsstruktur

Eduard Pfeiffer schreibt in seinem Buch „Über Genossenschaften“ von 1863, dass in England „auch ohne allgemeines Wahlrecht solche für das Wohl der Genossenschaften erforderlichen Gesetze durchgesetzt werden können. Dies ist auch der Weg, auf dem gegenwärtig Schulze-Delitzsch eine Änderung oder Ergänzung der Civilgesetzgebung zu erstreben sucht, um den genossenschaftlichen Vereinen eine vortheilhaftere privatrechtliche Stellung zu sichern, da sie gegenwärtig - weil das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch gar keine Notiz von dieser Art von neuen Associationen nimmt - in vielen Beziehungen mit Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten zu kämpfen haben, besonders beim Erwerb, bei der Verfolgung oder der Aufgabe von Vermögensrechten.“ [129]

Die Struktur der Genossenschaft wurde dann, hauptsächlich zur Absicherung umfangreicherer Produktionsmittel und Ländereien, 1867 in einem ersten Genossenschaftsgesetz fixiert, das auf Betreiben des Abgeordneten der liberalen Fortschrittspartei Schulze-Delitzsch von der preußischen Nationalversammlung verabschiedet wurde. 1889 wurde dieses Gesetz Reichsgesetz und enthielt zusätzlich eine Haftungsbeschränkung für die Mitglieder.

Schulze-Delitzsch hat in seinem Gesetzentwurf hauptsächlich die Interessen seiner Klientel, der Handwerksbetriebe und Einzelhändler, nicht aber die der Privathaushalte und nur die privatwirtschaftlichen und nicht die gesellschaftlich orientierten Unternehmen berücksichtigt. Insofern ist es eher ein Gesetz für die Angebots- als für die Nachfrageseite des kapitalistischen Marktes.

Die Genossenschaftsstruktur ist prinzipiell eine Erweiterung der Vereinsstruktur. Zusätzlich zu einer Mitgliederversammlung (die bis 2006 Generalversammlung genannt wurde), und einem Vorstand wurde als ständige Vertretung der Mitglieder zur Kontrolle des geschäftsführenden Vorstands ein Aufsichtsrat installiert. Als weiteres Kontrollorgan wurden Genossenschaftsverbände als Vereine eingerichtet, in denen die eingetragene Genossenschaft nach einer

Gründungsprüfung durch diesen Verband Mitglied wird.

Da anfangs für alle Mitglieder Anwesenheitspflicht in den General-/Mitgliederversammlungen bestand, wurden die zur Verfügung stehenden Versammlungsräume zu klein. Eine Genossenschaft konnte deshalb ab 1500 Mitgliedern eine Vertreterversammlung einrichten, die die Mitgliederversammlung ablöste.

Allerdings sind die Erfahrungen mit der Vertreterversammlung nicht durchweg gut. Burchard Bösche, der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften äußert deshalb in Reformüberlegungen zum Genossenschaftsgesetz: *„Wenn es schon in der Gründungsphase richtig eingefädelt wird, ist es tatsächlich möglich, dass eine bestimmte Gruppe sich von vornherein als Vertreterversammlung konstituiert. Diese Gruppe kann sich so abschotten, dass später hinzukommende Mitglieder praktisch keine Chance mehr haben, auf die Geschäftsleitung Einfluss auszuüben.*

*Das bedeutet, dass wir im Gesetz Eckpunkte brauchen bezüglich des Wahlrechts für die Vertreterversammlung. Die Rechte des Mitglieds einer Genossenschaft, die ja nun gerade diesen persönlichen Bezug hat, dürfen nicht schlechter sein als die eines Kleinaktionärs einer Aktiengesellschaft. Und das heißt konkret, dass das Mitglied auch auf der Vertreterversammlung ein Rederecht haben muss und dass ein geordnetes Verfahren vorhanden sein muss, um gegebenenfalls wieder zur Generalversammlung zurückzukehren.“ [130].*

Das Genossenschaftsgesetz musste viele Novellierungen über sich ergehen lassen, die in der Regel die Tendenz hatten, das Genossenschaftsgesetz dem Aktiengesellschaftsgesetz anzunähern. Dazu Bösche: *„Manche Diskussionsbeiträge in der Novellierungsdebatte scheinen darauf abzuzielen, die gesetzlichen Regelungen für die Genossenschaften an diejenigen der Kapitalgesellschaften anzugleichen. Die Genossenschaft darf jedoch nicht zu einer zweiten GmbH werden. Genau diese Punkte sind das wesentliche, worum es in der Diskussion über die Genossenschaften geht. Sie machen deutlich, was die Rechtsform der Genossenschaft ausmacht. Dieses spezielle Leitbild darf nicht aus den Augen verloren werden und muss als Kern des Genossenschaftsgesetzes bestehen bleiben.“ [130]*

Auch die Novellierung vom 18. August 2006 rückt das Genossenschaftsgesetz dem Aktiengesellschaftsgesetz wieder ein Stück näher. Das mag für Produktionsgenossenschaften positiv sein, für Reproduktionsgenossenschaften und ihre Mitglieder bringt dies eindeutige Nachteile mit sich.

Weil die Reproduktionsgenossenschaften in der Regel sehr mitgliederstark sind, musste eine breite Beteiligung dieser Kreise vermieden werden. Das Vorgehen der Ministerialbürokratie zur Durchsetzung dieser Novellierung wird von Sigurd Schulze sehr anschaulich dargestellt: *„Eine Befragung der Genoss/innen und ihrer Vertreter wurde überhaupt nicht ins Kalkül gezogen. Zu Stellungnahmen bis zum 12.12.2005 wurden nur Ministerien und Verbände aufgefordert. Fragt man Verbandsfunktionäre der Wohnungswirtschaft, verweisen die auf Bundesarbeitsgemeinschaften und Fachgremien. Die aber bestehen auch lediglich aus Funktionären. Einen Mechanismus zur Einbeziehung von Genossenschaftsmitgliedern gibt es nicht. Schönster Witz: Auf dem 5. Genossenschaftskongress im September stand der Referentenentwurf zwar auf der Tagesordnung, musste aber wegfallen, weil er wegen Erkrankung der Regierungsdirektorin Ute Höhfeld nicht fertig geworden war. Im Übrigen wird der Vorgang von den Ministerialen wie ein Geheimnis behandelt. Die 20 Millionen Mitglieder der unterschiedlichsten Genossenschaften in der BRD wurden gar nicht informiert.“* [131]

Kommentare zu dieser Novellierung des Genossenschaftsgesetzes werden titulierte mit:

- Genossenschaftsreform - kein Bedarf
- Ein Gespenst geht um
- Gefahr für die repräsentative Demokratie
- Endlich ist ein Genosse kein Genosse mehr
- Versuche zur Demokratisierung der Genossenschaften erfolgreich verhindert
- Weg frei für Manager
- Genossenschaften sollen Kapitalinteressen unterworfen werden
- Instrumente aus der Schreckenskammer der Europäischen Genossenschaft etc.

Die unten im einzelnen aufgeführten Vorteile betreffen im wesentlichen die Produktivgenossenschaften, die allerdings durch einige dieser Veränderungen in noch heiklere Situationen als bisher kommen können. Für Reproduktionsgenossenschaften entstehen fast nur Gefahren und Nachteile, auch wenn ein Teil dieser Neuerungen dieses Mal noch Kannvorschriften sind. Es wird befürchtet, dass sie mit der nächsten Novellierung bindend werden.

Einige für beide Genossenschaftstypen positive Neuerungen sind:

- Der Förderzweck wird ausgedehnt: auch *kulturelle und soziale Belange* können nun genossenschaftliche Zusammenschlüsse begründen, etwa Kindergärten, Pflegeeinrichtungen, kulturelle Einrichtungen.
- Satzungsänderungen für die eine  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden.
- Mit dem neuen Gesetz werden Sachgründungen (etwa das Einbringen einer EDV-Anlage) zugelassen.
- Stimmrecht auf der General-/Mitgliederversammlung kann auch schriftlich oder elektronisch ausgeübt werden.
- Protokolle von Vorstandssitzungen und Vertreterversammlungen können von Mitgliedern eingesehen werden.

Für Reproduktionsgenossenschaften negative Punkte sind u.a.:

- Wohnungsgenossenschaften können Immobilienunternehmer werden. So soll z.B. in die Satzung der Charlottenburger Baugenossenschaft eG in Berlin aufgenommen werden: *„Zweck und Gegenstand der Genossenschaft: Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und **Immobilienwirtschaft** ... anfallende Aufgaben übernehmen.“*
- Zulassung juristischer Personen als investierende Mitglieder. Diese Mitglieder können Banken und Finanzdienstleister, Bau- und Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien, Ingenieurbüros, Aktiengesellschaften, Gemeinden und Gebietskörperschaften sein. Sie dürfen sich z.B. durch ihren Geschäftsführer, der nicht Mitglied der Genossenschaft sein muss, vertreten lassen, der dann als Vertreter der juristischen Personen in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder die Vertreterversamm-

- lung gewählt werden kann.
- Das Demokratieprinzip: Ein Mitglied = eine Stimme, eines der ursprünglichsten Prinzipien der Genossenschaften, ist aufgehoben, indem investierende Mitglieder (IM) Mehrstimmrechte erhalten können.
  - In die Nutzungsentgelte der Genossenschaft können die Zinsen für das Eigenkapital aufgenommen werden. In die Satzung der Charlottenburger Baugenossenschaft eG in Berlin soll z.B. aufgenommen werden: Die Nutzungsentgelte (§ 14 (2)) sollten in Zukunft „*eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals*“ enthalten.
  - Bereits 3 statt wie bisher (und in Vereinen noch übliche) 7 Personen können eine Genossenschaft gründen.
  - Der Vorstand muss nicht mehr von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden, sondern kann vom Aufsichtsrat eingesetzt werden.
  - Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern müssen nicht wie bisher mindestens zwei Vorstands- und drei Aufsichtsratsmitglieder haben, sondern brauchen nur noch *ein* Vorstandsmitglied und keinen Aufsichtsrat mehr.
  - § 68 reguliert den Ausschluss eines Mitglieds: Dem Mitglied, das z.B. als Hartz IV-Empfänger eventuell Mietrückstände hat, muss die Kündigung nur noch als eingeschriebener Brief zugestellt werden. Gerichte haben allerdings Ausschlüsse bisher abgelehnt, wenn den Betroffenen vorher keine Abmahnung erteilt wurde.
  - Genossenschaftsanteile sollen künftig als Fremdkapital ausgewiesen werden, weil sie kündbar sind. Da für Genossenschaften ein Mindestkapital vorgeschrieben ist, kann für ausscheidende Mitglieder der Anspruch auf Auszahlung ihrer Geschäftsanteile verloren gehen.
  - Der Prüfverband kann im Einzelfall auch externe Prüfer (z.B. Steuerberater) einsetzen.
  - Es wurde die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 50% Fremdkapital einzubringen. Allerdings ist der Stimmanteil auf 10% begrenzt.

Wünsche von Genossenschaftsmitgliedern, die nicht realisiert

wurden, sind beispielsweise:

- Aushändigung eines Mitgliederverzeichnisses, um leichter oppositionelle Mitgliederversammlungen einberufen zu können. Auf Antrag darf das Mitglied nur den es selbst betreffenden Eintrag im Verzeichnis einsehen.
- Um leichter Versammlungen gegen Beschlüsse von Vertreterversammlungen oder auch zur Abschaffung der Vertreterversammlung einberufen zu können, sollten die erforderlichen Unterschriften von 10%, sondern von nur noch maximal 150 Mitgliedern erforderlich sein.

Offensichtlich sollen die Genossenschaften durch diese Novellierung weiter zur völligen Beliebigkeit degenerieren. Im Interesse der profitorientierten neoliberal gesinnten Eigentümer wird die Gefahr der wirtschaftlichen Selbsthilfe und Solidargemeinschaft der Eigentumslosen, die Renditebestrebungen mittels Genossenschaften verhindern wollen, endgültig beseitigt. Die ursprüngliche Intention, von Genossenschaften, das Identitätsprinzip: Konsument = Produzent gerät ein weiteres Stück in Vergessenheit.

Da die Interessen von Produktions- und Reproduktionsgenossenschaften z. T. sogar gegensätzlicher Natur sind, muss überlegt werden, ob es nicht sinnvoll wäre, über zwei getrennte Gesetze zu verfügen.

Dass selbst sehr große Mitgliederorganisationen keine Genossenschaft sein müssen, um für ihre Mitglieder äußerst erfolgreich tätig sein zu können, zeigt uns z.B. der ADAC als einfacher eingetragener Verein, der allerdings für die Solidarische Ökonomie wesentliche Intentionen völlig vermissen lässt und z.B. ökologische Nachhaltigkeit praktisch nicht kennt.

## 7.3. Genossenschaftstypen

Genossenschaften lassen sich im wesentlichen in folgende Gruppen einteilen:

- Produktions- oder Produktivgenossenschaften, die auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes von Erwerbstätigen betrieben werden. Sie sind in der Regel mehr oder weniger „isoliertes“ Glied einer Produktions-/Wertschöpfungskette. Durch die genossenschaftliche Organisationsform wollen sie im profitmaximierenden Umfeld besser bestehen können.
- Einkaufsgenossenschaften oder Maschinenringe, einem Zusammenschluß von gewerbetreibenden Einzelhändlern, Handwerkern oder Bauern, die sich ebenfalls auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes betätigen. Sie befinden sich zwar am Ende einer Wertschöpfungskette, schließen aber die Verbraucher nicht ein.
- Verkaufsgenossenschaften wurden im landwirtschaftlichen Bereich, hauptsächlich im Bereich der Weinbauern (Winzergenossenschaften) gegründet.
- Verbrauchergenossenschaften, (z.B. im Bereich Konsum, Wohnen, Wasser, Energie etc.) wurden von Verbrauchern auf der Nachfrageseite des kapitalistischen Marktes gegründet und stellen Produkte her oder bieten Dienstleistungen an, die für die Daseinsgestaltung und -vorsorge erforderlich sind. Sie befinden sich am Ende einer Wertschöpfungskette und schließen die Verbraucher ein, verwirklichen also die Identität von Konsument und Produzent. Profiteure sind in der Regel aus diesem Verhältnis eliminiert. Diese Genossenschaften werden grundsätzlich mit Geschäftsanteilen ihrer Mitglieder finanziert. Sie beginnen ihre Tätigkeit im Dienstleistungsbereich und übernehmen von hier aus Schritt für Schritt immer weitere Teile der Produktionskette. Hauptziel ist es, sich dem profitmaximierenden Umfeld zu entziehen und einen neuen, nicht profitmaximierenden Markt aufzubauen.

### 7.3.1. Produktionsgenossenschaften

*„Ebenso wenig wie sich die Soldaten die Armee aneignen können, sofern sie nicht alles von Grund auf ändern wollen, ebenso wenig kann sich die Arbeiterklasse die Produktionsmittel aneignen, durch die sie strukturiert, funktional geteilt und beherrscht wird.“*

*André Gorz 2009 [90]*

*Der Versuch, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, gleichzeitig aber die Verkehrsformen von Ware und Geld beizubehalten, kann nur in gesellschaftliche Paradoxien führen.*

*Robert Kurz 2001[1]*

Produktions- oder auch Produktivgenossenschaften sind Genossenschaften von Produzenten, befinden sich also nicht auf der Nachfrageseite, diesseits des kapitalistischen Marktes, sondern sind auf der Anbieterseite, jenseits dieses Marktes angesiedelt. Nachfrager und Anbieter bleiben also durch den Markt getrennt. Sie erfüllen damit das wichtigste Prinzip von Genossenschaften, das Identitätsprinzip, nicht und sind in der Regel betriebswirtschaftlich orientiert.

Aber wie bereits ausgeführt, lässt sich das warenproduzierende/profitmaximierende System nicht durch noch so solidarische Optimierung der Warenproduktion überwinden. Sie bleiben Teil der neoliberal/kapitalistischen Marktwirtschaft.

Wieweit es sich mit dem permanenten Propagieren von Produktivgenossenschaften um systematische Diversifikationsstrategien handelt, um generell die Genossenschaftsidee zu diskreditieren, kann nur vermutet werden. Viele verbissen in immer wieder gleicher Form stattfindende Genossenschaftsgründungen, die erfolglos enden, erwecken zumindest gelegentlich den Eindruck bewusst induzierter falscher Strategie. Sie können allerdings auch auf einem wenig oder gar nicht vorhandenem Wissen um den eigentlichen Sinn von Genossenschaften beruhen.



Die heutige Industrie besteht aus kompliziert global vernetzten Produktionsketten. Hier ein einzelnes Glied einer solchen Produktionskette zu übernehmen und genossenschaftlich umzustrukturieren ist sinnlos, insbesondere da es sich mehrere genossenschaftliche Betriebe des gleichen Produktspektrums auf dem kapitalistischen Markt noch nicht einmal leisten können, zu kooperieren. Sie bleiben Konkurrenten und können sich allenfalls innerbetrieblich solidarisch verhalten, obwohl sich auch hier die externen Verhältnisse auswirken und mit der Zeit die überkommenen hierarchischen Strukturen wieder Platz greifen. Wie soll aber eine Vernetzung von Produktivgenossenschaften aussehen, wenn sie noch nicht einmal miteinander Handel treiben. Zumindest die Abnehmer der Produkte müssten sich solidarisch verhalten. Die letztendliche Konsequenz dieses Problems ist, die Produktionskette vom solidarisch organisierten Verbraucher her aufzurollen.

Auch wegen fehlender Kaufkraft bereits herrschende Überproduktion ist keine günstige Voraussetzung für Betriebsübernahmen und Betriebsgründungen.

Denn Waren werden aber auf diesem Weltmarkt nur nach dem Arbeitsaufwand unter der besten existierenden Produktivität gehandelt. Höherer Arbeitsaufwand wegen schlechterer Infrastruktur wird aber nicht als wertbildend anerkannt. Ein Betrieb muss also immer über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen, um die erforderliche Weiterbildung und technologische Innovation realisieren zu können. Beachtet werden muss also, dass die (eigene) Arbeitskraft auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht durch Unterkapitalisierung unnötig verheizt wird. Das ist jedoch in den meisten Betriebsbesetzungen nicht gegeben, insbesondere, wenn sie wie in den lateinamerikanischen Ländern bei der Legalisierung die Schulden übernehmen müssen und damit die Unterkapitalisierung noch forciert wird.

Wenn allerdings ausreichende externe Unterstützung erfolgt, ist die Organisationsform nachrangig, es können dann auch Produktionsgenossenschaften blühen und gedeihen. So werden in Italien Produktivgenossenschaften aufgrund des Marcora-Gesetzes finanziell vom

Staat unterstützt. Auch die EU gewährt Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wie allen landwirtschaftlichen Betrieben hohe Subventionen. Umfänglichere staatliche Unterstützung von Genossenschaften über alle Bereiche hinweg ist aber in kapitalistischen Staaten wegen der nach den Regeln der WTO unzulässigen Wettbewerbsverzerrung nicht möglich.

Robert Owen führte 1799 in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark (Schottland) ein Experiment für menschenwürdigere Arbeitsbedingungen durch. Er verkürzte die Arbeitszeit auf 10,5 Stunden, richtete Kranken- und Altersversicherungen ein. Die Güter des täglichen Bedarfs wurden auf dem Firmengelände zu niedrigen Preisen gehandelt. Die Arbeit von Kindern unter 10 Jahren war verboten und es wurde eine Schule für Kinder ab 2 Jahren errichtet. Für seine Arbeiter ließ er preiswerte Wohnungen bauen und schuf so zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften, in denen es keine Not und Ausbeutung, keine Ungleichheit und Unfreiheit mehr gab und der Einzelne sich frei zur Persönlichkeit im Dienst der Gesellschaft entwickeln konnte.

Nur befanden sich diese Einrichtungen nicht im Besitze seiner Arbeiter und als er 1825 England verließ, verkaufte er seinen gesamten Besitz, um in den USA in größeren Rahmen mit dem Siedlungsprojekts *New Harmony* seine Ideale umfangreicher zu verwirklichen. Lanark zerfiel, aber auch das Projekt *New Harmony* scheiterte an internen Problemen. Für Konsumgenossenschaften hatte Owen allerdings nichts übrig, er hat sie sogar als Verfälschung seiner Ideen bezeichnet.

Mondragon produziert als Genossenschaft über Zulieferbetriebe u.a. in Marokko und China, die nicht genossenschaftlich organisiert sind und hat neben den Bereichen Produktion und Dienstleistungen über den Investmentbereich den größten Umsatz. Wird hier eventuell die Produktion über Zulieferbetriebe in Billiglohnländern und Investmentaktivitäten finanziert?

Ob jedes Projekt, das sich Genossenschaft nennt, die Prinzipien der wirtschaftlichen Selbsthilfe bzw. der Solidarischen Ökonomie erfüllt, ist deshalb fraglich.

Zu den Produktivgenossenschaften wurde von Franz Oppenheimer 1896 das nach ihm benannte Transformationsgesetz formuliert. Franz Oppenheimer (1864-1943), eine herausragende Persönlichkeit innerhalb der sozialen Bewegungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, war ursprünglich praktischer Arzt im Berliner Wedding. Nach intensiver Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen und der wissenschaftlichen Sozialökonomie, die er mit journalistischer Tätigkeit finanzierte, wurde ihm der erste Soziologielehrstuhl in Deutschland an der Universität Frankfurt eingerichtet. Er war auch der Doktorvater Ludwig Erhards, der sein Bild während seiner gesamten Amtszeit hinter dem Schreibtisch hängen hatte.

Weil sie nicht wie die Reproduktionsgenossenschaften auf Mitgliederzuwachs und der damit erfolgenden Stabilisierung des Absatzes angelegt sind, waren Produktivgenossenschaften im Gegensatz zu den Reproduktionsgenossenschaften nach Oppenheimers Transformationsgesetz in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. Erschwerend kam die aufwendige Entscheidungsstruktur durch die verschiedenen Ebenen hinzu. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung auch nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einkommensquelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten und in der Regel auch einen Schuldendienst zu finanzieren und standen sich damit schlechter als die regulären Arbeitslosen. Sie mussten in fast allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.
2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, sich gegenüber Neumitgliedern zu verschließen und lieber Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten. Sie mutierten damit zu einer konventionellen „Angestellten-Assozia-

tion“ mit zwei unterschiedlichen Mitarbeitergruppen (Eigentümer und Angestellte) mit den entsprechenden Spannungen und Auseinandersetzungen.

Auch Rosa Luxemburg äußert sich zu diesem Problem: *„Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. ...*

*Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der Konsumverein.“ [132]*

Auch Robert Kurz befasst sich mit dieser Problematik: *„Die Übel*

*des Kapitalismus sind ... letztlich nicht den subjektiven Entscheidungen seiner Funktionsträger anzulasten, sondern der subjektlosen, fetischistischen Reproduktions- und Verkehrsform selber. Diese Erfahrung mußten und müssen immer wieder die Akteure von Betriebsbesetzungen und "Belegschaftsbetrieben" machen, die versuchen, ein ökonomisch an die Wand gefahrenes Unternehmen in eigener Regie zu betreiben. Als in den 80er Jahren die Krise der deutschen Schiffbauindustrie begann, lockte ein altmarxistischer Verlag mit dem Titel: "Stell Dir vor, die Werften gehören uns!". Und was wäre damit gewonnen? Gar nichts, denn die Markt- und Konkurrenzgesetze würden weiterhin wirken; die Belegschaft müßte sich selbst ausbeuten, zur Arbeitshetze treiben, sich selbst wegrationalisieren usw. oder eben in aller Schönheit des Kollektiveigentums bankrottieren. ...*

*Nicht besser als mit dem Staatseigentum steht es mit dem genossenschaftlichen Eigentum, soweit es sich um warenproduzierende Unternehmen in der Form von Genossenschaften handelt. Der Träger dieses Eigentums ist zwar nicht die juristisch-politische abstrakte Allgemeinheit der Gesellschaft, sondern ein partikulares Kollektivsubjekt. Da dieses Kollektiv eine überschaubare Einheit darstellt, wurde die Idee der Genossenschaft immer wieder mit der Keimform einer vom Kapitalismus befreiten Reproduktion in Verbindung gebracht. Auch die Alternativbewegung der frühen 80er Jahre propagierte eine "sinnvolle Produktion" in "egalitären Strukturen ohne Chefs" als Bestandteil einer emanzipatorischen alternativen Lebensweise. Aber der alternative Charakter beschränkte sich dabei von vornherein auf den sozialen Binnenraum eines warenproduzierenden Unternehmens. Die gesellschaftliche Vermittlung dagegen lief "selbstverständlich" über den Markt, auf dem die Produkte der Genossenschaft oder des Alternativbetriebs abzusetzen waren.*

*Damit wird natürlich nicht die Wertform aufgehoben. Die alternativen Unternehmen bleiben Teil der allgemeinen Marktwirtschaft, die nur als Realisationssphäre des Kapitals existieren kann. Deshalb bleiben sie auch Bestandteil der kapitalistischen Reproduktion und unterliegen den Zwangsgesetzen der Konkurrenz. Als "Geldverdie-*

*ner" bleiben die Mitglieder eines solchen Unternehmens gleichzeitig auch untereinander trotz gegenteiligen Willens in der ökonomischen Form des Privatinteresses.“ [1]*

*Schließlich kritisieren auch Irmtraud Schlosser und Bodo Zeuner die Produktivgenossenschaften: „Wenn ... nur einzelne Bäckereien in Belegschaftshand übergehen und sich dann, den Marktzwängen ausgesetzt und mit wenig Kapital ausgestattet, in der kapitalistischen Ökonomie mit einer prekären Randexistenz begnügen müssen, dann ist das nicht nur nicht revolutionär, sondern es untergräbt möglicherweise auch die reformistischen Errungenschaften der sozialen Mindestsicherung und der gewerkschaftlich erkämpften Mindestlöhne.“ [133]*

In der Nachkriegsgeschichte wurden auch in Europa immer wieder Betriebe von ihren Belegschaften besetzt, um die Arbeitsplätze zu retten. In der Regel waren diese Betriebe deshalb von Insolvenz bedroht, weil ihre Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr ausreichend attraktiv waren. Aus diesem Grund waren sie auch fast immer überschuldet. Normalerweise sind solche Betriebe mehr oder weniger heruntergewirtschaftet, es stehen insofern nach der Übernahme dringende Investitionen in Infrastruktur und Arbeitssicherheit an, die die Aufnahme von Krediten erfordern. Auch müssen bei der Legalisierung der Besetzung, wenn kein reguläres Insolvenzverfahren durchgeführt wurde, die Schulden der Vorgänger übernommen werden. Somit sind zwar die „globalen Profiteure“ direkt eliminiert, indirekt aber über den Schuldendienst noch sehr weitgehend präsent. Mit dem Verbraucher haben diese Produktivgenossenschaften über den profitmaximierenden Markt nur indirekten Kontakt. Sie sind also, selbst wenn sie die Organisationsform (Produktiv-)Genossenschaft wählen, diesem Markt mit seinem Preisdumping bedingungslos ausgeliefert und landen sehr leicht in der Selbstausbeutung.

Die selbstverwalteten Betriebe Lateinamerikas werden auf den Sozialforen auf allen globalen wie regionalen Ebenen engagiert diskutiert. Catia Cristina dos Santos Costa von der Brasilianischen ANTEAG hat das Hauptproblem der selbstverwalteten Betriebe Brasiliens, die sie betreut, sehr eindrucksvoll auf dem 1. Deutschen

Sozialforum 2005 in Erfurt dargestellt: Mit den Jahren der Selbstverwaltung habe sich das Verhalten der Mitarbeiter zueinander, die innere Oberfläche der Betriebe, sehr positiv verändert, die äußere Oberfläche dagegen sei unverändert geblieben.

Dieses sehr anschauliche Bild kann wohl so interpretiert werden, dass sich der kapitalistische Markt, hinter dem sich der kapitalistische Konsument verbirgt, mit der Betriebsübernahme nicht verändern ließ. Aber wie erreicht man den Konsumenten, der sich jenseits von Markt und Staat befindet?

Um wenigstens die Verschuldung der besetzten Betriebe zu reduzieren, wurde der Referentin vom Autor die Frage gestellt, ob denn zur Reduzierung der finanziellen Probleme nicht die Bewohner der Region mit Kleinkrediten z.B. in Form einer Vorfinanzierung der später zu erwartenden Produkte herangezogen werden könnten. Ihre Antwort war, die Produktion der Betriebe, die in der Regel Zulieferbetriebe globaler Konzerne seien, wäre vollkommen auf den globalen Markt ausgerichtet und deshalb für die Anwohner vollkommen uninteressant.

Ferdinand Lassalle, der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, einem Vorläufer der heutigen SPD, favorisierte allerdings - wie Marx und Engels - immer nur die Gründung von Produktivgenossenschaften. Möglicherweise betrachtete er die Konsumgenossenschaften wegen ihrer hohen Mitgliederzahlen als Konkurrenz zu seiner Partei. Denn um politisch relevant zu sein, müssen möglichst viele Menschen als Multiplikatoren im eigenen Lager verfügbar sein. Die Mitgliederzahlen der Genossenschaften lagen aber in der Regel über denen der Gewerkschaften und Parteien.

## **7.3.2. Einkaufs-, Handwerks- und Händlergenossenschaften**

Hauptsächlich im Handwerks- und Einzelhändlerbereich sowie in der Landwirtschaft gründete, abweichend vom Konzept der Rochdaler Pioniere, die sich als Gegengewicht gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden, der Jurist und Abgeordnete der preußischen Nationalversammlung Schulze-Delitzsch 1849 die ersten auf Selbsthilfe beruhenden Einkaufsgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher, die durch Einrichtung gemeinsamer Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften für den freien Markt konkurrenzfähiger gemacht werden sollten.

Einkaufsgenossenschaften stehen gewissermaßen zwischen den Reproduktions- und Produktionsgenossenschaften. Sie können ökonomisch erfolgreich sein, verhalten sich aber intern wie extern in der Regel nicht solidarisch.

### **Handwerk:**

Handwerkergenossenschaften wurden von Schulze-Delitzsch zur Erhaltung des Handwerks gefordert. Sie wurden hauptsächlich als Einkaufsgenossenschaften (s.u.) betrieben, über die sich Handwerker billiger mit Material und Geräten ausstatten konnten. Sie sind in diesen Bereichen mehr oder weniger erfolgreich. Zu berücksichtigen ist, dass die Wertschöpfungsketten kurz sind und die Handwerker in der Regel dem Nutzer vor Ort direkt begegnen müssen, sie also lokal und sehr anwendernah angesiedelt sind.

### **Lebensmittelbereich:**

Im Lebensmitteleinzelhandel schlossen sich die Geschäftsführer von Kleinbetrieben zu immer größeren Genossenschaften zusammen, um gemeinsam einkaufen zu können. Auf dem Markt sind sie in der Regel sehr erfolgreich (z.B. Edeka und REWE) während sich intern ihre Praktiken gegenüber Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant aber kaum von denen anderer Lebensmitteleinzelhandelsketten unterscheiden.



Die **Edeka-Gruppe** ist seit 2005 durch die Übernahme der Spar Handels-AG der größte Verbund im deutschen Einzelhandel. Partner der Edeka-Gruppe sind Genossenschaften, in denen sich selbstständige Einzelhändler zusammengeschlossen haben. Regionalgesellschaften sind für das Großhandelsgeschäft verantwortlich und beliefern die selbstständigen Händler wie die Filialbetriebe, die über die Regionalgesellschaften oder die Edeka Zentrale AG & Co. KG zur Gruppe gehören oder mit ihr kooperieren.

Die Edeka-Gruppe entstand 1898, als sich 21 Einkaufsvereine in Berlin zur „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin“ - kurz E. d. K. - zusammenschlossen.

1933 forderte Edeka ihre Mitglieder auf, den NS-„Kampfbünden für den gewerblichen Mittelstand“ beizutreten. Am 18. April erklärte sie freiwillig ihre Gleichschaltung. Ab 1936 wurde das Handeln des Unternehmens dirigistisch reglementiert. Das Geschäftsgebiet von Edeka wurde auf das Saarland und Österreich ausgedehnt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Wiederaufbau von einer neuen Zentrale in Hamburg geleitet. 1972 gab sich die Edeka-Gruppe eine neue Struktur mit der Gründung von zwölf Regionalgesellschaften. Die Zentrale und die Bank wechselten die Rechtsform und wurden eine Aktiengesellschaft. 1990 wurden etliche Konsum- und HO-Verkaufsstellen übernommen und Edeka kehrte nach Ostdeutschland zurück.

Edeka hat Spar, Netto und Plus übernommen und ist z.B. mit einem Jahresumsatz von 36,6 Milliarden Euro über 12.000 Märkten und etwa 262.000 Mitarbeitern der größte deutsche Einzelhandelskonzern. Die etwa 4.500 selbstständigen Edeka-Einzelhändler hatten 2008 einen Umsatz von 16,1 Milliarden Euro.

Die **Rewe Group** hat ihren Sitz in Köln. Der Name Rewe ist ein Akronym für Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften.

Die Rewe ist eine genossenschaftliche Handelsgruppe. Die Basis bilden selbstständige Einzelhändler. Im Geschäftsjahr 2008 wies Rewe einen Umsatz von ca. 49,8 Mrd. Euro aus, der von 319.292

Beschäftigten (davon 211.296 in Deutschland) in 14.714 Märkten mit einer Gesamtverkaufsfläche von ca. 12.905.000 m<sup>2</sup> erwirtschaftet wurde. Nach eigenen Angaben ist sie der zweitgrößte Lebensmittelhändler in Deutschland und der drittgrößte Lebensmittelhändler in Europa.

Gegründet wurde die Rewe am 1. Januar 1927 als Genossenschaft in Köln. Im Dritten Reich kam es 1935 zu einer ersten Umfirmierung zur Rewe-Zentrale Deutscher Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften eGmbH. Während des Zweiten Weltkrieges war die Gruppe für kurze Zeit handlungsunfähig, da wichtige Teile der Verwaltung ausgebombt waren.

1972 wurde die Konzernstruktur reformiert: die Rewe-Zentralfinanz eG und die Rewe-Zentral-Aktiengesellschaft Köln wurden gegründet.

1990 strukturierte sich die Rewe erneut um: Der bislang dreistufige Konzernaufbau (Einzelhandel, Großhandlung, Zentrale) wurde durch einen zweistufigen Aufbau (Einzelhandel, Zentrale) ersetzt, dazu brachten die zuvor rechtlich selbständigen Rewe-Großhandlungen ihren Geschäftsbetrieb in die Rewe-Zentral AG ein. Ausnahmen bildeten die Rewe Dortmund Großhandel eG und die Rewe Lebensmittel-Großhandel eG Herne, wobei letztere ihren Geschäftsbetrieb zum 30. Juni 2001 einstellte.

2008 gab Rewe bekannt, seine bundesweit etwa 6000 Märkte und Reisebüros ab sofort komplett mit Ökostrom versorgen zu wollen. Der Konzern ist damit nach eigenen Angaben der größte Nutzer von Ökostrom in Deutschland.

## **Landwirtschaft:**

Friedrich Wilhelm Raiffeisen verwirklichte den Genossenschaftsgedanken in landwirtschaftlichen Betrieben. Auch hier sind die Wertschöpfungsketten kurz. Oft handelt es sich auch nur um Maschinenringe zur gemeinsamen Nutzung hochwertiger Pflanz- und Erntegeräte. Auch die gemeinsame Vermarktung bietet z.B. Weinbauern in Winzergenossenschaften offensichtlich Vorteile.

Nachdem die EU den Mansholt-Plan gegen die sehr triftigen Argu-

mente von Hermann Priebe [134] für bäuerliche Kleinbetriebe nicht durchsetzen konnte, wurden in der EU landwirtschaftliche Großbetriebe zunächst nur inoffiziell aber später offiziell immer üppiger gefördert.

In der DDR waren Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ein wesentlicher Bestandteil der Nahrungsmittelproduktion und erfuhren dort die volle staatliche Unterstützung.

In den Anfangszeiten der Sowjetunion wurden Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften von Lenin auch zur Enteignung von privaten Bauernhöfen errichtet. [135]

### **Internet:**

Mit der Entfaltung des Internets haben sich, um bei Großanbietern von Internetdiensten Netzleistung günstiger einzukaufen und intern die Leistungen flexibler unter den Mitgliedern verteilen zu können, auch im Bereich der Internetserviceleistungen Einzelprovider zu Genossenschaften zusammengeschlossen, wie beispielsweise „Die Internetspezialisten“ in Berlin und „Hostsharing“ in Hamburg.

### **7.3.3. Schülergenossenschaften**

Die Kultur der wirtschaftlichen Selbsthilfe ist in 60 Jahren Wirtschaftswachstum auf dem Rücken der „Dritten Welt“ verlorengegangen. Profitmaximierung, Konkurrenz, Ausbeutung von Mensch und Umwelt bestimmt Arbeitswelt und Privatleben. Der Zusammenbruch dieses Systems auf individueller und globaler Ebene war vorauszu sehen. Ein Umdenken und Andersleben ist nötig und muss vermittelt und erlernt werden. Wo ist das besser möglich als in der Schule.

Die erste Genossenschaft an einer deutschen Schule wurde 2004 mit dem Namen „Hut ab! Schulgenossenschaft eG“ in der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf gegründet. Es ist eine Konsumgenossenschaft, in der mehrere Schülerfirmen gegründet wurden, die teils als Produktivgenossenschaften (Catering, Haushaltshilfen, Medienservice und Radputz), teils als Konsumgenossenschaften (Disco,

Material) fungieren.

2006 wurden in Niedersachsen mit dem Titel genoatschool 11 Schülergenossenschaften gegründet, die 2 Jahre von Frau Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg von der Fachhochschule Frankfurt am Main wissenschaftlich begleitet [136] und von der Bund-Länder-Kommission und dem Genossenschaftsverband Norddeutschland mit Materialien, Beratung Fortbildungsangeboten und Öffentlichsarbeit unterstützt wurden.

Sie befassen sich unter anderem mit:

- Nachhilfe-Schüler helfen Schülern (ShS),
- Fanartikel,
- Veranstaltungsmanagement,
- Kiosk All-In,
- Energiespar-Management,
- Informationstechnik etc.

Die Schülergenossenschaften in Deutschland sollen zwar nicht nur solidarisch, sondern auch nachhaltig arbeiten und nicht auf Gewinnmaximierung angelegt sein, aber sie sollen sich im wesentlichen mit der Vorbereitung auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt konzentrieren und sich weniger bis gar nicht erkennbar mit alternativen ökonomischen Konzepten, Transformationsstrategien zum Ausstieg aus dem Kapitalismus, befassen, also integrieren und nicht emanzipieren.

Schüler brauchen immer Geld und insofern sind auch sie gezwungen, ihre Arbeitskraft unter Wert zu verkaufen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass ihnen der prinzipielle Unterschied von Produktionsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften nicht in seiner realen Bedeutung nicht bewusst gemacht wird. Produktionsgenossenschaft bedeutet Integration in den kapitalistischen Markt, Konsumgenossenschaft Aufbau eines profitfreien eigenen Marktes, der dem kapitalistischen Markt die Kundschaft entzieht.

Weltweit existieren Schülergenossenschaften in:

- Italien: 216 Schulgenossenschaften mit über 400 Schulen und 45.000 Mitgliedern.
- Spanien: 800 Schulgenossenschaften mit 25.000 Schülern

- und 10.000 Lehrern.
- Schweden: 100 genossenschaftliche Gruppen leiten ehemalige Staatsschulen. 66% aller privaten Kindertagesstätten werden genossenschaftlich geführt.
  - Ungarn: 80 Fachhochschulen mit 15.000 Studenten und 900 Lehrern.
  - USA: über 50.000 Familien lassen ihre Kinder in genossenschaftlichen Kindertagesstätten betreuen.

Auch von Schülergenossenschaften in Frankreich, der Türkei, Kanada, Argentinien, Brasilien, Malaysia, Mianmar und Südafrika wird berichtet [137].

### **7.3.4. Verbrauchergenossenschaften**

Die Angebotspolitik hat die Nachfragepolitik aus dem Feld gedrängt. Analog dazu wird mehr von Produktions- als von Konsumgenossenschaften gesprochen, obwohl das „warenproduzierende System“ nicht durch den solidarisch optimierten Produktionsprozess aufgehoben werden kann.

Konsumgenossenschaften sind Genossenschaften von Konsumenten und auf der Nachfrageseite, also diesseits des kapitalistischen Marktes angesiedelt. Sie sind an der Reproduktion von Individuum und Gesellschaft interessiert und damit - im Gegensatz zu den betriebswirtschaftlich orientierten Produktionsgenossenschaften - volkswirtschaftlich orientiert.

Sie haben sich über erste Dienstleistungen der Verteilung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs hinweg sehr bald in den Großhandel und die Produktion von landwirtschaftlichen und handwerklichen Gütern hineinentwickelt. Später kamen weitere Bereiche wie Bedarfsgegenstände, Fahrräder etc. hinzu.

Robert Kurz führt, wie bereits zitiert, dazu aus: *„Die Initiativen für entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um autonome*

*Bereiche mit einer sozialen Identität von Produktion und Konsumtion handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die Konsumgenossenschaften. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der "orthodoxen" Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen läßt.“[1]*

Genossenschaften in „Sektoren der Reproduktion“, der Daseinsgestaltung und -vorsorge sollen zur Unterscheidung von Produktions- oder Produktivgenossenschaften in diesem Text „Reproduktionsgenossenschaften“ genannt werden. Dieser Begriff bezeichnet besser die Zielsetzung dieser Unternehmungen als die Begriffe Verbraucher- oder Konsumgenossenschaften, da diese einerseits mit „Verbrauch“ oder „Konsum“ einen eher destruktiven Eindruck vermitteln, andererseits die Intention dieser Genossenschaften, sich über die Distribution hinaus auch in die Produktion vorzuarbeiten, nicht primär erkennen lassen und deshalb zu permanenten Missverständnissen führen.

Als Schwerpunkt des vorliegenden Textes werden die Reproduktionsgenossenschaften in den folgenden Kapiteln abgehandelt.

## 8. Reproduktionsgenossenschaften

Verbrauchergenossenschaften wurden in allen Bereichen der Daseinsgestaltung und -vorsorge gegründet und sollen hier - als Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher - Reproduktionsgenossenschaften genannt werden. Als Konsequenz dieser Situation haben sie früher ein ausschließliches, zumindest aber ein vorzugsweises Mitgliedergeschäft betrieben.

Sie befinden sich auf der Nachfrageseite des Marktes am Ende der Produktionsketten, wo Produktion und Konsumtion, Produzent und Konsument zusammentreffen und entsprechen am ehesten dem Modell der Redlichen Pioniere von Rochdale.

Zur wirtschaftlichen Selbsthilfe führt Klaus Novy aus: *„Wie schon Marx und Engels (1847/48) im "Kommunistischen Manifest" herausstellten, beschränkte sich die Ausbeutung nicht auf den Bereich der Produktion: "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." [76]. Und damit sind die Ansatzpunkte der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter auch schon genannt:*

- *Wohnungsbaugenossenschaften*
- *Konsumgenossenschaften*
- *Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen.*

*In allen Fällen übernimmt die Gruppe der Mitglieder und Kunden als Gemeinschaft auch die andere Marktrolle: Vermieter und Mieter, Händler und Kunde, Kreditgeber und Kreditnehmer sind „eins“ (Identitätsprinzip).“ [125]*

Die Wohnungsbau- oder Wohnungsgenossenschaften wurden von Victor Aimé Huber vertreten[138], die Konsumgenossenschaften von Eduard Pfeiffer [129] und die Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen bzw. Genossenschaftsbanken von G. S. Liedtke.

Im letzten Jahrhundert kamen beispielsweise Wassergenossenschaften und Energiegenossenschaften etc. als weitere Genossenschaftstypen hinzu.

Marx und die Marxisten haben allerdings - bis auf die zitierte Passage im Kommunistischen Manifest - das Identitätsprinzip der Genossenschaftsbewegung in seiner Bedeutung nicht erkannt und sich in ihren politischen Konzepten und Strategien nicht auf die Reproduktion, sondern ausschließlich auf die Arbeitswelt und den Arbeitnehmer bezogen. Von Reproduktionsgenossenschaften haben sie deshalb abgeraten.

Karl Marx schrieb beispielsweise 1866: „*Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher mit Produktivgenossenschaften als mit Konsumgenossenschaften zu befassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.*“ [139]

Friedrich Engels äußert sich 1871 in gleicher Weise abfällig: „*Es ist notwendig, daß die italienischen Arbeiter erkennen, daß der große Verschwörer und Agitator Mazzini für sie nur einen Rat hat: Bildet euch, lernt so gut ihr könnt (als ob dies ohne Mittel geschehen könnte!) ... bemüht euch, soviel wie möglich Konsumgenossenschaften zu bilden (nicht einmal Produktivgenossenschaften!) - und vertraut auf die Zukunft!!!*“ [140]

Auch Lassalle kommentierte verächtlich die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften: „*Was nützen unter heutigen Verhältnissen billige Arbeiterwohnungen? Nichts, als dass sie, wenn allgemein gewährt, den Lohn herabdrücken.*“

Bezüglich der Gleichberechtigung läßt sich feststellen, dass in allen Reproduktionsgenossenschaften die Frauen von Anfang an voll anerkannte Mitglieder waren. Dies galt nicht für die auf den Produktionsbereich fixierten Parteien und Gewerkschaften.



## 8.1. Erste Gründungen

Nach Hasselmann [141] werden als Pioniere der Konsumgenossenschaftsbewegung die Werftarbeiter von Chatham und Woolwich angesehen, die bereits 1760 eine eigene Mühle und eine eigene Bäckerei betrieben. Sie wollten die Preise beeinflussen und dadurch die Lebenshaltungskosten ihrer Mitglieder senken.

Das gleiche Ziel, durch gemeinsamen Wareneinkauf zu erreichen, wurde von Webern aus Fenwick in Schottland versucht, die sich 1769 zusammenfanden, um die wichtigsten Nahrungsmittel für ihre Familien gemeinsam einzukaufen.

Weitere drei Lebensmittel-Assoziationen - zwei schottische und eine englische - die offensichtlich auch schon je einen Laden betrieben, sind aus der Zeit von 1777 bis 1800 bekannt.

Die 1812 in Lennoxton in Schottland gegründete *Friendly Victualing Society* verdient besondere Erwähnung, da sie wohl die weltweit erste Genossenschaft ist, die das Rückvergütungssystem eingeführt hat. Dieses System ist möglicherweise der entscheidende Grund, dass diese Genossenschaft nicht - wie viele andere - gescheitert ist, sondern 153 Jahre existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.

Die erste konsumgenossenschaftliche Bewegung wurde 1827 von dem Arzt William King und seinem Freund William Bryan mit der *Co-operative Trading Association* im südenenglischen Badeort Brighton ins Leben gerufen. Von ihnen wurde die erste Genossenschaftszeitung der „Co-operator“ gegründet. Die Associationen zerfielen jedoch alle wieder in den 1830er Jahren, weil sie nicht verbraucher-genossenschaftlich organisiert waren und weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anboten und so die Mitglieder keinerlei Vorteile hatten. Erstaunlich ist deshalb, dass sich auf dieser Basis 300 Genossenschaften gegründet hatten.

1832 gründeten Weber in Rochdale auf der Basis von Kings Ideen die *Rochdale Friendly Cooperative Society* und eröffneten ein Jahr später einen Genossenschaftsladen, der jedoch 2 Jahre später wieder geschlossen werden musste, aber 1844 von 28 Mitgliedern, den

Redlichen *Pionieren von Rochdale (Rochdale Society of Equitable Pioneers)*, mit einem überarbeiteten Konzept neu eröffnet wurde. Diese Weber waren Chartisten, 6 von ihnen hatten bei den gescheiterten Versuchen von Robert Owen mitgewirkt. Die Chartistenbewegung, die von 1836 bis 1848 in England bestand, war die erste sozialistische Vereinigung, die in teilweise blutigen Kämpfen versucht hatte, die politische Macht durch die Arbeiter zu erringen. Die Niederlagen nahmen sie zum Anlass, andere Formen der Selbsthilfe zur Verbesserung ihrer Lage zu erproben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens). [141]

Redliche Pioniere nannten sie sich, weil sie nicht wie frühere Genossenschaften Waren auf Kredit abgaben und dadurch zahlungsunfähig wurden bzw. wie die Einzelhändler, die ihre Kunden durch Kredite bewußt zu weiteren Käufen in ihren Läden an sich banden. [142]

Weil es in England den Bürgern ohne Schulabschluss und ohne Besitz eines Hauses nicht gestattet war zu wählen, war der Aufbau einer Konsumgenossenschaft nicht das alleinige Ziel der Rochdaler Weber. Die Konsumgenossenschaft sollte vielmehr die Grundlage für die Errichtung einer Vollgenossenschaft sein, die alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche der Beteiligten einbezieht. Durch die Selbstorganisation sollte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnabhängigen vom Prozess der Industrialisierung aufgehoben werden. Der Genossenschaftsgedanke war Träger einer erhofften umfassenden Wirtschafts- und Sozialreform.

In § 1 ihrer Satzung legten die Pioniere ihre Ziele folgendermaßen fest:

Ziel und Zweck der Genossenschaft ist es, für den materiellen Nutzen und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder Sorge zu tragen durch Ansammlung eines ausreichenden Kapitals von je einem Pfund Sterling je Mitglied, um folgende Pläne zu verwirklichen und folgende Einrichtungen zu schaffen:

1. Errichtung eines Ladens für den Verkauf von Lebensmitteln, Kleidung u.a.

2. Bau oder Kauf von Häusern als Wohnstätte für Mitglieder, die sich gegenseitig helfen wollen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.
3. Herstellung von Waren zur Beschäftigung von arbeitslosen oder solchen Mitgliedern, die unter häufigen Lohnherabsetzungen zu leiden haben.
4. Ankauf oder Pachtung eines Landgutes oder mehrerer Landgüter um Nutzen und als Sicherheit für die Mitglieder der Genossenschaft; diese Landgüter sollen von arbeitslosen oder schlecht entlohnten Mitgliedern der Genossenschaft bewirtschaftet werden.
5. Sobald wie möglich soll die Genossenschaft dazu übergehen, Produktion, Verteilung und Verwaltung (government) in die Hand zu nehmen, mit anderen Worten: die Genossenschaft soll eine sich selbst erhaltende Gemeinschaftssiedlung (home colony of united interests) gründen oder anderen Genossenschaften helfen, solche Siedlungen zu gründen.
6. Zur Förderung der Mäßigung soll so bald wie möglich in einem der Gebäude der Genossenschaft ein alkoholfreies Restaurant eröffnet werden.[141]

In den ersten Jahren des Bestehens arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die ersten Angestellten entlohnt. 1860 waren es bereits 3.500 Mitglieder. 1849 wurde ein Buch- und Zeitungsladen eingerichtet, 1850 eine Schule für Kinder und 1855 eine Schule für Erwachsene.

1850 erwarb man Anteile an einer Kornmühle. Damit wurde die bisher eigenständige Produktivgenossenschaft zum Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft, eine Baumwollspinnerei und -weberei, eine Schlachtereier etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu. Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährten und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh.

1860 wurde auch eine Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten

selbstbestimmt verwaltet werden.

Neben einer teilweisen Rückvergütung von Gewinnen beschlossen deshalb die Rochdaler Pioniere die Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. Neben der Bildungsarbeit nahm man den Ankauf oder den Bau von eigenen Wohnhäusern für Mitglieder auf, ebenso die Herstellung eigener Produkte, um Handelsgewinne auszuschalten und erwerbslosen Mitgliedern Arbeitsplätze zu beschaffen.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Genossenschaftsgründungen, die sich weltweit ausbreiteten und jetzt insgesamt 800 Millionen Mitglieder haben.

In Deutschland erfolgten nach dem Rochdaler Modell bereits ab 1845 erste Gründungen von Konsumgenossenschaften und trotz aller Behinderungen im vorletzten und letzten Jahrhundert waren sie als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ bis zum Dritten Reich auch hier sehr erfolgreich. [141], [143]

Unabhängig von der Lösung ökonomischer Probleme standen auch Qualitätsfragen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Die Lebensmittelfuschereien zur Zeit der Gründung der Konsumgenossenschaften bestanden beispielsweise darin, dass Mehl mit Gips, Brot mit Sägemehl, Milch mit Wasser, Kaffee mit Sand gestreckt, Fisch mit Rindsblut aufgefrischt, Nudeln mit Urin gefärbt, Schokolade aus Hammelfett hergestellt wurde etc. Heute stehen diesen Manipulationen GenFood, Rückstände und Zusatzstoffe in Lebensmitteln, Produkte aus Billiglohnländern und aus Kinderarbeit, per Luftfracht transportierte Produkte etc. gegenüber. Solche sozialen, ökologischen, ökonomischen und Qualitätsprobleme nahmen und nehmen die Bürger zum Anlass, Mitglied in solchen Genossenschaften zu werden oder Genossenschaften mit entsprechenden Prinzipien und geeigneter Organisations- und Entscheidungsstruktur zu gründen.

Wie war es möglich, dass im Laufe der folgenden Jahrzehnte Millionen Menschen ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen konnten und weltweit demokratische,

selbstverwaltete Unternehmen aufbauten, die ein spürbares Gegengewicht zur gewinnorientierten Privatwirtschaft darstellten und solidarische Lebensformen verwirklichten? Aufschluss gibt die genauere Betrachtung ihrer Historie und ausgewählter Beispiele.

## 8.2. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung

In Deutschland kam es bereits ab 1845 in Sachsen zu ersten Gründungen von Konsumvereinen durch Arbeiter und Weber (z.B. der „Spar- und Konsumverein Ermunterung“ in Chemnitz als „Produktenverteilungsverein“). *„Beide, die Rochdaler wie die Chemnitzer Weber, hatten die gleiche Not vor Augen und lehnten die herrschende Wirtschaftsordnung und das einseitige Profitstreben ab. Beide Gruppen, die deutschen wie die englischen Pioniere des Genossenschaftswesens, suchten die Lösung der sozialen Frage nicht in erster Linie auf dem politischen Feld, sondern in der Selbsthilfe der Benachteiligten mit Hilfe von Unternehmungen, die nach neuen Prinzipien tätig werden sollten.“* [144]

Der eigentliche Genossenschaftsaufbruch in Deutschland war dann auch vom Geist der bürgerlichen Revolution von 1848 getragen und ging im Wesentlichen von der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung, der ersten deutschen Arbeiter-Massenbewegung aus. Geplant war der Aufbau einer Assoziationswirtschaft mit "Assoziationskassen" auf lokaler Ebene, genossenschaftlich fundierten Kreditbanken, Produktivbetrieben und „Ankaufsgenossenschaften“, welche sich zur Aufgabe machten, durch gemeinsame Beschaffung von Lebensbedürfnissen:

1. diese ihren Mitgliedern im Großeinkauf und möglich aus erster Hand besser und vorteilhafter zu beschaffen,
2. durch direkte Vermittlung ihren Mitgliedern bessere Arbeitsgelegenheit, auf Gegenseitigkeit gestützt, zu schaffen,
3. Unternehmungen ins Leben zu rufen, welche das Gesamtvermögen der Verbrüderung erweitern (Associationswerkstätten, Fabriken etc.).

Das Scheitern der Revolution von 1848 leitete eine Phase politischer Reaktion ein, die zu einer Unterbrechung der Aktivitäten der Arbeiterverbrüderung führte und die konsumgenossenschaftliche Bewegung stark schwächte. Über die Zeit bis 1860 gibt es deshalb auch nur unzureichende Aufzeichnungen, die jede zusammenfassende

Charakterisierung sehr erschweren.

Etwa um die Mitte der 1860er Jahre begann eine neue Phase der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung im noch in Nord und Süd geteilten Deutschland (das erst 1871 durch die Gründung des Deutschen Reiches vereinigt wurde). Die Zahl der Gründungen nahm sprunghaft zu. Eine eingeschränkt repräsentative Übersicht über die Entwicklung in den 1860er Jahren hat der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften veröffentlicht. In nur 6 Jahren verdreifachte sich die Zahl der diesem Verband angehörenden Konsumvereine, der Gesamtumfang der Mitgliedschaft stieg um annähernd das Sechsfache, während sich der Umsatz mehr als verzehnfachte. Bis 1871 hatte dieser Verband eine viertel Million Mitglieder und einen Umsatz von 57 Millionen Reichsmark.

In fast allen größeren Städten des Reiches gab es vereinsmäßige Zusammenschlüsse der Konsumenten. Auch für den unregelmäßig und schlecht verdienenden Fabrikarbeiter waren die niedrigen Geschäftsanteile tragbar, der erreichbare Nutzen erheblich. Die Höhe der gezahlten Rückvergütungen lag in diesen Jahren oft über 10%. Damit konnten periodisch anfallende höhere Ausgaben der Mitglieder ohne Verschuldung bewältigt werden ("Kohlengeld der kleinen Leute")

Die Zeit zwischen 1860 und 1890 kann in Deutschland als Anlaufphase bezeichnet werden, der Durchbruch von der lokalen Selbsthilfebewegung zur sozialen Bewegung fiel in die Zeit von 1890 bis 1914. Um das Jahr 1900 überschritt die Mitgliederzahl die Grenze von 500.000, fünf Jahre später war die Millionengrenze erreicht.

Konsumgenossenschaften und auch Wohnungsgenossenschaften organisieren das "allgemeinste" Interesse der Endverbraucher, das Konsumenteninteresse; sie sind somit tendenziell gemeinwirtschaftliche und nicht bloß kollektiv-privatwirtschaftliche Gebilde.

Unter den Wirtschaftsunternehmen der deutschen Arbeiterbewegung nahmen daher die Konsumgenossenschaften über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert eine Sonderstellung ein. Kein anderes der zahlreichen Selbsthilfeunternehmen konnte sich

hinsichtlich Grad der Verbreitung, Höhe der Mitgliederzahlen und Stärke des auf eigene Produktionsbetriebe gestützten wirtschaftlichen Einflusses mit ihnen messen.

Der überwiegende Teil der Konsumgenossenschaften war Mitglied des 1903 gegründeten Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). Neben dem ZdK existierte seit 1894 als zweite konsumgenossenschaftliche Zentralorganisation die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG).

Als Antwort auf mittelständige Boykottaktionen hatten einzelne finanzkräftige Vereine seit den 1890er Jahren eigene Bäckereien und Schlachtereien eröffnet, was von der GEG in großem Stil fortgesetzt wurde. Auch der Konflikt mit dem Verband der Markenartikelfabrikanten, der versuchte, das Prinzip der Preisbindung auch für die Konsumvereine durchzusetzen, scheiterte am längeren Atem der GEG. Durch die Zentralisierung des Einkaufs wurden auch hohe Mengenrabatte möglich, die den Beitritt weiterer Genossenschaften förderte.

Ab 1910 werden von der GEG die ersten Betriebe als Eigenbetriebe übernommen. Oft sind dies nach gewerkschaftlichen Kämpfen gegründete, auf dem Markt aber nicht allein lebensfähige Produktivgenossenschaften.

Der Handkarren als Verteilungsstelle, Symbol der frühen Konsumvereine, wurde durch die Errichtung von Läden, Lagern und Eigenbetrieben abgelöst. Die Konsumvereine wurden zu bedeutenden Arbeitgebern. 1913 beschäftigten die im ZdK zusammengeschlossenen Vereine bereits mehr als 20.000 Angestellte, obwohl sich die Bewegung in großen Teilen noch immer auf die ehrenamtliche Tätigkeit engagierter Mitglieder in den Ausschüssen, der Fest- und Freizeitkultur stützen konnte.

Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Konsumgenossenschaften erfuhr im Zeitraum zwischen 1850 und 1914 mehrere Wandlungen. Die Änderungen dieses Verhältnisses gingen von der Praxis aus. Die Theorie tat sich dagegen schwer, dieser Entwicklung zu folgen. Die als "Dritte Säule der Arbeiterbewegung" bezeichneten



Konsumgenossenschaften wurden von Parteien und Gewerkschaften immer als Konkurrenz angesehen.

Ferdinand Lasalle (1825-1864), die führende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, versprach sich wie auch Marx und Engels eine "Hebung der Lage der Arbeiter" allein von den Produktivgenossenschaften, nur sie seien imstande, das eiserne Lohngesetz, unter dem die Arbeiterschaft stehe, zu zerbrechen. In den Konsumvereinen sah er eher ein Palliativmittel, das die Energien der Arbeiterschaft vom richtigen Wege ablenke.

Von der Gründung des ersten Arbeiterkonsumvereins 1845 in Chemnitz bis zur Anerkennung durch die Gewerkschaften dauerte es immerhin 60 Jahre. Die Anerkennung erfolgte u.a. wohl auch deshalb, weil die Konsumgenossenschaften mit 1 Million Mitgliedern mehr Mitglieder hatten als alle damaligen Gewerkschaften insgesamt.

Erst auf dem 5. Kongress der Freien Gewerkschaften 1905 in Köln wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß: *"Der Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen."* [145]

Waren die Gewerkschafter viel unmittelbarer mit der materiellen Not der Arbeiter konfrontiert - um 1900 wurden viele der später bedeutenden Konsumgenossenschaften in Arbeitskämpfen von organisierten Gewerkschaftern mitgegründet -, verzögerte sich die Anerkennung der Genossenschaften durch die sozialdemokratische Partei. Noch 1892 beschloss der SPD-Parteitag: „... haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu beseitigen

*oder auch nur zu mildern.“*

Nur in Hamburg setzt sich Adolph von Elm (1857-1916) über diesen Beschluss hinweg und gründet 1899 den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“. Eine Sparkasse wird eingerichtet, Wohnungen werden gebaut und Produkte des täglichen Bedarfs in eigenen Betrieben hergestellt.

Der Beschluss des internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress 1920 in Kopenhagen und der entsprechende Beschluss des SPD-Parteitag im gleichen Jahr, Konsumgenossenschaften gezielt zu fördern, wurde bereits in Kapitel 7. zitiert.

Als im ersten Weltkrieg die Lebensmittel knapper und schlechter wurden, hatten die Konsumgenossenschaften einen Teil des staatlichen Versorgungssystems übernommen und erwarben sich großes Ansehen, weil sie nicht wie andere Händler Schwarzmarktgeschäfte betrieben, sondern die zur Verfügung stehenden Produkte gerecht und vollständig verteilten. Außerdem achteten sie sehr auf die Qualität ihrer Eigenprodukte.

## 8.3. Weimarer Republik

Wohl in keiner anderen Phase der deutschen Geschichte gab es im Bereich der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiterbewegung so vielfältige praktische Initiativen, so intensive theoretische Reflektionen und Debatten wie zur Zeit der Weimarer Republik. Die Monarchie war abgeschafft, Demokratie konnte/musste geübt werden.

Der Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten der Arbeiterbewegung nahm schließlich auch dadurch zu, daß die gewerkschaftlichen Verbände ihre traditionellen Bedenken gegenüber der Gründung eigener Wirtschaftsunternehmen endgültig ablegten und auf einer Reihe von Feldern, wie dem Bankensektor, neue Initiativen unternahmen.

Nicht zu übersehen ist aber der Beitrag, den die Basis selbst zum Ausbau der Wirtschaftsunternehmen leistete. Die Enttäuschung über die Konzeptionslosigkeit der Parteien und Gewerkschaften und ihrer Führungen 1917, in den entscheidenden Monaten der Revolution und das Ausbleiben der erhofften demokratischen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, erwiesen sich als starker Motor für Versuche der Sozialisierung von unten. Vor allem auch im Bausektor kam es zur Gründung einer größeren Zahl genossenschaftlicher Unternehmungen.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates sah sich die Arbeiterbewegung plötzlich in die Rolle der innenpolitisch wichtigsten Ordnungsmacht versetzt. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und auch der Konsumgenossenschaften nahmen sprunghaft zu. In den Jahren 1918 bis 1922 erlebten die Konsumgenossenschaften eine regelrechte Beitrittswelle, indem sich ihnen eine Million neue Mitglieder anschloss.

Doch dann kam die Geldentwertung, in der schließlich 1 US-Dollar den Gegenwert von 4,2 Billionen Mark hatte. Die Anfangserfolge der Gewerkschaften bei den Lohnabschlüssen wurden durch diese Inflation immer wieder zunichte gemacht. Parallel zum Rückgang der Massenkaufrkraft sanken auch die Umsätze und Gewinne der Konsumgenossenschaften.

Erst die Stabilisierung der Währung durch die Rentenmark Mitte der 1920er Jahre konnte die Schäden durch Krieg und Inflation beseitigen sowie die Mitgliederzahl den Vorkriegsstand wieder erreichen und dann bei weitem übertreffen. 1930 stand die Konsumgenossenschaft-Bewegung auf ihrem Höhepunkt.

Die Gesamtmitgliederzahl betrug 3,5 Millionen, einschließlich der in den Haushaltungen damals noch nicht erfassten Personen kommt man auf eine Zahl von mehr als 10 Millionen Menschen, die sich über Konsumgenossenschaften versorgten. In Berlin gehörten z.B. sämtliche Brotfabriken den Konsumgenossenschaften. Heinrich Kaufmann, der als erster Sekretär 1903 den ZdK mitgegründet hatte, starb 1928. Er hatte stets darauf geachtet, dass die Rochdaler Prinzipien, u.a. auch der Ausschluss des Verkaufs an Nichtmitglieder, strikt eingehalten wurden.

1932 verfügt die Groeinkaufsgesellschaft (GEG) der Konsumgenossenschaften über 54 Produktions- und Veredelungsbetriebe: Fleischfabriken, Teigwarenfabriken, eine Fischwarenfabrik, einen Fischversand, eine Kakao- und Schokoladenfabrik, Malzkaffee- und Zichorienfabriken, eine Gemüse- und Obstkonservenfabrik, eine Käserei, eine Nahmittelfabrik, eine Senffabrik, Tabak- und Zigarettenfabriken, eine Färberei, eine Scheuertuchweberei, Konfektionswerkstatten, eine Kleiderfabrik, Seifenfabriken, eine chemische Fabrik, Zundholzfabriken, eine Möbelfabrik, ein Sägewerk mit Kistenfabrik, eine Burstenfabrik, eine Druckerei mit Papierfabrik und ein Landgut. Die GEG war mit ihren insgesamt 8.305 Arbeitsplätzen das größte Handels- und Produktionsunternehmen Deutschlands.

Von Mitgliedern der immer mächtiger werdenden Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP), zu denen auch viele Lebensmitteleinzelhändler gehörten, wurden allerdings bereits in den Jahren vor 1933 immer häufigere Angriffe auf Personen und Eigentum der Konsumgenossenschaften verübt. So wurden z.B. 1932 die Fensterscheiben des Hamburger „Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion“, PRO genannt, im Wert von 45.000 Reichsmark eingeschlagen.

## 8.4. Drittes Reich

Die Durchsetzung der imperialistischen außenpolitischen Ziele der NSDAP erforderte auch die Brechung der Macht und Unterordnung der politisch geschulten und organisierten Arbeitnehmerschaft. Zahlreiche aktive Mitglieder der Genossenschaften wurden verhaftet, Dutzende Vorstandmitglieder in Konzentrationslager verschleppt, schwer misshandelt und ermordet. [146] Eine Liste der inhaftierten und ermordeten Genossenschaftsmitglieder wurde von Jan-Frederik Korf dokumentiert. [147]

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

1. Das gleich 1933 erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den in Banken üblichen Zinssatz für Spareinlagen von 3% (es wurde erst 2002 aufgehoben).
2. Es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört.
3. Bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen.
4. Neugründungen wurden verboten.
5. Eine Konzessionspflicht wurde eingeführt.
6. Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt.
7. Die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzten, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat mit NSDAP-Mitgliedern war dann nur noch reine Formsache.).
8. In Pressekampagnen wurde Genossenschaften der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftern persönliche Bereicherung vorgeworfen.
9. Einlagen mussten ausbezahlt werden.

10. Das 1934 erlassene Kreditwesengesetz, das Genossenschaftlichen Sparkassenfunktionen untersagte (es gilt in wenig modifizierter Form noch heute).
11. Das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien.
12. 1942 wurden schließlich die Restbestände in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Von diesen Maßnahmen gegen die „jüdisch-marxistischen“ und „kollektivistischen“ Konsumgenossenschaften waren das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben und über 70.000 Arbeitsplätze betroffen.

## **8.5. Konsumgenossenschaften nach 1945**

Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" lag auch die Genossenschaftsbewegung in Trümmern. Das ehemalige Genossenschaftseigentum im Besitz der "Deutschen Arbeitsfront" wurde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt und kommissarisch verwaltet. Zwar hatten sich die Militärregierungen der Besatzungszonen für den Aufbau von Genossenschaften ausgesprochen, jedoch wurden solche Aufbauversuche durch die unterschiedliche Politik der einzelnen Zonen behindert.

Die Konsumgenossenschaften hofften noch lange, sich in Ost und West wieder zu einer großen Konsumgenossenschaftsbewegung mit einem starkem Zentralverband und der Großeinkaufsgesellschaft zusammenschließen zu können. Sie mussten jedoch einsehen, dass das auch für sie bei zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen nicht möglich war. Zunächst kam es also darauf an, auf lokaler Ebene wieder in den Besitz des ehemaligen konsumgenossenschaftlichen Vermögens zu kommen. Dies war nicht einfach, da alles bis zur Währungsreform unter der Aufsicht der Militärregierungen stand und Vollmachten erteilt und auch wieder zurückgezogen wurden. Auch die Trennung der Mitglieder und Einrichtungen in Ost und West bereitete große Schwierigkeiten.

### **8.5.1. BRD**

Der eigentliche Wiederaufbau eines westlichen Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften erfolgte erst nach der Währungsreform. Dem neu gegründeten Einheitsverband, der sich bewusst an die konsumgenossenschaftliche Tradition der Vorkriegszeit anlehnte, gelang es zunächst, bis Ende 1953 eine Mitgliederzahl von nahezu 2 Millionen zu erreichen.

Allerdings wurde bald von den alten Zielsetzungen der Konsumgenossenschaften grundlegend abgewichen. Erik Nölting, wie Ludwig Erhard Schüler Franz Oppenheims, bereits vor 1933 u.a. Abgeordneter im Preußischen Landtag und nach 1945 erster Wirt-

schaftsminister von Nordrhein-Westfalen, mahnte 1949 die Konsumgenossenschaften in einer, auch im europäischen Ausland vielbeachteten Rede: *„Während der großen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 saß der Wirtschaftsliberalismus auf der allgemeinen Anklagebank. Heute aber sind viele Hände bemüht, um seinen kahl gewordenen Scheitel einen neuen Heiligenschein zu weben. Im Zeichen des sogenannten **Neoliberalismus** erleben wir eine Renaissance des liberalen Wirtschaftsdenkens. ... Die Genossenschaftler dürfen nie vergessen, dass die Genossenschaft keine Erwerbsgesellschaft ist, und dass der Geist der Profitmacherei Sünde wäre gegen die genossenschaftliche Ausgangsidee!“* [148]

Vergebens: In einer Schrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften mit dem Titel „Aufgaben und Anliegen der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart“ beschloss man 1952, sich bewusst unter die Gesetze des Marktes und des Wettbewerbs zu stellen und sich dem anbahnenden wesensfremden Mainstream hinzugeben. Die Angst vor Markt und Kapital nahm wegen der boomenden Nachkriegswirtschaft ab. Nöltings Warnung vor dem Neoliberalismus wurde als nicht mehr zeitgemäß diskreditiert [141]. Damit hatte der Bazillus des Neoliberalismus auch die Konsumgenossenschaften befallen: Das Nichtmitgliedergeschäft, das heißt: das Warengeschäft über den kapitalistischen Markt, wurde eingeführt und Fremdkapital in beliebigem Umfang aufgenommen. Dies dürfte die wesentlichste Ursache des späteren endgültigen Scheiterns des überwiegenden Teils der westdeutschen Konsumgenossenschaften gewesen sein. Man hat sich auf die warenproduzierende neoliberal/kapitalistische Marktwirtschaft eingelassen und ist als Dienstleister auf der Anbieterseite des Marktes als Teil dieser Marktwirtschaft ökonomisch gescheitert.

Die zunehmende Produktvielfalt und das damit verbundene aufwendigere Management überforderte die genossenschaftliche . Die digitalen Instrumentarien hatten ja noch längst nicht die heutige Flexibilität erreicht. In den Rechenzentren herrschte noch der „Closed-Shop-Betrieb“, das heißt, kein Unbefugter durfte sie betreten und die Rechner arbeiteten im „Batch-Betrieb“. Die Rechner wurden Anfang der 70er Jahre noch über den Lochkartenleser gesteuert. Der Dialog



mit den Rechnern war also zunächst gar nicht und dann über Schreibmaschinen- und später auch Bildschirm-“Terminals“ aber nur auf der „Kommandozeile“ möglich. Computerspezialisten waren rar und teuer und die Anwendungssoftware steckte in den Kinderschuhen.

Erst der Personal- und der Home-Computer und der Anschluss dieser Computer an die Zentralrechner, die Erfindung der graphischen Oberfläche und der Maus durch das Palo Alto Research Center (PARC) und der Hypertext Markup Language (HTML) durch Tim Berners Lee würden erlauben Angebot und Nachfrage effizienter aufeinander abzustimmen. Damit könnte heute auch eine verbrauchergesteuerte Produktion sehr viel besser als in den ehemaligen deutschen Konsumgenossenschaften realisiert werden.

Die westdeutschen Konsumgenossenschaften erreichten 1961 ihren Höchststand mit 2,59 Millionen Mitgliedern, 79.000 Beschäftigten und 9.638 Verkaufsstellen.

Die wirtschaftlich gefährdeten Konsumgenossenschaften wurden schließlich in den 70er Jahren in die co op AG mit Sitz in Frankfurt am Main überführt. Nur die co op Schleswig-Holstein wich von diesem Weg ab und hat ihren Status als eG erhalten. Sie hat heute etwa 40.000 Mitglieder und ist in Nord-, Ost- und Süddeutschland mit Super- und Verbrauchermärkten, Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern über 250 mal vertreten.

Als erschwerend erwies sich auch, dass die Rückvergütung, eines der wesentlichsten Grundprinzipien der ursprünglichen Genossenschaften, über das von den Alliierten aufgehobene, aber 1952 vom Bundestag wiedereingeführte Rabattgesetz von 1933 auf bankübliche Zinsen von 3% begrenzt war, und damit das ökonomische Motiv entfiel, Mitglied einer Genossenschaft zu werden.

Auch das Kreditwesengesetz des Dritten Reiches, das den Genossenschaften Bankgeschäfte sehr erschwert, besteht noch immer.

Außerdem kamen auch tiefgreifende Veränderungen im Lebensstil und Bewusstsein der Arbeiterschaft hinzu. Mit der Teilnahme am

stetig wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand schienen die Interessen der Arbeiter an einer Verbesserung ihrer Lebensumstände problemlos realisierbar. Dies spiegelte sich in einer allgemeinen Entpolitisierung der Öffentlichkeit wieder, die noch durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und durch einen hysterischen Antikommunismus verstärkt wurde.

Entscheidend war aber wohl das, vor dem Erik Nölting gewarnt hatte, denn je mehr sich der Neoliberalismus als Mainstream-Ökonomie ausbreitete, dessen Ziel (individuelles Eigentum) dem genossenschaftlichen (gemeinschaftliches Eigentum) diametral entgegengesetzt ist, wurde mit dem Erstarken des Neoliberalismus genossenschaftliches Denken verdrängt.

*Parallel dazu „... erlebte die Politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust. Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neokonservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen.“ [103]*

Der Anteil der Genossenschaftsmitglieder stieg nie wieder über vier Prozent der Bevölkerung und in den fünfziger Jahren wurde nur ein reichlich dreiprozentiger Anteil am Einzelhandelsumsatz erreicht. In der alten Bundesrepublik waren die Konsumgenossenschaften längst von den Lebensmittelketten aufgesogen oder zerschlagen worden. Der finale Schlag erfolgte 1989, als mit den 143 Gläubiger-Banken ein Vergleich geschlossen wurde und die letzten Reste der coop AG als Deutsche SK-Kauf AG an den Metro-Konzern übergingen.

Doch da die Lohnquote in Deutschland seit 1982 kontinuierlich sinkt und das Einkommen der Privathaushalte nicht zuletzt auch durch kräftige Unterstützung von Rot-Grün drastisch geschrumpft ist, gewinnen ökonomische Selbsthilfemodelle wieder an Attraktivität.

## **8.5.2. DDR**

Im sowjetischen Sektor Berlins organisierten sich die Genossen-

schafter sofort nach Kriegsende in den Bezirken. Der Befehl 176 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 18.12.1945 regelte die organisatorischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Seiten des Wiederaufbaus deutscher Konsumgenossenschaften in der Ostzone. In den ersten Verkaufsstellen mangelte es fast an allem - u.a. an Einrichtungsgegenständen, Schnellwaagen und Transportmittel fehlten sowieso. Dennoch, Ende 1949 hatte z.B. der Konsum Berlin 160.944 Mitglieder und verfügte über 483 Lebensmittel- sowie 26 Industriewarenverkaufsstellen.

Staatlicherseits wurde allerdings die Handelsorganisation (HO) gegenüber den Konsumgenossenschaften favorisiert, da im Staatsmonopolkapitalismus autonome Projekte grundsätzlich und ökonomische im Besonderen suspekt waren, weil sie der zentralen Planwirtschaft diametral entgegenstanden.

Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 mussten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinaten angegliedert.
- Später musste z.B. der Konsum Berlin wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.

Der Konsum fand jedoch immer wieder genügend Freiräume, sich zu einem der größten Handelsunternehmen in der DDR zu entwickeln. [149]

Bereits 1960 hatten die Konsumgenossenschaften 3,7 Millionen Mitglieder und der unteilbare Genossenschaftsfonds war damals auf

über eine Milliarde Mark angewachsen. Die Konsumgenossenschaften, die sich zu Kreis- und Bezirksverbänden zusammengeschlossen und im Verband deutscher Konsumgenossenschaften GmbH vereinigt hatten, verfügten 15 Jahre nach Kriegsende über 42.000 Verkaufsstellen, hatten 5.446 Gaststätten und Produktionsbetriebe erworben; 1968 bestritten sie 34,2 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes in der DDR. [150]

1989 hatten die 198 Konsumgenossenschaften der DDR 4,6 Millionen Mitglieder, jeder 4. DDR-Bürger war also Mitglied. Sie betrieben rund 30.000 Verkaufsstellen, beschäftigten 256.000 Mitarbeiter und bestritten 31% des Einzelhandelsumsatzes.

### **8.5.3. Konsumgenossenschaften nach 1989**

Mit der Öffnung der Mauer und der Einführung der D-Mark übernahmen sehr schnell und effizient (wie das neue Zauberwort hieß) Lebensmittelketten aus dem Westen die Konsumläden im Osten, die besonders in den Neubaugebieten über moderne Ladenflächen - wertvolle Immobilien also - verfügten. Allen vorweg die alten Konkurrenten aus der Zeit vor dem Dritten Reich: Tengelmann, Kaiser's, Edeka und (bis zu seiner Pleite auch) Bolle.

Die von der Treuhand zu Schleuderpreisen veräußerten Läden und Märkte, einschließlich der konsumeigenen Produktionsbetriebe, wurden allerdings, wie leider so vieles, von DDR-Bürgerinnen und Bürgern sowie den Genossenschaftsmitgliedern nicht ausreichend engagiert verteidigt. Die Euphorie der ersten Nachwendezeit ließ solche Gedanken nicht zu. Da in den Untergrunddiskussionen jahrelang der Westen als das Konsumparadies gepriesen wurde, tauschte man bereitwillig die - zugegebenermaßen nicht immer sehr attraktiven - Konsumläden gegen die reichbestückten, wie sich aber bald herausstellen sollte, mehr oder weniger kostspieligen Neulinge auf dem Gebiet des Handels, von Aldi bis Kaiser's aus. [150]

Wie rüde und grotesk aber auch beispielsweise mit dem Konsum Berlin bezüglich seiner Liegenschaften umgegangen wurde, indem

Auflagen autoritärer Systeme und von ihnen erzwungene Entscheidungen als Rechtsgrundlage gewertet wurden, zeigt ein Urteil des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen [BARoV] vom 30.12.2002:

*„1935 löste sich die Konsumgenossenschaft Berlin mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verbrauchergenossenschaften auf. 1942 wurde die Genossenschaft im Register gelöscht.*

*Die aus der Konsumgenossenschaft eGmbH - einer im Jahre 1968 im Ostteil Berlins aus acht Bezirksgenossenschaften entstandenen Vereinigung - hervorgegangene Klägerin beanspruchte die Rückübertragung eines Grundstücks, das früher der Konsumgenossenschaft eGmbH gehörte. Die Bezirksgenossenschaften waren im Ostsektor Berlins auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 176 gebildet worden.*

*Die Konsumgenossenschaft beschloss am 24. November 1990 ein neues Statut und nannte sich fortan Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung eG. Im Februar 1991 wurde sie in das Genossenschaftsregister eingetragen.*

*Eine Berechtigung der Klägerin zur Rückübertragung des Grundstücks nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VermG scheidet aus, weil sie nicht mit der in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwangsaufgelösten Konsumgenossenschaft identisch (a) und auch nicht deren Rechtsnachfolgerin kraft Hoheitsakt sei (b).*

*(a) Eine Identität der Klägerin mit der geschädigten Konsumgenossenschaft wäre nur denkbar, wenn die im sowjetischen Sektor von Berlin vorgenommene Gründung der später miteinander verschmolzenen Bezirksgenossenschaften als eine Reaktivierung der registerrechtlich erloschenen Konsumgenossenschaft anzusehen wäre. Eine solche Reaktivierung nach den Grundsätzen, die der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 17. November 1955 - II ZR 172/54 - (BGHZ 19, 51 ff.) entwickelt habe, komme jedoch schon deswegen nicht in Betracht, weil es sich seinerzeit nicht um eine Wiedergründung durch die Genossen handelte. Vielmehr sei die*

*Wiederherstellung des Konsumgenossenschaftswesens durch den SMAD-Befehl Nr. 176 eine staatlich angeordnete Errichtung von Organisationen gewesen, die unter formaler Beibehaltung der genossenschaftlichen Rechtsform vollständig in die hierarchisch und zentralistisch organisierte sozialistische Wirtschaftsordnung eingebunden waren.*

*(b) Aus demselben Grund sei auch die Annahme einer Rechtsnachfolge der Klägerin kraft Hoheitsaktes, wie von ihr vorgetragen, ausgeschlossen. Eine solche Rechtsnachfolge wäre nur vorstellbar, wenn der SMAD-Befehl Nr. 176 die Konsumgenossenschaften oder das Konsumgenossenschaftswesen wirklich „wieder hergestellt“, d.h. die Schaffung sich selbst bestimmender Privatrechtssubjekte im Auge gehabt hätte. Das sei jedoch nicht der Fall, weil es darum gegangen sei, die Genossenschaftsidee zu Zwecken der aufzubauenden staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft zu nutzen. Die von den Nationalsozialisten enteigneten Vermögenswerte der Genossenschaften blieben enteignet, obwohl sie den neu errichteten Genossenschaften „kostenlos zu überweisen“ (Nr. 5 des SMAD-Befehls Nr. 176) oder „zurückzugeben“ waren (SMAD-Befehl Nr. 82); denn sie seien auch dort in staatlicher Hand geblieben. Die Ausstattung dieser neuen Organisationen mit dem enteigneten Vermögen der früheren Konsumgenossenschaften sei nichts anderes als eine eigentumsrechtliche Umorganisation im staatlichen Bereich gewesen (BVerwG, a. a. O., 150). Etc. Die Revision hat keinen Erfolg.“ [151]*

Auch das von Hitler 1933 erlassene und im Westen 1952 wiedereingeführte Rabattgesetz wurde erst mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes zur Aufhebung des Rabattgesetzes und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften" am 25. Juli 2001 aufgehoben. Erst jetzt können die noch vorhandenen Genossenschaften wieder Rückvergütungen über 3% gewähren.

Das ebenfalls im dem Dritten Reich gegen die Genossenschaften erlassene Kreditwesengesetz, das den Genossenschaften praktisch verunmöglicht, Bankgeschäfte zu tätigen, besteht allerdings weiter.

## 9. Aktuelle Situation der Genossenschaften

Wie bereits beschrieben haben Genossenschaften im In- und Ausland in unterschiedlichsten Ausprägungen eines einheitlichen, aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Grundmusters heute weltweit über 800 Millionen Mitglieder [152], davon

- in Europa über 140 Mio. Mitglieder in über 300.000 Genossenschaften mit 2,3 Mio. Arbeitsplätzen [153],
- in den USA über 100 Mio. Mitglieder in etwa 47.000 Genossenschaften [154],
- in Indien über 236 Mio. Mitglieder in etwa 504.000 Genossenschaften [155],
- in China 180 Mio. Mitglieder [156] etc.

Aus konzeptionellen und strategischen Gründen zum Scheitern verurteilt gerät das Modell Genossenschaft als Nischenökonomie und Bürokratiemonster in Verruf. Sie spielen allerdings, nachdem Parteien und Gewerkschaften den „Sozialstaat“ nicht dauerhaft retten konnten, in der gegenwärtigen politischen Diskussion wieder eine zunehmend zentralere Rolle.

Auf die vielen nationalen, europäischen und globalen Verbände und Einrichtungen zur Förderung des Genossenschaftsgedankens und dergleichen wird hier bewusst verzichtet, weil ihnen die für Solidarischen Ökonomie erforderliche Basisorientierung fehlt. Hauptsächlich vorzuwerfen ist diesen Verbänden die unzureichende Förderung der internationalen Kooperation der Genossenschaften und ihrer über 800 Millionen Mitglieder, das Fehlen von Zeitungen, Strategiediskussionen unzureichende Internetpräsenz, etc.

Eine Dokumentation der nationalen Genossenschaftsverbände [157] und der Zahl der Genossenschaftsmitglieder der jeweiligen Länder kann bei der International Co-Operative Alliance (ICA) [156] eingesehen werden.

Auf einer Sommeruniversität von Attac Frankreich in Arles im Jahr 2001 gab es einen runden Tisch "Solidarwirtschaft - Illusion oder Weg in die Zukunft" [158]. Dort wurde über die unerwartete Aufmerksamkeit berichtet, die die Schaffung eines Staatssekretärs

für Solidarwirtschaft in Frankreich hervorgerufen hat. Die Initiativen einer Solidarwirtschaft zielten darauf ab, dass die BürgerInnen sich aktiv wieder Teile des Austauschs, der Verteilung und der Produktion aneignen, und damit eine "humane" Wirtschaft vorantreiben wollen.

Die Gesellschaften innerhalb der freien Marktwirtschaft hätten es trotz eines Wachstums auf mittlerweile höchster Stufe nicht erreicht, eine Fortschrittsdynamik in Gang zu setzen, von der alle profitieren könnten. Auch die Revolution der Informationstechnologie habe phantastische Versprechungen geweckt: Hoffnungen auf eine Welt, in der die Maschine den Menschen dank des Phänomens der Automation zunehmend von Produktionsaufgaben befreien würde und in der die Natur stärker respektiert werden könnte.

Es wurde bemängelt, dass die technologische Entwicklung an einen Markt gekoppelt ist, auf dem der Staat national und international den Privatinteressen immer weniger Einhalt gebietet und auf dem Angebot und Nachfrage künftig auch jene Bereiche besetzt, die sich traditionell Marktanbindungen entzogen haben.

Unter der Vielzahl der aufgeführten praktischen Beispiele der Demokratisierung der Wirtschaft wird der Vorzug der Solidarwirtschaft gegeben, die den Aufbau eines Kollektivvermögens betreibt. 30% der europäischen Bevölkerung seien Mitglied in einer Organisation, die zur Solidarwirtschaft zu zählen ist.

Ziel dieser Unternehmungen ist es nicht, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften, sondern zu den geringsten Kosten und so gut wie möglich ihre Mitglieder und Teilhaber zufrieden zu stellen. So halten z.B. die Genossenschaftsbanken mit ihren 36 Millionen Teilhabern und ihren 91 Millionen Kunden 17% des europäischen Binnenmarktes (21% in Deutschland, 37% in Frankreich etc.) und die genossenschaftlichen Versicherungen und Vereine auf Gegenseitigkeit beherrschen fast 30% des westeuropäischen Marktes.

Brasilien hat mit Paul Singer ebenfalls einen Staatssekretär für Solidarische Ökonomie. Er sieht neben dem Aufbau eines wirkungsvollen Genossenschaftswesens in Brasilien auch die umfassende



Kartierung der global existierenden Genossenschaften mit ihren Betätigungsbereichen und Intentionen als eine wesentliche Aufgabe an. Brasilien ist deshalb das Land, in dem weltweit die erste systematische Kartierung begonnen wurde.

Dass Genossenschaften auch auf europäischer Ebene ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor sind, bestätigt der bereits zitierte Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Februar 2004: *„In der Europäischen Union gibt es mindestens 300.000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.“* [153]

Während in Deutschland die Gebrüder Albrecht (Aldi, Vermögen zusammen: 50 Mrd. Dollar, Umsatz 2008 40 Mrd. Euro die mit Abstand reichsten Personen sind und weltweit zu den 10 reichsten Personen avancierten, hatte z.B. in der Schweiz die Konsumgenossenschaft Migros im Jahr 2007 einen mit Aldi-Nord bzw. Aldi-Süd vergleichbaren Umsatz von über 20 Mrd. SFR. Die Gewinne werden allerdings bei Migros entsprechend den Grundsätzen von Genossenschaften nicht wie bei Aldi privatisiert, sondern sind den Preisen, den Gehältern, den Lieferanten und Erzeugern sowie der Infrastruktur zugute gekommen.

Trotz aller Behinderungen durch das Dritte Reich, die neoliberalen Verlockungen und Erpressungen in der BRD[149], und die zentralistischen Zwänge der DDR können die Genossenschaften in Deutschland einen kontinuierlichen Mitgliederzustrom (1960: ca. 7 Mio., 1980: ca. 10 Mio. und 2000 ca. 20 Mio. Mitglieder [159]) verzeichnen. Produktivgenossenschaften dagegen sind trotz aller Bemühungen von SPD und Gewerkschaften weder ökonomisch erfolgreich, noch weisen sie entsprechende Mitgliederzahlen auf. Einkaufsgenossenschaften wie z.B. Edeka und Rewe sind zwar ökonomisch erfolgreich, doch unterscheiden sie sich in ihren Praktiken bezüglich Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant nicht wesentlich von der profitmaximierenden Konkurrenz.

Genossenschaften in der BRD

Jahrgang	Typus	1960		1980		2000	
		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktivgen.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	880	
Wohnungsbau-genossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen insgesamt	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(\*)=in 1000

Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984), Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

**Abb. 14: Genossenschaftstypen und ihre Bedeutung in Deutschland**

Es muss deshalb genauestens untersucht werden,

- wie einerseits die Genossenschaften bis zum Dritten Reich zu ihrer immensen Blüte aufsteigen konnten,
- wie andererseits das häufige Scheitern danach zu erklären ist, welcher Teil des Scheiterns auf das neoliberale Umfeld und welcher - trotz der umfangreichen historischen Erfahrungen - auf die Struktur und die Strategie der Genossenschaften selbst zurückzuführen ist und
- welche Genossenschaftstypen und -strategien selbst im neoliberalen Umfeld erfolgreich sind.

Selbst im deutschen Bundesbeamtengesetz (§ 66) und in Landesbeamtengesetzen (z.B. Niedersächsisches Beamtengesetz, § 74) sind die Genossenschaften verankert. Für den deutschen Beamten ist demnach eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Genossenschaft nicht genehmigungspflichtig, da Genossenschaften selbst seitens der Verfassung eine staatsentlastende Funktion zugeschrieben wird.

# **10. Aktuelle Beispiele von Reproduktionsgenossenschaften im In- und Ausland**

In Ermangelung einer systematische Dokumentation der in- und ausländischen Genossenschaften werden nachfolgend nur einige besonders hervorzuhebende Beispiele der Daseinsgestaltung und -vorsorge aufgeführt, die auf Selbstdarstellungen, Zeitungsberichten sowie eigenen Recherchen und Erfahrungen beruhen.

## **10.1. Deutschland**

### **10.1.1. Konsumgenossenschaften**

Konsumgenossenschaften haben in Deutschland etwa 900.000 Mitglieder. Unter diesen hat die Coop Schleswig-Holstein mit etwa 40.000 Mitgliedern den größten Umsatz.

#### **10.1.1.1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung** *[160]*

Der Konsum Berlin hat eine mehrjährige Insolvenzphase überstanden, besitzt aber jetzt nur noch Immobilien und übt zur Zeit keine Einzelhandelstätigkeit aus. Er war nach der Wende, wie 1952 auch die westdeutschen Konsumgenossenschaften, von der Verbraucherseite des Marktes immer weiter auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes übergewechselt, indem er 1990 z.B. den insolventen Westberliner Lebensmittelbetrieb Meierei C. Bolle übernahm. Dessen Kundschaft wohnte im Westen Berlins, während seine Mitglieder im Osten zuhause waren. Es handelte sich bezüglich dieses Geschäftsbereiches also um ein reines Nichtmitgliedergeschäft.

Außerdem errichtete er weitere Lebensmittelmärkte wie z.B. das

Einkaufscenter in Berlin-Buch. Finanziert wurden diese - in einer mit Supermärkten überversorgten Stadt - waghalsigen Investitionen mit Geschäftsanteilen von Mitgliedern, die zu 6% verzinst wurden. Viele Mitglieder und ihre Familien hatten sich mit der Höchstsumme von 25.000 Euro eingekauft [161]. Ihre Geschäftsanteile sind infolge der Insolvenz wertlos geworden. So rächt sich das Verlassen des Identitätsprinzips und eine zu hohe Verzinsung von Geschäftsanteilen im Genossenschaftsbereich.

Nach Aufhebung der Insolvenz am 28.02.2007, der Abwicklung des Insolvenzplanes und der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit Anfang 2007 wird davon ausgegangen, dass Ausschüttungen an die noch knapp 100 000 Mitglieder, deren Einlagen insgesamt 57 Mio. Euro betragen, ab dem Jahre 2012 wieder möglich sein könnten. Hierzu sollen die jährlichen Mieteinnahmen von 6,9 Mio. Euro aus den mit einem Wert von 82 Mio. Euro ausgewiesenen 43 Immobilienobjekten beitragen.

Die nachfolgende Selbstdarstellung stammt aus dem Jahr 2003, der Zeit vor Einleitung des Insolvenzverfahrens, ist also nur insofern bedeutsam, als sie die Verkennung der eigenen Strategie und Situation drastisch veranschaulicht:

*„Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG steht in der Tradition der genossenschaftlichen Idee, die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden ist. 1899 als Handelsunternehmen gegründet, hat die „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG“ über 100 Jahre schwerste Zeiten überdauert. Zuletzt war die mit der Wiedervereinigung notwendig gewordene Umstellung vom Handelsunternehmen hin zum Vertriebs- und Dienstleistungsunternehmen zu meistern.*

*Das Hauptgeschäftsfeld ist heute der Vertrieb von Produkten und Serviceleistungen durch Vorteilsweitergabe an die Mitglieder. Durch die Bündelung der Nachfrage von 190.000 Mitgliedern sind erhebliche Vorteile in Form von Rückvergütungen, Rabatten usw. für die Mitglieder möglich.*

*Außerdem betreibt die Konsumgenossenschaft die Reisebüro-Kette K-*

*Tours und ist Inhaber und Betreiber des Hotels Dorint am Müggelsee Berlin und der Ausflugsgaststätte Rübzahl mit den Müggelsee-Terrassen.*

*Die Konsumgenossenschaft Berlin verwaltet weiterhin ein umfangreiches Immobilienvermögen, in dessen Kern über 60 Handelsstandorte stehen.*

*Nach einem radikalen Sanierungskurs wandelte sich das Unternehmen ab 1992 unter dem Druck uneffektiver Strukturen, hoher Kosten, komplizierter Eigentumsprobleme und übermächtiger Konkurrenz von einem defizitären Handelsriesen zu einem prosperierenden Immobilienunternehmen.*

*1991 wird ein radikales Sanierungsprogramm durchgeführt. Der Konsum Berlin trennt sich von 1.000 Filialen und allen Gaststätten. Die Zahl der Beschäftigten wird von 14.000 auf 5.000 reduziert. 1992 jedoch trennt sich der Konsum auch noch von den letzten Verkaufsstellen.*

*1994 war das erste Jahr, in dem die Konsumgenossenschaft schwarze Zahlen schrieb. Vorstandschef Ernst Vatter: 'Unsere Unternehmensphilosophie heißt Grund und Boden erwerben, Gebäude sanieren, Mietflächen schaffen, Eigentum und Erträge sichern. Gleichzeitig errichten wir mit dreistelligen Millionenbeträgen neue Wohn- und Geschäftskomplexe zum Verkauf oder zur Vermietung.'*

*In den letzten fünf Jahren entstanden im Unternehmen selbst 50 und im Umfeld etwa 1.000 Arbeitsplätze. Die Bilanzsumme lag 1998 bei 400 Millionen Mark, der Gewinn bei über drei Millionen. Im fünften Jahr in Folge wurden sechs Prozent Dividende an die Konsummitglieder ausgeschüttet. Die Geschäftseinlagen der rund 190.000 Mitglieder stiegen von zehn auf über 50 Millionen Mark.*

*Die Berliner Genossenschaft will auch in Zukunft ihren Expansionskurs fortsetzen. Vorstandsmitglied Hannelore Winter: 'Wir stehen mitten in der Planung für einen neuen modernen Komplex von Einkaufscenter und Hotel in Berlin-Buch. Er soll bis 2001 entstehen und ist mit einer Investitionssumme von 120 Millionen Mark das*

*bisher umfangreichste Vorhaben in der Konsum-Geschichte.“*

Die beiden Kardinalfehler, die zum Scheitern führten, waren das Nichtmitgliedergeschäft und die zu hohe Verzinsung der Geschäftsanteile, die das Kapital der Mitglieder im Übermaß anzog und Baumaßnahmen induzierte, die nicht dem eigenen Nutzungsbedarf entsprachen.

Kurz vor der Insolvenz hatte der Konsum noch die sehr sinnvolle KonsumCard herausgegeben, mit der Genossenschaftsmitglieder in 200 über Berlin verteilten Geschäften von anderen Unternehmen einkaufen konnten. Diese Unternehmen hatten sich bereit erklärt, Rabatte zu gewähren. Entsprechende Lesegeräte waren installiert worden. Diese Investition kam zu spät, um die Insolvenz noch abzuwenden. Heute, nach überstandener Insolvenz, wo der Konsum Berlin nur noch Immobilien verwaltet, käme den noch immer etwa 100.000 Mitgliedern diese Einrichtung sehr entgegen, aber nach Auskunft der damaligen Geschäftsführerin Frau Winter würde die Reaktivierung von Hard- und Software über 300.000 Euro betragen, über die man aber derzeit nicht verfügen würde.

### **10.1.1.2. Konsum Dresden** [162]

Die Homepage stellt vor: *„Die Konsum Dresden eG ist ein traditionsreiches Dresdner Handelsunternehmen (gegründet 1888) und gilt heute mit mehr als 40 Supermärkten, rund 1000 Mitarbeitern und rund 35.000 Genossenschaftsmitgliedern als Marktführer im Lebensmitteleinzelhandel der sächsischen Landeshauptstadt. ...*

*Im Mittelpunkt steht der Kunde. Seine Wünsche zu erkennen und sie durch eine gute Qualität der Produkte sowie zuvorkommenden, ideenreichen Service zu angemessenen Preisen zu erfüllen, ist die Voraussetzung für seinen Einkauf bei uns und seine Treue. Es ist unser Ziel, unserem Kunden immer eine sehr gute Gesamtleistung für sein Geld zu bieten, die er sowohl in unseren Märkten als auch zuhause oder im Büro erleben kann.“*

Vorstandssprecherin Gabriele Grismayer: *"Mit der Schließung von*

*den 450 Filialen waren 4.000 Mitarbeiter betroffen. Das sind einmal menschliche Schicksale gewesen, aber auf der anderen Seite, dadurch, dass sehr, sehr lange Betriebszugehörigkeiten eigentlich 'ne Besonderheit unserer Genossenschaft sind - denn wer einmal im Konsum anfängt, bleibt eigentlich im Konsum - war das auch vom wirtschaftlichen Aspekt her sehr, sehr schwierig zu bewältigen, denn die Abfindungen waren sehr, sehr hoch.*

*Die Konkurrenz der westdeutschen Handelsketten und die besonderen Eigentumsverhältnisse der Konsumgenossenschaften stellten weitere Herausforderungen dar.*

*Mit der Wende kam für viele das wirtschaftliche Aus oder die Neuorientierung als Immobiliengenossenschaft. Die Läden wurden an westliche Filialunternehmen wie Edeka, Rossmann, Tip, Extra, Plus verkauft. In Dresden überlebte die einstige Konsumgenossenschaft Vorwärts, die im Juni 1888 gegründet wurde. Seit 2000 ist die Dresdner Konsum eG. sogar wieder Marktführer in der Region. Und gleichzeitig, während diese Sanierung lief, mussten wir ja sehr, sehr intensiv in die Immobilien, in den Immobilienbestand investieren, um überhaupt eine Chance am Markt zu haben. Denn aus den alten Bundesländern, die Ketten, die stürmten hier die Region, haben neue, moderne Märkte errichtet, hatten viel bessere Voraussetzungen als wir, denn man muss wissen: Bei unseren Märkten gehörte uns zwar überall der Baukörper, aber der Grund und Boden gehörte nicht der Genossenschaft. Und den mussten wir, und da sind wir heute noch nicht zu Ende, Stück für Stück dazukaufen. Auch das ist eine sehr, sehr große finanzielle Belastung gewesen."*

Zu DDR-Zeiten, aber auch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik war es Tradition, Konsummarken zu kleben. Am Jahresende sprang so meist der Weihnachtsbraten heraus. Diese traditionelle Form der Rückvergütung wurde Ende 2001 eingestellt. Jetzt gibt es eine „Konsum-Mitgliedercard“, mit der die Einkäufe elektronisch erfasst werden. Die Rückvergütung wird den Mitgliedern in Dresden automatisch ausgezahlt.

### **10.1.1.3. Konsum Leipzig [163]**

Der Konsum Leipzig wurde am 8. Mai 1884 als "Consum-Verein für Plagwitz und Umgegend", einem Stadtteil von Leipzig, gegründet. Im alleinigen Besitz von etwa 45.000 Mitgliedern operiert er in voller Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in den Geschäftsbereichen Handel und Immobilien. Er betreibt 73 Lebensmittelgeschäfte in Leipzig und seinem engeren Umland und beschäftigt etwa 825 Mitarbeiter, darunter etwa 67 Auszubildende. Er betreut mehr als 50.000 Kunden pro Tag und zählt neben Deutsche Bank AG, Quelle AG, Siemens AG etc. zu den 15 größten IHK-zugehörigen Unternehmen im Kammerbezirk Leipzig.

Auch im Konsum Leipzig gibt es keine Marken mehr. Doch anstelle der in Dresden gezahlten Rückvergütung erhalten die Mitglieder hier eine Dividende auf ihren Geschäftsanteil. Wie in Dresden gelang der Konsumgenossenschaft in Leipzig mit großen Einschnitten in den Altbestand die Konsolidierung. Stephan Abend ist seit 1991 im Konsum Leipzig. Damals hatte das Unternehmen 580 Geschäfte: *„Wie alle guten Ideen ist die KONSUM-Idee ganz einfach: Menschen haben gleiche Interessen, schließen sich zu einer Genossenschaft zusammen und verwirklichen das Ganze. Beim KONSUM LEIPZIG sind das über 47.000 Mitglieder (per 31.12.2006), die mitbesitzen, mitgestalten, mitverdienen. Und in seinen Geschäften einkaufen.“*

### **10.1.1.4. co op Schleswig-Holstein eG [164]**

1899 wurde in Kiel der Allgemeine Konsumverein Kiel (AKVK) gegründet, 1904 der Konsumverein Lübeck. Die Nationalsozialisten liquidieren 1935 den AKVK zwangsweise. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 1946 elf Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein wiedergegründet. Sie haben sich 2006 als coop eG zusammengeschlossen.

Weitere Genossenschaften, darunter u.a. die Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel und die Produktion der ehemaligen Konsumge-



nossenschaft in Hamburg ("PRO") wurden 1972 bis 1992 zum Teil übernommen.

Die coop eG ist heute mit den Vertriebslinien Wandmaker, plaza und SKY über 250 Mal in Nord-, Ost- und Süddeutschland präsent. Mit Super- und Verbrauchermärkten, SB-Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern. Der sky-Markt in Güstrow erhielt die Auszeichnung »Beste Wursttheke Deutschlands 2009«

Mit mehr als 45.818 Mitgliedern, 10.230 Beschäftigten, darunter fast 976 Auszubildenden, und 1,4 Milliarden Euro Umsatz ist sie derzeit die größte deutsche Konsumgenossenschaft. Ganz bewusst hat man vor 30 Jahren entschieden, sich nicht der Frankfurter co op AG anzuschließen.

Der heutige Vorstandsvorsitzende Winrich Wolke kommentiert die damaligen Motive: *"Vorstand und Aufsichtsrat haben von Anfang an diesen Weg sehr skeptisch verfolgt und hatten, aus heutiger Sicht berechnete Zweifel daran, ob ein Zusammenschluss von überwiegend finanz- und wirtschaftlich schwachen Unternehmen gelingen kann. Ich finde es aus heutiger Sicht bewundernswert, wie diese Gremien dem Druck, der aus Frankfurt kam, standhalten konnten, und wie mutig sie den Weg aufgezeichnet haben, den die co op Schleswig-Holstein gehen sollte, bis heute im Übrigen mit Erfolg."*

#### **10.1.1.5. VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG [165]**

Die Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden drei Mitgliederläden, zwei Naturkost- und einen Naturwarenladen. Der Verkauf erfolgt nur an

Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 Betrieben direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, die nicht besonders gekennzeichnet sind, stammen aus ökologischer Produktion. Sie legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

#### **10.1.1.6. Weitere Verbrauchergemeinschaften:**

- Verbrauchergemeinschaft Ringelblume e.V. in Radebeul
- "Bio-Ecke" Verbrauchergemeinschaft für ökologisch erzeugte Produkte Meißen e.V. in Meißen
- Gemeinschaft der Verbraucherinnen für umweltgerecht erzeugte Produkte e.V. in Dresden
- Löwenzahn Verbrauchergemeinschaft Freital in Freital
- Verbrauchergemeinschaft "Das Rübchen" e.V. in Pirna
- Querbeet e.V. in Kamenz
- Ökologischer Arbeitskreis Hoyerswerda e.V. in Hoyerswerda

Der Verkauf erfolgt entweder nur an Mitglieder oder es besteht ein sogenanntes Zweipreismodell.

### **10.1.1.7. Community supported agriculture (CSA)**

Die Idee der Community supported agriculture (CSA), der „gemeinschaftlich unterstützten Landwirtschaft“ stammt von Rudolf Steiner und wurde aus der Schweiz nach Japan, den USA und Kanada exportiert und von dort nach Deutschland geholt. Ein Hof, der sein Umfeld mit seinen Produkten versorgt, wird von diesem Umfeld finanziert. Die Produkte werden dann nicht einzeln verkauft, sondern stehen den Unterstützern frei zur Verfügung.

In Deutschland existieren zur Zeit etwa 9 Höfe in der Umgebung von Hamburg; Berlin, Münster, Kaiserslautern, Brandenburg, Lübeck und Kassel.

### **10.1.1.8. Kaufhaus der europäischen Genossenschaften (KaDeGe) eG (in Vorbereitung) - Le Grand Magasin**

Die weltweit existierenden Genossenschaften mit ihren 800 Mill. Mitgliedern werden als Keimzellen bedarfsorientierten profitfreien Wirtschaftens angesehen. Mittels geeigneter Kommunikationssoftware wird die globale Kooperation dieser Kooperativen angestrebt. Als Kunden werden die 22 Millionen Genossenschaftsmitglieder in Deutschland ins Auge gefasst.

Mit dem Kaufhaus der europäischen Genossenschaften, das auch als Online-Shop fungieren wird, sollen für zunächst 140 Produktionsgenossenschaften in Tschechien und der Slowakei deutsche bzw. europäische Verbraucher als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft organisiert werden. Diese Genossenschaften produzieren Spielzeug, Möbel, Textilien, Kosmetik, Büroartikel, mechanische und elektrische Haushaltsgeräte, Fahrräder und Dekorationswaren etc.

Über das KadeGe soll die Kommunikation und Kooperation der Konsumenten und Produzenten bezüglich Qualität, Funktionalität, Design, Preis, soziale und ökologische Standards über den lokalen Raum hinaus auf die nationale, europäische und auch globale Ebene

erweitert und damit intensiviert und optimiert werden. Durch die Nutzung digitaler Medien wird die direkte Kooperation von Konsument und Produzent intensiviert und der profitmaximierende Markt in zunehmenden Bereichen ausgeblendet. Damit wird leistungsloses Kapitaleinkommen in weiteren regionalen Bereichen aus den Preisen und Löhnen eliminiert. Als Software-Produkt für den Web-Shop kommt das Open-Source-System Magento zum Einsatz.

Als ökonomischer Vorteil der Mitgliedschaft ist eine Rückvergütung am Ende des Jahres entsprechend der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen und nach entsprechend vorhandener Überschüssen vorgesehen. Ein wesentliches Ergebnis des direkten Zusammenwirkens von Konsument und Produzent ist auch die auch ökologisch bedeutsame Reduzierung von Überproduktion, denn es wird nicht für einen Markt sondern am Bedarf orientiert produziert. Damit wird auch die Lagerhaltung minimiert.

Die Kommunikation der Mitglieder wird neben der realen durch eine virtuelle Mitgliederversammlung unterstützt. Bei Bedarf kann von den Konsumenten auch ein Markt für den Wiederverkauf nicht mehr benötigter Produkte („Second-Hand“) eingerichtet werden.

Realisiert ist bereits ein kleines „Kaufhaus“ in Berlin-Neukölln, in dem Produkte von etwa 35 Genossenschaften angeboten werden. Die angebotenen Produkte haben Manufactum-Qualität, bei weiteren Produkten muss das Design etwas aufgebessert werden. Hier sollen Berliner Designer eingesetzt werden. An diesem Projekt ist deshalb nicht nur der Europäische Genossenschaftsverband CECOP, sondern auch der Berliner Senat sehr interessiert und hat seine Unterstützung zugesagt.

## **10.1.2. Wohnungsgenossenschaften**

Victor Aimé Huber (1800-1869) war der geistige Wegbereiter der Genossenschaftsbewegung in Deutschland und hat als erster ihre Bedeutung für die Arbeiter erkannt. 1848 erschien seine Schrift

„Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“. Er dehnt das genossenschaftliche Prinzip auf „alle Zweige der Ökonomie einer Arbeiterfamilie, auf alle Bedürfnisse eines besseren Zustandes der Arbeiterklasse aus.“ 1848 war Huber Mitbegründer der „Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft“.

1888 gab es in Deutschland 28, 1900 385 Wohnungsgenossenschaften und aktuell verwalten etwa 2000 Wohnungsgenossenschaften 2,2 Millionen Wohnungen, in denen etwa 3,2 Millionen Mitglieder wohnen. In Berlin werden mehr als 180.000 Wohnungen (über 10% des gesamten Wohnungsbestandes) von über 80 Wohnungsbaugenossenschaften verwaltet. Eine - trotz aller zweifelsohne existierender schlechter Beispiele - durchaus positive Entwicklung, da die konventionellen Mieten sich ja zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, obwohl die meisten Häuser und Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte bereits mehrfach abbezahlt sind und nur noch Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Betriebskosten zu finanzieren wären.

Wohnungsgenossenschaften entsprechen ebenfalls dem Urtyp der Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften. Denn in der Wohnungsgenossenschaft werden die Mieter zu ihrem eigenen Vermieter oder auch ihr eigener Bauherr. Das Mitglied einer Wohnungsgenossenschaft, früher Genosse genannt, ist also Miteigentümer der Wohnungsgenossenschaft und entrichtet deshalb keine Miete, sondern ein Nutzungsentgelt.

Klaus Novy unterteilt die Wohnungsbaugenossenschaften in die vier Typen:

- mittelständisch-besitzindividualistische Richtung,
- arbeitgebernahe oder Beamten-Baugenossenschaften,
- paternalistisch-sozialreformerische Richtung,
- oppositionell-reformerische Richtung.[166]

Paul Kampffmeyer, Mitglied des Vereins unabhängiger Sozialisten, bewundert 1900 die Atmosphäre im Berliner Spar- und Bauverein: „Die Mieter wurden bald Genossen und näherten sich untereinander in einer Weise, wie man es in unserer individualistischen Zeit

*nicht mehr für mögliche gehalten hätte. Und es war eine bunte Schar, die da zusammengewürfelt war. Politisch waren alle Parteien vertreten, so daß unser Haus einer Welt im kleinen glich, nur mit dem Unterschied, daß sich die einzelnen nicht so in den Haaren lagen wie in der großen Welt. Da waren Konservative , Liberale, Antisemiten, Sozialdemokraten und – o Schrecken – Anarchisten, und zwar Anarchisten der schlimmsten Observanz. Aber ruhig und friedlich lebten sie zusammen, und wer sie so des Sonntags im Sommer hat herumtoben sehen, der wurde nichts von Meinungsverschiedenheit gewahr. ... Unsere Genossenschaftshäuser, so schön und großartig sie sind, wären nicht viel mehr als gute Mietskasernen, wenn wir wie Fremdlinge nebeneinander wohnten, ohne gesellige Berührung, ohne gemütliche Beziehungen zueinander, ohne gemeinschaftliches Streben, mit einem Wort: ohne Gemeinschaftsgeist.“*  
(zit. n. [166])

Im Berlin der 1960er Jahre hieß es, man müsse seine Kinder bereits vor der Geburt in einer Wohnungsgenossenschaft anmelden, damit sie Zeit ihres Lebens dort noch einziehen können. Die Beliebtheit preisgünstigen genossenschaftlichen Wohnraums verkehrte sich in ihr Gegenteil. Die Nutzungsentgelte liegen, verglichen mit dem Berliner Mietenspiegel inzwischen vielfach über den Mieten der privaten und kommunalen Wohnungsgesellschaften, wie sie im Mietenspiegel zu finden sind.

Aber es ist kaum anzunehmen, dass die privaten Wohnungsanbieter ihre Preise so gesenkt haben, dass sie attraktiver als Genossenschaften sind. Das Gegenteil ist der Fall: die Wohnungsbaugenossenschaften haben versteckte Ausgaben.

Die verstärkte Kommerzialisierung der Genossenschaften beruht z.B. in Berlin auf der Tatsache, dass viele Wohnungsgenossenschaften Mitglied im Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) sind, dessen Ziel natürlich die Profitmaximierung ist. Hier werden die Mustersatzungen ausgearbeitet, die dann für die Genossenschaftsvorstand willkommenen Anlass sind, ihre Satzungen entsprechend umzugestalten und selbst davon finanziell zu profitieren.

Dennoch ist die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften wegen der Privatisierungen städtischen Wohnraums aktuell wieder erheblich gestiegen.

Hervorzuheben ist deshalb beispielsweise die als „Flensburger Weg“ bezeichnete „Privatisierung“: 4800 Wohnungen der Stadt Flensburg, in denen gut 13.000 Menschen wohnen, wurden für rund 115 Millionen Euro an den Selbsthilfe-Bauverein eG (SBV) verkauft. Den Mietern entstanden aus dem Verkauf keine Nachteile oder Risiken, im Gegenteil: für alle Beteiligten ist die Privatisierung ein Gewinn, weil sie als Miteigentümer Wohneigentum erworben haben. Die Miete enthält jetzt eine Tilgung, der Schuldendienst ist eines Tages beendet und es fallen dann nur noch die Instandhaltungs-, Renovierungs- und Betriebskosten an. Dieser Verkauf verlief deshalb völlig unspektakulär und zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

2004 wurden in Berlin dagegen 65.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft GSW für 2 Milliarden Euro an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Pro Wohneinheit sind das etwa 30.000 Euro. Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 Betriebskosten, Instandhaltung, Renovierung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. Das dürfte selbst für den Bund der Steuerzahler relevant sein. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für die Bürger und „ihre“ Stadt für immer verloren.

Der Verkauf der restlichen 277.000 Wohnungen des Berliner Senats sollte für 5 Milliarden Euro erfolgen, das sind pro Wohneinheit nur 18.000 Euro. Ein Darlehen für diese Wohnungen hätte ein Hartz IV-Empfänger schon nach 8 Jahren getilgt.

Aber davon war plötzlich nicht mehr die Rede, im Gegenteil, der Senat soll jetzt sogar wieder den Ankauf von Wohnungen planen. Was war geschehen? Der Autor hatte sein Konzept zum Berliner Wohnungsverkauf einem der ältesten Mitglieder des Abgeord-

netenhauses überreicht. Das könnte möglicherweise den plötzlichen Sinneswandel des Senats bewirkt haben

Die Kultur speziell der Berliner Wohnungsgenossenschaften ist so auf den Hund gekommen, dass sich Widerstand formuliert hat. In einer Initiative „**Genossenschaft von Unten**“, in der auch der Autor mitwirkt, haben sich Berliner Genossenschaftsmitglieder zusammengefunden, die den Grund für viele Misereen in ihren Genossenschaften herausfinden und beheben wollen. Hier werden Forderungen an die Genossenschaftsvorstände und Genossenschaftsverbände ausgearbeitet, die in Veranstaltungen in Berliner Bezirken diskutiert und erfahrungsgemäß mit großer Mehrheit verabschiedet werden.

Gefordert wird u.a. die Rückbesinnung auf die Gründungsidee der Wohnungsgenossenschaften, Ausschluss von Immobiliengeschäften, die Vorstände sollen sich als Angestellte der Genossenschaftsmitglieder begreifen, genossenschaftliche Demokratie, Mitwirkung der Mitglieder bei der Selbstverwaltung, Auskunftsrecht, Gastrecht auf den Vertreterversammlungen, der Aufsichtsrat soll den Vorstand im Interesse der Mitglieder überwachen, die Publikationen der Genossenschaften sollen auch Kritik veröffentlichen.

Von den Vorständen der Genossenschaften in denen die Mitglieder dieser Initiative wohnen, werden massive Repressionen auf die Mitglieder der Initiative ausgeübt, bis hin zur Drohung des Ausschlusses aus den Gremien und der Genossenschaft selbst. Diese Drohungen bestärken die Initiative, in ihrer Arbeit fortzufahren.

### **10.1.3. Wassergenossenschaften**

Die älteste und größte Wassergenossenschaft in Deutschland ist die Emschergenossenschaft [167], die erste in den Neuen Bundesländern die Wassergenossenschaft Hartau und die erste in Deutschland, die gegen einen globalen Investor gegründet wurde, ist die Wassergenossenschaft Ellerhoop.

Die **Emschergenossenschaft** wurde am 14. Dezember 1899 als



erster deutscher Wasserwirtschaftsverband in Bochum gegründet. Dieses Modell stand Pate für eine ganze Reihe weiterer Wasserverbände; darunter den am 18. Januar 1926 gegründeten Lippeverband. Emschergenossenschaft und Lippeverband haben von Anfang an eng kooperiert und arbeiten unter dem Dach einer einheitlichen Unternehmensstruktur zusammen.

Als selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts werden die beiden Verbände durch ihre Mitglieder - Städte, Wirtschaft und Bergbau - getragen und finanziert. Über die jährlichen Versammlungen und die Verbandsräte wirken die Mitglieder bei der Meinungsbildung und den Entscheidungen mit.

Zur **Wassergenossenschaft Hartau** schreibt Werner Rügemer sehr eindrucksvoll: [168] *„Eine weitere privatrechtliche Form der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge ist die Genossenschaft. Sie würde es verdienen, ernsthafter in Erwägung gezogen zu werden als bisher. Die Rechtsform ist privat, aber nicht privatistisch und eben nicht profitorientiert. Da hat man es gleich mal nicht so leicht.*

*Die Gemeinde Hartau mit 630 Einwohnern und 250 Haushalten regelt die Trinkwasserversorgung durch ihre Wassergenossenschaft. Nach der „Wende“ sanierten sie auf diesem Wege auch ihr Abwassernetz. Jedes Mitglied - 95 Prozent der Grundstückseigentümer sind Wasser-Genossen - zahlte einen Anteil von 4.800 Mark ein. Damit wurden die Ortskanalisation und zwei Bio-Kläranlagen gebaut und Pumpen bezahlt. Deshalb mussten die Hartauer keine Anschlussbeiträge entrichten. Die Genossenschaft schloss mit der Gemeinde Hartau, die Mitglied im „Abwasserzweckverband Untere Mandau“ ist, einen Abwasser-Entsorgungs-Vertrag über die Reinigung ihres restlichen Abwassers in der Kläranlage von Zittau. Dafür zahlt sie die satzungsgemäße Gebühr wie andere Mitgliedsgemeinden auch. Seit 1995 gab es für die Genossenschaftsmitglieder keine Preiserhöhung.*

*So weit, so gut. Doch zum 1. Januar 1999 wurde Hartau nach Zittau zwangseingemeindet. Damit gilt auch die Abwassersatzung der Stadt Zittau - das meinen jedenfalls eine ebenso seltsame wie knappe Mehrheit von CDU und PDS im Zittauer Rathaus. Sie*

*argumentiert, es dürfe keine Ungleichbehandlung geben, es dürfe nur eine einzige Satzung gelten. Deshalb beschloss sie im August 2001, der Wassergenossenschaft Hartau die Abwasserentsorgung zu entziehen.*

*Sollte der Zittauer Plan realisiert werden, müssten die Hartauer Anschlussbeiträge bezahlen, obwohl sie ihre Anlagen, die ja tatsächlich ihre eigenen sind, schon bezahlt haben. Es drohen Anschlussbeiträge bis zu 6.000 Euro.*

*Warum das alles? Offensichtlich geht es der Ratsmehrheit um eine „Grundsatzfrage“, hinter der sich andere Interessen verbergen: Die erfolgreiche Wassergenossenschaft Hartau könnte ein alternatives Modell für weitere ländliche Gebiete darstellen. Großinvestoren hätten hier keine Chance.“*

*Die **Wassergenossenschaft Ellerhoop** berichtet über sich: „Ellerhoop sollte von einem überregionalen Wasserversorger mit Trinkwasser versorgt werden. Das würde für uns in eine Katastrophe ausarten, wobei wir doch selbst über erstklassiges Trinkwasser verfügen.*

*Warum sollten wir Trinkwasser von einem überregionalen Wasserversorger zurück kaufen, welches er bei uns fördert? Er mixt sein Wasser minderer Qualität mit unserem, damit er unter die Grenzwerte kommt. Als Dank dafür hätten wir dann höhere Wasserpreise zu zahlen? Das mussten wir uns nicht antun.*

*In zwei anschließend herbeigeführten Bürgerentscheiden hat sich jeweils die Mehrzahl der (ca. 1.300) Einwohner gegen einen überregionalen Wasserversorger ausgesprochen. Sie alle wollten unsere eigene Trinkwasserversorgung erhalten.*

*Aus dieser Not heraus kam einem unserer Mitbürger der glorreiche Gedanke: Warum versorgen wir uns nicht selbst mit Trinkwasser? Wir gründen eine Wassergenossenschaft, damit könnte eine eigene Trinkwasserversorgung zu realisieren sein. ... Im Juni 2003 wurde die Wasser-Genossenschaft Ellerhoop eG gegründet.*

*Die Mühe hat sich gelohnt. Bei der letzten kreisweiten Trink-*

*wasseranalyse im April 2005 lagen wir mit unserer Trinkwasserqualität mit in der Spitzengruppe der Trinkwasserversorger.“*

Für den **Rückkauf der Berliner Wasserwerke** hat der Autor auf Bitten von Mitgliedern der „Initiative Berliner Bankenskandal“ ein Genossenschaftskonzept verfasst: Das Land Berlin hat 1999 die Wasserwerke zu 49,9% für 1,687 Milliarden Euro an RWE und Veolia verkauft. Etwa 70% des Wassers werden von den Privathaushalten verbraucht. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 3,4 Mio. bzw. 1,878 Mio. Haushalten und einem Rückkaufpreis von 70% dieser 1,687 Mrd. Euro würden auf jeden Haushalt etwa 630 Euro entfallen. Falls ein Darlehen aufgenommen werden müsste, würde bei einer Verzinsung von 5% pro Jahr jeder Haushalt monatlich über etwa 16 Jahre mit 5 Euro belastet werden. Das wären im Mittel für jeden Haushalt bereits jetzt schon geringere Kosten, als er als Rendite für der neuen Teileigentümer aufbringen muss. Haushalte, die nicht Mitglied der Genossenschaft werden wollen, zahlen zwar auch 5 Euro monatlich, werden aber nicht Miteigentümer der Wasserbetriebe, können jedoch jederzeit nachträglich die Mitgliedschaft erwerben.

Der Berliner Wassertisch, den der Autor noch mitgegründet hat, bevorzugt allerdings die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, obwohl ein Aufsichtsratsmitglied der Belegschaft der Wasserbetriebe stöhnte: *„Bloß nicht zurück zu den Kommunalidioten.“* Gegen eine genossenschaftliche Lösung hätte er nichts einzuwenden.

#### **10.1.4. Energiegenossenschaften**

Zweck des am 13.07.2005 in Kraft getretenen Energiewirtschaftsgesetzes *„ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas ... und der Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen.“* [169]

Da wegen der Preispolitik der Großanbieter die Verbraucherpreise unaufhaltsam steigen, wurden von verärgerten Verbrauchern neben den 40 zum Teil bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts bestehenden Energiegenossenschaften in den letzten Jahren mehrere neue Energiegenossenschaften gegründet, die sich auf den Einkauf und/oder die Produktion von Energie nach ökologischen und sozialen Richtlinien konzentrieren. Hier einige Beispiele:

**Greenpeace energy:** Greenpeace rief 1998 die Initiative „Stromwechsel“ ins Leben. Dort konnten sich Verbraucher melden, die zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter wechseln wollten. Während sich immer mehr Verbraucher bereit erklärten, den Stromanbieter zu wechseln, fand Greenpeace keinen Anbieter, der alle Kriterien erfüllte, welche die Umweltschutzorganisation aufstellte. Deshalb wurde 1999 die Greenpeace Energy eG gegründet, die einen Großteil des Stroms aus erneuerbaren Energien produziert. Die Bereiche Netzmanagement und Energieabrechnung werden nicht von Greenpeace Energy selbst, sondern von einem Partnerunternehmen, den Stadtwerken Schwäbisch Hall, als Dienstleister übernommen.

Vorstand Robert Werner erläutert: *„Dass Greenpeace energy als Genossenschaft gegründet wurde, hat auch mit der Struktur der Energiewirtschaft in Deutschland zu tun. Das erste Problem im Strommarkt ist die Monopolsituation der Netzbetreiber, die zugleich den Strom produzieren .... das zweite Problem ist, dass sich bei Aktiengesellschaften - und die meisten Stromkonzerne sind Aktiengesellschaften - die Interessen der Anleger und Kunden widersprechen. Der Anleger, der Aktionär, der Eigentümer, will eine möglichst hohe Rendite. Dafür muss er hohe Preise vom Kunden verlangen. Der Kunde möchte niedrige Preise zahlen und in der Regel sauberen Strom beziehen.“* [170]

Die **Energiegenossenschaft Nordwest eG** in Delmenhorst wurde 2005 gegründet. Ziel ist die Erdgasbelieferung der Mitglieder. Zur Zeit wird Heizöl gemeinsam bestellt.

Die **Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland eG, (GEG)** in Möhlau, Sachsen-Anhalt, wurde 2006 in das

Genossenschaftsregister eingetragen. Sie liefert ab 1.1.2008 Erdgas. Die GEG verhandelt zur Zeit mit dem Iran über Gaslieferungen, nachdem niemand in der Branche sie bisher als Verhandlungspartner ernst genommen hatte. Doch Geschäfte mit Teheran seien wegen des Atomstreits eine heikle Angelegenheit, besonders in der Energiebranche. Weltweit ziehen Unternehmen, die Energiegeschäfte mit dem Iran anvisieren, sich den Zorn der USA zu. Washington hat deutlich härtere Sanktionen gegen den Iran als der UNO-Weltsicherheitsrat verhängt und macht Druck auf die europäischen Regierungen und Konzerne, ihre Geschäfte mit dem Mullah-Regime weitgehend einzustellen.[171]

Die **Energiegenossenschaft Weser Elbe eG** in Bremerhaven wurde 2007 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie betreut die Bereiche Strom, Gas, Öl, Holz und Pellets. Es gibt auch eine Tankkarte, mit der vergünstigt getankt werden kann. Es wird mit einer Bankengruppe verhandelt, um den Mitgliedern Hypothekendarlehen für Neubau und Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser anbieten zu können. Für die Mitglieder werden zu Sonderkonditionen Wärmebildkamera-Aufnahmen von ihren Wohnungen und Häusern erstellt.

Die **Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr** in Oberhausen wurde 2007 gegründet. Sie will ihren Mitgliedern 2008 Gas oder Strom liefern.

Die **Energiehaus Dresden eG** wurde 2007 gegründet. Sie will ihren Mitgliedern Gas und Strom liefern.

Die Genossenschaft **Energie in Bürgerhand i.G. (EIB)** sammelt Geld auf Treuhandkonten, um sich am Kauf der Thüga AG, des fünftgrößten Energieunternehmens in Deutschland zu beteiligen, von dem sich die E.ON-Ruhrgas kraft einer EU-Entscheidung trennen muß. Innerhalb von 4 Monaten wurden von 3.500 zukünftigen Mitgliedern bereits 20 Millionen Euro auf einem Treuhandkonto gesammelt. Die Thüga ist mit 90 Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Unternehmen das größte Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland.

Ziel der Genossenschaft ist es, sich mit mindestens 100 Millionen Euro an der Thüga zu beteiligen, um sich dafür einsetzen zu können, dass auf Atomstrom verzichtet wird und die Energieeffizienz und -einsparung gefördert wird.

### **10.1.5. Genossenschaftsbanken**

Die Genossenschaftsbanken gehen auf Franz Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen zurück. Diese gründeten unabhängig voneinander Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Kreditgenossenschaften.

Neben den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und den privaten Geschäftsbanken gibt es heute in Deutschland 1.232 Genossenschaftsbanken. Bezüglich der Girokonten haben sie einen Marktanteil von circa 24 %, bezüglich der Bilanzsumme kommen sie auf circa 18 %. Sie haben circa 30 Millionen Kunden, 16,1 Millionen Mitglieder und über 13.600 Zweigstellen. Die Mitglieder der Genossenschaftsbanken machen somit über zwei Drittel der Genossenschaftsmitglieder in Deutschland aus und der Zustrom ist ungebrochen. So hat beispielsweise die Sparda-Bank eG bis zu 150.000 Neumitglieder pro Jahr.

Ein Dorn im Auge sind sie z.B. Henrik Müller, Redakteur beim "manager magazin" und Autor des Buches „*Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik*“ wegen der Probleme der privaten Banken in Deutschland, die unter den über Jahrzehnte extrem niedrigen Zinsen leiden würden. Eine wesentliche Ursache dafür sei, dass das Kreditgeschäft in Deutschland von Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit einem Marktanteil von 75% dominiert werde. *"Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen werden durch den Staat in die Lage versetzt, sich extrem günstig zu refinanzieren - im Zweifel stehen die Steuerzahler für Ausfälle gerade. Die Genossenschaftsbanken verfolgen keinen Gewinnzweck - entsprechend eng können sie ihre Margen kalkulieren."* [172]. Offensichtlich ist es in unserem Wirtschaftssystem ehrenrührig, keinen Profit zu machen. Sie haben also damit aber nicht nur eine individuelle, sondern auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung.

Im Idealfall werden in Genossenschaftsbanken die Schuldner zum eigenen Gläubiger. Auch sie können deshalb zu den Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften gezählt werden, obwohl sie sich teilweise sehr weitgehend von den ursprünglichen Genossenschaftsprinzipien entfernt und den konventionellen Banken genähert haben.

### **Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken**

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) ist der Spitzenverband der deutschen Genossenschaftsbanken (Volksbanken, Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute), genossenschaftlicher Zentralbanken, der Unternehmen des Finanz-Verbundes und der Prüfungsverbände der Gruppe.

Beim BVR angesiedelt ist auch die Sicherungseinrichtung der Volksbanken und Raiffeisenbanken und der Sparda-Banken. Der BVR ist Mitglied der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken.

### **Volks- und Raiffeisenbanken**

Während Volksbanken vorwiegend in städtischen Bereichen entstanden, wurden in ländlichen Gebieten Raiffeisenbanken gegründet. Raiffeisenbanken besitzen teilweise neben dem klassischen Bankgeschäft noch einen warenwirtschaftlichen Betrieb. Ende 2004 existierten 540 Volksbanken, 477 Raiffeisenbanken und 166 Volks- und Raiffeisenbanken (VR-Banken) in Deutschland.

### **Sparda-Bank**

Die erste Sparda-Bank wurde 1896 von Eisenbahnern für Eisenbahner als „Eisenbahn-Spar- und Darlehnskasse“ gegründet. Seit den 1970er Jahren können auch Nicht-Eisenbahner Mitglied werden. Die Kunden erwerben einen Genossenschaftsanteil und sind dadurch Mitglied der Bank. Auf den Genossenschaftsanteil wird eine jährliche Dividende ausgezahlt. Das Girokonto der Sparda-Banken ist für Mitglieder als Lohn-, Gehalts- oder Rentenkonto gebührenfrei. Prüfungsverband für die Sparda-Banken ist der Sparda-Banken e.V.

Sie sind Mitglied im CashPool, in dem auch die Citibank und die

SEB-Bank Mitglied sind. Die Bilanzsumme aller Sparda-Banken belief sich Ende 2007 auf 52,6 Milliarden Euro, die Mitgliederzahl betrug knapp 3 Millionen.

### **GLS-Bank**

Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken eG wurde 1974 von Anthroposophen gegründet und ist die erste Bank in Deutschland, die nach ethisch-ökologischen Grundsätzen arbeitet. Ihre Zentrale befindet sich in Bochum, weitere Niederlassungen gibt es in München, Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart, Freiburg und Berlin.

Mit Übernahme der Ökobank Anfang 2003 begann die Erfolgsgeschichte. Heute unterstützt sie mehr als 6.000 kulturelle, soziale und ökologische Projekte. Im Firmenportrait heißt es: *„Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen kulturelle, soziale und ökologische Initiativen von Menschen, nicht eine abstrakte Kapitalverzinsung oder maximale Gewinnerzielung.“* Das Geld fließt nicht in umweltschädliche oder sozial unverträgliche Vorhaben wie die der Rüstungsindustrie, Kernenergie und nicht in Unternehmen mit diskriminierenden Arbeitsverhältnissen, sondern bevorzugt in nachhaltige und soziale Projekte.



## 10.2. Italien

In Italien wurde mit „Il Magazzino di Previdenza di Torino“ 1854 die erste Konsumgenossenschaft und 1856 mit „Artistica Vetraria“ die erste Produktivgenossenschaft gegründet.

1886 haben hundert Delgierte von 248 Genossenschaften und 70.000 individuellen Mitgliedern den „Nationalen Bund der Kooperativen“, die spätere LegaCoop gegründet. Sie vertritt das linke Spektrum der Genossenschaften.

1919 verließ ein Teil der Mitglieder christlich-katholischen Glaubens die LegaCoop und gründete die ConfCoop.

1952 wurde vom laizistischen Lager die „Associazione Generale Cooperative Italia“ (AGCI) und 1971 von einer Abspaltung der ConfCoop die „Unione Nazionale Cooperative Italiane“ (UNCI) gegründet.

Seit dem 2. Weltkrieg steht in Artikel 45 der italienischen Verfassung: *„Die Republik anerkennt die gesellschaftliche Funktion der Genossenschaft mit Selbsthilfecharakter und ohne die Zielsetzung des privaten Gewinnstrebens. Das Gesetz fördert sie und begünstigt ihr Wachstum mit den dafür geeigneten Mitteln und garantiert ihren Charakter und ihre Zielsetzung durch entsprechende Kontrollen.“*[173]

Da es in Italien keine amtliche Zählung der Genossenschaften und ihrer Mitglieder gibt, und nur 56% der Genossenschaften Mitglied in den vier Verbänden sind, ist man bezüglich einer Gesamtzahl der Genossenschaften und ihrer Mitglieder auf Schätzungen angewiesen.

Insgesamt existieren in Italien 111.800 Genossenschaften mit etwa 11 Millionen Mitgliedern, von denen etwa 1 Million Beschäftigte (mit einem Frauenanteil von 45%) sein sollen.[174] Von den 56% den 4 Dachverbänden angehörenden Genossenschaften sind 45% in der LegaCoop, 28% in der ConfCoop, 14% in der UNCI und 13% in der AGCI organisiert.

Die meisten Genossenschaften sind im Bereich Bau- (20%) und

Gesundheitswesen (15,1%) angesiedelt.

Der LegaCoop gehörten 2007 mehr als 15.000 Cooperativen mit 7.983.306 Mitgliedern und 442.035 Beschäftigten (=5,5%) an. Größte Genossenschaft der LegaCoop ist die Konsumgenossenschaft COOP-Italia mit etwa 6.954.807 Millionen Mitgliedern und 54.923 Beschäftigten.

1985 legte der Industrieminister Giovanni Marcora ein Gesetz vor, das auf Druck der Genossenschafts- und Gewerkschaftsverbände verabschiedet wurde. Das sogenannte Marcora-Gesetz sollte Arbeiter unterstützen, die ihre, von den Eigentümern aufgegebenen Betriebe in genossenschaftlicher Form übernehmen wollten. Sie konnten sich an die Compagnia Finanziaria Industriale (CFI) wenden, eine staatlich subventionierte Risikokapitalgesellschaft.[175]

Die CFI stellte, falls eine Genossenschaft gegründet werden sollte, nach Prüfung der Qualifikation der Beschäftigten und der Marktchancen des Unternehmens ursprünglich Gelder in dreifacher Höhe des Einlagekapitals ihrer Mitglieder zur Verfügung. Wegen der dadurch in den Augen der EU gegebenen Wettbewerbsverzerrung und weil es „*weder den Richtlinien zur Arbeitsmarktförderung noch den Beihilfen zur Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten*“ entsprach, wurde das Marcora-Gesetz 1997 auf 5 Jahre suspendiert. Von den 111.800 italienischen Genossenschaften wurden bis zu diesem Zeitpunkt 160 Genossenschaften mit etwa 6000 Arbeitsplätzen von der CFI unterstützt.

Seit 2003 darf auf Grund der Novellierung des Marcora-Gesetzes der Anteil des CFI den Anteil der Mitglieder nicht übersteigen.[175]

Bemerkenswert ist, dass das Prinzip der Aufhebung der Trennung von Konsum und Produktion - Konsument und Produzent - bei der CFI und den Genossenschaftsverbänden kein Thema zu sein scheint. Denn die 442.035 in der LegaCoop organisierten Beschäftigten könnten sich sehr gut mit der Erfüllung der alltäglichen Bedürfnisse der 7.983.306 Genossenschaftsmitglieder befassen. Auch umgekehrt könnten die Konsumgenossenschaften dazu gewonnen werden, den Vertrieb etc. für die Produktionsgenossenschaften zu übernehmen

oder zumindest zu unterstützen.

Auch in Italiens Konsumentenbereich gibt es interessante Entwicklungen. Die **Gruppi di Acquisto Solidali (G.A.S.)**<sup>[176]</sup>, der kritische Konsum, entstand in den 1980er Jahren als Reaktion auf das aggressive Geschäftsgebaren der Multinationalen wie Nestlé und Del Monte. Damals wurden Boykottkampagnen gegen die Zerstörung der vielfältigen, kleinräumigen und auf Qualität bedachten Landwirtschaft und den diffusen kleinräumigen Anbau von Gemüse und Obst durch die Lebensmittelkonzerne. Es entstand die Idee eines kritischen Konsums als politisches Handeln der kleinen Gesten im Alltag.

1994 gründete sich in der kleinen Stadt Fidenza (Emilia-Romagna) die erste Gruppe des solidarischen Einkaufs (GAS) und in kurzer Zeit multiplizierten sich die Gruppen in fast allen italienischen Provinzen, als Widerstand gegen die Übermacht der Konzerne und ihrer Vertriebsmaschinerie.

Die GAS besteht aus kleinen Gruppen von maximal 50 Haushalten, die Landwirtschaftsprodukte gemeinsam einkaufen, die gesund und schmackhaft sind und bei deren Herstellung die Umwelt geschont, die Biodiversität und die Rechte der Kleinbauern vor Ort gewahrt werden. In vielen Fällen hat GAS die Existenz von Biobauern, Molkereien, Käsereien und sogar von kleinen Textilienfabriken in ihrer Region gerettet.

Eine dieser Gruppen ist das Centro Nuovo Modello di Sviluppo (Zentrum Neues Entwicklungsmodell: <http://www.cnms.it/>). Drei Familien, die zusammen in ein Bauernhaus bei Pisa gezogen waren, haben sich diesen bombastischen Namen gegeben. 1996 haben sie das „Handbuch des kritischen Konsums“ veröffentlicht. Darin wird das Verhalten der multinationalen Konzernen geschildert. Dieses Wissen verstärkt beim Leser das Unbehagen gegenüber dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell und veranlasst ihn, nach Alternativen zu suchen.

Seit 1997 gibt es ein nationales Netzwerk der Einkaufsgruppen (<http://www.retegas.org/>) und regionale Zusammenschlüsse, wo

Informationen über Produkte und Erzeuger ausgetauscht werden und Interessenten sofort Anschluss oder Starthilfe für eine neue Gruppe finden können.

Auf der Homepage des „Gasmilano“ für Mailand und Provinz (<http://www.inventati.org/gasmilano/index.php?pag=gas>) kann man GAS in seiner Umgebung suchen, um sich ihr anzuschließen oder sich zu informieren.

Im Finanzgesetz hat das italienische Parlament 2008 die GAS anerkannt als *„Vereinigungen ohne Profitstreben, die gegründet werden zwecks Einkaufs und Verteilung von Gütern, um ethische Ziele, soziale Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit zu verfolgen“* (<http://www.inventati.org/gasmilano>)

## 10.3. Schweiz

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in vielen Schweizer Städten Konsumvereine. Am 11. Januar 1890 wurde in Olten von 5 Genossenschaften der Verband schweizerischer Konsumgenossenschaften (VSK) gegründet. Mit der steigenden Zahl an Genossenschaften, 407 bis 1915, baute der VSK seine Tätigkeiten und seine Infrastruktur aus. 1902 erschien erstmals das „Genossenschaftliche Volksblatt“ als Vorläufer der heutigen Coopzeitung.

Stefan Howald schrieb 2009 in der WOZ: *„In der Schweiz gibt es gegenwärtig rund 13.000 Genossenschaften, das entspricht drei Prozent der eingetragenen Firmen. Davon sind 5.300 landwirtschaftliche und 1.700 Wohnbaugenossenschaften. Dem industriellen Sektor lassen sich 430 Genossenschaften zuordnen, dem Dienstleistungssektor 1.900, inklusive 600 Raiffeisenbanken. Von der Wirtschaftskraft her sind vor allem Coop und Migros bedeutsam, und sie weisen mit 2,5 beziehungsweise 2 Millionen auch die größten Mitgliederzahlen auf. Die Wohnbaugenossenschaften verwalten gut fünf Prozent des Wohnungsbestandes in der Schweiz, in den Städten Biel und Zürich über achtzehn Prozent. ...*

*Die genossenschaftliche Selbsthilfe blieb pragmatisch: verbilligte Konsumgüter, Versicherungen gegen Krankheit und Tod, später Hilfe beim Wohnungsbau.“ [177]*

### 10.3.1. Migros-Genossenschaften [178]

Am 15.8.1925 gründete Gottlieb Duttweiler die Migros AG. Mit einem Startkapital von 100.000 Franken kaufte er fünf Ford-T-Lastwagen und bestückte diese mit sechs Basisartikeln (Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife), die er zum Teil bis zu 40 % günstiger als die Konkurrenz anbot. Heute ist die Migros der größte Detailhändler der Schweiz und zählt zu den 500 größten Firmen der Welt.

Bereits Ende 1925 wiesen die Bücher einen respektablen Umsatz

von 778.500 Franken aus, der von nur 25 Mitarbeitern erwirtschaftet wurde. Das Angebot betrug nun bereits 15 Produkte. Das ursprüngliche Konzept des beschränkten Sortiments war bereits überholt, das Konzept der Tiefpreise wurde beibehalten, der Grundstein für weitere Expansionen war gelegt.

- 1926 wurde der erste Laden in Zürich eröffnet.
- 1933 wurde die erste Migros-Genossenschaft im Tessin gegründet.
- 1941 schenkte Duttweiler seine Aktiengesellschaft seinen Kunden, die Aktiengesellschaft wurde in regionale Genossenschaften umgewandelt, die heute durch den Migros-Genossenschaftsbund (MGB) koordiniert werden.
- 1950 formulierte Duttweiler seine 15 Thesen zur Weiterführung der Genossenschaften.
- 1998 wurde das Online-Shopping eingeführt.
- Im Laufe der Jahre werden Reiseunternehmen (1935), ein Giro-Dienst (1937), Klubschulen (1944), der erste Schweizer Selbstbedienungsladen (1948), ein Buchclub (1950), die Gelben Taxis (1951), eine Benzin- und Heizölgesellschaft (1954), die Migros-Bank (1957), eine Versicherungsgesellschaft (1958), das erste Schweizer Freizeit-Center etc. gegründet.
- Filialen in Frankreich (1993), Österreich (1993) und Deutschland (1995) kamen hinzu.

Gottlieb Duttweilers Maxime wurde von ihm 1942 so formuliert: *„Das Kapital unserer Genossenschaften, der Franken- und das geistige Kapital, soll in sozialer Richtung wirken. Es soll stets für die Schwachen - und das ist die grosse Mehrheit - gegen die Starken, die ihre Macht missbrauchen, entstehen: gegen Truste, gegen gewalttätige Verbände, gegen alle Gewaltanwendung von Kapital und Koalition.“*

In seinen Thesen zieht er mit seiner Frau 1950 das Fazit: *„Alle Anstrengungen müssen dahin gehen, das innerste Wesen unserer Bewegung zu vervollkommen und zu erhalten, den „gewöhnlichen Mann“, vor allem die Frau, von unserem Gedankengut zu überzeugen. Der Glaube des Volkes an uns ist der sicherste Weg,*

*um unsere eigenen Mitarbeiter - auch die höchsten - von Wert und Kraft unseres Werkes zu überzeugen. Der ursprüngliche Gedanke war richtig und groß - nicht die Angestellten und Arbeiter als Erben der ehemaligen AG einzusetzen, sondern einen breiten Teil des Volkes selbst.“ [179]*

Duttweiler hat also bewusst seine Aktiengesellschaft nicht in eine Genossenschaft der „Dienstleister/Produzenten“ (Produktionsgenossenschaft) sondern in eine Genossenschaft der Konsumenten (Konsumgenossenschaft) umgewandelt. Der Erfolg gab ihm Recht:

Von den 2,8 Millionen Schweizer Haushalten sind über 2 Millionen Mitglied der Konsumgenossenschaft Migros. 2007 erzielte Migros einen Umsatz von mehr als 22 Milliarden Franken. Mit über 82.000 Mitarbeitern (davon rund 60 % Mitarbeiterinnen) ist Migros größter nichtstaatlicher Arbeitgeber der Schweiz.

Migros besteht aus einem Verbund von 10 Genossenschaften, die über die Schweizer Kantone verteilt sind. Sie betreiben 589 Verkaufs-Standorte.

Durch die politisch motivierte Lieferverweigerung diverser Hersteller in den Anfangsjahren der Migros, war das Unternehmen gezwungen, ein eigenes Herstellernetz aufzubauen. Weitere Fabriken wurden von der Migros gekauft. Dadurch konnte die Migros günstig eine eigene Produktpalette herstellen. Erst in jüngerer Zeit sind Markenprodukte anderer Hersteller in größerer Auswahl erhältlich. Produkte der Migros-Industrie werden, oft unter anderen Markennamen, auch ins Ausland exportiert.

Die Migros-Kunden wollen nicht nur gute und preiswerte Produkte, sondern auch mit gutem Gewissen einkaufen können, deshalb legt Migros großen Wert auf Sozial- und Umweltstandards und hält folgende internationale Sozialstandards auch bezüglich seiner Zulieferbetriebe ein:

- Jede Form von Zwangsarbeit ist verboten, ebenso Gefangenearbeit, welche die grundlegenden Menschenrechte verletzt.
- Missbräuchliche Kinderarbeit darf nicht sein. Jede Form der

- Ausbeutung von Kindern ist verboten.
- Faire verbindliche Arbeitsverträge sind vorgeschrieben.
  - Keine Diskriminierung des Geschlechts oder des Alters, der ethnischen Abstammung, Nationalität, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, politischen Meinung, religiösen und sozialen Herkunft.
  - Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
  - Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
  - Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
  - Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden. Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.

Die Personalkosten bei der Migros betragen 22%, bei Coop 17% des Umsatzes. Bei Aldi sind es Schätzungen zufolge 3%. [180]

Besonderes Kennzeichen von Migros ist auch das Einhalten von ökologischen Standards. Mit 99 Artikel (vom Vollkornzweiback BIO bis zum Bio Zucker aus Zuckerrohr von Max Havelaar) und 1,8 Milliarden Franken Umsatz ist Migros in der Schweiz Marktführerin im ökologischen Bereich.

Auch Energiesparmaßnahmen werden systematisch durchgeführt: so konnte bei einer Erweiterung der Verkaufsfäche um ein Drittel der Energiebedarf um ein Drittel gesenkt werden.

Alkohol und Tabak sucht man bei Migros vergebens. Ebenso werden keine gentechnisch veränderten sowie per Luftfracht transportierte Produkte angeboten. Die Produkte werden zudem Schritt für Schritt mit dem CO<sub>2</sub>-Label, der Kennzeichnung des bei der Pro-



duktion freigesetzten CO<sub>2</sub>, versehen.

Seit 1957 unterhält und unterstützt Migros über das Kulturprozent (ein Prozent des Umsatzes!) eine Vielzahl von Institutionen und Projekten in den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Bildung, Freizeit und Wirtschaft.

1996 führte Migros die Billiglinie M-Budget ein. 2006 wurde das Sortiment auf 500 M-Budget-Produkte erweitert. Bei der Verpackung wird auf kreative Extravaganzen verzichtet und eine rein grafische Lösung mit ein paar einfachen Farben sowie dem Migros-Logo gewählt.

Walmart hat es nicht geschafft, neben Migros auf dem Schweizer Markt Fuß zu fassen, jetzt wird von Aldi und Lidl ein neuer Versuch unternommen.

Einige Kritiker, wie beispielsweise der Verein Sorgim, beanstanden, dass Migros den Idealen ihres Gründers nicht mehr entspricht. Bemängelt wird, dass die Genossenschaft nicht demokratisch geführt wird, wie es einst von Duttweiler gewünscht wurde und stattdessen ausschließlich die Geschäftsleitung über alle wichtigen Geschäftsstrategien entscheidet.

### **10.3.2. COOP**

Im Rahmen des Projektes CoopForte schlossen sich 2001 14 regionale Genossenschaften der Schweiz und die Coop Schweiz zu dem Unternehmen Coop zusammen, das in fünf Verkaufsregionen aufgeteilt wurde. Sie besitzen eine eigene Verkaufslogistik und Immobilienstruktur.

Coop ist als Genossenschaft mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern organisiert und ist die zweitgrößte Detailhandelsgruppe der Schweiz. Coop zählt zu den 30 größten Lebensmittelunternehmen Europas. Kundennah in fünf Verkaufsregionen organisiert unterhält Coop rund 1.600 Verkaufsstellen und beschäftigt über 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Bereich der Öko- und

Fairtrade-Produkte ist die Coop ebenfalls führend.

Die Coop hat den Anspruch, der beste und kundennächste Großverteiler der Schweiz zu sein. Sie hat ihren Bio-Umsatz zwischen 1997 und 2000 auf 360 Mio. Sfr mehr als verdoppelt - das entspricht 5 Prozent des Gesamtumsatzes.[181]

Als Kundenbindungsprogramm dient die sogenannte *Supercard*, mit der Kunden für den Einkauf Punkte auf ein Punktekonto gutgeschrieben werden, die dann gegen Prämien eingetauscht werden können. Seit 2006 gibt es die *Supercard Plus*, die auch als Mastercard-Kreditkarte einsetzbar ist.

Die Coop betreibt Supermärkte, Warenhäuser („Coop City“), Restaurants, Heimwerkerbedarfsgeschäfte („Coop Bau+Hobby“), Apotheken („Coop Vitality“), die Coop Mineraloel AG mit Tankstellen- und Convenience-Shops („Coop Pronto“), den Online-Shop „coop@home“ die Unterhaltungselektronik-Ketten „Interdiscount“ und „Dipl. Ing. Fust“ (inkl. Discounthaus Eschenmoser AG) sowie den Online-Shop microspot.ch, das Möbelhaus „Toptip“, den Beleuchtungs-Fachmarkt „Lumimart“, die „Import Parfumerie“, die „CHRIST“-Schmuckgeschäfte sowie die Prodega/Growa CC-Märkte.

Die Coop verfügt zudem über zahlreiche Produktionsbetriebe, die auch Produkte für Dritte produzieren, wie z.B. den Basler Fleischverarbeitungsbetrieb Bell AG, Swissmill, Zürich (Mehle, Mehlmischungen, Griess, Mais, Haferflocken, Extruderprodukte, Hartweizengriess), Chocolats Halba, Wallisellen (Tafelschokolade, Pralinen, Festtags assortimente, Industrieschokolade), Nutrex, Busswil BE (Essig und Essigspezialitäten für Detailhandel und Industrie), CWK, Winterthur (Kosmetika, Haushaltpflegeprodukte, Industriereiniger), Pasta Gala, Morges (Teigwaren, Halbfabrikate für Fertigenüs und Suppen), Steinfels Cleaning Systems SCS, Winterthur (Artikel für Waschen, Reinigen und Hygiene für Grossverbraucher und Industrie), Reismühle Brunnen (verschiedene Reismischungen, Fertigenüs), Sunray, Pratteln (Konfektion von Zucker, Speiseölen, Gewürzen, Trockenfrüchten, Nüssen, Hülsenfrüchten).

### 10.3.3. Vertragslandwirtschaft [182]

1978 war die Genossenschaft «Les Jardins de Cocagne», die Schlafrangärten, im Genfer Dorf Sézegnin das erste Projekt einer Vertragslandwirtschaft in der Schweiz.

Die Vertragslandwirtschaft hat in der Westschweiz eine lange Tradition. Die Idee ist bestechend einfach: Produzent und Kunde schliessen einen Vertrag ab, der festlegt, zu welchem Preis und in welcher Regelmässigkeit dem Kunden Lebensmittel nach Hause geliefert werden. Diese besondere Form der Direktvermarktung gewährleistet sowohl den Biobauern als auch den Kunden einen fairen, im Voraus fixierten Preis für saisonale, regionale und gentechnikfreie Produkte.

In der Fédération Romande de l'Agriculture Contractuelle de Proximité (FRACP) haben sich 19 Initiativen aus allen Westschweizer Kantonen zusammengeschlossen, vom kleinen Familienhof bis zur grossen Kooperative - sie alle arbeiten vertraglich mit ihren Kunden zusammen. Darunter sind viele Familien. Die FRACP schätzt, dass in der Westschweiz etwa 7.500 Personen oder 0,5% der Bevölkerung einen Grossteil ihrer Lebensmittel über die Vertragslandwirtschaft beziehen.

Die bestehenden Angebote sind sehr vielfältig geworden. Sie beinhalten sowohl Frisch- oder Lagerprodukte, verarbeitet oder unverarbeitet, (Gemüse, Getreide, Früchte, Käse, Fleisch etc.), die entweder wöchentlich, monatlich oder jährlich in Form von Körben geliefert werden.

## 10.4. USA [183][184]

Die USA sind mit 47.000 Genossenschaften und rund 100 Millionen Mitgliedern eines der genossenschaftsreichsten Länder der Welt. Genossenschaftsbanken (credit unions), Lebensmittelgeschäfte (food coops), Wohnungsbaugenossenschaften (housing cooperatives) und die über 4.000 landwirtschaftlichen Genossenschaften (agricultural cooperatives) zählen zu den mitgliederstärksten Bereichen. Es gibt aber auch Kindergärten, kleine Elektrizitätsunternehmen und Telefongesellschaften in genossenschaftlichem Besitz, um nur einige weitere Zweige zu nennen. Als Angehöriger einer bestimmten Berufsgruppe bzw. Organisation oder als Student wird empfohlen, ein Konto in Credit Unions zu eröffnen. Sie sind nicht profitorientiert und müssen keine Steuern zahlen, was sich für ihre Kunden auszahlt: Sie bieten die gleichen Leistungen wie Banken, verlangen aber geringere Gebühren, zahlen in der Regel höhere Zinsen für Guthaben und erheben niedrigere Zinsen für Kredite.

Die meisten Housing Cooperatives bestehen aus Reihenhäusern oder Wohnungen. Um Wohnraum in einer co-op zu erwerben, kauft man einen Genossenschaftsanteil. Viele größere Städte haben auch eine food co-op. Die Lebensmittel, die dort angeboten werden, stammen oft aus landwirtschaftlichen Genossenschaften oder von kleinen Farmen der Umgebung, die in der Regel mit biodynamischen Methoden arbeiten. Um einer food co-op beizutreten, bezahlt man einen bestimmten Betrag, mit dem man Miteigentümer der Genossenschaft wird. Man bekommt eine Mitgliedskarte, die man beim Bezahlen scannen lässt, so dass der ausgegebene Betrag per Computer festgehalten wird. Falls am Jahresende ein Gewinn erwirtschaftet wurde, erhalten die Mitglieder des Genossenschaftsladens dann einen Teil des ausgegebenen Geldes wieder zurück.

### 10.4.1. Community supported agriculture (CSA)

Community supported agriculture (CSA), wörtlich übersetzt „gemeinschaftlich unterstützte Landwirtschaft“ bezeichnet eine

landwirtschaftliche Erzeuger-Verbrauchergemeinschaft, bei der ein Hof sein Umfeld mit seinen Produkten versorgt, während das Umfeld ihn finanziert. Die Produkte werden nicht einzeln verkauft, sondern wurden vorfinanziert und stehen den Unterstützern frei zur Verfügung.

Die Idee stammt von Rudolf Steiner und wurde in 80er Jahren aus der Schweiz in die USA (Jan Van der Tuin und Trauger Groh) und nach Japan exportiert. Die Angabe der Zahl der Höfe schwankt zwischen 300 und 1500.

## 10.5. Venezuela

Auf wirtschaftlichem Gebiet unterstützt die Chávez-Regierung seit einigen Jahren finanziell und logistisch massiv die Bildung neuer Kooperativen. Ende 2006 bestanden in Venezuela laut offiziellen Angaben 181.000 Kooperativen. Gerade einmal um die 800 Kooperativen waren es beim Amtsantritt von Hugo Chávez im Jahre 1999. Wie viele davon erfolgreich arbeiten, ist jedoch ungewiss, da kaum Kontrollmechanismen existieren. Traditionelle Kooperativen wie Cecosesola funktionieren hingegen auch ohne staatliche Unterstützung gut. [185]

### 10.5.1. Cecosesola [186]

Die Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola) mit Sitz in Barquisimeto, der mit etwa 900.000 Einwohnern viertgrößten Stadt Venezuelas, wurde 1967 als Transportunternehmen mit schließlich 127 Bussen gegründet, geriet aber 1979 in den Konkurs. Dies führte zum Umdenken in den Organisationsgrundsätzen.

Das neue Modell ist frei von Hierarchien, es gibt keinen Chef und keine Mehrheitsabstimmungen. Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder miteinander, ohne dass ein Vorstand sie führt oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

50.000 Familien, etwa ein Viertel der Einwohner Barquisimetos, lassen sich wöchentlich mit rund 700 t Früchten und Gemüse über 4 Märkte versorgen. Die Produktionsstätten mit etwa 2000 Arbeitsplätzen liegen in einem Umkreis von 160 km um Barquisimeto.

Eigene Laboratorien sorgen für biologische Schädlingsbekämpfung und eine Regenwurmstation für die Verbesserung biologischer Anbauformen.

Gesundheitsstationen in einigen der 21 Stadtteilkooperativen und seit 1994 ein eigenes zentrales Gesundheitszentrum versorgen monatlich 10.000 Menschen medizinisch und betreiben Gesundheitsvorsorge. Die Geldmittel werden durch ein kooperatives Krankenversicherungssystem aufgebracht, in das alle Assoziierten wöchentlich einen Betrag einzahlen.

Als wichtigstes Prinzip Cecosesolas gilt: Die Menschen in Barquisimeto und den umliegenden Regionen organisieren die elementaren Bedürfnisse ihrer Ernährung und ihrer Gesundheit selbst.

## 10.6. Japan <sup>[187]</sup>

An der Spitze der Konsumgenossenschaften steht die 1951 gegründete Zentralkonsumgenossenschaft (Japanese Consumers Cooperative Union - JCCU). An dieser hängen verschiedene geschäftsspezifisch differenzierte Verbände von Konsumgenossenschaften:

- 46 regionale Konsumgenossenschaftsverbände (Prefectural Unions of Consumer Cooperatives)
- Nationaler Verband der Universitätsgenossenschaften (National Federation of University Cooperative Associations - INFUCA) mit 210 angebundenen Genossenschaften, über 2.000 Mitarbeitern, 1,3 Mio. Mitgliedern, 208.286 Mio. Yen (1,5 Mrd. Euro) Umsatz.
- Nationaler Verband der Wohnungsbaugenossenschaften (National Federation of Housing Cooperative Societies - Zenjuren) mit 48 Genossenschaften, die in 1.369 Häusern 932.000 Mitgliedern zur Verfügung stehen.
- Nationaler Versicherungsverband für Arbeiter und Konsumgenossenschaftsmitglieder (National Federation of Workers and Consumers Insurance Cooperatives - Zenrosai) mit 59 Genossenschaften, 2.426 Mitarbeitern, 13,2 Mio. Mitgliedern und einem Bestand von 34 Mio. Versicherungspolicen.

Die Gesamtgruppe der Konsumgenossenschaften hat 19 Millionen Mitglieder, setzt jährlich ca. 3.400 Mrd. Yen (48 Mrd. DM) um und beschäftigt 59.000 Mitarbeiter.

Die JCCU mit einem Eigenkapital von 7,9 Mrd. Yen (57 Mio. Euro), einem Umsatz von 285 Mrd. Yen (2,4 Mrd. Euro) und 1.000 Angestellten betreut über die 46 regionalen Konsumgenossenschaftsverbände 646 lokale Konsumgenossenschaften. Die größte dieser lokalen Konsumgenossenschaften, Coop Kobe (1938 lehrte Franz Oppenheimer an der Universität von Kobe), setzt ca. 384.564 Mio. Yen (2,8 Mrd. Euro) um und betreut 1,3 Mio. Mitglieder. Insgesamt verfügt diese Organisation über etwa 3.000 Läden.

Daneben ist ein Japan-spezifisches, flächendeckendes Home-Delivery-System aufgebaut, über das 46% des Gesamtumsatzes abge-



wickelt wird. Dessen Basis sind nachbarschaftliche Kleinstgruppen von fünf bis sieben Familien.

Ob eventuell der hohe Anteil von Genossenschaftsmitgliedern an der Gesamtbevölkerung in Japan mit dem sehr niedrigen Gini-Koeffizienten (ein statistisches Maß für Ungleichverteilungen) für die Einkommensverteilung zusammenhängt, sollte genauer untersucht werden.

## 10.7. Bangladesch

Yunus selbst beschrieb die Situation in Bangladesch folgendermaßen: *„Ich sah, dass die Leute hart arbeiteten, aber trotzdem blieben sie arm. Warum? Um also Materialien zur Herstellung einfacher Möbel zu erstehen oder Zutaten für das Essen, das sie an der Straße kochten und verkauften, mussten sie sich Geld leihen: entweder bei jenen Menschen, die ihnen die Rohstoffe zur Verfügung stellten und sie dann gleich auch für die fertigen Produkte bezahlten, oder beim Geldverleiher, der horrenden Zinsen verlangte. So oder so - ihnen selber blieb am Ende eines langen Arbeitstages kaum etwas übrig.“* [188]

Die großen Banken waren aufgrund fehlender Sicherheiten nicht bereit, den Menschen Kredite zu gewähren. Ein weiterer Grund für normal strukturierte Banken ist das Missverhältnis zwischen hohem Arbeitsaufwand pro Kunde und geringer Höhe der Mikrokredite, die allerdings zu marktüblichen Zinsen vergeben werden. Yunus gründete die Grameen-Bank.

### 10.6.1. Grameen-Bank [188]

Die Grameen Bank (übersetzt etwa Dörfliche Bank) ist ein 1983 gegründetes Mikrofinanz-Kreditinstitut, das Mikrokredite an Menschen ohne Einkommenssicherheiten in Bangladesch vergibt. 1976 begann Yunus zunächst damit, eigenes Geld zu verleihen. Seine Erfahrungen waren positiv, denn pünktlich erhielt er die ausgezahlten Kredite mit Zinsen wieder zurück. Er entwickelte ein System, in dem sich die Kreditnehmer - fast ausschließlich Frauen - aufgrund persönlicher Bindungen zur Rückzahlung verpflichtet fühlten. Und sie wurden Mitglieder - d. h. Miteigentümer - der Bank: Die Grameen Bank gehört ihren Kunden.

Die Grameen Bank setzt für die Vergabe der Kredite zwei Bedingungen:

- Der Antragsteller muss erklären, wofür er das geliehene Geld einsetzen will.
- Der Erwerb von Radio- oder Fernsehgeräten mit diesem Geld ist untersagt.

Die Tochtergesellschaften GrameenTelekom und GrameenPhone ermöglichen in Bangladesh vielen Dörfern eine Telefonverbindung. Durch Kreditvergabe kaufen Frauen ein Telefon, das sie gegen Gebühr an die Mitglieder der Dorfgemeinschaft vermieten.

Im Lauf der Zeit entwickelte die Bank auch eigene Programme, bei denen Darlehen zu besonderen Bedingungen - z. B. Hausbaudarlehen für Familien - vergeben werden. Der Bank gehören zusätzlich Gesellschaften der Telefon-, Energie- (Grameen Shakti), Textil- und Baubranche und andere Dienstleistungsbereiche an.

Ende 2007 hatte die Bank nach eigenen Angaben 7,34 Millionen Kreditnehmer, davon 97 % Frauen. Die Gesamtsumme des bisher verliehenen Geldes beläuft sich auf 6,55 Milliarden Dollar. Die Bank unterhält 2.468 Zweigstellen mit 24.703 Mitarbeitern, die über 70 % (80.257) der Dörfer in Bangladesch betreuen. 98,35 % der vergebenen Kredite werden wieder zurückgezahlt. Die Bank befindet sich zu 94 % im Besitz der Kunden und zu 6 % im Besitz des Staates[6].

2006 bot Danone Yunus eine größere Spende an. Yunus meinte: „*Ich möchte lieber ein gemeinsames Geschäft vorschlagen.*“ Er erläuterte dann die Gründungs-idee: Danone entwickelt einen Joghurt, in dem alle Nahrungsbestandteile enthalten sind, die in der Ernährung der Ärmsten fehlen. Danone gibt sein Know-how, indem es das Werk in Bangladesch errichtet. Nach dem Return of Invest soll das Unternehmen den Abnehmern des Joghurt, der Kundschaft, gehören. Im Dezember 2006 wurde das erste Werk in Bogra, 230 km nördlich von Dhaka errichtet. 28 Arbeiter verarbeiten die Milch aus einem Umkreis von 50 Kilometern. 235 Grameen-Frauen beliefern diesen Umkreis dann mit dem Fertigprodukt. Es kostete anfangs 5, wegen gestiegener Milchpreise dann 8 Taka (ca. 8 Cent)

Gründer Yunus wurde 1994 mit dem Welternährungspreis, 1998 der Sydney-Friedenspreis und 2006 mit dem ersten ITU World Information Society Award (ITU) ausgezeichnet. Im selben Jahr wurden der Grameen Bank und ihrem Gründer Yunus für die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung von unten zu gleichen Teilen der Friedensnobelpreis des Jahres 2006 zuerkannt.

# 11. Schlussbetrachtung

Trotz aller Behinderungen seitens des Kapitalismus und des Sozialismus hat sich die Idee der der Genossenschaften und speziell der Reproduktionsgenossenschaft erhalten und kann heute auf mehrfach höhere und weiter steigende Mitgliederzahlen verweisen als Parteien und Gewerkschaften, deren Mitglieder sich enttäuscht und verärgert von ihrer Organisation zurückziehen.

Besser als es Claudia Maria Miotti für die Schweizer Migros in ihrer Seminararbeit an der Universität Zürich - trotz massivster Kritik an Migros im Einzelnen - formuliert hat [189], lässt sich die Bedeutung von Reproduktionsgenossenschaften für Individuum und Gesellschaft kaum darstellen:

*„Von der wirtschaftlichen Tätigkeit einer [Konsumgenossenschaft wie] Migros profitieren in erster Linie die Konsumenten, als sie in den Genuss billiger Preise, guter Qualitätsware und Dienstleistungen kommen und - betrachtet man ganz allgemein die wettbewerbsbelebende und preisregulierende Funktion, welche den Konsumgenossenschaften zugeschrieben wird - die Gesellschaft.*

*Von der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit (angesprochen ist hier v.a. die kulturelle Seite) profitiert zunächst der einzelne, sei es als Besucher eines verbilligten Konzerts, als Kursteilnehmer einer Klubschule, als Gesuchsteller für ein kulturelles oder soziales Projekt oder aber als Empfänger vorgesehener sozialer Leistungen (etwa Hilfe für Ausländer, Katastrophenhilfe, Behindertenhilfe etc.). Begreift man Kultur, Kunst, Wirtschaftspolitik und soziale Hilfestellung darüber hinaus als Beitrag an die Lebensqualität der Bevölkerung und deren Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, geht der Nutzen über jenen des einzelnen weit hinaus.*

*Auch vom Engagement in Umweltbelangen, Ethik und der nachhaltigen Entwicklung profitiert letztlich die Gesellschaft, als die eine Konsumgenossenschaft für sie die Verantwortung gegenüber der Umwelt und Menschheit wahrnimmt. Daneben profitieren auch die Mitarbeiter etwa von einer fortschrittlichen Mitarbeiter- und Lohnpolitik und natürlich auch die Mitglieder. Sie profitieren*

*jedoch weitgehendst im selben Umfang wie die Nichtmitglieder von der Gesamtheit der von der Migros erbrachten Leistungen für die Konsumenten, dazu kommen einige besondere Zuwendungen und Privilegien.“*

Es kann wohl nicht von allen Eigentümern von Einzelhandelsketten verlangt werden, dass sie ihren Besitz wie Duttweiler ihrer Kundschaft schenken, aber, so gut wie es Duttweiler allein geschafft hat, einen Vertrieb von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen aus dem Nichts aufzubauen, müsste es vielen Konsumenten gemeinsam auch gelingen, ihre Selbstversorgung aufzubauen.

Da sich das System der Reproduktionsgenossenschaften über die Aufhebung der Trennung von Konsument und Produzent so nachhaltig bewährt hat, sollte es im Interesse von Individuum und Gesellschaft als profitminimierendes Instrumentarium und doch wohl einzige wirksame Strategie gegen die Profitgier der neoliberalen globalen Finanzmärkte auch seitens des Staates, der Parteien und Gewerkschaften ernsthafte politische Unterstützung erfahren.

# Literaturverzeichnis

1. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml> 2001
2. Kenneth Ewart Boulding: The economics of the coming spaceship earth. In: Jarrett H (ed) Environmental quality in a growing economy. Harper & Row, New York, p 3–15 1966
3. Andreas Scheibelhofer: Menschenrechtsgeschichte in Europa: Platon und die Folgen. <http://sammelpunkt.philo.at:8080/910/1/se0102arbscheibelh.pdf> 2004
4. Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Zeitschrift für Rechtspolitik. 9/1983. C.H. Beck, München 1983
5. Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwerde. In: Joachim Sikora, Günter Hoffmann (Hrg): Vision eines „Regionalen Aufbruchs“ Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln 2005
6. Claus Schäfer: Einkommensverteilung, Wachstum und soziale Gerechtigkeit. Sozialbündnis Main-Tauber-KreisLauda-Königshofen. [http://www.heilbronnfranken.dgb.de/rat\\_hilfe/material/2007/Einkommensverteilung/file\\_view\\_raw](http://www.heilbronnfranken.dgb.de/rat_hilfe/material/2007/Einkommensverteilung/file_view_raw) 09.11.2007
7. Horst Köhler: Zitiert nach Spiegel Online: Köhler beklagt soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. 01.10.2007,  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,508829,00.html> 2007
8. Alan Greenspan: Greenspan spricht von Jahrhundertkrise.  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,570048,00.html> 2008
9. Georg Soros: Soros sieht schlimmste Krise seit 60 Jahren. Welt Online, 20.01.2008,  
[http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros\\_sieht\\_schlimmste\\_Krise\\_seit\\_60\\_Jahren.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros_sieht_schlimmste_Krise_seit_60_Jahren.html) 2008
10. Aristoteles: Politik, 1. Buch, Kap. 3, 1259a 384-322 v. Chr.
11. Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. Laub, S. 211, Berlin 1925
12. Wolfgang Fabricius: Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft. Stehen wir vor einem ökonomischen Tsunami? 29.04.2005, Labournet vom 18.05.2005,  
<http://www.labournet.de/news/2005/mittwoch1805.html> 2005
13. Franz Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach. Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 2, Hamburg 1903
14. Jeremy Rifkin: Interview: Sönke Iwersen): Langfristig wird die Arbeit verschwinden. Süddeutsche Zeitung, 29.04.2005 - aktualisiert: 05.09.2007,  
[http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?\\_skip=0](http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_skip=0) 2007
15. Wikipedia: Josephspfennig. <http://de.wikipedia.org/wiki/Josephspfennig> 2006
16. Martin Luther: An die Pfarrherrn wider den An die Pfarrherren wider den Wucher zu predigen. Vermahnung D. Martini Lutheri, Tomos 7, S. 415 1540
17. Josef Ackermann, Hans Christoph Binswanger: Es fehlt das Geld. Nun gut, so schaff es denn! Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.06.2009

18. Ulrich Beck: Globalisierung von unten. Die Tageszeitung, 19.07.2008 2008
19. Horst Afheldt: Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. Kunstmann, München 2003
20. Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. Wien 1912
21. Markus Dettmer, Rüdiger Falkson, Alexander Jung, Alexander Neubacher, Gregor Peter Schmitz, Holger Stark, Gabor Steingart: Unheimliche Parallelen. Der Spiegel 27.04.2009
22. Nikolaus Blome, Kai Diekmann, Rolf Kleine: BILD-Interview mit Bundespräsident Horst Köhler „Die Krise wird Neues und Gutes hervorbringen“. Bild 02.05.2009
23. Peter Sloterdijk: Philosophisches Quartett. SFB 30.11.2008
24. Armin Mahler und Michael Sauga: Jahrhundert der Bescheidenheit. Spiegel-Gespräch. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument-druck.html?id=66208553&top=SPIEGEL> 27.07.2009
25. Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. 5. Auflage, Econ 2001, S. 505/6 Reprint: Wissenschaftsverlag Aachen 2003. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/> 2003
26. Alexander Jung et al.: Gipfel der Ungerechtigkeit. Der Spiegel 23/2007, S. 40 2007
27. Michael Sauga: Doppeltes Risiko. Der Spiegel 27/2007, S. 97 2007
28. DGB-Bundesvorstand: Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Leichte Besserung für Arbeitnehmer in 1999. Berlin [www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/abisz\\_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1) 2000
29. Aristoteles: Politeia, 5. Buch. 384-322 v. Chr.
30. Hans Tietmeyer: Finanzmärkte kontrollieren die Politik. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1996 1996
31. Franz Oppenheimer: Der Staat – Eine soziologische Studie. Erstauflage 1907, Übersetzungen und Nachdrucke 1914, 1922 und 1926. Kurzfassung 1928, Reprint: Libertad Verlag Berlin 1990. <http://www.franz-oppenheimer.de/staat0.htm> 1990
32. Essay: Ein Staat ohne Legitimation. Die Welt, 27.03.2007 2007
33. Rolf E. Breuer: Die fünfte Gewalt. Zeit Online 18/2000. [http://www.zeit.de/2000/18/200018.5.\\_gewalt\\_.xml](http://www.zeit.de/2000/18/200018.5._gewalt_.xml) 2000
34. Robert Kurz: Das Weltkapital - Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems 2005
35. Naomi Klein: Die Schockstrategie – Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. S. Fischer, Frankfurt am Main 2007
36. Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater: Die EU eine imperiale Großmacht? <http://sandimgetriebe.attac.at/6128.html> 2007
37. Naomi Klein: Finanzmarktkrise löst neoliberalen Klassenkonsens auf. Europa im Blick, 12.02.2008 bzw. The Nation, 31.01.2008 2008
38. Johannes Agnoli: Interview : Johannes Agnoli über Verfassungspatriotismus

- und Fundamentalopposition.  
<http://www.trend.infopartisan.net/trd1000/t321000.htm> 2000
39. Gustav Landauer: zitiert nach Siegbert Wolf: Gustav Landauer - Zur Einführung. Junius, Hamburg 1988
  40. Muhammad Yunus: Die Armut besiegen. Hanser 2008
  41. Annette Schlemm, Christian Siefkes: Commons-Netzwerke.  
<http://peerconomy.org/wiki/Commons-Netzwerke> 2009
  42. Gabor Steingart: Das Ende der Globalisierung? 2. Teil: Die Gefahr eines ökonomischen Tsunamis. Spiegel online, 10.12.2007,  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,522305-2,00.html> 2007
  43. Gustav Horn et al.: IMK-Report 10/2008 - Wer profitierte vom Aufschwung? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008.: IMK-Report 10/2008 - Wer profitierte vom Aufschwung? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008
  44. Michael Schlecht et al.: Genug gespart! - Öffentliche Leistungen stärken. ver.di Berlin 2008
  45. Markus M. Grabka: DIW Wochenbericht 10/2008: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Berlin 2008
  46. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 028 vom 21.01.2008 LEBEN IN EUROPA 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland.  
[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08\\_\\_028\\_\\_634,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08__028__634,templateId=renderPrint.psml) 2008
  47. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Armuts- und Reichtumsbericht.  
[http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht\\_\\_cd.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts__und__reichtumsbericht__cd.html) 2005
  48. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.  
[www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter\\_\\_armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf) 2008
  49. Hans-Werner Sinn: bei Anne Will am 27.04.2008 2008
  50. Die Europäische Gemeinschaft: Vertrag gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG)Nr. 831/2002 der Kommission vom 17. Mai 2002 zur Durchführung der Verordnung(EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken –Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke.<http://www.ed-destatis.de/de/microdata/download/eu-silc-de.pdf> 2002
  51. Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland - 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2005:  
[http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen\\_in\\_deutschland\\_der\\_2\\_armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht\\_der\\_bundesregierung.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen_in_deutschland_der_2_armuts__und__reichtumsbericht_der_bundesregierung.html) 2005
  52. Statistisches Bundesamt: Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA - für Deutschland 2005:



- [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochuere\\_\\_EU\\_\\_Silc.property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochuere__EU__Silc.property=file.pdf) 2005
53. Destatis, gesis-ZUMA, WZB, bpb: Datenreport 2008 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.  
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2008Einleitung.property=file.pdf> 2008
  54. Claus Schäfer: Einkommensverteilung und Alterseinkommen - Seminar Generationengerechte Gesellschaft. ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, Celle 2007
  55. Markus M. Grabka und Joachim R. Frick: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. DIW-Wochenbericht 45 2007
  56. Mareke Aden und Roland Nelles: Diskrete Dienste. Der Spiegel 2/2007  
<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/07/99/dokument.html?titel=Diskrete+Dienste&id=50109970&top=SPIEGEL&suchbegriff=diskrete+dienste&quellen=&vl=0> 2007
  57. Wolfgang Fabricius: Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft,  
<http://www.Gesundheitsladen-Berlin.de/Leibeigenschaft.pdf> 2005
  58. Jürgen Borchert: Ein Geburtstagsbrief vom alten Onkel an seinen Lieblingsneffen attac-Deutschland zu dessen fünftem Geburtstag.  
<http://www.attac.de/ratschlag-mannheim/onkel-b.php?print=yes&id=> 2005
  59. Wikipedia: Neoliberalismus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus> 2008
  60. Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft – Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. VSA-Verlag Hamburg 2004
  61. Zitiert nach: Projektgruppe “Buena Vista Neoliberal: Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation, Rosa Luxemburg Stiftung [www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf](http://www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf) 1999
  62. Susan George: Eine kurze Geschichte des Einheitsdenkens. Le Monde Diplomatique, 16.08.1996, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/1996/08/16/a0256.text.name,askXB0QdL.n,1> 1996
  63. Joseph Stiglitz: Das war's, Neoliberalismus. Financial Times Deutschland 17.07.2008
  64. Nils Minkmar: Die Krise hat erst begonnen. FAZ 10.02.2009
  65. Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des „Kapital“, [http://www.mlwerke.de/me/me25/me25\\_897.htm](http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_897.htm) 1894
  66. Peter F. Drucker: The Unseen Revolution, Harper & Row, New York 1976, deutsch: Die unsichtbare Revolution – Die Mitarbeiter-Gesellschaft und ihre Probleme. Econ 1977, Knauer 1979 1976
  67. Nicola Liebert: Die guten Kapitalisten – Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik. Le Monde Diplomatique, September 2007.  
<http://www.taz.de/digitaz/2007/09/14.1/mondeText.artikel,a0036.idx,9> 2007
  68. Michael R. Krätke: Jenseits des Kapitalismus – Oder wo die kapitalistische

- Entwicklung über sich hinauswächst. In: Marcus Hawel, Gregor Kritidis: Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Hannover [www.praxisphilosophie.de/kraetke\\_jenkap.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/kraetke_jenkap.pdf) 2006
69. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS): <http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>, <http://www.bis.org/statistics/derstats.htm> 2007
  70. FAZ: Angst vor der Kernschmelze. FAZ vom 18.04.2008. <http://www.faz.net/s/RubBD6B20C3D01A48D58DA92331B0A80BC3/Doc~E2E64F149829545E589B33E97122FF9BB~ATpl~Ecommon~Scontent.html> 2008
  71. Michael C. Jensen und William H. Meckling: Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure. Journal of Financial Economics, October, <http://papers.ssrn.com/abstract=94043> 1976
  72. Brent Schlender: The original management guru shares his vision of the future. Fortune, [http://money.cnn.com/magazines/fortune/fortune\\_archive/1998/09/28/248706/index.htm](http://money.cnn.com/magazines/fortune/fortune_archive/1998/09/28/248706/index.htm) 28.09.1998
  73. Sven Afhüppe et al.: Kapitalismus total global (Teil II): Die Zeche zahlt der Wirt. Der Spiegel 18/2005, S. 131, <http://service.spiegel.de/digas/find?DID=40254128> 2005
  74. Gabor Steingart: Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft. 22.09.2006, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,438372,00.html> 2006
  75. König & Cie: Investor's Input – Private Equity von A bis Z. Hamburg 2007
  76. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [http://www.mlwerke.de/me/me04/me04\\_459.htm#ZT22](http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22)
  77. Otto Köhler: Wohlstand für alle? junge Welt 19.09.2009
  78. Essay: Essay: Ein Staat ohne Legitimation. Die Welt, 27.03.2007. 2007
  79. Roland Baader: Der Papierne Selbstmord. [www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf](http://www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf) 2008
  80. Eccles, Marriner S.: Beckoning Frontiers: Public and Personal Recollections (1st ed.). New York: Alfred A. Knopf. pp. 499 1951
  81. Sparkasse: Zinsgeschichte und Zinsprognose aus der Sicht von vor 100 Jahren. Sparkasse 12/88 (S. 575-578) 1988
  82. Karlheinz Deschner: Der Moloch - eine kritische Geschichte der USA/Zur Amerikanisierung der Welt. 10. überarbeitete Neuauflage, Heyne <http://www.deschner.info/de/werk/33/kurzbeschreibung.htm> 2002
  83. Dossier: Söldner und Privatpolizisten - Vom Kongo ... nach Kabul. Le Monde Diplomatique, 12.11.2004, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/11/12.mondeText.artikel,a0062.idx,18> 2004
  84. Robert Kurz: Politische Ökonomie des Antisemitismus - Die Verkleinbürgerung der Postmoderne und die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell 2004
  85. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit. Campus-Verlag 2004
  86. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der

- Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten 1) 2)(ABl. EG Nr. L 203 S. 28) 1999
87. Christoph Pauly: Im Fegefeuer der Finanzmärkte. Der Spiegel 16/2007. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument-druck.html?id=51211768&top=SPIEGEL> 2007
  88. Harald Schumann und Christiane Grefe: Der Globale Countdown – Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenheuer & Witsch 2008
  89. Frédéric Lordon: Die Zocker setzen auf den Staat. Le Monde diplomatique, März 2008. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14.mondeText1.artikel,a0041.idx,10> 2008
  90. Andre Gorz: Auswege aus dem Kapitalismus - Beiträge zur politischen Ökologie. Rotpunktverlag 2009
  91. Ulrich Brand und Sven Giegold: Wir haben keine Zeit für Systemfragen. Interview Malte Kreuzfeldt und Felix Lee. Die Tageszeitung 5./6.09.2009
  92. Arne Meerkamp, Andre auf der Heiden, Annette Mühlberg: Berliner Manifest: Öffentliche Dienste 2.0 - Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken! ver.di 2008
  93. Waltraud Schwab: Mehr Ratlosigkeit als Aufbruch.die tageszeitung 09.03.2009
  94. Wolfgang Fritz Haug: Die Linke hat kein Konzept für die Krise. junge Welt. 9.3.09 2009
  95. Tobias Moorstedt: Attac in der Krise - Irgendwie dagegen. Süddeutsche Zeitung 09.03.2009
  96. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, 1899, Reprint: Dietz Verlag Berlin, 1967 1899
  97. Andre Gorz: Brief an Franz Schandl. <http://www.streifzuege.org/2007/ueber-den-horizont-unserer-handlungen> 02.12.2003
  98. Helmut Creutz: Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte? Humane Wirtschaft 03 2009
  99. Ulf Martin: Konzepte einer anderen Welt. Mailingliste solioeko der Attac AG Solidarische Ökonomie 09.06.2009
  100. Helmut Creutz: In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf) 1995
  101. Karl Korsch: Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft. In: Die Tat (Jena), 4. Aufl. 1912
  102. Klaus Novy: Strategien der Sozialisierung - Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Campus 1978
  103. Michael Krätke, Karl Heinz Roth: Schriften zur Geschichte und Kritik der Politischen Ökonomie – Vorbemerkung der Herausgeber. In: Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. VSA Hamburg 2004 2004
  104. Ingo Stützle: Die Krise und die Perspektiven linker Politik. Ein Gespräch mit Werner Rätz, ak 533 2008

105. Gabor Steingart: Land stiller Abschiede. Der Spiegel 11/2009, 9.3.09 2009
106. André Gorz: Brief an Andreas Exner. <http://www.streifzuege.org/2007/ueber-den-horizont-unserer-handlungen> 02.07.2007
107. Attac-AG Genugfür alle: Arbeitsverhältnisse und Transformationsmöglichkeiten. [http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/AG\\_Genug\\_fuer\\_Alle/Arbeit/Positionspapier-gfa-Arbeitsverh%C3%A4ltnisse%20C%20quadrat%20.pdf](http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Genug_fuer_Alle/Arbeit/Positionspapier-gfa-Arbeitsverh%C3%A4ltnisse%20C%20quadrat%20.pdf)
108. Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der "Globalisierung". [http://www.leibi.de/takaoe/84\\_20.htm](http://www.leibi.de/takaoe/84_20.htm)
109. Robert Kurz: Von der Diktatur der abstrakten Zeit. In: Kurz/Lohoff/Trenkle: Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999
110. Elmar Altvater: Steinerne Gäste - Fünftes Weltsozialforum in Porto Alegre. Freitag, 04.02.2005. <http://www.freitag.de/2005/05/05050601.php> 2005
111. Ralph Nader: Moderner Konsumentenschutz: Trends, Ideen, Postulate. In: Rudolf Brun (Hrg.): Der neue Konsument 1979
112. Detmar Doering: Liberalismus - Ein Versuch über die Freiheit. Zum Programmentwurf „Bürger zur Freiheit“. In: Liberal, Heft 1/1993 S. 90 - 102, hier S. 95.
113. Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 07.09.1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des ZdK 1949
114. Gustav Landauer: Drei Flugblätter (1913), 2. Was ist zunächst zu tun?, <http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>
115. Jens Schwebbach (V.i.S.d.P.): Nicht-kommerzielle Landwirtschaft - NKL - Ein Erfahrungsbericht der ersten 3 Jahre. 2008
116. Klaus Kleffmann: Seniorengenossenschaften in Deutschland, in: Das Tauschring-Archiv / Sozialagentur E. Kleffmann (Hrsg.): Das Handbuch der Tauschsysteme. Machst Du mit? Zeit kontra Geld. 2. Auflage. Lotte 2001
117. Berliner Tauschringe: Selbstverständnis der Berliner Tauschringe. <http://trb.tauschring-mitte.de//content/view/62/50/>
118. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus" <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>
119. Claus Offe: Die Verteilung von Geld und Zeit. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf)
120. Wikipedia: Foodcoop. <http://de.wikipedia.org/wiki/Foodcoop>
121. KuBiZ: KuBiZ - Kultur- und Bildungszentrum Raoul Wallenberg <http://www.kubiz-wallenberg.de/projekte.html> 2009
122. Thomas Vehmeier: Von der Community zur Genossenschaft. <http://www.interneteconomics.de/blog/?p=59> 2007
123. Elinor Ostrom: Gemeingütermanagement - eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Silke Helfrich: Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, oekom München 2009

124. Burchard Bösche: Zurück zu Schulze-Delitzsch! - Notwendige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Selbsthilfe. Informationen vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Sonder-Nr. 1 2007
125. Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Dietz, Berlin 1985a.
126. Erik Boettcher (Hrg.): Die Genossenschaft im Wettbewerb der Ideen - eine europäische Herausforderung. Bericht der 11. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Münster. Mohr 1985
127. Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress: Zitiert nach Klaus Novy et al. (1985b)
128. Klaus Novy et al. (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn 1985b
129. Eduard Pfeiffer: Über Genossenschaftswesen. Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft? Leipzig 1863
130. Burchard Bösche: Reformüberlegungen zum Genossenschaftsrecht aus der Sicht des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). <http://www.zdk-hamburg.de/download/Genossenschaftsreform.pdf>
131. Sigurd Schulze: Endlich ist der „Genosse“ kein Genosse mehr. <http://www.bmgev.de/themen/genossenschaften/40genossenschaftsreform-lau1.html>
132. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, 1899, Reprint: Dietz Verlag Berlin, 1967.
133. Irmtraud Schlosser und Bodo Zeuner: Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie. In: Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA-Verlag Hamburg, 2006.
134. Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Siedler-Verlag Berlin 1985
135. Wladimir I. Lenin: Über das Genossenschaftswesen. Prawda 1923 [http://www.mlwerke.de/le/le33/le33\\_453.htm](http://www.mlwerke.de/le/le33/le33_453.htm)
136. Nicole Göler von Ravensburg und Winfried Köppler: Begleitforschung - Nachhaltige Schülergenossenschaften - Endbericht - genoatschool. [http://www.genoatschool.de/assets/applets/Schulergenossenschaften\\_Abschlussbericht.pdf](http://www.genoatschool.de/assets/applets/Schulergenossenschaften_Abschlussbericht.pdf) 2008
137. genoatschool: Bildung für Genossenschaften - email-Interview mit Nicole Göler von Ravensburg. <http://www.genoatschool.de/html/interview.html> 2005
138. Victor Aimé Huber: Die Selbsthilfe der arbeitenden Klasse durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung, 1848 (anonym)
139. Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, [http://www.mlwerke.de/me/me16/me16\\_190.htm](http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm)
140. Friedrich Engels: Das Auftreten Mazzinis gegen die Internationale. [http://www.mlwerke.de/me/me17/me17\\_390.htm](http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_390.htm)
141. Erwin Hasselmann: Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften, COOP Verlag GmbH, Hamburg, 1971
142. Arno Mersmann: Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung. In: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus,

- Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985b
143. Wolfgang Fabricius: Genossenschaften. 01.02.2006.  
<http://www.gesundheitsladen-berlin.de/Genossenschaften/Genossenschaften.pdf>
  144. Walter Hesselbach: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen - Instrumente gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Struktur- und Wettbewerbspolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1971
  145. Freie Gewerkschaften: Zitiert nach: Klaus Novy et. al.: Anders Leben -Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Dietz, Berlin 1985b.
  146. Burghard Bösche, Jan-Frederik Korf: Chronik der deutschen Konsumgenossenschaften – 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland, 100 Jahre Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., [www.zdk-hamburg.de/download/Chronik\\_ZdK\\_Text.pdf](http://www.zdk-hamburg.de/download/Chronik_ZdK_Text.pdf)
  147. Jan-Frederik Korf: Von der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront – Zwischen Gleichschaltung, Widerstand und Anpassung an die Diktatur. Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2008
  148. Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 07.09.1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 1949
  149. Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171
  150. Harri Czepuck: Glasperlenspiel - Entschädigungslose Enteignung: Wie die Berliner Konsumgenossenschaft gerettet werden sollte. Junge Welt, 6.3.2004, <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2004/03-06/005.php>
  151. Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV): BverwG, Urteil vom 6. Juni 2002, Az. 7 C 7.02: Rechtsnachfolge; Konsumgenossenschaft; Zwangsauflösung etc.  
<http://www.barov.bund.de/service/rechtsprechung/suebersicht/rue2002/12-2002.pdf>
  152. GVN: 160 Jahre Genossenschaften - GVN eröffnet historische Bilderausstellung.  
<http://www.lifepr.de/pressemeldungen/genossenschaftsverband-norddeutschland-ev/boxid-7155.html>
  153. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. Brüssel, den 23.2.2004. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0018de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0018de01.pdf)
  154. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Konsultationspapier – Genossenschaften im Unternehmen Europa.  
[ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc_de.pdf)

155. Sawai Singh Sisodia: Die Genossenschaftsbewegung in Indien: Probleme und Herausforderungen. <http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-01/Deutsch-7.html>
156. International Co-Operative Alliance (ICA): Statistical Information on the Co-operative Movement. <http://www.ica.coop/members/member-stats.html>
157. International Co-Operative Alliance (ICA): ICA Member Organisations. <http://www.ica.coop/members/index.html>
158. Eme Bernard, Laville Jean-Louis, Marechal Jean-Paul: Solidarwirtschaft - Illusion oder weg in die Zukunft? 2001. <http://www.france.attac.org/spip.php?article3190>
159. Vera Herweg: Können Genossenschaften als Gemeinschaften bezeichnet werden? Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Soziologie, Seminar "Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsbildung" Prof. Matthias Grundmann Wintersemester 2001/02. <http://www.unimuenster.de/Gemeinschaftsforschung/Arbeitsgruppe/AG%20Genossenschaften.pdf>
160. Konsum Berlin: Konsum Berlin: <http://www.konsum-berlin.de/>
161. Ewald B. Schulte: Schicksalstag für den Konsum Berlin. Berliner Zeitung, 6.10.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/1006/politik/0008/index.html>
162. Konsum Dresden: <http://www.konsum-dresden.de/>
163. Konsum Leipzig: [http://www.konsum-zentrale.de/a\\_kontakt.php](http://www.konsum-zentrale.de/a_kontakt.php)
164. Co op Schleswig-Holstein: <http://www.coop.de/>
165. VG-Dresden: Die VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG. <http://www.vg-dresden.de/vg-genossenschaft/start.htm>
166. Emschergenossenschaft: [http://www.eglv.de/index\\_frs.html](http://www.eglv.de/index_frs.html)
167. Werner Rügemer: Beispiel Hartau - Eine Wasser-Genossenschaft kämpft um ihr Konzept. In: Wie Privatisierer die kommunalen Kassen plündern. Humanwirtschaft 4/2003 [www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf\\_z/ruegemer\\_privatisierer.pdf](http://www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf_z/ruegemer_privatisierer.pdf)
168. Bundesministerium der Justiz: Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung. [http://www.gesetze-im-internet.de/enwg\\_2005/](http://www.gesetze-im-internet.de/enwg_2005/) 2005
169. Detlef Grumbach: Radiosendung „Engagierte Gemeinschaften“ im Deutschlandradio Kultur. taz, Berlin 2006.
170. Max Borowski: Herr Schmidt, die Mullahs und das Gas. <http://www.ftd.de/politik/international/353765.html?mode=print>
171. Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004, als stark gekürzte Fassung eines Kapitels aus seinem Buch "Wirtschaftsirrtümer – Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik", <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,druck-289395,00.html>
172. Federico Agostini: Eigenschaften des italienischen Genossenschaftssektors 2008
173. Ufficio Relazioni Internazionali: LegaCoop - Rome - 2. April 2009 2009
174. Cécile Raimbeau: Die Roten schreiben schwarze Zahlen - Genossenschaften

- und Kooperativen in Europa. Le Monde diplomatique 8455 14.12.2007
175. Giuliana Giorgi: Bewegung in Italien 2009
  176. Stefan Howald: Genossenschaften - Stumpfen für die Massen. WOZ 26.03.2009
  177. Migros: <http://www.migros.ch/DE/home/Seiten/Home.aspx>
  178. Adele und Gottlieb Duttweiler: Adele und Gottlieb Duttweiler: Thesen vom Jahre 1950: [http://members.tripod.com/~critics\\_solutions/15\\_thesen.htm](http://members.tripod.com/~critics_solutions/15_thesen.htm)
  179. Philippe Sablonier: Discounter - 1400 Mal muss es piepsen. WOZ 16.08.2007
  180. COOP: Homepage: <http://www.coop.ch/>
  181. Bettina Dytrich: Vertragslandwirtschaft - Ein kleines Stück Antwort auf die grossen Fragen. WOZ 2009
  182. Genossenschaften in den USA:  
<http://www.auswandern.us/genossenschaften.html>
  183. Ansgar Horsthemke: Die Genossenschaften in den USA unter besonderer Berücksichtigung der New Generation Cooperatives. [www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf](http://www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf)
  184. Nora Müller, Tobias Lambert: Bildet zwei, drei, tausende Kooperativen! Lateinamerika Nachrichten 392 2007
  185. Peter Bach: Wir diskutieren nicht gegeneinander. 29.10.2006  
<http://www.coforum.de/?6145>
  186. Alexander Bürkner: Die japanischen Genossenschaften. Internationale Raiffeisen-Union, IRU Courier 1/98.  
<http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-98/Deutsch-3.html>
  187. wikipedia: Grameen Bank 2009
  188. Claudia Maria Miotti: Fallstudie am Beispiel des Migros-Genossenschaftsbundes: "Non-Profit" - Wer profitiert wirklich? Seminararbeit im Rahmen des interdisziplinären Seminars "Der Homo oeconomicus und die Freiwilligenarbeit" des Rechtswissenschaftlichen Institutes der Universität Zürich, WS 2002/2003.  
[rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf](http://rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf)  
2003



# Autoren und Sachverzeichnis

## A

Absatzmarkt.....	156
Adenauer, Konrad.....	19, 32, 77
Afhüppe, Sven.....	62
AGCI.....	216
Agnoli, Johannes.....	41
Aktiengesellschaftsgesetz.....	146f.
Aktionär.....	62f., 77, 146, 212
Allmende.....	42, 101, 117
Altwater, Elmar.....	39, 72, 100
Anbieter.....	100, 123, 142, 152, 211
Anbieterseite.....	101, 106, 108, 124, 137, 151f., 184, 195
Angestellte.....	22, 135, 155f., 171, 176, 222, 231
Ankaufsgenossenschaft.....	174
Anleger.....	20f., 24, 38f., 43, 59, 61, 63f., 88, 99, 101, 103, 105, 108, 132, 211f.
Anthroposophen.....	215
Äquivalenzeinkommen.....	47, 48f.
Arbeit. 8, 11, 17f., 20ff., 25, 30, 33, 36, 38, 52, 62, 74, 82, 84, 86, 89, 98, 100ff., 108f., 138, 154, 156, 207, 215	
Arbeiter....8, 41, 60, 91, 93ff., 100, 103, 131f., 135ff., 152, 154, 156, 159, 167f., 170ff., 174ff., 179, 181, 185f., 204f., 217, 222, 231, 234	
Arbeiterbewegung.....	91, 94, 100, 131f., 166, 172, 174ff., 179
Arbeiterbewegungs-Marxismus.....	93
Arbeiterklasse.....	8, 135f., 152, 205
Arbeitgeber.....	74, 137, 176, 222
Arbeitnehmer.....	8f., 25, 30, 44, 60, 64, 74ff., 84, 105f., 109, 137, 160, 168, 181, 193
Arbeitnehmerentgelt.....	30, 64, 74f., 84
Arbeitsaufwand.....	107, 153, 233
Arbeitseinkommen.....	11, 15f., 19, 49, 65
Arbeitsertrag.....	8, 11, 12, 15, 18, 31f., 34, 69, 81
Arbeitserträge.....	15, 31f., 34, 36, 73, 88f.
Arbeitskraft.....	76, 81, 84, 87, 105, 121f., 153, 156
Arbeitsplätze.....	65, 106, 128, 158, 172, 182, 191, 193, 197, 229
Arbeitsplätzen.....	180
Arbeitsverhältnis.....	95, 135, 215
Arbeitszeit.....	22, 63f., 74, 89, 111, 154, 213, 223
Aristoteles.....	17, 36
Armut- und Reichtumsberichte.....	44ff.
Armutsrisiko.....	19, 47ff.
Armutsriskoschwelle.....	48f.

Assoziation.....155, 169, 174  
Attac.....53, 79, 95, 102, 127, 191

## B

Baader, Roland.....69  
Bad Kreuznach.....134  
Bedarf.....11, 20, 28, 76, 88, 101, 106, 130, 136f., 147, 154, 165, 178, 204, 236  
Bedarfsgegenstände.....165  
Bedürfnisse.....9, 17, 22, 118, 205, 217, 230  
Belegschaft.....62, 157f., 210  
Berater.....42, 51ff., 56, 149  
Berlin.....120, 124f., 155, 163, 180, 186ff., 195ff., 205ff., 210  
Berlin-Pankow.....128  
Beschäftigte.....22, 63, 162, 185, 197, 201, 216f.  
Betriebe.....56, 106, 135, 153f., 158f., 162, 176, 178, 182, 202, 217  
Betriebsgründung.....153  
Betriebsübernahme.....106, 153, 159  
Bezirksgenossenschaft.....189  
Bildung.....96, 126, 135, 144, 172, 224, 229  
BIP.....11ff., 28, 31, 34f., 61, 83, 88, 111  
Borchert, Jürgen.....53  
Bösche, Burchard.....146  
Boulding, Kenneth Ewart.....7  
Brasilien.....100, 158  
BRD.....147, 183, 193  
Bruttoinlandsprodukt.....11, 13, 15, 34  
Bundesregierung.....44, 46  
Bundestag.....49, 80, 185  
Bürokratie.....98, 147

## C

Cecosesola.....229f.  
CFI.....217  
Charlottenburger Baugenossenschaft.....148f.  
Chile.....56  
Commons.....8f., 42, 119  
Compania Finanziaria Industriale.....217  
ConfCoop.....216  
Coop.....195, 200f., 224f., 227, 229, 231  
Coop 2.0.....99, 113  
cooperativ.....227  
Cooperative.....98, 123, 132, 169, 216f., 227, 229, 231  
Creutz, Helmut.....70f., 87  
CSA.....203, 227

## D

Daseinsvorsorge.....40, 65, 79, 88, 99, 101, 103, 110, 112, 130, 208

DDR.....	163, 186ff., 199
Demokratie.....	32, 40, 67, 72, 143, 147
Demokratieprinzip.....	143, 149
DGB.....	33
Dienstleistung 18, 20, 22, 25, 27f., 39, 64, 70, 87, 94, 104, 106, 108ff., 112, 117, 120, 122, 141, 151, 154, 165, 196, 220, 234f.	
Diversifikation.....	152
DIW.....	44ff.
Doering, Detmar.....	103
Dresden.....	198ff., 212
Drucker, Peter F.....	59, 62, 76
Duttweiler, Gottlieb.....	220ff., 224, 236

## E

Eccles, Mariner S.....	8, 70
Edeka.....	160f., 188, 193, 199
Eigenkapital.....	60, 149, 231
Eigentümer.....30, 34f., 37f., 43, 53, 57, 62, 70, 81f., 88, 90, 95, 150, 156, 212, 217, 236	
Eigentumslose.....	34ff., 43, 53, 57, 69, 75ff., 79, 88, 90, 150
Einkaufsgenossenschaft.....	151, 160f., 193
Einkommen.....	11, 36, 44f., 47, 57, 78, 84, 89, 102, 155, 186
Einzelhandel.....	108f., 123, 160ff., 186ff., 195, 198, 236
Einzelhändler.....	145, 151, 160f., 170
Ellerhoop.....	208ff.
Elm, Adolph von.....	178
Elsen, Susanne.....	98
Emschergenossenschaft.....	208
Energie in Bürgerhand i.G.....	213
Energiegenossenschaft.....	129, 142, 168, 211, 212
Energiehaus Dresden eG.....	212
Engels, Friedrich.....	59, 159, 167f., 177
Erhard, Ludwig.....	53f., 155, 183
Erwerbsfähigkeit.....	19
Erwerbslose.....	34, 128
Erwerbstätige.....	14, 18, 24, 34ff., 60, 63, 76, 78, 108, 151
Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft.....	112, 123, 125
Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft.....	124
EU.....	44, 46, 48, 154, 162f., 193, 213, 217
Europa.....	34, 44, 54, 56, 63, 71, 100, 136, 158, 162, 191, 224

## F

Fabrik.....	104, 137f., 174f., 180, 222
Fabrikant.....	167
Finanzmärkte.....	15, 25, 42, 60ff., 69, 77, 236
FoodCoops.....	123, 129

Förderprinzip.....	143
Frauen.....	120, 134, 143, 168, 216, 233f.
Fremdkapital.....	30, 108, 149, 184
Friedman, Milton.....	54, 56
<b>G</b>	
GAS.....	218f.
Gebrauchsgegenstände.....	136
GEG.....	134, 176, 180, 212
Gegenmaßnahmen.....	42
Gegenökonomie.....	43
Gegenstrategie.....	10, 39f., 79, 109
Geld.....	11, 15, 17f., 20, 22ff., 28ff., 36f., 59, 62, 65f., 72, 74f., 77, 83ff., 104, 107f., 121, 129, 137ff., 152, 155, 157, 172, 179, 198, 206, 213, 215, 217, 227, 230, 233f.
Gemeingüter.....	8f.
Gemeinsamkeit.....	138
Gemüse.....	128, 180, 202, 218, 226, 229
Generalversammlung.....	71, 141, 145f.
Genossenschaft. 65, 94, 97f., 100, 103, 106ff., 112, 125, 129ff., 136f., 139, 141, 142, 143ff., 149f., 151, 152, 154, 156, 157ff., 160f., 165f., 169ff., 176f., 181, 182, 183f., 185, 190f., 193, 194ff., 199f., 201, 203f., 205, 206, 207, 208, 210f., 213, 216f., 220ff., 224, 226, 227, 231, 235	
Genossenschaft von Unten.....	207
Genossenschafter.....	181, 184, 186
genossenschaftlich 77, 96, 132, 135f., 139, 142f., 145, 148, 151, 153f., 157, 169, 174, 175, 177, 179, 183f., 187, 190, 192, 196, 205, 210, 214, 217, 220, 227	
Genossenschaftsanteil.....	149, 215
Genossenschaftsbank.....	36, 141, 167, 192, 213, 214, 227
Genossenschaftsbewegung.....	100, 135, 137, 168, 169, 177, 183, 204
Genossenschaftsblatt.....	134
Genossenschaftsbund.....	221
Genossenschaftseigentum.....	183
Genossenschaftsfonds.....	187
Genossenschaftsgedanken.....	162, 191
Genossenschaftsgesetz.....	85, 131, 133f., 142, 143, 145ff.
Genossenschaftsgründung.....	152, 172
Genossenschaftsidee.....	152, 190
Genossenschaftskongress.....	147
Genossenschaftskonzept.....	210
Genossenschaftsladen.....	169, 227
Genossenschaftsleistung.....	143
Genossenschaftsmitglieder. 9, 107, 114, 147, 149, 181, 186, 188, 191, 198, 207, 209, 213, 232	
Genossenschaftsprinzipien.....	141, 214
Genossenschaftsreform.....	147

Genossenschaftsregister.....	189, 212
Genossenschaftsstruktur.....	145
Genossenschaftstypen.....	151, 168, 194
Genossenschaftsverbände.....	139, 145, 191, 207, 217, 231
Genossenschaftsvorstand.....	206
Genossenschaftswesen.....	170, 174, 190, 192
Genossenschaftszeitung.....	169
Genossenschaftverbände.....	217
Geschäftsanteil.....	141, 143, 149, 151, 175, 196, 198, 200
Geschäftsführer.....	124f., 146, 148, 160
Gesellschaft.....	8, 17f., 24f., 30, 35ff., 40f., 53ff., 57, 66, 74, 76, 85f., 89f., 99ff., 105, 110f., 121, 139, 154, 157, 165, 224, 235f.
Gesetz.....	8, 24, 36, 40, 51, 59, 66ff., 72, 97, 131, 133, 145f., 148, 150, 153, 156, 182, 184, 189f., 216f.
Gewerkschaft...36, 44, 54, 56, 84, 100, 102, 132, 135f., 143, 159, 168, 177, 179, 191, 193, 235f.	
gewerkschaftlich.....	93, 132, 135f., 158, 176f., 179
Gewerkschaftskongress.....	178
Gewerkschaftsverbände.....	217
Gewinnstreben.....	132, 216
Gini-Koeffizient.....	45, 51, 232
global.....	15, 25, 27, 30, 36, 38ff., 53, 55, 61ff., 67, 69, 75f., 82, 86ff., 99ff., 113f., 122, 153, 158f., 191, 193, 203, 208, 236
GLS-Bank.....	215
Gorz, André.....	78, 83, 93, 142, 152
Grefe, Christiane.....	76, 80
Großeinkauf.....	174, 180
Großeinkaufsgesellschaft.....	135, 137, 176, 183
Grundeinkommen.....	82ff., 111
Gruppi di Acquisto Solidali.....	218f.

## H

Händlergenossenschaft.....	160
Handwerkergenossenschaft.....	160
Hartau.....	208f.
Hasselmann, Erwin.....	169
Hayek, Friedrich August von.....	53ff.
Huber, Victor Aimé.....	167, 204

## I

Identitätsprinzip.....	9, 150, 152, 167f., 196
Immobilien-genossenschaft.....	199
Individuum.....	8, 20, 24, 43, 99, 141, 165, 235f.
Industrie.....	29, 44, 51, 60, 63f., 66, 70, 153, 187, 217, 222, 225
Infrastruktur...9, 18, 20, 30, 36ff., 42, 61, 65, 81, 88, 98, 101, 103, 105ff., 128f., 137, 153, 158, 193, 220	

Innovation.....	89, 153
Insolvenz.....	15, 75, 124, 158, 195f., 198
International Co-Operative Alliance.....	191
Internet.....	11, 72, 79, 98, 112f., 115ff., 142, 163, 191
Italien.....	153, 216
<b>J</b>	
Japan.....	61, 231f.
<b>K</b>	
KaDeGe.....	203
Kapital.9, 12, 15, 21ff., 33, 39, 60, 64, 72f., 88f., 103f., 121, 130, 138, 158, 184, 198, 221	
Kapitaleinkommen.....	8f., 11, 15, 18, 49, 74
Kapitalertrag.....	8f., 11f., 14, 31f., 73, 89
Kapitalerträge.....	11, 13ff., 28ff., 36, 51, 63, 72f., 75, 84, 88, 101
Kapitalismus.....	16, 38, 55, 67, 86, 88, 137, 235
kapitalistisch. 39, 41, 55, 59, 66, 70, 85f., 91, 93, 101, 104, 106, 108, 113f., 119, 121, 124, 132, 136f., 140ff., 151ff., 156ff., 165, 177, 184, 195	
Kapitalrendite.....	33
Kaufkraft.....	8, 25, 28, 32, 34, 38, 70, 73, 75, 81, 136, 153
Kiel.....	200
Klein, Naomi.....	39, 97
Köhler, Horst.....	15
Kommission der Europäischen Gemeinschaften.....	193
Konkurrent.....	39, 137, 153, 188
Konkurrenz. 39, 42, 63, 73, 75, 83, 99, 101, 118, 125, 134, 156f., 159, 177, 193, 197, 199, 220	
Konsum.....	17, 20f., 25, 28, 42, 81, 94, 96, 103, 114, 116, 119, 130, 134ff., 141, 161, 166, 169, 177f., 180, 187f., 195, 197ff., 217f., 220, 236
KonsumCard.....	198
Konsument.....	9, 17, 20f., 25, 28, 42, 81, 94, 95, 96, 98f., 103, 105, 106, 107f., 109f., 114, 116, 119, 123, 128, 134, 136f., 139, 141f., 150f., 156, 159, 165, 167, 175, 203f., 217, 222, 235, 236
Konsumentenbewegung.....	100, 103
Konsumentenseite.....	9, 30, 109
Konsumgenossenschaft..9, 87, 89, 94, 96f., 112, 123, 133f., 139, 146, 154, 159, 165ff., 170ff., 175ff., 181, 182ff., 185, 186ff., 193, 195ff., 199f., 201, 203, 216f., 220, 222, 231, 235	
Konsumtion.....	94, 103, 134, 166f.
Konsumverein.....	89, 132, 135, 136, 156, 174ff., 200, 220
Kooperation.....	9f., 94, 96, 99, 101, 103, 112ff., 116, 121, 139, 191, 203f.
Kooperative.....	10, 42, 94f., 101, 103, 110, 112, 165, 203, 216, 226, 229
Korf, Jan-Frederik.....	181
Krätke, Michael R.....	60
Kredit.....	15, 34, 38, 70, 137f., 160, 170

Kreditexpansion.....	20, 29, 38, 69f., 79, 99
Kreditgenossenschaft.....	213
Kreditverein.....	167
KuBiZ [121].....	127
Kundschaft.....	9, 137, 195, 236
Kurz, Robert.....	83, 85, 94, 100, 120
<b>L</b>	
Landauer, Gustav.....	41, 104, 137
Landwirtschaftsprodukte.....	218
Lateinamerika.....	140, 153
Lebensmittel. 15, 24, 112, 123, 128, 160, 162, 165, 169ff., 178, 186ff., 195, 198, 200, 202, 218, 224, 226f., 236	
LegaCoop.....	216f.
Leipzig.....	200
leistungsbezogenes Einkommen.....	26, 36, 85, 104
leistungsloses Kapitaleinkommen. .9, 16, 22, 25, 26, 30, 36, 38, 81, 84f., 101ff., 104, 106, 109, 111, 204	
Lenin, Wladimir.....	163
Liebert, Nicola.....	60
Liedtke, G. S.....	167
Lordon, Frédéric.....	76
Lübeck.....	200
Luxemburg, Rosa.....	80, 156
<b>M</b>	
Mahnkopf, Birgit.....	39, 72
Männer.....	134, 143
Mansholt-Plan.....	162
Marcora-Gesetz.....	153, 217
Marcora, Giovanni.....	153, 217
Markt11, 24f., 36, 54, 67, 81, 92ff., 96, 101, 106, 108ff., 113, 120, 124f., 132ff., 136f., 140ff., 145, 151ff., 155ff., 165, 167, 176, 184, 187, 192, 195, 198f., 204, 213f., 217, 223f.	
Marktwirtschaft.....	11, 32, 67, 152, 157, 184, 192
Marx, Karl.....	59, 85, 103, 137, 159, 167f., 177
Marxismus.....	68
Marxisten.....	94, 168
marxistisch.....	86, 181f.
Mehringhof.....	126f.
Mehrwert.....	17, 70, 74, 105ff., 110
Mehrwertsteuer.....	17, 70, 74f.
Migros.....	193, 220ff., 235f.
Mindestlohn.....	158
Mindestsicherung.....	158
Miotti, Claudia Maria.....	235

Mises, Ludwig von.....	29, 53, 69
Mitglieder. 36, 54ff., 98, 100, 102, 106, 108, 112, 122, 124f., 129ff., 141, 143ff., 155, 158f., 161, 163, 167ff., 174ff., 179ff., 183, 185, 187f., 191ff., 195ff., 207f., 210, 212f., 215ff., 220, 224, 227, 229, 231, 233, 235	
Mitgliederversammlung.....	145f., 148, 150, 204
Mondragon.....	154
Mont Pelerin Society.....	54f., 62, 69, 103
MPS.....	54ff.
Müller, Henrik.....	213

## N

Nachbargenossenschaft.....	169
Nachhaltigkeit.....	122, 150, 219
Nader, Ralph.....	103
neoliberal.....	10, 36, 47, 53, 55f., 67, 69, 79, 91f., 101, 114, 119, 140, 142, 150, 152, 184, 186, 194, 236
Neoliberalismus.....	39, 53, 55f., 58f., 68, 101, 184
Nobelpreisträger.....	42
Nölting, Erik.....	103, 183f.
Novy, Klaus.....	91, 131
Nutzungsentgelt.....	149, 205

## O

Obrigkeitsstaat.....	179
Obst.....	128, 180, 202, 218
Offe, Claus.....	121
öffentlich-rechtlich.....	213f.
Ökonomie.....	9ff., 17, 32, 39f., 42, 47, 68, 76, 79, 84, 89, 91f., 97, 100ff., 106f., 112, 114, 119f., 122, 128, 139, 150, 154, 158, 186, 191f., 205
Open-Source.....	9, 107, 113f., 118, 139, 204
OpenOffice.....	112, 118, 126
Oppenheimer, Franz.....	38, 155, 183, 231
Ostrom.....	131
Owen, Robert.....	170

## P

Partei.....	41, 50, 57, 63, 66, 92f., 100, 135ff., 143, 159, 168, 177, 179f., 191, 235
Pensions-Fonds-Sozialismus.....	59, 76f.
Petschow, Dieter.....	11, 14, 30, 80
Pfeiffer, Eduard.....	86, 167
Platon.....	8, 53
Politik.....	11, 32, 37, 39f., 42, 44, 51, 57, 63f., 72, 79f., 83, 97, 114, 122, 183
prekär.....	84, 158
Priebe, Hermann.....	163
Prinzip.....	80, 143, 152, 176, 205, 217, 230
Privateigentum.....	85f., 101, 120, 152
Privatinteresse.....	158, 192



Privatisierung.....8f., 40, 42, 56, 206  
 Produkte.....8f., 18, 20, 22, 25, 28, 32, 34, 59, 104ff., 112f., 117, 119f., 123f.,  
 128f., 132, 134, 139, 143, 151, 153, 157ff., 171f., 174, 178, 196, 198, 201f., 204,  
 219, 221ff., 233  
 Produktion.....18, 25, 28, 40, 59, 67, 73, 94, 96, 98, 100f., 103ff., 120ff., 124f.,  
 134ff., 140, 150ff., 154, 156f., 159, 165ff., 171, 176ff., 180, 185, 188, 192, 200,  
 202, 211, 217, 223, 225, 229  
 Produktionsgenossenschaft136, 147, 151f., 153f., 160, 163, 165f., 203, 217, 222  
 Produktionskette.....78, 106, 108, 139, 151, 153, 167  
 Produktionsmittel.....42, 68, 86, 91, 119, 145, 152  
 Produktivgenossenschaft...134, 139, 142, 148, 151ff., 155, 156, 158f., 166, 168,  
 171, 176f., 193, 216  
 Produktivität.....28, 70, 153  
 Produzent.....9, 20f., 25, 28, 42, 81, 94ff., 98f., 103, 106ff., 114, 116, 128, 134,  
 137, 139, 141f., 150ff., 167, 203f., 217, 222, 226, 236  
 Profit.20ff., 28, 32, 36, 40, 64, 79, 84f., 87ff., 96, 98, 100, 103, 106ff., 119, 122,  
 132, 137, 151, 158, 174, 184, 206, 214, 236  
 Profiteur.....20f., 40, 85, 89, 98f., 103, 106ff., 110, 137, 151, 158  
 profitmaximierend.....15, 81, 98, 100f., 108, 142, 151f., 158, 193  
 Profitmaximierung.....9, 40, 59, 76, 79, 90, 99, 140  
 Profitminimierung.....79, 84, 89, 109  
 Profitstreben.....174, 219

## Q

Qualität.....52, 103, 138, 172, 178, 198, 203, 209, 218, 235

## R

Rabatt.....110, 124, 196  
 Rabattgesetz.....181, 185, 190  
 Raiffeisen, Friedrich Wilhelm.....134, 162, 213  
 Raiffeisenbanken.....214, 220  
 Raiffeisenverband.....134  
 Rechtsstaat.....67  
 Regiogeld.....85f.  
 Rekommunalisierung.....43, 88, 210  
 Reproduktion....18, 22, 25, 36ff., 40ff., 81, 93f., 97ff., 112, 120, 147, 157, 165f.,  
 168  
 Reproduktionsgenossenschaft.....68, 88, 147f., 150, 155, 160, 166ff., 205, 214,  
 235, 236  
 Reproduktionsprozess.....9  
 Rewe.....160, 161f., 193  
 Reziprozität.....131  
 Riester-Rente.....61, 76f., 139  
 Rifkin, Jeremy.....22, 87  
 Risikokapital.....217  
 Rochdale.....141, 160, 167, 169f., 172, 174, 180

Rückvergütung.....	110, 135, 143, 169, 172, 175, 181, 185, 190, 196, 199f.
Rügener, Werner.....	208

## S

Schlosser, Irmtraut.....	158
Schreiber, Wilfried.....	19
Schulden.....	29, 60, 70, 76, 138, 153, 155, 158
Schuldendienst.....	155, 158, 206
Schulze-Delitzsch, Franz Hermann.....	133f., 145, 160, 213
Schulze, Sigurd.....	147
Schumann, Harald.....	76, 80
Schweiz.....	34, 54, 193, 220ff., 224f., 235
Schweiz.....	224
Selbsthilfeverein der Geringverdienenden und Erwerbslosen.....	128
Sinn, Hans-Werner.....	48
Smith, Adam.....	53, 103
solidarisch.....	10, 65, 100ff., 107, 117, 129, 139, 152f., 160, 165, 173, 218
Solidarische Ökonomie.....	9f., 40, 68, 84, 89, 100ff., 106f., 112, 120, 128, 150, 154, 191, 192
Solidarität.....	9, 106, 219, 223
Solidarkapital.....	110, 129
Solidarwirtschaft.....	40, 99, 110, 117, 122, 191f.
solidarwirtschaftlich.....	112f.
Soros, Georg.....	15
Sozialdemokratie.....	54, 137
Sozialismus.....	59, 76f., 91, 104, 137, 235
Sozialstaat.....	67, 191
Sparda.....	213
Sparda-Bank.....	213, 215
Sparda-Banken.....	214f.
Sparkasse.....	70, 214
Sparkassenfunktion.....	182
Sparverein.....	178
SPD.....	52, 125, 136, 159, 177, 193
Staat...8, 12f., 20, 24f., 29, 31f., 34, 36ff., 48, 52ff., 58ff., 62ff., 67, 71, 75f., 78, 83, 85, 88, 93, 97, 102, 108, 121, 137, 140, 154, 157, 159, 187, 191f., 214, 234, 236	
staatlich...15, 38, 54, 66f., 84, 98, 121f., 140, 154, 163, 178, 187, 190, 217, 222, 229	
staatsentlastend.....	194
Staatsentlastung.....	121
Staatsfinanzen.....	75
Staatsmonopolkapitalismus.....	187
Staatsquote.....	32, 88
Staatsverantwortung.....	121
Startkapital.....	220

Statistisches Bundesamt.....	11, 33, 44f., 49
Staudinger, Franz.....	21, 96, 142
Steingart, Gabor.....	64, 92
Stimmrecht.....	143, 148
Strategie...9, 40, 56, 69, 73, 79, 85, 89, 93, 96, 98, 104, 140, 152, 168, 191, 194, 196, 236	
systemimmanente Gratifikationen.....	82, 93, 98
<b>T</b>	
Tätigkeit.....	121, 124, 136, 151, 155, 176, 187, 194, 220, 235
Tauschmittel.....	17, 20, 22
Tauschring.....	21, 101, 112, 120ff., 128f.
Thüga.....	138, 213
Tietmeyer, Hans.....	36
Transformationsstrategien.....	91f.
Transition Towns Initiative.....	122
Trennung.....	9, 94, 103, 114, 134, 139, 142, 183, 217, 236
<b>U</b>	
Überflußgesellschaft.....	20, 82
Überschuss.....	110, 128, 135, 143, 204
ubuntu.....	117f.
Umsonstladen.....	112, 119, 129
UNCI.....	216
Unterkapitalisierung.....	153
Unternehmen.....39, 60, 62ff., 75, 80f., 94f., 118, 129, 137, 145, 157f., 161, 165, 172f., 197f., 200f., 208, 212ff., 217, 222, 224, 234	
Unternehmer.....	42, 62, 101, 118, 156
Unternehmung.....	71, 85, 108, 156, 166, 174, 179, 192
USA.....	16, 54, 57, 60f., 71, 73, 75f., 87, 154, 191, 227
<b>V</b>	
Venezuela.....	39, 100, 229
Verbraucher..30, 32, 34, 42, 74f., 88, 95, 103, 106, 108ff., 112, 123ff., 137, 139, 151, 153, 158, 160, 167, 185, 193, 195, 201ff., 205, 211, 214	
Verbrauchergemeinschaft.....	201f.
Verbrauchergenossenschaft.....	130, 136, 151, 165ff., 182, 189
Verfassungsbruch.....	66
Vergesellschaftung.....	40, 67f., 86, 91
Verkaufsgenossenschaft.....	151
Verschuldung.....	12, 50, 75, 159, 175
Vertreterversammlung.....	141, 146, 148ff.
Volksbanken.....	214
Vollgenossenschaft.....	170
Vorgenossenschaft.....	129
<b>W</b>	
Walpen, Bernhard.....	56

Warenproduktion.....	59, 152
warenproduzierend.....	59, 94, 100f., 136, 152, 157, 165, 184
Wassergenossenschaft.....	138, 168, 208ff.
Weiterbildung.....	116, 153
Weltbild.....	8
Weltmarkt.....	69, 73, 83, 153, 158
Wertscheinsystem.....	85f.
Wertschöpfung.....	98
Wertschöpfungskette.....	104f., 107ff., 151, 160, 162
Wettbewerb.....	133, 154, 184, 217
Winzergenossenschaft.....	151
Wirtschafts-genossenschaft.....	133, 136, 175
Wirtschaftskrise.....	8, 70, 155, 184
Wirtschaftssystem.....	10, 21, 66, 79, 103, 214
Wirtschaftswachstum.....	11, 14, 27f., 31ff., 36, 73, 82, 88
Wohnungsbaugenossenschaft.....	133, 167, 205, 227, 231
Wohnungsgenossenschaft.....	138, 148, 167f., 175, 204ff.
<b>Z</b>	
ZdK.....	176, 180
Zeuner, Bodo.....	158

**Der Autor** hat neben dem Studium der Medizin, Chemie und Informatik und seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in Universitätsinstituten, der Industrie, einer Bundesoberbehörde und einer Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft als „Urgestein“ der Berliner Alternativszene viele Basisprojekte mitgegründet bzw. mitgestaltet. Hierzu zählen unter anderem die Kritische Universität, die später in den Untergrund gegangene 68er-Zeitung Agit 883, der Gesundheitsladen mit den Gesundheitstagen 1980 und 2000, die Rettung des Gesundheitszentrums Gropiusstadt, der Kauf des Mehringhofs, die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft, die Berliner Linux User Group mit den Berliner Linux Infotagen, Attac Berlin, das Berliner Sozialforum, die Initiative „Genossenschaft von Unten“ und das Kaufhaus der europäischen Genossenschaften eG i.V..

Die vielfältigen im wissenschaftlichen, industriellen, behördlichen und alternativen Umfeld gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen haben wesentlich zum Entstehen des vorliegenden Textes beigetragen.